

Zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Deggendorf

Teil II: „Lesebuch“

Johannes Molitor

Im Heft 22/2001 der „Deggendorfer Geschichtsblätter“ erschien auf S. 237–267 ein Beitrag des Verfassers „zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Deggendorf“, der anlässlich der Ausstellung „In Bayern angekommen“ des Hauses der Bayerischen Geschichte entstanden war. Aus redaktionellen Gründen konnte der vorgesehene zweite Teil, eine umfangreiche Sammlung von Plakaten und Zeitungstexten, nicht im letzten Heft mit abgedruckt werden. Er erscheint jetzt hier als ein unkommentiertes „Lesebuch“ zu einem wichtigen Kapitel der Nachkriegsgeschichte, das bisher in der lokalen Geschichtsforschung vernachlässigt wurde. Die Quellen wurden thematisch in 20 mehr oder weniger ausführlichen „Kapiteln“ zusammengefasst, ohne daß damit alle Aspekte des Themas behandelt wurden. Eine umfassende Beschäftigung mit dem Thema „Nachkriegsgeschichte“ steht bei uns noch aus. Zusammen mit den drei Beiträgen des Verfassers in den Heften 16–18/1995–1997 der „Geschichtsblätter“ über das Ende des Zweiten Weltkrieges im Landkreis Deggendorf und einigen (ungedruckten) Facharbeiten von Kollegiaten ist aber wenigstens ein Anfang gemacht.

Die folgenden Quellen stammen fast alle aus dem Deggendorfer Stadtarchiv; die Abbildungen auf S. 158–161, 197–201 sind der dortigen Plakatsammlung entnommen, die übrigen den Amtsblättern und den vier Lokalzeitungen, die seit 1946 wieder erscheinen konnten, auch wenn sie nicht alle die Nachkriegszeit überlebten.

Abkürzungen:

Amtsblatt: Amtliche Mitteilungsblätter für den Stadt- und Landkreis Deggendorf 1945 und 1946 (Nr. 1: 7. Juli 1945; gedruckt im Verlag Jos. Nothhaft, Buchdruckerei, Deggendorf)

DD: Deggendorfer Donaubote (1871–Februar 1943; September 1949–Oktober 1954, Verlag Jos. Nothhaft, Deggendorf)

Der Deggendorfer: Oktober 1948–Juli 1949 (Lokalausgabe der Niederbayerischen Nachrichten, Straubing, Niederbayerische Verlags-GmbH)

NN: Niederbayerische Nachrichten (ab 3.10.1947 mit Deggendorfer Lokalteil, ab Oktober 1948 eigene Lokalausgabe „Der Deggendorfer“; Niederbayerische Verlags-GmbH, Straubing)

PNP: Passauer Neue Presse (Nr. 1: 5. Februar 1946 mit gemeinsamen Nachrichten für die Landkreise Eggenfelden, Grafenau, Griesbach, Deggendorf, Passauer Land, Pfarrkirchen, Vilsbiburg, Wegscheid, Wolfstein; ab 2.8.1946 mit eigenem Deggendorfer Lokalteil „Deggendorfer Nachrichten“; ab 2. Juli 1949 Lokalausgabe „Deggendorfer Zeitung“ bis heute)

Inhalt:

1. Der Anfang – 2. Die Jahre 1948 und 1949 – 3. Eine Analyse der Zeit – 4. Ernährungslage – 5. Schulsituation – 6. Elendsquartiere – 7. „Willkommen im Landkreis?“ – 8. Materielle Hilfe – 9. Displaced Persons und Flüchtlinge in der Alten und Neuen Kaserne – 10. Von Deggendorf in die Neue Heimat – 11. Die Flüchtlingslager Michaelsbuch und Winzer – 12. Wohnungsnot – 13. Kohlberg-Siedlung: Eine Parkstadt bei Deggendorf – 14. Neuheim am Römerweg – 15. Flüchtlingsbetriebe – 16. Die Liebe zur alten und neuen Heimat – 17. Die Neubürger leben sich ein – 18. Der Neubürgerbund – 19. „Auch der Bayerwald rührt sich“ – 20. Man konnte auch darüber lachen

1. Der Anfang

Aufruf.

Vor nunmehr 8 Tagen wurde ich mit dem Amt des Bürgermeisters der Stadt Deggen Dorf betraut. Ich übernahm dieses Amt im Vertrauen darauf, daß Gott unserer Stadt und mir seinen Schutz wie bisher schenken wird. Ich übernahm dieses Amt aber auch in der Hoffnung, daß die Einwohnerschaft Deggen Dorfs mir ihr Vertrauen und ihre Unterstützung nicht verlagern wird. **Ich rufe alle zur Mitarbeit auf.**

Meine Beobachtungen und Erfahrungen seit dieser Zeit veranlassen mich an die gesamte Einwohnerschaft den folgenden Appell zu richten:

1. **Niemand vergesse, daß wir in einer sehr schweren Zeit leben, vielleicht der schwersten, der wir je gegenüberstanden.** Wenn auch Deggen Dorf selbst mit nur geringen Schäden aus den letzten Wochen herauskam, so liegen doch viele andere Orte und namentlich die meisten unserer Großstädte in Schutt und Asche. Ein großer Teil unseres Volkes ist seiner ganzen Habe beraubt. Der Verkehr liegt darnieder. Brücken und andere Einrichtungen fielen blinder Zerstörungssucht eigener verblendeter Volksgenossen zum Opfer.
2. **Die geschädigten Volksgenossen bedürfen der Hilfe und Unterstützung aller,** die das Glück hatten, das meiste ihrer Habe in die jetzige Zeit herüber zu retten. Darum werden wir noch lange Jahre eine **Zeit großer Opfer** haben. Niemand entziehe sich einem von ihm geforderten Opfer. Es wird nur verlangt werden, was **unumgänglich notwendig** ist und wir werden bestrebt sein, die Opfer **gerecht** auf alle Schultern zu legen.
3. **Wer glaubt, er könne aus dieser Zeit Nutzen schlagen und sich auf Kosten anderer einen Vorteil verschaffen,** dem fehlt jedes Verständnis für den Ernst unserer Zeit. Er wird es sich gefallen lassen müssen, daß er zu gegebener Zeit auf seine Pflichten der Allgemeinheit gegenüber sehr eindringlich aufmerksam gemacht wird. **Wer sich mit unrechtem Gut bereichert hat,** der entlaste sein Gewissen und wasche seine Hände rein, indem er das fremde Gut dem Eigentümer zurückerstattet. Das ist Christenpflicht, das ist Bürgerpflicht.
4. **Der Wiederaufbau** unserer zerstörten Wohnungen und der zerrütteten Wirtschaft verlangt den **Arbeitseinsatz aller Kräfte.** Darum darf sich keiner einer von ihm geforderten Arbeit zum Wiederaufbau zu entziehen suchen. **Arbeitsheute und Bräuleberger** schließen sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus. Auch sie müssen zur gegebenen Zeit unmißverständlich auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden.
5. **Niemand vergesse, daß wir den Krieg verloren haben.** Darum haben wir uns den Opfern willig zu unterwerfen, die der verlorene Krieg unmittelbar uns auferlegt. **Es räsonniere niemand über die verantwortlichen Personen der jetzigen Zeit.** Sie sind **nicht schuld an unseren derzeitigen Zuständen.** Sie sind nur verurteilt, den Versuch zu wagen, wieder gut zu machen, was andere vor ihnen verbrochen haben. An den jetzigen Opfern an Gut und Arbeit sind nicht sie schuld, sondern nur die Verantwortlichen der vergangenen Jahre und alle jene, die sie so begeistert unterstützten.
6. **Der Besatzungs-Armee gegenüber haben wir die Folgen aus dem verlorenen Krieg ehrlich und aufrecht zu tragen.** Unser Verhalten sei korrekt und anständig. Niemand unternehme irgend etwas, das den Unwillen der Besatzungs-Armee erregen müßte. Immer wieder ist auf viel genauere Einhaltung der **Verkehrsdizziplin** hinzuweisen. Gerade darauf legen die Amerikaner sehr viel Wert. Selbstverständlich ist die **Unterlassung aller feindseligen Handlungen,** die nur schlimmste Folgen für uns alle haben müßten. Wenn unsere Besatzungs-Armee uns ihre Hand zum Wiederaufbau bietet, so wollen wir sie dankbar ergreifen. Niemand aber soll glauben, daß er unserem Ansehen nützt, **wenn er seine Ehre feil von sich wirft.** Man wird mich verstehen. Unsere Gegner von einst werden uns am höchsten schätzen und am meisten beifällig sein, wenn wir **karen Willen zum Wiederaufbau und zur Abkehr von den Verfehrheiten der vergangenen Jahre zeigen.**

Wenn die gesamte Einwohnerschaft Deggen Dorfs im Geiste dieses Appells mit mir zusammenarbeitet zum Wiederaufbau von Deggen Dorf und des deutschen Volkes, dann will ich mein Leben zur Rettung Deggen Dorfs gerne gewagt haben und auch meine Arbeitskraft in den Dienst unserer Stadt stellen.

Deggen Dorf, 27. Mai 1945.

**U. Maderer, Studienrat
Bürgermeister.**

Bekanntmachung.

Auf Befehl der Militärregierung ist jedes Haus, in dem Zivilpersonen oder Flüchtlinge wohnen, ab sofort mit einer Tafel zu versehen, auf der die Namen sämtlicher Bewohner in Blockschrift angegeben sind.

Der Hausbesitzer hat die Liste auf dem laufenden zu halten.

Alle Personen, die in der Liste aufgeführt sind, müssen nachts im Hause anwesend sein.

Deggendorf, den 22. Juni 1945.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.
Maderer.

Bekanntmachung. Heimkehr bayerischer Flüchtlinge

brav! faldan!

Laut Anordnung der Alliierten Militärregierung haben alle im Deutschen Reich verweilenden Staatsbürger, Ausgebombten u. s. w. nunmehr in ihre Heimatgemeinde zurückzukehren, auch im Falle, daß ihr Heim zerstört ist. Für ihre Unterbringung in der Heimatgemeinde hat diese zu sorgen. Sie können fortan in der Aufnahmegemeinde keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Ein weiteres Verbleiben in der Aufnahmegemeinde, also in Deggendorf und im Landkreis Deggendorf, kann nur in Ausnahmefällen gestattet werden und auf besonders begründetes Gesuch hin.

Der Ausweis für die Heimreise ist beim Bürgermeisteramt, Zimmer 2, mit Angabe des Reiseziels (Heimatgemeinde) zu beantragen. Termin hierfür: Freitag, 22. Juni 1945.

Deggendorf, 18. Juni 1945

Maderer
Bürgermeister.

Aufforderung.

Im Auftrage der Militärregierung gebe ich bekannt:

Alle Russen, Ukrainer, Polen und Tschechen

die sich noch im Stadtgebiet Deggendorf aufhalten, haben sich **bis spätestens**

Dienstag, 26. Juni 1945, 18 Uhr

bei der Polizeiwache im Rathaus Deggendorf zu melden.

Auch die **Quartiergeber** sind verpflichtet, Angehörige der oben angeführten Nationen hier zu melden.

Deggendorf, den 25. Juni 1945.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.
Maderer.

Aufruf.

Alle noch in Deggendorf und Umgebung anwesenden

Tschechen u. Slowaken

haben sich **morgen Samstag, den 14. Juli 1945, vorm. 9 Uhr** an der amerikanischen Freilichtbühne links der Auffahrtstraße zur Donaubrücke einzufinden. Von dort aus erfolgt Abtransport in die Heimat durch die amerikanische Besatzungsarmee.

Deggendorf, den 13. Juli 1945.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.
Maderer.

An alle Oesterreicher!

Morgen **Mittwoch, 28. 11. 45** haben die **Oesterreicher** wieder eine günstige Gelegenheit in **ihre Heimat zurückzukehren.**

Mittag 12 Uhr bringt ein Wagen der Fahrbereitschaft die Heimkehrer nach **Blattling**. Von dort geht um 14 Uhr 30 Min. ein Eisenbahnzug (gedeckte Wagen) nach Oesterreich ab.

Im Interesse des Wohnungsmarktes in Deggendorf, der durch den Zustrom von billig bezahlten Flüchtlingen aus dem Sudetengebiet in der nächsten Zeit neuerdings unter Druck gesetzt werden wird, wird erwartet, daß alle Oesterreicher von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen. In Oesterreich wird es sich in der nächsten Zeit bestimmt besser leben lassen, wie im Altreich. Es wird auch die Zeit kommen, da für alle, die die Gelegenheit zu einer Heimkehr nicht ergreifen, die Sperre von Lebensmittelkarten eingeführt werden muß.

Deggendorf, 27. 11. 45

Maderer, Bürgermeister

Befanntmachung.

Die immer größer werdende Wohnungsnot, sowie die äußerst schwierige Ernährungslage und die Tatsache, daß nur eine beschränkte Anzahl von Personen im Stadtgebiet von Deggendorf in Arbeit vermittelt werden kann, zwingt zu weiteren Einschränkungen der Freizügigkeit:

1. Der weitere Zuzug nach Deggendorf wird verboten.
2. Die bisherigen Bestimmungen über Wohnungszwangsbewirtschaftung haben in vollem Umfang weiter Geltung.
Das städtische Wohnungsamt ist berechtigt, Wohn- und Geschäftsräume innerhalb des Stadtgebietes zum Zwecke der Feststellung ihrer Belegbarkeit zu besichtigen, zu beschlagnehmen und alle aus der Unterbringung von Wohnungsuchenden sich ergebenden Maßnahmen durchzuführen.
3. Jeder freie Wohnraum ist sofort dem städtischen Wohnungsamt zu melden. Wohnungen, Zimmer und Schlafstellen dürfen nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes (Rathaus, Zimmer Nr. 11) auf Grund eines von diesem ausgestellten Quartierscheines vermietet werden. Auch die unentgeltliche Aufnahme von Bekannten oder Verwandten usw. fällt unter diese Bestimmung.
4. Erneut wird auf die Einhaltung der geltenden Bestimmungen über An- und Abmeldung beim städtischen Einwohneramt (Rathaus, Zimmer Nr. 6) hingewiesen.

Deggendorf, den 16. 6. 1945.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf:

Maderer.

St. Rathhaus für Wohnungswesen, Deggendorf
Post. Nr. 1000, Blattling am 28. 11. 45.

Deutsche Flüchtlinge und Evakuierte

Es mehren sich die Anfragen über die Rückkehrmöglichkeit besonders der ostdeutschen Flüchtlinge. Gerade jetzt vor Einbruch des Winters ist eine Klarstellung der Verhältnisse erforderlich, damit die Flüchtlinge die für ihre jeweilige Lage erforderlichen Schritte unternehmen können.

Ich gebe daher folgendes bekannt:

1. Alle Flüchtlinge aus Schlesien, Brandenburg rechts der Oder, Pommern, Ostpreußen und Posen-Westpreußen können vorläufig nicht zurückkehren. Sie werden sich also hier für den Winter einrichten müssen.
2. Das gleiche gilt für Flüchtlinge aus der übrigen russisch besetzten Zone, ebenfalls für Volksdeutsche aus anderen Staaten.
3. Sammeltransporte nach den vorstehend erwähnten Gebieten werden vorerst nicht erfolgen. Für Einzelreisen gibt die Militärregierung keine Passierscheine.
4. Die Lebensverhältnisse besonders in Schlesien sind im allgemeinen nicht derart, daß eine Rückreise auf irregulärem Wege zu empfehlen wäre. Die Flüchtlinge laufen im übrigen Gefahr, ihr Gepäck unterwegs zu verlieren.
5. Die Bürgermeister werden daher gebeten, alles zu tun, um eine der Jahreszeit entsprechende Unterbringung der Flüchtlinge zu ermöglichen. Mit etwas gutem Willen läßt sich vieles erreichen. Sie mögen daran denken, daß die Flüchtlinge meist alles verloren haben und daß es hier Pflicht der Nächstenliebe ist, helfend einzugreifen.

Leider zeigen bedeutende Teile der einheimischen Bevölkerung hierfür wenig Verständnis.

Andererseits lege ich den Evakuierten ans Herz, der allgemeinen Notlage zu gedenken, sich einer korrekten Haltung zu befleißigen und mitzuhelfen, wo immer es geht.

6. Um das Flüchtlingsproblem, insbesondere in Hinsicht auf die Wohnungsfrage, in einer für beide Teile befriedigenden Art zu lösen, werden für jede Gemeinde (Stadt) zwei, in größeren Orten mehrere Flüchtlinge zur Bildung eines Komitees ernannt.

Dieses Komitee wird dann die anfallenden Probleme mit dem Bürgermeister besprechen und entsprechende Vorschläge dem Landratsamt einreichen.

Zwei (bezw. mehrere) geeignete Flüchtlinge sind dem Landratsamt spätestens 5 Tage nach Einlaufen dieser Verfügung mit namentlicher Anschrift bekanntzugeben. Die betreffenden Flüchtlinge haben sich dann sofort beim Landratsamt, Zimmer 10, zwecks Einweisung in ihren Pflichtenkreis zu melden.

Diese Arbeit ist ehrenamtlich.

7. Die Evakuierten aus West- und Nordwestdeutschland können heimreisen, sofern sie in der Heimat eine Wohnung zur Verfügung haben. Diesem Umstand ist genauestens Rechnung zu tragen.

Passierscheine, jedoch nur bis zur amerikanischen Besatzungsgrenze, können hier, Zimmer 16, beantragt werden.

8. Wenn irgendwelche Änderung betreff der Heimreise eintritt, werde ich dies sofort bekanntgeben.

Den umgehenden Gerüchten ist kein Glauben zu schenken.

Amtsblatt 15/1945

Bekanntmachungen des Bürgermeisters

Flüchtlinge und Evakuierte in Deggendorf.

Die Stadt Deggendorf war Aufnahmegebiet für die Hamburger Evakuierten und später auch für die Flüchtlinge aus Schlesien. Dadurch beherbergte Deggendorf schon vor dem Einmarsch der Amerikaner eine sehr große Anzahl von Flüchtlingen, sodaß der Wohnungsmarkt sehr stark angespannt war. Nur ein kleiner Teil dieser Flüchtlinge ist bisher zurückgekehrt. Der weitaus größte Teil ist zurückgeblieben. Seit dem Einmarsch der Amerikaner stießen zu diesen Flüchtlingen noch äußerst viele aus dem Sudetengebiet und dem österreichischen Gebiet. Auch sind viele Angehörige von hier untergebrachten Evakuierten aus Schlesien nach Deggendorf gekommen. Ebenso viele Soldaten, die früher in Deggendorf ihren Militärdienst ableisteten, viele Patienten, die in den vielen hiesigen Lazaretten betreut wurden

und ihre Angehörigen suchten Zuflucht in Deggendorf. Auf diese Weise ist der Wohnungsmarkt so schlecht geworden, daß schon seit mehreren Monaten der Zuzug nach Deggendorf gesperrt werden mußte und daß seitdem nur ganz besondere Fälle noch Aufnahme in Deggendorf finden können. Ein Arzt, der von hier aus eine Praxis ausfindig machen wollte, kam zurück mit der Feststellung, daß er auf seiner Reise keinen Ort antraf, der an Ueberfüllung Deggendorf gleichgekommen wäre. Das kann ein Beweis sein, daß die Deggendorfer Stadtverwaltung in der Aufnahme von Flüchtlingen und Heimatlosen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen ist. Weiterer Zuzug nach Deggendorf ist darum unmöglich und es wird dringend abgeraten, etwa in Deggendorf Zuflucht suchen zu wollen.

Amtsblatt 17/1945

Aufruf!

Seid Kameraden!

Wir durchleben eine sehr schwere Zeit, gewiß die schwerste, die uns seit Jahrhunderten auferlegt wurde. Wir werden diese Zeit nur meistern und uns aus dem derzeitigen Tiefstand nur erheben, wenn wir frei zusammenstehen. Mit anderen Worten: wir müssen gute Kameraden sein!

Seid Kameraden in der Arbeit!

Wohin wir sehen, sehen wir Arbeit. Unsere Häuser und Wohnungen haben im Kriege Wunden, zum Teil schwerste Wunden davongetragen. Es gilt wieder aufzubauen. Schon jetzt muß der Baustoff geschafften werden. Die sonst dafür eingesetzten Hände können nicht ausreichen, um in einem Menschenalter das wieder aufzubauen, was der Krieg niederriß. Alle Hände müssen zapacken, sollen in absehbarer Zeit unsere Häuser auch nur zum Teil wieder erstehen. Unsere ganze Industrie liegt darnieder. Jeder ihrer Zweige ist ein wichtiges Glied in der Maschinerie des ganzen Staates. Arbeitet, wo ihr könnt! Die meisten — aber beileibe nicht alle — haben begriffen, daß für den kommenden Winter die Holzarbeit das Wichtigste war und ist. Es mußte kindisch an, wenn jetzt plötzlich Leute kommen, und Holz zum Einheizen wünschen, die im Sommer nur von Liebe leben zu können glaubten. Diese mögen ruhig frieren! Sie verstehen unsere Zeit nicht. Sie sind nicht Kameraden! Sie wollen nur andere für sich arbeiten lassen. Helft arbeiten, wo ihr nur könnt! Nur dann verdient ihr das Leben und das Brot, das ihr eßt!

Seid Kameraden in der Wohnung!

In Deggendorf haben die meisten schon begriffen, daß es jetzt heißt: zusammenrücken! Es kann sich jeder selbst ausrechnen, daß jetzt auf unseren Wohnraum etwa die doppelte Zahl von Personen treffen muß als früher. Schuld daran sind die zerstörten Gebäude und die Rückwanderung aus den verlorenen Gebieten. Dieses Zusammenrücken gilt besonders für die, die in Parteibegeisterung zu irgend einer Zeit sich zu Mitschuldigen an unserer jetzigen Lage machten. Diese mögen bedenken, daß auch durch ihre Schuld viele um Heimat und Heim und Habe gekommen sind. Die Geschädigten, besonders dann, wenn sie selbst keine Schuld an unserer Lage trifft, haben ein Anrecht, daß die Schuldigen ihnen soweit als möglich ersetzen, was sie verloren haben. Es ist keine Schuffelei, wenn solche namhaft gemacht werden, die hier noch nicht in dem verdienten Maße herangezogen werden. Die sich schuldig wissen, mögen aber, wenn sie überhaupt anständige Charaktere sein wollen, freiwillig die höchsten Opfer auf sich nehmen. Nur so können sie würdig eingehen in die neue wahre Volksgemeinschaft.

Seid Kameraden in der Kleidung!

Das Wort der Schrift: Wer zwei Mäntel hat, gebe dem einen, der keinen hat — hat wohl zu kei-

ner Zeit eine größere Bebedichtigung gehabt als in unserer Zeit. Jetzt laßt die Sammlung des Roten Kreuzes für den Winter. Gebe jeder soviel er kann! Wieder gilt diese Aufforderung besonders für die früheren Parteigenossen! Sie sind es ja mit gewesen, die viele ihrer Kleider beraubten und die mit dazu beitrugen, daß jetzt die Bekleidungsindustrie darniederliegt. Noch nie gab es so viele, die keine warmen Winterkleider haben, wie in unserer Zeit. Es ist unmöglich, daß unsere Textilgeschäfte in der Lage sind, auch nur einen Teil des Benötigten zu erzeugen. Die Textilindustrie ist ja ebenso zerschmettert wie die anderen Industrien. Die Bekleidungsstellen unserer Ämter sind in hoffnungsloser Lage. Kameradschaftliche Hilfe von Mann zu Mann tut not!

Seid Kameraden in der Gesinnung!

Machen wir uns keine Illusionen! Unsere Besatzungstruppen schätzen es nicht hoch ein, wenn wir uns gegenseitig in läppischer Weise anklagen! Wer seine Ohren aufmacht, wird wissen, daß sie uns deswegen vielmehr verlachen. Alle Welt lacht jetzt schon darüber, daß es auf einmal in Deutschland keine Nazis mehr gibt! Keiner, und hätte er früher vor lauter „Heil Hitler“-Geschrei den Mund nicht mehr zugebracht, will jetzt davon mehr etwas wissen! Jeder schimpft den anderen einen „Nazi“! Wer sich offen zu seiner früheren Einstellung bekennt, verdient größere Achtung, als der, der plötzlich alle seine Schuld ableugnen will. Vor kurzem hat ein Deggendorfer in einem Gedichtchen sich lustig gemacht darüber, daß vor allem die, die über eine nicht mehr überprüfbare Grenze gekommen sind, so ganz und gar keine Nazis gewesen sein wollen, obwohl wir in Bayern im Rundfunk einen unparteiischen Zeugen haben, daß man „droben“ und „drüben“ oft schwer den Parteigrößen zuzubehle.

Wir verlangen Bekennermut! Wir verwerfen Unkameradschaftlichkeit der Gesinnung. Es ist betrüblich, daß sich immer ein „Nichtparteiliches“ findet, der einen freigewordenen Posten kaffälcheln einnimmt, obwohl sein Gewissen ihn nicht immer freisprechen kann. Bekennermut! Jeder weiß es doch selbst am besten, wie es in seinem Innern aussieht. Wie soll denn Gerechtigkeit, die Grundlage jedes Gemeinwesens, bestehen können, wenn jeder offene Ungerechtigkeit auf sein Gewissen laden kann? Ein offenes Wort auch zum Thema KZ. Der echte unschuldig gequälte KZ-ler hat ein Recht darauf, daß seine Ehre nicht durch den anderen Bruder, der durch eine erhebliche Schuld ins KZ kam, verdunkelt wird. Auch hier Kameradschaft der Gesinnung! Die Ämter haben es nicht leicht, jedem gleich ins Herz zu sehen.

Kameraden in jeder Form: ans Werk zum Wiederaufbau unseres Volkes!

Maderer.

Amtsblatt 20/1945

Das Erbe der Nazis

Deggendorf seit dem 1. Mai 1945

Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters — Zweite Sitzung des Stadtrates

In der zweiten Sitzung des neugewählten Stadtrates gab Bürgermeister Maderer einen kurzen Rechenschaftsbericht über die Zeit vom 1. Mai 1945 bis heute. Der Bürgermeister sagte u. a.: „Mit dem 27. April 1945 begann für Deggendorf eine neue Zeit. Die Amerikaner zogen an diesem Tage in Deggendorf ein, die Nazizeit war weggewischt. Dieser Tag ging nicht ohne

Schäden in Deggendorf

vorüber.

Mit 13 vollständig zerstörten Häusern war genau 1 v. H. der Häuser zerstört. Außerdem trugen verschiedene Häuser kleinere Schäden davon, die heute fast restlos repariert sind. Den nachhaltigsten Schaden für unsere Stadt brachte die Zerstörung der Eisenbahn- und der Straßenbrücke. Damit war Deggendorf vorerst vom Südtel Bayerns abgeschnitten. Die amerikanischen Pioniere bauten sehr rasch auf den Trümmern der Straßenbrücke eine Behelfsbrücke. Dieser Bau erfolgte rascher und besser als die Behelfsbrücken an anderen Orten. Im Spätherbst wurde eine Umgebungsbrücke solidester Konstruktion gebaut und nun sind Pioniere und die Firma Moll daran, die frühere Straßenbrücke aus der Donau zu heben und wieder instandzusetzen. Wir können hoffen, daß bis zum Herbst die schöne Deggendorfer Straßenbrücke wieder steht. Die im gleichen Wahnsinn zerstörte Eisenbahnbrücke wird auch wieder aufgebaut. Man kann hoffen, daß der Verkehr über die Eisenbahnbrücke noch mit dem Beginn des Frühlings zusammenfällt.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude wird dem heurigen Jahre vorbehalten bleiben. Neben den Gebäudeschäden hat Deggendorf, wie auch andere Orte, allerlei andere Kriegsschäden aufzuweisen. Es wurde in den Tagen des Zusammenbruches bedauerlicherweise von gewissenlosen Elementen sehr viel gestohlen und geplündert. Nur der geringste Teil der Habe fand bisher den Weg zu den Eigentümern zurück. Neben diesen Schäden stehen die nun einmal in einem Krieg nicht zu vermeidenden Besatzungsschäden. Bis jetzt wurden die Gesamtschäden in Deggendorf auf rund 3 Millionen geschätzt. (Vergleichsweise sei bemerkt, daß Nürnberg seine Gesamtschäden, abgesehen von den Kunstschäden mit 3 Milliarden angibt).

In der ersten Zeit nach dem Einmarsch der Amerikaner konnte jedem auffallen, wie unsere Straßen, besonders die leichter gebauten, unter der Einwirkung der schweren amerikanischen Fahrzeuge litten. Doch ist es jetzt wieder gelungen, die Hauptschäden notdürftig auszubessern. Eine gründliche Wiederinstandsetzung unserer Straßen ist aber eine vordringliche Aufgabe der nächsten Zeit. Das solide Pflaster der Innen-

Aufgaben. Wenn es gelang, diesen Flüchtlingsstrom mit den vorhandenen Mitteln zu ernähren, dann können wir von Glück reden. Bei größter Sparsamkeit scheint die Volksernährung leicht gesichert. Es ist aber nötig, das Landvolk auf die Pflicht der Ablieferung eindringlich hinzuweisen.

Unter den Flüchtlingen sind besonders für Deggendorf auffallend gewesen die große Zahl der sogenannten D.P., die in Deggendorf in der alten Kaserne und auch in verschiedenen Baracken längere oder kürzere Zeit Aufenthalt genommen hatten. Die alte Kaserne als das Hauptdurchgangslager, hatte darunter sehr gelitten. Die angerichteten Schäden sind nur erklärlich aus den chaotischen Zuständen der damaligen Zeit. Die gesamte Handwerkerschaft des Landkreises Deggendorf mußte eingesetzt werden, um die Hauptschäden wieder auszubessern und das D.P.-Lager wieder wohllich zu gestalten. Die Handwerkerschaft verdient damit den Dank der Stadt Deggendorf und auch den Dank derer, die jetzt die Früchte ihrer Fleißes ernten können. Heute gilt dieses einstige D.P.-Lager wieder als eines der besten in Bayern. Zu Zeit beherbergt es über 1200 Juden, deren Zusammenleben mit den Deggendorfern recht harmonisch genannt werden muß. Neben diesem Lager sind noch D.P. im Elisabethenheim (fast 300), und in einigen kleineren Baracken (Festwiese). In diesem Zusammenhang muß auch das Vorhandensein einiger Flüchtlingslager von sogenannten Volksdeutschen erwähnt werden. Diese befinden sich vor allem im Gesellenhaus und im GasHaus Graf in Helfkam. Einige sind verstreut in der ganzen Stadt. Sie alle zusammen betragen ungefähr 2500. Die D. P. werden betreut von der UNRRA.

Für die vielen Arbeiten, die in Deggendorf vorhanden waren, wurden ehem. deutsche Kriegsgefangene in größerer Anzahl nach Deggendorf gebracht. Sie waren früher über den ganzen Landkreis verstreut, wurden dann in Deggendorf zusammengezogen und kamen allmählich zur Entlassung. Ein größerer Teil unter ihnen, der aus dem Osten stammt, (Schlesien, Ostpreußen usw.) hatte nicht mehr die Möglichkeit in seine Heimat zurückzukehren und weilt noch unter uns. Diese Soldaten führen ein einträchtiges Kameradschaftsleben im Aschenbrennkeller. Sie beschäftigen sich mit allerlei nützlichen Arbeiten im Dienste der Stadt, der Ausländerlager, der amerikanischen Truppen usw. und haben damit auch einen befriedigenden Verdienst.

Auf die gleiche Stufe dürfen wir die Angehörigen unserer Lazarette stellen. Deggendorf hatte eine große Anzahl von Lazaretten (Engl. Institut, Oberschule für Jungen, Turnhalle, Schülerheim, Berufsschule, Knabenschule, Elisabethen-

Wer kann Auskunft geben?

Viele der im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz jetzt ansässigen Flüchtlinge und Evakuierten fragen immer wieder nach ihren heimatlichen Spar- und anderen Kassen in Schlesien und Ostpreußen. Wer kann über den augenblicklichen Sitz der folgenden Kassen Auskunft geben?: Stadtparkasse Kattowitz, Sparkasse Brieg, Stadtparkasse und Stadthauptkasse Schweidnitz, Stadt- und Kreissparkasse Oppeln, Stadt- und Kreissparkasse Liegnitz, Kreissparkasse Bad Königsdorf (Kreis Rybnitz), Kreissparkasse Breslau, Landesversicherungsanstalt Schlesien in Breslau, Landeshauptkasse von Schlesien in Breslau, Regierungshauptkasse Breslau, Kreissparkasse Kreuzberg, Regierungshauptkasse Oppeln, Kreissparkasse Tilsit-Ragnit, Bank der ostpreussischen Landschaft, Zweigstelle Barthenau, Volksbank Inslerburg und Raiffeisenkasse Georgenburg.

Zuverlässige Mitteilungen werden an das Amtsblatt der Regierung in Regensburg erbeten.

Amtsblatt 21/1945

Sudetendeutsche!

Die Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten in Deggendorf, Bahnhofstr. 449 gibt bekannt:

In unseren Geschäftsräumen liegen tausende von Adressen aus den Landkreisen Aussig, Reichenberg, Komotau und Brünn auf, die Ihnen helfen, Ihre Angehörigen zu finden.

*

Folgende, im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsausschuß der Hilfsstelle für Sudetendeutsche in München festgelegten Spezialberufe können sich in Deggendorf, Bahnhofstraße 449 melden:

- a) Gablonzer Glas- und Schmuckwarenindustrie,
- b) Industrie des böhmischen Wertglases aus Haida und Steinschönau, Isergebirge u. Karlsbad,
- c) Glasliher Holz- u. Blechinstrumentenindustrie,
- d) Schönbacher Streich- und Zupfinstrumentenindustrie,
- e) Glasliher und erzgebirgische Spitzenklöppelei, Stickerie- und Gardinenerzeugung,
- f) Weipertter Posamentenindustrie,
- g) Pohlbaum- und Toledostickerie aus dem Böhmerwald,
- h) Lederhandschuh-Industrie aus Aberthan und Kaaden,

- i) Stoffhandschuhindustrie aus Asch und Umgebung,
- j) Strumpfindustrie aus Warnsdorf u. Schönlinde,
- k) Hut- und Mützenindustrie aus Tepitz, Oberleutensdorf und Komotau,
- l) Knopfindustrie aus Tyssa Eulautal und Tachau,
- m) Kunstblumenindustrie aus Nieder-Einsiedel,
- n) Schmuckfedern- und Federbekleidungsindustrie aus Schönbach,
- o) Korbindustrie aus Sommeberg,
- p) Strick- und Wirkwarenindustrie aus Asch und Umgebung,
- r) Handweberei aus Großschönau,
- s) Taschentuchweberei aus Hohenelbe,
- t) Messerindustrie aus Nixdorf,
- u) Tuch- und Kleiderstoffindustrie aus Reichenberg und Asch,
- v) Warnstorfer Samtweberei,
- w) Teppichindustrie aus Reichenberg-Waffersdorf und Roßbach,
- x) Flachsspinnerei u. Leinenweberei aus Trauteneu und Umgebung,
- y) Möbelindustrie aus Königsberg,
- z) Holzdrechslerwarenerzeugung aus Tachau, und andere selbständige Unternehmer.

Fachleute aus der Pelzbranche, wie Kirschner usw. können sich bei der Geschäftsstelle in Deggendorf melden

Amtsblatt 6/1946

Flüchtlinge und Evakuierte meldet Euch!

Bei der Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz in Regensburg (Emmeramsplatz) wird, wie schon kurz berichtet, eine Zentralkartei eingerichtet, die alle im Regierungsbezirk sich aufhaltenden Flüchtlinge und Evakuierten umfassen soll. Die Meldungen werden laufend im Amtsblatte der Regierung veröffentlicht. Neben dem amtlichen Zwecke, einen Ueberblick über die Anzahl der im Regierungsbezirk befindlichen Flüchtlinge und Evakuierten zu gewinnen, haben diese Kartei und die Veröffentlichung der Namen noch einen besonderen Sinn: sie sollen den Flüchtlingen und Evakuierten die Möglichkeit des gegenseitigen Findens geben. Diese Möglichkeit ist bisher auf anderem Wege kaum gegeben.

Die Veröffentlichung der Namen geschieht im Interesse der Flüchtlinge und Evakuierten selbst. In den nächsten Wochen wird die Veröffentlichung abgeschlossen werden können. Sie würde freilich nur unvollkommenes Stückwerk bleiben, wenn nicht alle Flüchtlinge und Evakuierten sich daran beteiligen mit der Meldung ihres Namens und ihres augenblicklichen Wohnsitzes die gute Absicht der Aktion zu unterstützen.

Bei der Meldung sind anzugeben: Familien- und Vornamen (bei Frauen auch Geburtsnamen), Geburtstag, Beruf, Heimort und Heimatanschrift, sowie die gegenwärtige Anschrift. Die Anmeldung geschieht am besten auf einer Postkarte, die beim zuständigen Bürgermeister abgegeben wird. In Regensburg selbst kann sie bei der Regierung direkt abgegeben werden. (Postkartenformat ist unter allen Umständen einzuhalten, weil die Anmeldung ja in einer Kartei untergebracht werden soll!)

An die Bürgermeister ergeht das dringende Ersuchen, in ihrer Gemeinde dafür zu sorgen, daß sich alle Flüchtlinge und Evakuierten sofort melden. Je rascher diese Anmeldung geschieht, um so eher können Angehörige Nachricht über den derzeitigen Aufenthalt bekommen. Die Bürgermeister verständigen die Flüchtlinge und Evakuierten entweder direkt von der Aktion der Regierung oder sie schlagen diesen Aufruf an einer allgemein zugänglichen Stelle an. Die Flüchtlinge und Evakuierten werden dann von sich aus gerne und bestimmt die Möglichkeit ergreifen, sich zu melden, ihren eigenen Aufenthalt zu nennen und auf dem Wege über das Amtsblatt Kunde von ihren Angehörigen zu erhalten.

Die Anmeldungen gehen zweckmäßig an die Kanzlei des Bürgermeisters und von ihr an die Landratsämter, die sie der Regierung durch Kuriere übermitteln.

Amtsblatt 9/1945

Ordnung des Flüchtlingswesens

Der Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen bei der Regierung von Niederbayern und Oberpfalz gibt bekannt:

Die mündlichen und schriftlichen Einzelanfragen von Flüchtlingen und Evakuierten an meine Dienststelle erreichen in der letzten Zeit ein so unerträgliches Ausmaß, daß sie nicht mehr bewältigt werden können.

Zur Entlastung einerseits und Aufklärung andererseits bringe ich daher folgende Hinweise der Öffentlichkeit zur Kenntnis:

1. Bei jedem Oberbürgermeister bzw. Landrat ist ein Flüchtlingskommissar bestellt. An ihn sind je nach örtlicher Zuständigkeit zunächst alle Anfragen in Flüchtlings-sachen zu richten; eine Anfrage beim Regierungskommissar wird von diesem nur mehr erledigt, wenn der Nachweis der vorherigen Anfrage beim örtlichen Flüchtlingskommissar erbracht wird.

2. Zuzugssperre besteht grundsätzlich für ganz Bayern, also auch für jeden Stadt- und Landkreis; ebenso ist jede Umquartierung innerhalb Bayerns z. Zt. noch untersagt. Nicht mit regulären amtlichen Transporten eingewiesene Flüchtlinge — also Einzelflüchtlinge — können nur in ganz besonders dringlichen Ausnahmefällen durch den örtlichen Flüchtlingskommissar Zuzugsgenehmigung erhalten.

Im übrigen sind Einzelflüchtlinge an das Regierunsauffanglager Regensburg, Von der Tannkaserne, zu verweisen, wo sie in einen Sammeltransport eingegliedert und einem bestimmten Landkreis zugewiesen werden. Sonderwünsche können hierbei keine Berücksichtigung finden. (Diese Maßnahme ist notwendig, um die an die Transportzentrale beim Staatskommissar in München von jedem Landkreis gemeldeten Plätze für die großen Transporte freizuhalten).

3. Französische Zone: In diese finden nächsten aus ganz Bayern Rückführungen (ab 15. 4.) statt; davon werden unter Anlegung eines strengen Maßstabes alle Evakuierten und Flüchtlinge betroffen, die seit 1. 9. 1939 von dort nach Bayern gezogen sind. Nähere Anweisungen werden zeitgerecht bekannt gegeben.

4. Englische und russische Zone: Auch in diese Zonen sind zur Entlastung in nächster Zeit Transporte geplant; inwieweit insbesondere bei Transporten in die russische Zone Zwang ausgeübt wird steht noch nicht fest.

Einreisebewilligungen aus diesen Zonen nach Bayern können daher nicht erteilt werden.

5. Polnische Zone und Ostpreußen: Rückführungen finden auf absehbare Zeit nicht statt. Ueber den Verbleib der von dort stammenden Flüchtlinge und Evakuierten ist noch nicht endgültig entschieden.

6. Pensionsansprüche von ehem. außerbayerischen Beamten: Anfragen sind zu richten: Statist. Landesamt, München, Möhlsstraße 7.

Gesuche um Nachzahlung rückständiger Gehälter erscheinen zwecklos.

7. Arbeitsvermittlung: Anträge auf Ein- satz in einem bestimmten Beruf sind an das zuständige Arbeitsamt zu richten, das einzig und allein zur Stellenvermittlung berechtigt ist und über das Landesarbeitsamt auch einen Kräfteausgleich in größerem Rahmen vornehmen kann. Im Ausnahmefall kann bei Mangelberufen Zuzug genehmigt werden.

8. Oesterreicher: Ihre Rückbeförderung wird — zunächst noch auf freiwilliger Grundlage — durch das österreichische Repatriierungs-Komitee (Regensburg, Thurmayrstraße 12, Telefon 4233) vorbereitet und auch durchgeführt.

Lang, Reg.-Kommissar.

Anschritfenverzeichnis deutscher Flüchtlinge

Das Bayerische Rote Kreuz beginnt soeben mit der Herausgabe von „Anschritfenverzeichnissen deutscher Flüchtlinge“, deren erstes Heft die jetzigen Anschriften von ehemaligen Breslauer Einwohnern enthält. Die „Zentrale Suchkartei“, die in Arbeitsgemeinschaft vom Bayerischen Roten Kreuz, dem Deutschen Caritasverband und dem Hilfswerk der Evangelischen Kirche Deutschlands geschaffen wurde, wird in diesen Anschritfenverzeichnissen das vorhandene Anschritfenmaterial nach größeren Orten geordnet in Sonderheften herausgegeben. So sollen die jetzigen Anschriften der Flüchtlinge über deren engen Kreis der bei der Kartei Anfragenden hinaus auch einem weiteren interessierten Publikum zugänglich gemacht werden, um dadurch das Wiederfinden von Verwandten, Nachbarn und Freunden zu erleichtern. Der soeben mit Heft 1 begonnene „Band Breslau“ gelangt in einer Reihe von mindestens 20 Heften, von denen etwa jedes 2400 Namen enthält, durch den Buchhandel zur Ausgabe. Der Preis des Heftes beträgt 60 Pfennig. Es ist zu hoffen, daß diese Veröffentlichung die verwandtschaftlichen, nachbarlichen und landsmannschaftlichen Bande erhalten oder neu zu knüpfen hilft und dadurch möglichst vielen Menschen den gemeinsamen Weg in ein neues Leben erleichtert.

Sudetendeutsche!

Die Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten, München 22, Wagmüllerstr. 23, gibt bekannt, daß sich die Königsberger Tischler umgehend beim Bürgermeisteramt in Eschenbach-Rathaus, entweder schriftlich oder persönlich melden wollen, da die Königsberger Möbelerzeugung sowie deren Fachschule geschlossen in Eschenbach in großzügiger Form angesiedelt werden.

Ferner besteht für die Gablonzer Industrie, Tachauer Drechsler-Industrie, Stoff- und Lederhandschuh-Industrie sowie Schönbacher Musikinstrumentenerzeugung die Möglichkeit, über die Hauptstelle in München angesiedelt zu werden.

Amtsblatt 16/1946

Flüchtlingswesen

An alle Bürgermeister:

Vom Flüchtlingskommissar belegungsfähig erklärte Quartiere.

Die Militärregierung wünscht, daß Flüchtlingskommissar und Wohnungsamt in ihrer schweren Aufgabe von den Bürgermeistern jede Unterstützung erfahren. Sie hat angedroht, in Fällen, wo vom Flüchtlingskommissar als belegungsfähig erklärte Quartiere unbelegt angetroffen werden, gegen die Schuldigen mit Strafe vorzugehen.

Amtsstunden im Flüchtlingskommissariat.

Das Flüchtlingskommissariat Deggendorf ist nunmehr unter Rufnummer 453 zu erreichen.

Die Amtsräume befinden sich im Osthof „Oot-dener Engel“ gegenüber dem Rathaus.

Die Amtsstunden für den allgemeinen Parteiverkehr werden wie folgt festgesetzt:

Dienstag und Freitag von 8–12,00 Uhr und von 14,00–18,00 Uhr an den übrigen Wochentagen nur von 8–12,00 Uhr, nachmittags geschlossen.

Sudetendeutsche.

Die Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Sudetengebieten, Stützpunkt Deggendorf, teilt mit:

In der Geschäftsstelle Bahnhofstraße 440 liegen die neuen Kreislisten aus den Städten Jägerndorf, Gablonz, Olmütz, Nikolsburg, Friedland, Eger, Mies, Pilsen, Mährisch-Schönberg, und Elbogen zur Einsicht auf. Geschäftsstunden täglich von 9–17 Uhr durchgehend, Samstag von 9 bis 12 Uhr. Der Stützpunktleiter: Hans Schneider.

Amtsblatt 17/1946

Bayerische Landsleute!

Von den Ministern der Bayerischen Staatsregierung, den Politischen Parteien, den kirchlichen Behörden, den Gewerkschaften und den Wohlfahrtsvereinigungen wurde der folgende Aufruf unterzeichnet:

Das bitterste Los in der allgemeinen Not tragen zweifellos die Ausgewiesenen. Hab und Gut, liebe Anverwandte und sogar die Heimat verloren! Wir alle müssen ihnen eine neue Heimat schaffen. Soviel jeder von uns selber eingebüßt hat, was uns geblieben ist, müssen wir mit diesen unseren deutschen Brüdern teilen; unser Land, unsere Wohnung, unsere Einrichtung, unsere Arbeit. Die Behörden allein können die Not der Ausgewiesenen nicht aus der Welt schaffen.

Jeder einzelne muß mithelfen!

Die Verbände der freien Fürsorge werden Euch zur freiwilligen Hilfeleistung aufrufen. Gebt freudig und reichlich! Dies wird Euch leicht fallen, wenn Ihr Euch einmal in die wirtschaftliche Lage und die seelische Verfassung der Heimatlosen versetzt.

Bayerische Landsleute! Zeigt den Völkern, die uns helfen, daß sich trotz aller Not echt menschliche und wahrhaft christliche Hilfsbereitschaft auch bei uns bewährt!

Gebt den Ausgewiesenen menschenwürdige Unterkunft!

Gebt ihnen Arbeit, die ihren Fähigkeiten entspricht!

Gebt ihnen eine neue Heimat!

Amtsblatt 51/1946

„Es ist Christenpflicht, zu helfen“

Landrat von Deggendorf zum Flüchtlingsproblem

Auf einer Bürgermeisterversammlung des Kreises Deggendorf unter Vorsitz von Landrat Weinziel wurde das Flüchtlingsproblem im Landkreis besprochen. An der Besprechung nahmen der Wohnungsreferent Dr. Malmus und der Vertreter des Flüchtlingskommissars, Buchsbaum, teil. Landrat Weinziel machte u. a. folgende Vorschläge für die Lösung der Wohnungsfrage: in erster Linie sollten die Mitglieder der NSDAP bewogen werden, sich freiwillig soweit wie möglich im Wohnraum zu beschränken. Sodann kämen alle diejenigen, die man die „Unabhängigen“ genannt habe, und die in den Jahren, da ein großer Teil unseres Volkes schon Schwerstes durchzumachen hatte, ein bequemes Leben führen konnten. Mit Nachdruck wandte der Landrat sich dann an jene größeren Bauern, die ihre Aufgaben heute noch nicht begriffen haben und an das besitzende Bürgertum, das durch den Krieg nicht geschädigt worden ist. Hier sei guter Wille Menschenpflicht und jeder

Anspruch auf bisher gewohnte Bequemlichkeit eine Versündigung. Nach seinen eindringlichen Mahnungen zur Menschen- und Christenpflicht wandte der Landrat sich auch an die Flüchtlinge selbst mit der Aufforderung, nicht unbescheiden zu sein und Unzulänglichkeiten und Härten, die sich oft aus den rasch improvisierten Maßnahmen zwangsläufig ergeben, hinzunehmen. Es werde in gemeinsamer Arbeit alles getan, um diese Härten nach Möglichkeit zu lindern. —aa—

Deggendorf. (Ein Flüchtlingstransport aus der Tschechoslowakei traf ein.) Wie der Flüchtlingskommissar für Deggendorf zum Wochenende mitteilte, traf am 6. Juli ein Flüchtlingstransport aus der Tschechoslowakei für den Deggendorfer Landkreis mit etwa 400 Personen ein. Der Flüchtlingskommissar wandte sich in einem Aufruf an die Bürgermeister des Landkreises, alle nötigen Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlinge zu treffen.

PNP 45/1946

Bei Einstellung von Personal

Flüchtlinge und Einheimische gleichgestellt.

Der Bayerische Ministerrat hat am 26. 6. 46 einen vom Herrn Ministerpräsidenten gestellten Antrag einstimmig angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„Bei der Einstellung als Behördenangestellte und der Zulassung zu den freien Berufen sind die Flüchtlinge den Einheimischen gleichzustellen, soweit dies ohne Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung geschehen kann und soweit die sonstigen geltenden gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.“

Aus dem Ministerratsbeschuß ergibt sich, daß die Entschliebung des Bayerischen Arbeitsministeriums vom 18. 6. 46 Nr. 1500/10/46 und die nur an die Landesarbeitsämter ergangene Entschliebung vom 7. 1. 46 Nr. 4549/45 teilweise überholt sind.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Ministerratsbeschuß nur auf Ausgewiesene, Flüchtlinge sowie entlassene Kriegsgefangene, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können, zutrifft. Bezüglich der Evakuierten und solchen aus dem Gebiet westlich der Oder-Neisse, die freiwillig ihren Wohnsitz verlassen haben, wird auf die Bekanntmachung des Innenministeriums im Bayerischen Staatsanzeiger vom 24. 8. 46 betr. Rückführung der Evakuierten verwiesen.

Die Rückführung darf nicht dadurch umgangen werden, daß aus Bequemlichkeit für jeden Beschäftigten Antrag auf Aussetzung der Rückführung gestellt wird.

Amtsblatt 55/1946

Die Betreuung noch unzureichend

Aus der Flüchtlingsarbeit in Deggendorf

= Von allen Kreisen des Bayerischen Waldes mußte der Landkreis Deggendorf die größte Anzahl Flüchtlinge aufnehmen. Der Landkreis, der ursprünglich 56 620 Einwohner zählte, ist jetzt auf rund 76 000 Einwohner angewachsen. Hinzu kommen noch 5886 Ausländer und etwa 2000 ÜNRRRA-Betreute. Von den 1300 Evakuierten sind 734 Berliner, die bisher noch keine Zuzugsgenehmigung nach Berlin bekommen konnten. Immer noch leben 218 Hamburger vorwiegend in den Städten Deggendorf und Plattling. 8215 Flüchtlinge kamen aus den Gebieten ostwärts der Oder, 5080 sind Sudetendeutsche, von denen 351 noch in Lagern leben.

Aus den Kreisen der Flüchtlinge konnten sich mit Unterstützung verschiedener Stellen einige kleine Betriebe selbständig machen. Eine Gardinen- und Posamentenfabrik, eine Wirkwarenfabrik u. a., die fast ausnahmslos Flüchtlinge beschäftigen. In den Städten und Märkten des Kreises hat sich eine Anzahl Ärzte und Rechtsanwälte aus Flüchtlingskreisen nieder-

PNP 51/1947

Einwohner-Statistik

Stand vom 20. Juni 1946.

- A = einheimische Bevölkerung
 B = deutsche und volksdeutsche Flüchtlinge und Evakuierte
 C = Ausländer und Staatenlose in- und außerhalb von Lagern
 D = Summe

	A	B	C	D
Alberling	289	67	2	358
Altenufer	210	108	—	318
Auerbach	573	206	23	802
Außernzell	1125	338	28	1491
Buchberg	353	143	5	501
Deggenau	1387	175	17	1579
Deggendorf	11511	5506	1898	18915
Edenstetten	1157	275	24	1456
Egg	760	205	6	971
Engollang	450	157	30	637
Fischerdorf	554	331	50	935
Grafling	758	223	27	1008
Graßersdorf	379	194	34	607
Greising	580	127	—	507
Hengersberg	2852	903	36	3791
Hirschberg	513	114	4	631
Hunding	937	219	79	1235
Iggensbach	1650	347	63	2060
Lalling	1225	442	109	1776
Metten	1921	582	508	3011
Michaelsbuch	579	342	17	938
Mietraching	1394	321	280	1995
Nabin	259	96	—	355
Natternberg	861	417	83	1361
Neßlbach	870	253	22	1145
Niederalteich	810	432	11	1253
Offenberg	885	226	12	1123
Oßing	1100	848	26	1974
Pankofen	998	544	113	1655
Penzenried	375	93	21	489
Plattling	7000	1184	357	8541
Riggerding	422	115	1	538
Rottersdorf	216	140	23	379
Schaufling	1242	263	78	1583
Schöllnach	1753	524	—	2277
Schwanenkirchen	610	339	3	952
Schwarzach	600	172	14	786
Seebach	880	247	49	1176
Steinkirchen	364	419	14	797
Stephansposching	1402	405	9	1816
Taiding	901	237	4	1142
Urlading	485	183	7	675
Waltersdorf	420	192	58	670
Winsing	671	223	5	899
Winzer	1741	344	4	2079
Kreis:	55822	19211	4154	79187

Einwohner-Statistik

Stand vom 20. November 1946.

- A = einheimische Bevölkerung
 B = deutsche und volksdeutsche Flüchtlinge und Evakuierte.
 C = Ausländer und Staatenlose in- und außerhalb von Lagern.
 D = Summe.

	A	B	C	D
Alberling	290	66	—	356
Altenufer	205	81	—	286
Auerbach	537	210	18	765
Außernzell	1150	279	36	1465
Buchberg	401	121	5	527
Deggenau	1089	199	10	1298
Deggendorf	11570	5448	2458	19486
Edenstetten	1157	251	11	1419
Egg	697	187	6	890
Engollang	491	173	12	676
Fischerdorf	570	327	48	945
Grafling	763	180	14	957
Graßersdorf	382	172	10	564
Greising	384	137	—	521
Hengersberg	1964	860	68	2892
Hirschberg	536	120	4	660
Hunding	952	270	160	1382
Iggensbach	1617	335	37	1989
Lalling	2101	337	109	2547
Metten	2107	776	343	3226
Michaelsbuch	467	317	32	816
Mietraching	1119	413	970	2502
Nabin	272	89	—	361
Natternberg	907	448	886	2241
Neßlbach	886	294	16	1196
Niederalteich	854	496	16	1366
Offenberg	893	241	11	1145
Oßing	1173	832	18	2023
Pankofen	950	314	203	1467
Penzenried	373	90	17	480
Plattling	6400	1690	249	8339
Riggerding	516	110	—	626
Rottersdorf	320	169	—	489
Schaufling	1014	387	54	1455
Schöllnach	1734	384	—	2118
Schwanenkirchen	698	383	3	1084
Schwarzach	613	164	2	779
Seebach	880	229	36	1145
Steinkirchen	359	137	—	496
Stephansposching	1174	351	4	1529
Taiding	844	225	2	1091
Urlading	446	167	5	618
Waltersdorf	407	183	41	631
Winsing	677	221	1	899
Winzer	1716	429	562	2707
	54655	19312	6487	80454

Das Flüchtlingsproblem in Zahlen

435 821 Heimatlose kamen nach Niederbayern

† Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen hat soeben ausführliches Zahlenmaterial über den Zustrom an Evakuierten und Ausgewiesenen nach Bayern veröffentlicht. Hinter jeder kalten Zahl dieser Statistik stehen deutsche Menschen, die in größtem Elend eine Besserung ihrer Lage erwarten. Die Erkenntnis, daß die Lösung des Flüchtlingsproblems die Schicksalsfrage unseres Volkes ist, beginnt sich langsam durchzusetzen: Bürokratische Unfähigkeit neigte dazu die Flüchtlingsfrage als einen Teil der allgemeinen Wohlfahrtspflege anzusehen, die durch Übergangsmaßnahmen ihre Erledigung finden wird. Das Millionenheer der Heimatlosen wurde zum Objekt parteipolitischer Absichten. Noch heute ist keine klare Linie zu erkennen, auf der diesen Unglücklichen in umfassender Weise geholfen werden soll. Die Durchführung des Gesetzes zur Bodenreform stößt auf offenen und heimlichen Widerstand der Betroffenen und ihnen nahestehender Kreise. Mit Polizeigewalt mußte gegen Unverstand und Unvernunft eingeschritten werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese moderne Völkerwanderung von Ost nach West noch nicht abgeschlossen ist. Keineswegs ist ihre Entwicklung vorauszusehen. Es ist zu vermuten, daß nur ein geringer Teil der Neubürger an seinem derzeitigen Wohnort verbleiben kann, weil ausreichende Existenz- und Arbeitsmöglichkeiten fehlen und in dem erforderlichen Umfang nicht allerorts errichtet werden können.

Der ganze Fragenkomplex kann nur unter der Voraussetzung gelöst werden, daß man willens ist, die völlige Eingliederung der Vertriebenen in das kulturelle und wirt-

schaftliche Leben unseres Landes durchzuführen. Hierfür sind weitgreifende Planungen erforderlich, die Hand in Hand gehen müssen mit einem tragbaren Lastenausgleich und der Wiederherstellung einer gesunden Währung. Das den in Lagern lebenden Flüchtlingen gebene Versprechen, sie bis zum Wintereinbruch wohnungsmäßig unterzubringen, wurde nicht eingelöst. Nur Kurzsichtige können meinen, daß die Lagerunterbringung ideal sei, weil sie die Flüchtlinge der Sorge um Verdienst, Nahrung und Heizung enthebe. Sie ist vielmehr geeignet, die Hoffnungslosigkeit dieser Ärmsten ins Ungemessene zu steigern und ungeahnte soziale Gefahren heraufzubeschwören.

Während 1934 die Bevölkerungszahl Bayerns 6 907 000 betrug, wurden bei der letzten Volkszählung 9 010 000 Einwohner ermittelt. Der Bevölkerungszuwachs beträgt also 2 103 000 Menschen. In dieser Zahl sind 426 859 Ausländer eingeschlossen. 334 911 evakuierte Bayern und 318 862 nichtbayerische Evakuierte warten noch auf ihre Rückführung. Die Zahl der in Bayern befindlichen Flüchtlinge beträgt 1 536 749. Den stärksten Anteil hieran nehmen die Flüchtlinge aus dem Ausland mit 983 767 Personen, denen 552 982 Ausgewiesene der Gebiete östlich von Oder und Neiß folgen. An der Belegung der bayerischen Regierungsgebiete liegt Niederbayern/Oberpfalz mit 435 821 Flüchtlingen und 62 703 Evakuierten an erster Stelle. Oberbayern hat 335 205, Ober- und Mittelfranken 385 566, Unterfranken 129 376 und Schwaben 250 781 Flüchtlinge aufgenommen. Die Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Ausländer auf die Landkreise unseres Verbreitungsgebietes ergibt folgendes Bild:

Stadt- und Landkreis	Einheimische	Bayer. Evakuierte	Nichtbayer. Evakuierte	Flüchtlinge	Ausländer einsthl. UNRRA	Gesamtbevölkerung
Passau-Stadt	25 183	469	1209	6 777	3412	37 030
Passau-Land	45 054	420	2134	13 541	4333	65 482
Deggendorf	52 862	1523	2962	15 279	5926	78 552
Grafenau	23 303	143	405	5 701	148	29 700
Griesbach	38 964	542	1895	11 661	8785	61 847
Pfarrkirchen	40 507	691	1557	13 202	3357	59 315
Eggenfelden	41 365	37	2006	12 801	2493	58 702
Vilshofen	45 659	902	1586	14 461	1672	64 280
Wegscheid	18 509	185	520	5 277	366	24 857
Wolfstein	35 285	144	910	9 066	281	45 686

Die aufgezeigten Zahlen lassen das Flüchtlingsproblem in seiner Größe und Schwere erkennen; Die Verantwortung der Stadt- und Landkreise wächst mit der Zahl der aufge-

nommenen Neubürger. Sie mit Wohnraum zu versorgen und in Arbeit und Brot zu bringen, stellt das Ziel aller Planungen dar.

PNP 2/1947

Wozu noch ein Flüchtlingskommissar?

Fragen, die nicht nur den Neubürger interessieren

0 Die PNP besuchte den Flüchtlingskommissar für den Landkreis Deggendorf, Martin Müller, in seinen Arbeitsräumen. Der Flüchtlingskommissar beantwortete unserem ho-Redaktionsmitglied einige in seinem Arbeitsbereich zur Zeit aktuelle Fragen.

Ist der Flüchtlingskommissar heute noch notwendig? Der Flüchtlingskommissar ist laut Beschluß vom 8. 11. 46 des Bayerischen Innenministeriums und des Bayerischen Arbeitsministeriums nicht nur Flüchtlingskommissar, sondern auch Leiter des Kreis-Wohnungsamtes. Somit ist es schon klar, daß von höherer Stelle die Aufrechterhaltung der Dienststelle weiterhin für notwendig erachtet wird.

Welche vordringlichen Arbeiten liegen in diesem Jahre vor? Mit einer der dringlichsten Aufgaben ist, die Flüchtlinge wohnungsmäßig in der Nähe ihres Arbeitsplatzes unterzubringen. In den Städten Deggendorf und Plattling sowie in den Gemeinden Fischerdorf und Mietbaching steht kein Wohnraum mehr zur Verfügung und es sind nur wenig Austauschmöglichkeiten vorhanden. Da der größte Arbeitseinsatz in Deggendorf gegeben ist, wird gerade hier ein Austausch besonders schwierig sein. — Ein weiteres bis zum 30. 4. 47 zu lösendes Problem ist die Unterbringung von 650 Lagerinsassen in Privatquartieren, da sämtliche Lager bis zu diesem Termin aufgelöst sein sollen. Im Zuge des Wohnraumproblems wird an die Planung von Neubauten im Rahmen eines Siedlungsprogrammes herangegangen.

Ist der Zuzug von Familienangehörigen eines im Landkreis wohnenden Flüchtlings möglich? Zuzugsgenehmigung erhält nur, wer im Landkreis Arbeit bekommt und in der US-Zone beheimatet ist. Familienzusammenführung wird stattgegeben, wenn diese vom Regierungskommissar oder vom Staatssekretär genehmigt

ist. Personen, die aus der russischen Zone ohne Zuzugsgenehmigung eintreffen, werden zwangsweise wieder in die Sowjetzone zurückgeführt; vorher jedoch von einem amerikanischen Militärgericht wegen illegalen Grenzübertritts abgeurteilt.

Sind noch weitere Ansiedlungen von Flüchtlingen im Landkreis zu erwarten? Obwohl es bald unmöglich erscheint noch weitere Flüchtlinge im Landkreis anzusiedeln, ist damit zu rechnen, daß nach dem 15. 3. 47, wenn die Ausweisungen aus der CSR, Österreich und Ungarn wieder beginnen, auch der Landkreis Deggendorf noch mehr Flüchtlinge aufnehmen muß.

Wie kann der Flüchtlingskommissar bei Streitigkeiten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen vermittelnd wirken? Streitigkeiten in Güte beizulegen, ist durch eine Aufklärung in den meisten Fällen möglich. Leider haben sich in der letzten Zeit bei Wohnungseinweisungen sehr oft unerfreuliche Szenen abgespielt, so daß Verhaftungen vorgenommen werden mußten. Es dürfte bekannt sein, daß diese Strafen sehr hart sind, da es sich um Delikte gegen die Gebote der Menschlichkeit handelt.

Wie ist es nach Ihrer Meinung möglich, den Flüchtlingen in der Wohnungsfrage sowie mit Kleidung und Hausrat zu helfen? Diese Fragen sind von großer hygienischer und moralischer Bedeutung. An ihre Lösung muß schnell und mit aller Kraft herangegangen werden. Die Wohnungsfrage ist nur durch Neu- und Siedlungsbauten zu lösen und außerdem muß jeder baufällige, aber nach Ausbau bewohnbare Raum instandgesetzt werden. Material wird für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. Bezüglich Bekleidung und Hausrat würde den Ausgewiesenen schon viel damit geholfen sein, wenn auf die Dauer von mindestens einem Jahr 70 Prozent der zur Verfügung stehenden Waren die Flüchtlinge bekämen.

Sind die Menschen unbelehrbar?

Der Flüchtlingsausschuß — Er soll Vermittler zwischen Alt- und Neubürger sein

Immer wieder erscheinen in der Zeitung Berichte über schier unüberwindliche Schwierigkeiten bei Einquartierung von Flüchtlingsfamilien in beschlagnahmte Wohnräume einheimischer Bürger. Nicht selten muß in solchen Fällen polizeilicher Druck der Machtbefugnis des Flüchtlingskommissars nachhelfen und erst kürzlich hörten wir, daß gegen einen Widerspenstigen, der sich weigerte, eine Flüchtlingsfamilie aufzunehmen, ein Antrag auf Hofenteignung beim Staatsanwalt gestellt werden mußte. Wir fragen uns unwillkürlich, muß es diesen Hader geben? Sind Unverstand, Mangel an gutem Willen und christlicher Duldsamkeit auf der einen Seite oder mangelnde Einsicht auf der anderen Seite die Ursache dieser unliebsamen Auftritte? Die Regierung und alle mit der Betreuung der Flüchtlinge beschäftigten Dienststellen und Organisationen haben an Aufklärungsarbeit bisher wahrlich mehr als genug getan, um eine möglichst reibungslose Unterbringung der Obdachlosen zu gewährleisten. Sind die Menschen unbelehrbar?

Die PNP brachte in ihrer Folge vom 14. März d. J. ein aufschlußreiches Interview mit dem Flüchtlingskommissar des Kreises Deggendorf. Wie gestaltet sich nun die Tätigkeit eines Flüchtlingsausschusses im Rahmen einer kleineren Gemeinde? Verwaltungsmäßig ist der Flüchtlingsvertrauensmann dem Bürgermeister der Gemeinde beigegeben, d. h. er ist mit dem verantwortlichen Vertreter seiner Gemeinde in Flüchtlingsangelegenheiten in ständiger Fühlung, erhält jedoch Aufträge unmittelbar vom Flüchtlingskommissar seines Kreises. Diese Zweiteilung ist insofern verständlich, als bei der Unterbringung von Flüchtlingen auch die Interessen der einheimischen Bevölkerung gewahrt werden müssen. Schon aus dieser ganz kurzen Charakteristik der Stellung des Flüchtlingsvertrauensmannes in der Gemeinde ist ersichtlich, daß der Flüchtlingsvertrauensmann Aufträge seines Flüchtlingskommissars mit den Wünschen des Bürgermeisters auf einen gleichen Nenner bringen

muß, soll „das Werk den Meister loben?“ Natürlich wird man einwenden, daß dies nicht immer gelingen werde, da ja in der Mehrzahl der Fälle so entschieden werden müsse, den Flüchtling auf Kosten des Einheimischen zufriedenzustellen. Hier aber setzt die Kleinarbeit des Flüchtlingsausschusses ein, der unentwegt an Ort und Stelle aufklären muß, um die mitunter noch immer bestehenden Zweifel über die selbstverständliche Menschenpflicht der Aufnahme Obdachloser zu beseitigen und behördlichen Aufträgen zum Erfolg zu verhelfen. Taktvolles Auftreten und Verständnis für die Lage beider Teile ist das Gebot der Stunde. Und gerade der Flüchtlingsausschuß, so unscheinbar und klein auch sein Wirkungskreis sein mag, hat in der Gemeinde eine hohe Sendung zu erfüllen. Er soll und muß Mittler zwischen Neu- und Altbürger sein.

Natürlich ist diese Aufgabe nicht so einfach zu lösen. Was soll einem Flüchtling geantwortet werden, wenn er erzählt, daß eine einheimische Familie den Gemüsevorrat in ihrem Keller eher verfaulen läßt, als einen Teil der darbenen Flüchtlingsfamilie zu überlassen? Ein geflüchteter Gärtner wieder erfährt kühle Abweisung, als er eine Gutsverwaltung um die entgeltliche Überlassung von Grund zur Anlage einer Gärtnerei ersucht. Wie soll der Flüchtlingsausschuß in einem solchen Falle den Abgewiesenen trösten? Das sind Einzelfälle, die aber erkennen lassen, daß manche Personen jedes Mitgefühl an dem Schicksal der Abgewiesenen vermissen lassen — denen also christliche Nächstenliebe fremd ist. Die harmonische Zusammenarbeit zwischen Gemeindeverwaltung und Flüchtlingsausschuß ist eine Vorbedingung für die zufriedenstellende Lösung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Alt- und Neubürger.

Den Krieg haben nicht nur Ost- und Sudetendeutsche verloren, sondern alle. Die noch Besitzenden haben sich als Schuldner der Besitzlosen zu betrachten. hw

PNP 31/1947

Ein Gouverneur wird deutlich

Kreistag Regen spricht dem ehemaligen Landrat Haas sein Mißtrauen aus

Zwiesel. Der Kreistag des Landkreises Regen trat am 26. 11. zu einer Sitzung zusammen, an der auch der neue Militärgouverneur, Capt. Akins, teilnahm, um mit den Männern des Kreistages eine persönliche Fühlungnahme herbeizuführen. „Ich hoffe“, so betonte der Gouverneur, „daß wir uns auf diese Weise besser kennen und verstehen lernen werden. Es ist nicht meine Absicht, Ihnen ein Lob auszusprechen, Ihre eigene Befriedigung sollte Ihnen Lohn genug sein und außerdem haben Sie ja auch nur Ihre Pflicht getan, wenn Sie für die Allgemeinheit arbeiten. Statt dessen möchte ich auf ein paar Mißstände hinweisen, denn es ist Wahrheit, daß man seine eigenen Fehler nicht bekennt und sie deshalb im allgemeinen auch nicht ablegt, es sei denn man wird auf sie hingewiesen. Es betrübt mich, wenn ich sehe, daß viele Deutsche, und vor allem Bayern, nur an sich selber denken und dauernd betonen, Bayern für die Bayern.“

Zum Flüchtlingsproblem führte Capt. Akins in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Rede weiter aus: „Lassen Sie es sich gesagt sein, die Flüchtlinge sind nun einmal hier und sie werden auch hier bleiben, und daran ist niemand weiter schuld als Deutschland selber. Sie täten gut daran, sich mit dieser Tatsache abzufinden und miteinander zu arbeiten anstatt gegeneinander. Kirchbesuch allein macht einen Menschen noch nicht gut, die Menschen werden nach ihren Taten beurteilt. Sie mögen die Hälfte des Tages in der Kirche zubringen, entscheidend ist, was sie während der anderen Hälfte des Tages tun. In fast jeder Sitzung der Gemeinderäte, Stadträte oder Kreisräte werden Gesuche vorgelegt von Flüchtlingen, die sich nützlich machen und ein Gewerbe betreiben wollen. Was ist meistens das Ergebnis? Ich will es Ihnen sagen, obwohl Sie es selber wissen. Die Antwort ist gewöhnlich nein. Als offizielle Begründung wird meist angegeben, daß sich ein Geschäft der betreffenden Art bereits am Ort befindet oder kein Bedarf vorliegt. Den wahren Grund der Ablehnung wissen Sie genau so wie ich, ob Sie es zugeben wollen oder nicht. Der wahre Grund ist vielfach kleinlicher Neid oder die bloße Tatsache, daß die betreffenden keine Bayern sind.“

Auf die derzeitigen Mißstände im Landkreis eingehend, erklärte der Gouverneur: „Wie Ihnen allen bekannt ist, befindet sich die Verwaltung des Kreises infolge der kurzsichtigen, den Interessen des Volkes oft zuwiderlaufenden Politik des früheren Landrates in einem kritischen Zustande. Sie sind in erster Linie in der Lage, diesen Zustand zu beheben. Bis jetzt ist noch nichts unternommen worden. Ich stelle an Sie die Frage, wann werden Sie endlich einen neuen Landrat wählen. Einen Landrat, der sich für das Volk einsetzt. Wenn Sie Ihre Pflicht als Vertreter des Volkes richtig und ganz erfüllen wollen, dann ist es jetzt an der Zeit, etwas Positives zu unternehmen, um einen neuen Landrat zu bekommen.“

Regierungsrat Krieglsteiner, als derzeitiger kommissarischer Landrat, dankte dem Gouverneur für seine Ausführungen. Kreisrat Probst ging auf die Frage des Gouverneurs ein und erklärte die Gründe, die zu einer Verzögerung einer Neuwahl führten. Der Gouverneur forderte den Kreistag daraufhin nochmals auf, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. Regierungsrat Krieglsteiner ging auf das gegen Haas gefällte Urteil ein und betonte, dasselbe sofort an das Ministerium gesandt zu haben. Da aber Haas Einspruch erhoben habe, sei es noch nicht rechtskräftig und Haas von der Regierung noch nicht entlassen. Ein Einspruch, daß eine Neuwahl vor den Neuwahlen im Sommer 1948 nicht zweckmäßig sei, wurde von einem Kreisrat mit dem Hinweis widerlegt, daß durch den Kreistag sofort ein Landrat für eine Dauer von zwei bis drei Jahren gewählt werden könne. Kreisrat Köckaus, als Fraktionsführer der SPD, ging auf die Verfehlungen und Mißstände des früheren Landrates ein und betonte, daß, da der Landrat noch nicht entlassen sei, es angebracht wäre, demselben das Mißtrauen auszusprechen, worauf eine Entlassung und damit eine Neuwahl erfolge. Die Entlassung könne in diesem Falle nur durch das Innenministerium geschehen. Die geheime Abstimmung erbrachte, bei zwei Enthaltungen, 29 Stimmen für und 6 gegen den Antrag. Damit dürfte das Kapitel Landrat Haas, das lange Zeit den Landkreis bewegte, endgültig erledigt sein und der Kreis aus seiner Krise einer besseren Zukunft entgegengehen.

PNP 95/1947

2. Die Jahre 1948 und 1949

Tschechische Emigranten deutschen Flüchtlingen gleichgestellt

Laut Ministerialentschließung vom 15. Januar 1948 wurden sämtliche Flüchtlingskommissare und Ernährungsämter in Bayern angewiesen, ohne Bescheinigung des Grenzbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Hof keine Lebensmittelmarken an illegale Grenzgänger auszufolgen, da diese ausschließlich im Lager Hof — Moschendorf — aufgenommen und verpflegt werden dürfen. Nach einer neuerlichen Weisung der Militärregierung sind jedoch alle tschechischen Emigranten wie deutsche Flüchtlinge aus der CSR zu behandeln. Die genannten Personen müssen solange in den einzelnen Gemeinden untergebracht werden, bis sie einen Abruf aus der Auffangstelle Regensburg erhalten, von wo aus sie dann nach Hof weitergeleitet werden.

NN 9.3.1948

Deggendorf erwartet erneut Ausgewiesene Warum keine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge

In der vergangenen Woche sind in Deggendorf Maßnahmen zur Unterbringung eines eventuell zu erwartenden Flüchtlingstransportes aus der CSR eingeleitet worden. Wir würden dazu keine Stellung nehmen, wenn die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet nicht immer wieder gezeigt hätten, daß derartige eventuellen Maßnahmen stets zu einer vollendeten Tatsache wurden, was vor einigen Tagen durch Einweisung von Flüchtlingen in den gleichfalls stark überfüllten Landkreis Vilshofen Bestätigung fand. Wir nehmen auch keine Stellung dazu, weil wir diese bedauernden Menschen nicht in unserer Mitte aufnehmen wollen, sondern wir opponieren dagegen, daß diese Menschen noch weiter verelenden. Deggendorf ist nachweislich mit 63 Prozent überbevölkert und auch im Landkreis ist kein Wohnraum mehr vorhanden, wo die „Ärmsten der Armen“ auch nur ein Bett aufstellen könnten. Und das dürfte für europäische Verhältnisse das Primitivste sein, auf was der Mensch Anspruch hat. Aber mit dem Bett allein ist es noch nicht getan, denn auch Arbeitsmöglichkeiten sind nicht gegeben und damit ist eindeutig dokumentiert, daß eine weitere Flüchtlingseinweisung zur Verproletarisierung führen muß. Es erhebt sich die Frage: Warum müssen es immer wieder die bereits überfüllten Landkreise unmittelbar an der

Grenze der CSR sein, die erneut Flüchtlinge aufnehmen, obwohl Statistiken zeigen, daß die weiter entfernt liegenden Landstriche bei weitem nicht einen derartigen Beitrag geleistet haben? Warum zieht man sie nicht zur Ansiedlung von Flüchtlingen heran, um dem totalen Bankrott der überfüllten Landkreise entgegenzutreten? Warum wird nichts getan, um diesen Menschen wenigstens ein den heutigen Verhältnissen entsprechendes Leben zu sichern? Sind diese Fragen, die klar auf der Hand liegen, so schwer zu lösen? Nachweisbar haben Hessen, Württemberg und Baden, wenn sie auch größere Kriegszerstörungen aufzuweisen haben, nicht einen Bruchteil der Überbevölkerung des Bayerischen Waldes zu verzeichnen. Es dürfte also nicht schwer fallen, hier einen grundlegenden Wandel zu schaffen. Damit man uns richtig versteht: Man scheut sich im Bayerischen Wald nicht, den schwergeprüften Menschen eine neue Heimat zu geben, aber es ist aus den dargelegten Gründen nicht möglich. Sollte es weiter versäumt werden, sich mit dem Problem ernstlich zu befassen, dann sind — das darf mit aller Offenheit gesagt werden — die jetzt aus ihrer Heimat Ausgewiesenen besonders zu bedauern, weil man ihnen in den Grenzgebieten nicht einmal die primitivsten Lebensrechte gewähren kann.

W. Horn

NN 27.7.1948

Flüchtlingstagung der CSU in Plattling

Der Bezirksverband der Union Niederbayerns hielt am 11. und 12. Oktober die erste Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen und Flüchtlinge im Rahmen der Union ab.

Am ersten Tag hielt Hans Schütz, München, der Vorsitzende des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene, ein großangelegtes Referat über zeitgemäße Flüchtlingsfragen. Unter anderem führte Schütz aus:

„14—16 Millionen deutsche Menschen, mehr als die gesamten Einwohner Dänemarks, Norwegens und Schwedens, wanderten als Heimatverwiesene in das verkleinerte und zerstörte Deutschland zurück. Für 28 Millionen Menschen müssen wir Lebensmittel einführen, wenn sie nicht verhungern wollen. Unsere Industrien sind zerstört oder werden demontiert. Eine Lebensfrage ist es für uns, wie groß wird in Zukunft der industrielle und gewerbliche Sektor sein? Es muß unbedingt ein Aufleben dieses industriellen Sektors geben, sonst versinkt das deutsche Volk in ein Proletariat. Es handelt sich bei allen Ausweisungen, bei allen Maßnahmen um eine Offensive des slawischen Ostens gegen den romanischen Westen. Das sind letzten Endes die wahren Hintergründe der ganzen Ausweisungen.

Schütz behandelte dann die Bodenreform und gab bekannt, daß 212 000 ha zur Bodenreform freigegeben wurden. Aber die Durchführung liege noch sehr im argen. Er forderte auch eine Verkleinerung der vorgesehenen Siedlerstellengröße von 11 auf 5 ha, um eine größere Zahl Siedler unterzubringen. Das Flüchtlingsproblem sei kein parteipolitisches, aber ein politisches Problem, sagte der Redner. Er stellte drei Forderungen in den Vordergrund:

Selbsthilfe — Staatshilfe — Welthilfe.

Die Staatshilfe muß den Weg zur Selbsthilfe freimachen. Es könne aber nur dann in der ganzen Flüchtlingsfrage eine Lösung geben, wenn sich beide Partner diesseits und jenseits des eisernen Vorhanges miteinander verständigen.

Edmund Leukert, München, Mitglied des Hauptausschusses, sprach über Wirtschafts- und Siedlungsfragen. Er beleuchtete die großen Schwierigkeiten. Aus seinen Worten sprach aber doch große Zuversicht, daß es doch gelingen wird, die Widerstände zu überwinden. Der Lastenausgleich muß kommen, sonst wird das

Deutschland von morgen eine leichte Beute des Ostens.

Dr. Keks, München, sprach über das Flüchtlingsgesetz. In der Spitzenbehörde werde zwar die Bedeutung des Flüchtlingsgesetzes erkannt und darnach gehandelt, aber bei den unteren Instanzen sei es noch nicht genügend bekannt und daher ergeben sich dann viele Schwierigkeiten.

Georg Nentwig, München, ebenso Mitglied des Hauptausschusses und Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der Union, behandelte die Organisation und den weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Union.

Am zweiten Tage umriß Dr. Walter Rinke das Grenzproblem. Es bestehe ein Rechtsanspruch auf Revision der heutigen Grenzen. Das Potsdamer Abkommen lege nur treuhänderische Verwaltung fest und keine endgültige Abtrennung der Ostgebiete. „Wir müssen in Zukunft zweigleisig fahren“, führte der Redner aus. „Unser Fernziel ist die Heimat, die verlorene. Nahziel ist es, an der neuen bayerischen Heimat mit allen Kräften mitzuarbeiten.“

Vertreter des Caritasverbandes und der Inneren Mission fanden warme Worte für die Ausgewiesenen und sprachen über caritative Hilfe. Den Abschluß der Rednerreihe machte der Bezirksvorsitzende, Landrat und Abgeordneter Konrad Kübler, Landau. Auch seine Worte fanden reichen Widerhall bei allen Delegierten. Bei der Wahl des Bezirksflüchtlingsausschusses wurde Dr. Schubert, Straubing zum Bezirksflüchtlingsobmann gewählt.

Die Versammlung faßte abschließend folgende Resolution: „Die jetzige Grenzziehung im Osten Deutschlands widerspricht jedem göttlichen und menschlichen Recht. Sie kann nur begründet werden mit dem „Recht“ des Stärkeren. Wir Ausgewiesenen aus dem deutschen Osten lehnen diese Grenzziehung ab. Wir werden nie auf unsere angestammte Heimat verzichten. Wir bitten daher die bayerische Staatsregierung, sich zum Sprecher unserer gerechten Forderungen, die in Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht stehen, zu machen um eine Lösung des Grenzproblems im Osten zu erreichen, die den Ansprüchen der Ausgewiesenen und der deutschen Existenzsicherung gerecht wird“. B.

NN 14.10.1949

Flüchtlings„leben“ im Bayerischen Wald

Deggendorf (MM). Nach einer zehntägigen Rundreise durch den Bayerischen Wald stellt der Cralog-Vertreter für Bayern, Karl E. Rogers, in einem ausführlichen Bericht fest, daß die Arbeitslosigkeit im Bayerischen Wald heute zwischen 70 und 90 v. H. liegt. Es fehle an allem, was über 300 000 Heimatvertriebene zum Leben brauchen. Sie vegetieren nur. Es gäbe Fälle, in denen drei in einem Bett, die anderen sechs auf einer Bank, dem Tisch oder auf dem Fußboden schlafen. Abseits von jedem Verkehr und jeder Arbeitsmöglichkeit säßen die jugendlichen Kräfte herum.

PNP 64/1949

Sie waren in Rußland gefangen ...

Vier Frauen nach 5jähriger Zwangsarbeit zurückgekehrt

In der vergangenen Woche trafen vier Frauen, die aus der Batschka in Südslawien stammen, nach 5jähriger Zwangsarbeit in Rußland in Degendorf ein. Während eine von ihnen bei ihrem Vetter in der Pfluggasse unterkam, fanden die drei anderen Bekannte und Verwandte in den Wallneranlagen in Deggenau und Fischerdorf.

Wir haben Fräulein Theresia Szarvas aufgesucht, um uns mit ihr über ihre Schicksale zu unterhalten. Alle vier wohnten in Abatin, einem rein deutschen Städtchen von 16 000 Einwohnern. Am 29. Dezember 1944 wurden alle Männer im Alter von 18—45 Jahren und alle Frauen von 18 bis 35 Jahren, ohne Rücksicht darauf, ob sie Kinder besaßen oder nicht, von den Russen rekrutiert. Es wurde ihnen gesagt, daß sie sich für 14 Tage Verpflegung mitnehmen sollten, da es zu einem 14-tägigen Arbeitseinsatz ginge. Als sie aber in den Viehwagen verladen waren, wurden diese plombiert und in langer Fahrt ging es durch Serbien, Ungarn und Rumänien nach Rußland, wo Charkow das Endziel war.

Sie waren dazu bestimmt, als Sklavenarbeiter beim Fünfjahres-Aufbauplan mitzuarbeiten.

Am Bestimmungsort wurden sie in einem Interniertenlager in einem halb verfallenen Institut untergebracht, die ungefähr 600 Männer getrennt von den 400 Frauen. In der ersten Zeit war der Raum so beengt, daß man beim Schlafen so gedrängt liegen mußte, daß, wenn sich eine auf die andere Seite umdrehen wollte, die ganze Reihe dabei folgen mußte.

Die Verpflegung war sehr schlecht, täglich dünne Krautsuppe und etwas Brei. Umso schwerer war aber die Arbeit; und hier wurde kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht.

Erst mußte der Schutt aufgeräumt werden, später ging es dann an den „Wiederaufbau“. Viele ertrugen die Strapazen bei der kärglichen Ernährung nicht.

Über 80 Frauen starben daran.

Aber ihre Widerstandskraft war immer noch größer, als die der Männer, bei denen die Todesziffer bedeutend höher lag.

Die Bewachung im Lager selbst erfolgte durch weibliches Personal, das aber stark bewaffnet war. Auf der Arbeitsstelle erfolgte die Ueberwachung durch Rotarmisten. Allerdings sei festgestellt, daß die Frauen keinerlei Belästigungen durch die Soldaten ausgesetzt waren.

In den beiden letzten Jahren erleichterte sich etwas ihr Los. Für ihre Arbeit bekamen sie Lohn, mit dem sie sich selbst ihre Lebensmittel einkaufen konnten, und jede bereitete sich ihre Mahlzeiten dann auf dem großen Ofen. An Vorträgen und politischen Aufklärungsveranstaltungen mußten sie natürlich teilnehmen. Aber auch für kulturelle Betreuung aus den eigenen Reihen war gesorgt, ein Orchester gab Konzerte und Theater wurde gespielt. Die deutschen Kriegsgefangenen der benachbarten Lager durften unter Bewachung Besuche abstaten.

Zwischen den männlichen und weiblichen Lagerinsassen bahnten sich oft Beziehungen fürs Leben an und einige junge Erdenbürger gingen aus diesen Verbindungen hervor. Mit den Einheimischen kam man wenig in Berührung.

Der arbeitenden Bevölkerung ging es aber nicht viel besser als den Gefangenen. Sie hatten ebenfalls nur trockenes Brot auf der Baustelle. Wer von den Internierten durch Krankheit arbeitsunfähig geworden war, wurde nach Deutschland oder Oesterreich entlassen.

Am 5. November wurde dann der letzte Transport nach Deutschland, am 9. November der letzte nach Oesterreich zusammengestellt. Eine Rückkehr in die alte Heimat, wo noch viele Angehörige, oft die allernächsten zurückgelassen wurden, war nicht möglich. Viele wußten nicht, wohin sie sich entlassen sollten, da sie keine Nachricht hatten, wo Bekannte oder Verwandte in Deutschland oder Oesterreich lebten.

Nach 14 Tagen endete endlich die Reise in Degendorf.

Fräulein Szarvas hat vom Roten Kreuz einen 4-wöchigen Erholungsurlaub auf dem Brennes bewilligt bekommen, den sie sofort antrat. Nach Beendigung hofft sie ihren alten Beruf als Schneiderin wieder aufnehmen zu können.

DD 40/1949

3. Eine Analyse der Zeit

Samstag, 24. November

Stand der Aufbauarbeit in Niederbayern-Oberpfalz

Auch im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz ist der Wiederaufbau, wie überall in Deutschland, ein ununterbrochener Kampf gegen Schwierigkeiten aller Art. In diesem Kampf kann man auch in unserer engeren Heimat schon auf beachtliche Leistungen und Erfolge hinweisen.

Aus Regensburg liegt dazu ein Bericht vor, dem wir folgendes entnehmen:

Straßen, Eisenbahnen und Schifffahrtswege
sind die Adern der Wirtschaft. Das Netz der Reichsstraßen ist in der Hauptsache wieder instand gesetzt. Trotz der Schwierigkeiten, die durch den Mangel an Baustoffen, Teer, Treibstoff, Fahrzeugen und Arbeitskräften überall auftreten, wird die Instandsetzung der übrigen Straßen fortgesetzt, soweit der nahende Winter es erlaubt. Im Regierungsbezirk sind 118 größere Brücken, darunter 20 Donaubrücken, der Verzweigungsstrategie der letzten Kriegstage zum Opfer gefallen. Der Zusammenarbeit der amerikanischen Pioniere mit den deutschen Dienststellen gelang es, die Mehrzahl der wichtigsten Brücken wieder befahrbar zu machen. Straßenbrücken in Holzkonstruktionen entstehen in Neustadt, Kelheim, Straubing, Deggendorf. In Regensburg werden die Holzbrücke der eingestürzten Strecken der Steinernen Brücke durch Betonpfeiler ersetzt, die dem Eisgang standhalten können. Vordringlich war auch die Räumung der Flußbetten von Brückenkrümmern. Sie ist soweit durchgeführt, daß der Schifffahrtsweg von Regensburg bis zur Landesgrenze wieder frei ist. So ist es möglich geworden, einen Eilgüterdienst mit Motorschiffen einzurichten. Der Bayerische Lloyd befährt seit Mitte Oktober regelmäßig die Strecke Regensburg — Straubing — Deggendorf — Vilsbiburg — Obernzell.

Damit im nahenden Winter der in der Folge noch geringen Leistungsfähigkeit der übrigen Verkehrswege besonders wichtige Straßenverkehr nicht in Schnee und Eis stecken bleibt, treffen die Regierung und die Landräte Vorbereitungen für einen Straßenwinterdienst und eine ausreichende Schneeräumung. Die zugesagte amerikanische Hilfe wird hier besonders wichtig sein, denn zur Lösung sind viele Kraftfahrzeuge und Spezialgeräte notwendig.

Der Handel

hat eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gegen den durch das Kriegsende erlittenen Rückschlag bewiesen, indem er, wenn auch manchmal in bescheidenstem Umfang, den Warenaustausch aufrecht erhielt. Allerdings sind dabei häufig unerwünschte Uberschneidungen innerhalb der Handelszweige eingetreten, denn jeder Handelsbetrieb versuchte aus Auswechslern irgendwelche greifbare Ware aufzukaufen, gleichgültig, ob sie sich für seine Branche eignete oder nicht. Natürlich ist das Gesamtbild des Handels von dem außerordentlich großen Mangel an

allen Arten von Gebrauchsgütern gekennzeichnet. Sehr ungünstig ist die Lage auf dem Gebiet des Textilhandels, des Handels mit Haus- und Küchengeräten aus Metall und auf dem Gebiet der Möbel.

Die Bauwirtschaft

und ihre Hilfsgewerbe sind noch fast ausschließlich mit Wiederherstellungsarbeiten beschäftigt, denn die Neubaulätigkeit ist durch die gesetzlichen Bestimmungen noch verboten. Auch die Wiederherstellung von Wohnräumen dürfte bekanntlich nur begonnen werden, wenn sie mit Sicherheit noch vor Wintereinbruch beendet werden kann. Die größte Hemmung des Bauwesens ist die durch die dem Bedarf nicht entsprechende Produktion bedingte ungenügende Baustoffzufuhr.

Die Bekleidungsindustrie

arbeitet mit einer Reihe von Betrieben in Vilsbiburg, Straubing, Pfarrkirchen und Regensburg, doch hat sie schwer mit dem Mangel an Stoffen und Material zu kämpfen, da vorerst nur Meterware aus Auswechslern vorhanden ist.

Die völlige Ausschaltung nationalsozialistischer Gedanken und Einflüsse ist die erste Voraussetzung für den Wiederbeginn in allen Bereichen kultureller Arbeit, ganz besonders aber im

Schulwesen,

das die Verantwortung für den Geist der heranwachsenden Jugend zu tragen hat.

Für zerstörte oder für andere Zwecke beschlagnahmte Klassenzimmer mußte Ersatz geschaffen werden. Der Mangel an Brennstoff stellt heute noch viele Gemeinden und manchen Schulleiter vor das Problem, ob im Winter Schule gehalten werden kann. Da die Nazipropaganda schon durch die Fibel des ABC-Schützen ihre Hege säte, mußten neue Schulbücher beschafft werden. Lese- und Rechenbücher für die vier untersten Volksschulklassen wurden durch die Militärregierung in einer vorläufigen Ausgabe in genügender Zahl zur Verfügung gestellt. Die schwierigste Aufgabe aber war es, genügend gute Lehrkräfte zur Verfügung zu haben, da im Regierungsbezirk rund 2500 Volksschullehrer als Parteimitglieder und aktive Nationalsozialisten von ihren Posten entbunden werden mußten. Evakuierte Lehrer aus anderen Gebieten Deutschlands und durch Bildung und Charakter geeignete Hilfslehrkräfte wurden herangezogen, der Abteilungsunterricht, der schichtweise Unterricht eines Lehrers in mehreren Klassen, wurde eingeführt.

Mit aller Kraft wird die Ausbildung neuer Lehrkräfte betrieben. Schon Ende September hatten sich zu den Lehrgängen für Schulhelfer über 200 Teilnehmer und für die Abiturienten-Lehrgänge an die 500 Teilnehmer gemeldet. Mit Geheftigung der Militärregierung wird gegenwärtig die Aufnahme des Unterrichts auch in den vier Unterklassen der Höheren Schulen vorbereitet.

Amtsblatt 21/1945

Probleme einer aufbauwilligen Stadt

Deggendorf gestern und heute — Bürgersteige, die zu schmal geworden sind

() Deggendorf, die Eingangspforte zum Bayerischen Wald, früher für den Fremden, der die Verhältnisse nicht kannte, ein Gebiet, wo Milch und Honig floß, hat gegenüber seinen Nachbarstädten unter dem Kriegsgeschehen sehr wenig gelitten. Einige Häusernruinen, die Sprengung der Straßen- und der Eisenbahnbrücke sind die äußeren Zeichen schmachvoller und furchtbarer Episode deutscher Geschichte.

Wie überall in Niederbayern, so hat auch Deggendorf, das ursprünglich 11 500 Einwohner zählte, eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen angesiedelt, sodaß die Stadt heute auf rund 20 000 Köpfe angewachsen ist. Sie hat mit beinahe einer Verdoppelung ihrer Einwohnerzahl hier einen Beitrag geleistet, der — wie aus einer Statistik zu entnehmen ist — gegenüber anderen niederbayerischen Städten einzig dasteht. Hinzu kommen noch in der ehemaligen alten Kaserne untergebrachten UNRRA-Betreuten, von denen dort ca. 1500 Personen leben. Man hat daher sehr eng in den Häusern zusammenrücken müssen, um diese Belastung zu steuern und manche Härte hat sich nicht vermeiden lassen. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn heute auf den Straßen ein sehr lebhafter Betrieb und ein vielseitiges Sprachengemisch herrscht und die schmalen Bürgersteige der Innenstadt kaum mehr für den Fußgängerverkehr ausreichen. Deggendorf ist gewachsen, nicht nur mit seiner Einwohnerzahl, sondern auch eine erhebliche Zahl neuer Betriebe sind erstanden und alle arbeiten aktiv mit nie dagewesenen Schwierigkeiten. Die Klappenschränke des Fernsprechamtes sind ob dieser Neugründungen überbeansprucht, lange muß man oft auf eine Verbindung warten, und das „Fräulein vom Amt“ hat seine Not, die allzu erregten Gemüter zu beschwichtigen. Die Kaufleute, obwohl sie nicht viel zu verkaufen haben, sind genau wie früher freundlich und höflich. Sie würden viel lieber ihre Kundschaft mit den begehrten Waren bedienen, als nur immer Auskünfte zu erteilen, wann dieses oder jenes lieferbar ist. Der Sport ist wie noch nie zuvor in den Vordergrund getreten, wovon die vielen Plakate an Zäunen und in den Geschäften kündigen, Tausende eilen an den Sonntagen zu den sportlichen Veranstaltungen und der Lokalpatriotismus kennt keine Grenzen.

Kulturell ist die Stadt leider tot geblieben. Selten, daß ein Theater zur Vorstellung

oder ein Konzert zur Aufführung einladet, lediglich das einzige spielende Kino bietet, Abwechslung von des Tages Arbeit und Sorgen. Die Jugend kann sich nur in bescheidenem Rahmen dem Tanzvergnügen hingeben, denn die meisten Veranstaltungen können nicht durchgeführt werden, weil keine Säle zur Verfügung stehen. Sie mußten alle für Flüchtlings-Wohnzwecke eingerichtet werden.

Wer nachts an dem Wahrzeichen der Stadt, dem Rathaus, vorbeigeht, der kann die eigenartige Beobachtung machen, daß dort an der Bezugscheinstelle bereits um zwei Uhr Menschen auf mitgebrachten Schemeln sitzen, um bei Dienstbeginn dieser Behörde einen Schuh-Bezugschein zu erhalten. Ein Zeichen der Zeit, Gewohnheit oder Mangel an Organisation?

Der bayerische Wald ist schon immer ein Notstandsgebiet gewesen und daran hat sich in den vergangenen zwölf Jahren nichts geändert. Der Fremde, welcher früher hier für drei Mark einen Zentner Äpfel bester Qualität in das Haus gebracht bekam oder für ein Ei vier bis fünf Reichspfennig zahlte, mußte ob dieser Preise von dem Reichtum dieses Gebietes überrascht sein. In Wirklichkeit aber war es die mangelnde Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung, die diese niedrigen Preise diktierte. Es ist daher verständlich, wenn der größte Teil der Bevölkerung, insbesondere aber der Arbeiter, der selbst in den besten Zeiten bei sehr geringen Löhnen gegenüber anderen Gebieten Deutschlands seinen Lebensunterhalt verdienen mußte, mit seinem Schicksal weiterhin unzufrieden ist, das sich jetzt durch die Gewaltpolitik des Hitler-Regimes noch verschlechterte.

So hat sich wie überall auch in Deggendorf vieles geändert, jedoch fehlen in den Fenstern der Häuser keine Scheiben, jeder Einwohner hat ein Dach, wenn auch ein bescheidenes, über dem Kopf und wird bei einiger Nächstenliebe im kommenden Winter nicht frieren. Überall ist es in deutschen Landen nicht so. Wer das Leid der vergangenen Jahre kennengelernt hat und weiß, das auch heute noch Millionen deutscher Menschen unter weitaus schlechteren Bedingungen leben, wer die Ruinen vieler Städte gesehen hat und dort die Lebensbedingungen kennt, der kann mit Überzeugung sagen „Glückliches Deggendorf!“

W. Horn

PNP 72/1946

Jeder Mensch ein Kleinod für andere

Das Jahr 1946, von uns allen mit großen Hoffnungen und Erwartungen begonnen, geht für viele mit Enttäuschung und Erbitterung zu Ende. / Wenn wir zurückschauen, so können wir dennoch manches Positive feststellen. Das gilt ganz allgemein für unser Land, aber ebenso für den engeren Bereich unserer Stadt Deggendorf. Um nur manches davon herauszugreifen, möchte ich auf die im Januar stattgefundenen Wahl des Stadtrates, die Wiederaufnahme des Betriebes in sämtlichen Schulen (mit Ausnahme der Mädchenoberschule und der Haushaltsschule), die Ansiedlung einiger neuer Industrien, die Aufnahme des privaten Wohnungsbaues und die Erweiterung unserer Wasserleitung hinweisen. / Freilich bleibt hier wie überall eine Reihe von Wünschen und Hoffnungen übrig, deren Erfüllung wir uns vom kommenden Jahr erbitten. Daß dabei neben dem Wunsch auf den endgültigen Frieden im Vordergrund die primitivsten Probleme der Ernährung und Wohnung stehen, ist in der jetzigen Notzeit eine Selbstverständlichkeit. / In Deggendorf beträgt zum Beispiel die Bevölkerungszunahme durch Flüchtlinge und Evakuierte zirka 60 Prozent, die durchschnittliche Belegung eines Raumes annähernd drei Personen. Damit steht unsere Stadt hinsichtlich der Wohnraumnot mit an der Spitze sämtlicher bayerischen Städte. Wollen wir hoffen, daß baldmöglichst der Artikel 106 der neuen bayerischen Verfassung auch für uns zur Geltung komme, wonach jeder Bewohner Bayerns Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat und die Wohnung für jeden eine freie Stätte und unverletzlich sein soll. / Ebenso wie die Besserung der Wohnverhältnisse liegt uns die Sorge um die Ernährung und um die Versorgung der Bevölkerung mit Textilien und Schuhwerk sowie mit Brennmaterial am Herzen. / Als weiteres erbitten wir fürs neue Jahr die Rückkehr der Kriegsgefangenen, von denen allein in Deggendorf zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 556 noch nicht heimgekehrt waren. Vieles, sehr vieles bleibt noch offen. / Wir können alles zusammenfassen in dem Wunsch, daß das Gesetz der Gerechtigkeit, das unser Böhmerwalddichter Adalbert Stifter einmal aufstellte und das verlangt, „daß jeder geachtet, geehrt und ungefährdet neben dem anderen bestehe“ und „daß jeder Mensch ein Kleinod für alle anderen Menschen sein müsse“, Wirklichkeit werde.

Schneider

1. Bürgermeister der Stadt Deggendorf

„Mit Mut und Zuversicht ins Neue Jahr“

PNP 95/1946

Deggendorfs Zukunft: Guter Wille und kein Geld

Gespräch mit dem stellvertretenden Bürgermeister Dr. Huber

Wie nach dem Willen der wählenden Deggendorfer Bürger und nach den ungeschriebenen parlamentarischen Spielregeln zu erwarten war, wurde der Spitzenkandidat der Bayernpartei, Rechtsanwalt Dr. Huber, mit 14 von 20 Stimmen des neuen Stadtrates zum stellvertretenden Bürgermeister der Stadt gewählt. Bürgermeister Dr. Huber beantwortete unsere Fragen, welche die Bürger der Stadtratssitzung einzeln interessieren. Zunächst sei es Aufgabe des neuen Stadtrates, alle parteipolitischen Gesichtspunkte beiseite zu schieben. Eine Zeit, die solche Sorgen und Probleme aufwerfe, wie die bevorstehende, erlaube nur rein sachliche Gesichtspunkte. Mit parteipolitischen Erwägungen seien die Probleme nicht zu meistern. Die Kassen der Stadt seien infolge der Währungsreform leer, ohne Staatszuschüsse werde Deggendorf seinen Aufgaben in der nächsten Zeit kaum nachkommen können. Vor allem die Frage der Arbeitsbeschaffung, die nunmehr in stetig steigendem Maße akut werde, hänge in erster Linie davon ab, wieweit der Staat zu helfen in der Lage sei. Eine Reihe vordringlicher Probleme bewege die Stadträte. Die Frage des neuen Schlachthofes, oft genug aufgegriffen, aber niemals unter Dach gebracht, sei nunmehr zu beantworten. Die Frage nach einem Schwimmbad beantwortete Dr. Huber dahin, daß ihm als altem aktiven Sportler das Schwimmbad selbst außerordentlich fehle und daß es darum sein Bestreben sein werde, hier für Abhilfe zu sorgen. Vielleicht seien die Deggendorfer Sportler zu bewegen, durch freiwillige Arbeitsleistungen einen Teil der nicht unbeträchtlichen Kosten zu tragen. Sicher könne auch durch solche Gemeinschaftsarbeit der un erfreuliche Anblick des Deggendorfer Fußballplatzes in einen angenehmeren verwandelt werden. Ein anderes Problem seien die Deggendorfer Straßen, die sich in einem fürchterlichen Zustande befänden. Es hänge an ihrer Herstellung aber mehr, als

der Laie wisse, weil das Deggendorfer Kanalsystem gleichzeitig wieder hergestellt werden müsse, das zum Teil verfallen sei oder verlegt werden müsse. Auf kulturellem Gebiet sei die Stadt weit zurück, es müsse also das Bestreben der Stadtverwaltung sein, hier fortschrittlicher und großzügiger zu fördern. Freilich stünden dem Raumsorgen im Wege, da die Stadt ja über keinen geeigneten und würdigen Raum größeren Ausmaßes verfüge. Vielleicht sei es möglich, die private Initiative in dieser Richtung zu steuern. Die Bestrebungen des Kulturvereins, dessen Lizenzierung bevorstehe, könnten auf die volle Unterstützung der Stadtväter rechnen. Wie schon im Verlauf der Stadtratssitzung stellte Bürgermeister Dr. Huber auch in diesem Gespräch wieder fest, daß eine neue Personalpolitik betrieben werden müsse. Einmal müsse Geld gespart werden, zum andern müsse aber nach Prüfung der Akten über das Verbleiben des einen oder anderen in der Stadtverwaltung entschieden werden. Sauerberk der Verwaltung sei die erste Erfordernis. Die Einheimischen sollen in der Verwaltung nicht zurückgedrängt werden, der neue Kurs dürfe aber auch nicht flüchtigseindlich sein. Er stehe als Angehöriger der Bayernpartei auf dem Standpunkt, daß diejenigen heimkehren müßten, die dazu in der Lage seien, während Flüchtlinge aus der Ostzone dies niemals zugemutet werden könne. Sie in un-sere Gemeinschaft einzubauen, sei selbstverständlich. Im allgemeinen und im besonderen sei aber immer der Gesichtspunkt der fachlichen Eignung maßgebend. Im übrigen sei — und darauf wolle Bürgermeister nicht unbedingt bindend sein. Zusammenfassend lasse sich alles in den kurzen Satz: Guter Wille sei da, aber kein Geld! Darin lägen, die Schwierigkeiten begründet, denen der neue Stadtrat und auch der Bürgermeister begegnen müßten.

Unsere kleine Stadt

Deggendorf gestern und heute / Eine Analyse der Zeit

Unsere kleine Stadt warb in besseren Zeiten für den Fremdenverkehr. Mit Bildern aus romantischen Winkeln der Stadt und der prächtigen Umgebung des Bayerischen Waldes wurde der Reisende durch einen mehrfarbigen Prospekt angesprochen, seinen Urlaub in dem Ruhe und Erholung bietenden Deggendorf zu verbringen. Leider waren es nicht allzu viele, welche dem Rufe folgten. Die, welche immer wieder hierher fanden, sagten, Deggendorf sei keine Stadt im üblichen Sinne, sondern ein Idyll. Es sei hier gemütlich, es lasse sich billig leben und am Morgen wiege man sich bereits mit einem kleinen Schuß Würstigkeit in der Abendstimmung. So sah der Fremde damals im tiefsten Frieden das kleine Städtchen. Er wußte nichts von den schlechten sozialen Verhältnissen des Arbeiters und Bauern in diesem Notstandsgebiet, die mit geringem Lohn ein kärgliches Dasein fristeten. Die Geräuschkulisse war niemals stark, man wollte möglichst unter sich sein.

Ein wenig anders würde es mit der Fertigstellung der Kaserne. Mit dem Zuzug ihrer Insassen belebte sich — wenn auch auf Staatskosten — das Geschäftsleben. Stadt und Kaufleute waren froh, daß sich etwas rührte. Eine merkantile Regsamkeit brach sich Bahn, womit die Anschauung des friedensamen Plätzchens verloren ging, denn während des Krieges brachten die grauen Uniformen der Stadt eine etwas aufgeregte und aufgesetzte Lasterhaftigkeit, so etwas wie einen pikant unangenehmen Ruf, der nicht zu seinen Einwohnern paßte. Mit der Gemütlichkeit nach althergebrachter Weise war es gegen Ende des Krieges vorbei. Selbst das spärliche Lächeln konnte keinen Platz mehr gewinnen, denn man bekam ohne Werbung mehr Fremde her, als man sich je träumen ließ. Aus dem Idyll wurde eine lebhaftere Stadt, deren schmale Bürgersteige kaum mehr für den Fußgängerverkehr ausreichten. Mit einem vielseitigen Sprachengemisch wurde sie international. Was man von den Fremden früher zur Belebung des Geschäftslebens und Auffüllung des Stadtsäckels schätzte, hatten von den mittellos gewordenen Ausgewiesenen nur einige und so war es verständlich, daß man dieser Völkerwanderung skeptisch gegenüberstand. Zunächst konnte man sich damit nicht abfinden, es dauerte lange, bis man mit dieser neuen Zeit fertig wurde. Und doch hatte man hier einen Beitrag geleistet, der im Bayerischen Walde einzig dasteht. Man nahm rund 6000 Neubürger auf, was eine Bevölkerungszunahme von 60% bedeutet. Die Menschen mußten in den Häusern eng zusammenrücken, wobei sich manche Härte nicht vermeiden ließ. So veränderte sich Deggendorf durch die Kriegswirren wesentlich. Die Neubürger und eine vielseitige Kleinindustrie ließen das Leben geräuschvoller werden, das Tempo des Tages wurde schneller. Wo früher in den Ämtern ein kleines Häuflein Beamter die Geschicke der Stadt leitete, sitzt heute ein Stab von Angestellten und führt, wie überall in Deutschland, Papierkrieg. Man gibt sich die größte Mühe, unter den gegebenen Verhältnissen allen gerecht zu werden, doch manchmal ist es Apathie und Würstigkeit, die zu groben

Fehlern Anlaß geben und ein andermal wieder ist es der Amtsschimmel, der merklich wiehert.

Unsere kleine Stadt hat natürlich auch ihren „schwarzen“ Markt, der vom DP-Camp reichliche Nahrung erhält. Vor einigen Gaststätten kann man so ziemlich alles kaufen, was das Herz verlangt, nur muß man die nötigen Barmittel haben. Wer fragt heute noch danach, daß er eventuell dabei erwischt wird. Die Hauptsache ist, wenn man sich seine Mahlzeiten etwas kalorienreicher gestalten kann. Viele legen ihr Geld noch vor der Währungsreform gewinnbringend für den Magen an, denn ein Spatz in der Hand ist ihnen lieber, als eine Taube auf dem Dach. Das Kapitel der Währungsstabilisierung schlägt überhaupt in diesen Tagen große Blüten. Der Spuk geht so weit, daß einige Geschäftsleute für gelieferte Waren keine Rechnungen mehr ausstellen, um nach der Umstellung in den Besitz des neuen Geldes zu kommen. Es fragt sich nur, inwieweit sie später Anspruch auf diese Außenstände erheben dürfen. Die vergangenen bewegten Jahrzehnte haben bewiesen, daß, wie man auch disponiert, es meistens falsch ist. So mahlen auch auf anderen Gebieten die Räder rücklaufend einen gleichmäßigen Gang. Vielen ist schon alles egal. Nur in einigen Dingen kennt man in Deggendorf keine Spaß. Der stark in den Vordergrund getretene Sport erregt zuweilen die Gemüter. Man muß es miterlebt haben, wenn 3000 Sportbegeisterte in der zum Bersten gefüllten Exerzierhalle bei einer Boxveranstaltung die Wellen hochschlagen lassen. Hier ist dann selbst die widerwärtige Zeit vergessen, da vibrieren vom Geräusch die Fensterscheiben. Oder es kommt eine Gastspielbühne, die da glaubt, der Provinz das Minderwertigste vorsetzen zu können, sie hat sich für immer in Deggendorf unmöglich gemacht. Es sei vermerkt, daß vor einigen Tagen eine Kulturvereinigung gegründet wurde, die schon in nächster Zeit von sich reden machen wird und sicherlich dem kulturellen Leben Auftrieb gibt.

Womit sich die Stadt seit Beginn dieses Jahres besonders unangenehm auszeichnet, ist die Suche nach Sensationen um jeden Preis. Die Not sucht nach einem Ventil, welches zeitweilig mit Erfolg aus dem brodelnden Volkskessel Dampf abläßt. Die Gerüchte sind teilweise so bitter, daß man sie einfach nicht glauben kann und doch bestätigten sie sich in der letzten Zeit. Traf das Schicksal den Polizeichef heute, so wird vielleicht morgen schon wieder in diesem Zusammenhang eine neue Sensation kursieren. Es ist im Augenblick viel los in Deggendorf, die merkantile Regsamkeit steigert sich von Tag zu Tag. Das anrühige Fludium der Verfehlungen städtischer Angestellter kann unserer kleinen Stadt keinen Abbruch tun. Nicht nur sie allein leidet unter den unzuträglichen Verhältnissen mit ihren Auswüchsen. Sie ist eben klein und darum halten diese Hammerschläge tausendfach wider. Mag sich die Situation zu einem großen Skandal ausweiten, so werden alle, die Deggendorf lieb gewonnen haben, ihm treu zur Seite stehen. Sie wird dafür dankbar sein — unsere kleine Stadt. ho

Aus dem Jahrbuch der Stadt Deggendorf

Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung Deggendorf für das Jahr 1947 Wohnungs-, Ernährungs- und Bekleidungsfragen bleiben Kernprobleme

In der ersten Stadtratssitzung im neuen Jahr, am 23. Januar 1948, gab Bürgermeister S c h n e i d e r einen Tätigkeitsbericht über die geleisteten Arbeiten der Stadt Deggendorf im Jahre 1947, den wir nachstehend auszugsweise wiedergeben.

„Wenn im Tätigkeitsbericht 1946 das Jahr 1947 als Beginn, eines langsamen Wiederaufbaues bezeichnet wurde, so klang darin die Hoffnung mit, daß es weitere Fortschritte im Aufbau bringen wird. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Gründe der Schwierigkeiten brauchen wohl nicht näher erläutert werden. Sie liegen im Zusammenbruch unseres Vaterlandes. Der gute Wille allein genügt heute nicht. Als Beispiel sei angeführt, daß auf Anregung der Regierung die Frage des Schlachthof-Neubaus wieder aufgenommen wurde. Allein die Tatsache, daß die Baustoffzulassung 1947 geringer war als 1946, zwang zur weiteren Zurückstellung. Das gilt für alle jene Projekte, die schon lange als notwendig erkannt und in Vorbereitung sind.

So mußte sich die Arbeit des Stadtrates mehr oder weniger auf die Kleinarbeit beschränken, der in 14 Stadtrat- und Ausschuß-Sitzungen insgesamt 754 Gegenstände behandelte.

Das Kernproblem der Stadt ist die Überbevölkerung. Schon im Tätigkeitsbericht 1946 wurde eine vollkommene Zuzugsperrre als unbedingt notwendig gefordert. Der Bericht, der im Juli 1947 anwendenden Wohnungs- und Wohnungskommission an gestellt ist, daß 800 bis 1000 Personen in Deggendorf umzuquartieren sind. Diese Maßnahme erfolgte nicht, vielmehr ist eine Erhöhung der Einwohnerzahl, soweit sie den Wohnungsmarkt berührt, um 302 Personen eingeleitet. Die immer mehr ansteigende Wohnungsdichte läßt sich auf die Dauer immer schwerer ertragen.

Bedenklich wird das Problem, da durch die gegebene überdurchschnittliche Wohnungsbelegung keine Möglichkeit besteht, Gewerbebetriebe anzusiedeln, weil die von auswärts notwendigen Fachkräfte nicht untergebracht werden können. Wie aber sollen später für die Neubürger Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden ohne entsprechende Ansiedlung neuer Betriebe. Die Zahl der Betriebe hat sich wohl von 698 auf 637 erhöht, aber sie ist nur auf das Bestreben einzelner nach Selbständigmachung zurückzuführen. Deggendorf hat nur 33 Betriebe, die jeweils mehr als 20 Personen beschäftigen.

Ein Schmerzenskind sind die ungepflasterten Straßen, deren Zustand zu wünschen übrig läßt und die trotzdem im Jahre 1947 einen Kostenaufwand von rund 46 600 Mark erforderten. Wiederholt hat sich der Stadtrat mit dieser Frage beschäftigt, aber bei dem Materialmangel, der in der Hauptsache auf Transportwierigkeiten und Bevorzugung von Kompensationsgeschäften zurückzuführen ist, kann immer nur Flickwerk geleistet werden, das den verkehrgefährlichen Zustand der Straße auf kurze Zeit behebt.

Die von der Kartenstelle ausgegebenen Lebensmittelkarten für Normalverbraucher stiegen von 174 700 im Jahre 1946 auf 190 129 und bei den Selbstversorgern von 12 252 auf 13 229. An Schwerbeschädigte kamen 2 136 Zulagekarten und an Krankenzulagen 3 800 gegen 2 710 im Jahre 1946 zur Ausgabe. Zwingt dieser Vergleich zu der Feststellung, daß sich der allgemeine Gesundheitszustand verschlechtert hat, so läßt das Absinken der Zahl der Tageskarten von 16 547 im Jahre 1946 auf 6 489 im Jahre 1947 den Schluß zu, daß der größte Teil der Neubürger nur mehr einen festen Wohnsitz hat. Holz-Bezugskarten wurden an 6 341 Haushaltungen und Kohlen-Bezugskarten an 7 128 Haushaltungen ausgegeben. Vom 1. April bis Jahreschluß kamen 3326 Ster Holz zur Verteilung (1 400 Ster mehr als im Vorjahre), von denen die Firmen Neumeyer und Fiedl 2 778 Ster lieferten und damit nur etwas mehr als die Hälfte der Vereinbarung. Zur Versorgung der Betriebe wurde auf der Rusel durch die Firma Hochmuth Stockholz gerodet und auch hier die ursprünglich angenommene Menge von 2 000 Ster nicht erreicht, so daß der angemeldete Bedarf von rund 5500 Ster nicht einmal zur Hälfte gedeckt werden konnte. In der Freibank kamen zum Verkauf 149 Großtiere, 25 Kälber, 16 Schweine, 6 Ferkel, 2 Schafe, 821 kg

Fleisch und Wurst. An 2 276 Haushaltungen mit einem Personenkreis von 9 199 wurden Freibank-Karten ausgegeben, an die durch dreimalstigmalgigen Fleischaufruf 13 899 kg zur Verteilung kamen. Aus dem Bericht der Bezugscheinstelle ist vermerkt, daß mit wenigen Ausnahmen die Zuweisungen, teilweise sogar wesentlich, zurückgegangen sind. Der Rückgang bei Textilien betrug rund 25%, bei Schuhen rund 20 %. Die tatsächliche Zuweisung von Textilien erreicht die Zahl von 206 000 Punkten, die mit 23 % an Neubürger, 29 % an Normalverbraucher und mit 18 % an Betriebe verteilt wurden. Umgerechnet nach der auf den Kopf treffenden Punktzahl können damit rund 6 900 Personen versorgt werden, also nur rund 40 % der Bevölkerung. An Schuhen erhielt die Stadt 5 478 Paar gegenüber 7 368 Paar im Jahre 1946 zugeteilt. Die Verteilungsquote war 45 % an Neubürger, 43 % an Normalverbraucher und 12 % an Betriebe mit mehr als 10 Personen. Die Zuweisung an Beschirte betrug 7 452 Stück einschließlich 1 543 Untertassen. Auf den Kopf der Bevölkerung trifft nicht einmal ein halbes Stück. Die Quote reicht nicht einmal zum Ersatz aus, der im Laufe jedes Jahres unbrauchbar wird. Die Zahl der Stühle der Stadtbevölkerung 1946 noch 335 Fahrraddecken-Bezugscheine zur Verfügung, so waren es im Berichtsjahr nur noch 247; die Zahl von 382 Schlüsseln ist gleichgeblieben. Infolge des Rückganges mußten 300 Anträge der Dringlichkeitsstufen I und II unerledigt bleiben. Glühbirnen-Bezugscheine konnten 307 ausgegeben werden, womit auch noch die Betriebe versorgt werden konnten.

Ein ganz besonderes Problem weist der Bericht des Wohnungsamtes auf. Nach der Wohnraum-Bestandsaufnahme vom 18. September 1947 stehen 15 508 Personen in 9 908 Wohnräumen mit 98 766 qm Wohnfläche zur Verfügung, wobei Küchen über 10 qm mitgezählt sind. Somit entfallen auf den Wohnraum 1,56 Personen, auf die einzelne Person 6,36 qm. Die durchschnittliche Wohnraumgröße beträgt 9,96 qm. Da nach dem Kontrollratsgesetz jedem Deutschen eine Wohnfläche von 8 qm zur Verfügung stehen soll, fehlen demnach in Deggendorf rund 25 000 qm Wohnraum, woraus sich ergibt, daß rund 2500 Wohnräume neu zu schaffen wären. Es genügt hier wohl festzustellen, daß die Wohnraumnot absolut wie relativ erschreckend groß ist. Es wird daher wenig überraschen, wenn weiter festgestellt wird, daß beim Wohnungsamt Vormerkungen für 359 Wohnungen, 126 Zimmer und 71 Schlafstellen vorliegen. Zugewiesen wurden in der Berichtszeit 69 Wohnungen ohne Tausch, 981 Einzelzimmer, 628 Privatschlafstellen, im Durchgangsverkehr 19 488 Personen Gasthof-Betten und 123 Personen Unterkünfte in Massenquartieren.

Die Besatzungsmacht beschlagnahmte weitere 5 Wohngebäude mit 10 Wohnungen = 48 Zimmer, so daß nun 49 Gebäude mit 487 Wohnräumen dem Wohnungsbedarf entzogen sind und wodurch insgesamt 486 Personen unquartiert werden mußten. Hinzu kommen noch 19 Gebäude, in denen gewerbliche Räume beschlagnahmt sind.

Würdigt man die in den Berichten des Wohnungsamtes und der Bezugscheinstelle gegebenen Zahlen unter dem Gesichtspunkt des Angebots und der Nachfrage, so ist es menschlich begrifflich, daß der weniger Eingeweihte im Kampf um das für ihn unbedingt notwendige Bedarfsgut nur zu leicht die Schuld bei dem sucht, mit dem er es unmittelbar zu tun hat. Es sollte aber trotzdem nicht übersehen werden, daß nur verteilt werden kann, was zugewiesen wird. Der Parteiverkehr bezifferte sich beim Wohnungsamt auf über 20 000 und bei der Bezugscheinstelle sogar auf rund 32 000 Personen. Zur Arbeitsbelastung sei nur darauf hingewiesen, daß z.B. in der letztgenannten Stelle 12 639 Einschreibebriefe zu erledigen waren. Es muß jedem Menschen klar sein, daß der Stadtrat nicht einen Angestellten entlassen kann, wenn hin und wieder nicht das richtige Wort gefunden wird. Wenn konkrete Anschuldigungen erhoben und auch bewiesen wurden, die der Stadtrat noch nie geübert, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Damit sind wohl die Punkte berührt, die auch die Allgemeinheit am meisten angehen und interessieren.

NN 27.1.1948

4. Ernährungslage

Mehr Tempo in der Ablieferung von Agrar-Produkten

Aus der Bürgermeister-Versammlung des Landkreises Deggendorf / Landrat
Weinzierl fordert mehr soziales Verständnis gegenüber den Neubürgern

In Anwesenheit des Direktors der Militärregierung Deggendorf fand am 1. Dezember im Rathaussaal eine Bürgermeisterversammlung statt, die im Zeichen der bäuerlichen Ablieferungspflicht stand. Major Rhodes forderte mehr Tempo in der Ablieferung und gab die vom Zweizonenwirtschaftsamt festgesetzten Ablieferungsquoten für Brotgetreide, Hafer, Gerste und Kartoffeln bekannt, die, wie er betonte, endgültig und unter allen Umständen zu erfüllen seien. Die Kartoffeln sollten bis zum 30. November 100prozentig, Brotgetreide mit 75 Prozent bis zum 31. Dezember 1947 und restlos bis zum 28. Februar 1948 abgeliefert sein. Der Direktor betonte, daß das gesamte Getreide sofort gedroschen werden muß, denn er lasse spätere Ausreden nicht zu, die sich eventuell auf eine mangelhafte Stromversorgung beziehen. Über die Kartoffelaktion in den Landkreisen Deggendorf und Vilshofen (Bereich des Ernährungsamtes A Deggendorf) sprach er den Bürgermeister seine Befriedigung aus, da hier fast 100prozentig gegenüber anderen Landkreisen durchgeführt wurde. Landrat Weinzierl richtete eine Anfrage über das Auftreten der Hofbegehungskommissionen an die Bürgermeister und konnte zur Kenntnis nehmen, daß die Kommissionen ihre Arbeiten ohne Übergriffe durchgeführt haben. Auf das Flüchtlingsproblem eingehend, streifte der Landrat die Tätig-

keit der Regiergungs-Wohnungskommission, die den größten Teil des Landkreises bereits bearbeitet hat und jetzt in Plattling ihre Aufgaben erfüllt. Er gab bekannt, daß nur wenig Wohnraum beschlagnahmt werden konnte und somit der Beweis erbracht wurde, daß der Landkreis mit Ausgewiesenen überbelegt ist. Es wird also nicht möglich sein, einen großen Teil der Flüchtlinge des Lagers Michaelsbuch in Privatquartiere einzuweisen, da vor allem erst die vorhandenen Elendsquartiere beseitigt werden müssen. Wörtlich fuhr der Landrat fort: „Die Wohnungslage im Landkreis Deggendorf ist mein größtes Sorgenkind. Ich bedauere, es hier sagen zu müssen, daß von gewissen Kreisen den Ausgewiesenen so wenig soziales Verständnis entgegengebracht wird, was ich niemals erwartet hätte. Es geht nicht, wie es in einem Fall jetzt wieder vorgekommen ist, daß man die Ärmsten der Armen mit ihrem wenigen Hab und Gut einfach auf der Straße setzt. Wir sind letzten Endes alle Menschen und müssen aufeinander Rücksicht nehmen.“ Abschließend richtete der Landrat an die Bürgermeister die Bitte, in ihren Gemeinden dahin zu wirken, daß die Selbstversorger einen Zentner Kartoffeln von ihrem eigenen Kontingent abgeben, da in den bayerischen Städten noch nicht jeder Verbraucher seine Zuteilung von einem Zentner erhalten hat.

NN 5.12.1947

DEGGENDORF

Drakonische Maßnahmen des Ernährungsamtes A

Das Ernährungsamt A Deggendorf hat scharfe Maßnahmen ergriffen, um die noch ausstehenden Ablieferungsverpflichtungen der Bauern zu erzwingen. An jeder Gemeindetafel im Betreuungsbezirk (Landkreis Deggendorf und Vilshofen) sind jetzt alle Erzeugerbetriebe anzuschlagen, die trotz des bereits erfolgten Ausdrusches bisher ihr Getreideliefersoll noch nicht erfüllt haben. Bei dieser Maßnahme ist jeweils das Liefersoll und der Stand der Ablieferung anzugeben. Sämtliche Lieferbetriebe haben mit folgenden Strafmaßnahmen zu rechnen: 1. Plombierung der Schrotmühlen, 2. Beschlagnahme der Getreidevorräte einschließlich des Selbstversorgerbedarfes, 3. Entzug der Mahlkarten, dafür Versorgung mit Normalverbraucherrationen, 4. Entzug der Zuckerration ab der nächsten Versorgungsperiode, 5. In schwerwiegenden Fällen Einsetzung eines Treuhänders, Zwangsverpachtung des Betriebes oder Enteignung und Überlassung des Anwesens für Siedlungszwecke, 6. Entzug der Treibstoffver-

sorgung und der Versorgung mit landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, 7. Entzug jeder Hauschlachtung und der Gleichberechtigungsschneide, 8. Verhängung von empfindlichen Ordnungsstrafen, in schweren Fällen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Landkreis Deggendorf bisher Überschußgebiet in landwirtschaftlichen Produkten war, jetzt aber ein Zuschußgebiet in der Milchproduktion geworden ist. Derjenige Landwirt, welcher von sofort an nicht seiner Milchablieferung gewissenhaft nachkommt, hat mit der Wegnahme seiner Kühe zu rechnen, wobei erst solche mit geringerer Erzeugung der Beschlagnahme verfallen. Sollte sich abermals die Milchherzeugung nicht bessern, verliert der Landwirt auch die anderen Kühe. Von allen Kühen, die zu Gespannzwecken Verwendung finden, wird eine tägliche Milchleistung von 2 Litern, von allen anderen Kühen eine dementsprechend höhere Milchmenge erwartet.

NN 27.1.1948

5. Schulsituation

Auf jedes Klassenzimmer 100 Schüler

Zwei Unterrichtsstunden im Tag — Schwierige Schulverhältnisse in Deggendorf

Zur Erhaltung des Körpers gehört nicht nur eine ausreichende Nahrungsaufnahme, sondern auch die Zuführung geistiger Nahrung. Im besonderen Maße trifft dies auch auf die Jugend zu. Ein erheblicher Teil der Schulgebäude wurde im Kriege zu Lazaretten umgebaut und dient teilweise heute noch immer diesem Zweck. Zwangsläufig mußten daher die Schulen zusammengelegt werden und jahrelang mit wenigen Lehrkräften einen Notunterricht durch Kürzung der Unterrichtsstunden durchführen. Auch die Deggendorfer Schulen wurden davon betroffen. Wir haben uns von den Leitern einen kurzen Überblick geben lassen, wie es um das Schulwesen heute bestellt ist.

Die Volksschule begann bereits am 19. September des vergangenen Jahres mit dem Unterricht für alle Klassen. Da die frühere Mädchenschule — das „Englische Institut“ — noch als Krankenhaus dient, mußte diese mit der Knabenschule vereinigt werden. Dadurch ist der unhaltbare Zustand eingetreten, daß in der Knabenschule 2550 Schüler und Schülerinnen in nur 14 Sälen unterrichtet werden. Das Problem wurde so gelöst, daß jeweils wechselseitig vormittags und nachmittags die Knaben oder Mädchen unterrichtet werden. Da auf jedes Klassenzimmer 100 Kinder fallen, ist es nur möglich, im Rahmen eines Halbtags-Unterrichts zwei Unterrichtsstunden zu erteilen. Lediglich der vierten Klasse hat man den Normalunterricht von vier bis fünf Stunden belassen, weil hier die Vorbereitung zu einer eventuellen Übernahme in die Oberschule notwendig wird. Der Unterricht über Heimat- und Naturkunde wird im Rahmen von Schulspaziergängen gehalten. Rund 30% der Schüler und Schülerinnen sind Flüchtlinge und Evakuierte. Um den Dialektschwierigkeiten zu

begegnen, werden die Schüler der ersten bis fünften Klasse nur von evakuierten Lehrkräften betreut. Früher standen der Knabenschule 20 Lehrkräfte zur Verfügung, während heute infolge des Lehrermangels nur vierzehn tätig sind, die täglich 100 Schüler in zwei Abteilungen zu unterrichten haben.

Bei der Mädchenschule liegen die Verhältnisse ähnlich, da hier 1200 Schülerinnen unter den gleichen Bedingungen unterrichtet werden müssen, doch stehen hier, da diese Schule in klösterlichen Händen liegt, ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung. (In 43 Schulorten des Landkreises Deggendorf werden durch 135 Lehrkräfte rund 12 000 Schüler, davon 3000 Flüchtlingskinder, unterrichtet.)

Die Oberschule konnte ihre Pforten erst am 30. April 1946 öffnen, da das Gebäude Lazarettzwecken zur Verfügung stand. Es werden heute 1050 Schüler und Schülerinnen in 24 Klassen mit 20 Lehrkräften unterrichtet. Der Unterricht ist in Vormittags- und Nachmittagsstunden aufgeteilt. Mehr als 50% der Schüler sind Flüchtlinge. Der Unterricht leidet stark unter dem Mangel an Lehrbüchern, die hier überhaupt nicht vorhanden sind. Da viele Schüler auf die Eisenbahn angewiesen sind, reichen die spärlichen Zugverbindungen nicht aus. Die Schule hat daher an die Reichsbahndirektion die Bitte gerichtet, die Kinder auch auf Güterzügen mitfahren zu lassen und hofft auf eine Zusage. Der seit Jahren anhaltende Notunterricht hat das Wissen der Schüler stark beeinträchtigt. Man versucht, die entstandenen Lücken so schnell als möglich zu schließen. — Die Berufsschule konnte noch nicht eröffnet werden, da sich in ihren Räumen das Geschlechtskrankenhaus befindet.

Schulraummot in Deggendorf

Die Lösung kann nur die „Neue Kaserne“ bringen

Aus allen Gemeinden in ganz Bayern erklagt die lebhafteste Klage über die Schulräumnot. Gemeinden, die vordem diese Not nicht kannten, haben sie als eine Dreiecksklage der Flüchtlingen erhalten. Gerade in unseren bayerischen Gemeinden ist entsprechend der großen Zahl der Flüchtlinge auch Maßstäbe der Schulkinder in unerhörtem Maße gestiegen. Die Flüchtlinge sind nun die Flüchtlingsfrage nach der über einstimmenden Meinung aller Einsichtigen eine Frage des ganzen Volkes, ja sogar der ganzen Welt, dann möchte das ebenso auch von der Schulräumnot gelten. Aber niemand nimmt den Gemeinden zunächst diesen Teil ihrer neuen Aufgaben ab und diese Aufgaben können auch keinen Aufschub zu. Denn die Kinder müssen nach den Wachstumsgesetzen heran- und weiterzubilden. In dieser Zeit den Unterricht haben den sie brauchen.

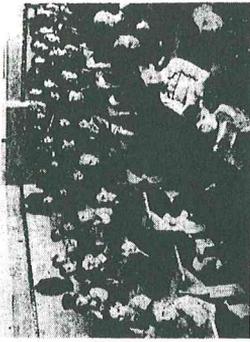
So sind beide Teile in eine gemeinsame Not gedrängt worden: die bayerischen Gemeinden mühen sich ab, mit den neuen Schülern fertigzuwerden und die Kinder und ihre Eltern haben Grund zu klagen, daß es ihnen an Schulraum und an Schulbildung gebricht. Flüchtlinge sind sozusagen über Nacht in eine riesige Stadt hineingekommen, die schon früher das Bedürfnis hatte, mehr zu schaffen und war man sich schon damals über die Platzfrage klar — man dachte an einen Neubau in der Nähe des Surpinstegs —, dann versteht man die Sorgen der Fachleute, daß heute der Ausführenden dieser Pläne geradezu unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten entgegenstehen, obwohl das Bedürfnis schon längst gewachsen ist.

Die Knaben vorkommen, die schon seit langem nicht mehr aus der Heimat kommen, die Mädchen, die in den jetzigen Verhältnissen können die Knaben nur einen ganz unzureichenden Anteil an der Ausbildung erhalten. Die Lehrer klagen, denn sie leiden ja selbst darunter, daß ihre Bemühungen so unzulänglich fruchtbar zeitigen; die Eltern klagen, daß ihre Kinder ohne die wertvollen Kenntnisse, die sie verdienen könnten, in die Welt hinausgeschickt werden. Die Kinder selbst spüren es, wenn sie ins Leben treten sollen und wenn ihre Kenntnisse nicht den Anforderungen entsprechen. Das ist der Grund, wie das Leben verlangt. Not überall Schulnot voran!

Die Oberrealschule klagt, daß ihre Räume zum Bersten voll sind und daß auch

sie gezwungen ist, Abteilungen unterrichten zu müssen. Die sonstigen Klassen sind jetzt ja vermehrt eben ausreichend hätte, sind jetzt ja vermehrt eben ausreichend hätte, Mädchenoberschule, sie sind die ganze Zahl mehr als die vielen Flüchtlingskinder von Deggendorf und der ganzen Umgebung. Das Haus, gebaut für 450 Schüler, muß heute 990 Kindern Raum bieten. Jeder muß hier fühlen, daß das auf die Dauer unhaltbar ist. Die Mädchen der Oberrealschule sind früher ein gutes Heim hatten, sind heute auf der Unterrealschule angewiesen oder auf die zeitweise Unterrealschule, die sich auf des Leibes und der Seele der Flüchtlinge zu führen. Das schreit nach Hilfe! Die Mädchen brauchen eine eigene Schule und ein Heim!

Die Schulreform will die Erkenntnis nutzbar machen, daß für den jungen Menschen, der bald ins Berufsleben treten möchte, eine gute Schulbildung heute die beste Mitgift ist. So ist die Idee der Mittelschule von den Schulmännern neu erweckt worden die unserer Jugend eine gediegene Allgemeinbildung zu vermitteln soll. Sollte sie auf dem langen Weg der Bildung nicht viele Gemeinden der



Jede Klasse ist bis in den letzten Winkel besetzt. Umgehung nach solchen Schulen rufen, daß aber die Finanzierung nicht nur große Schwierigkeiten bereitet, sondern unmöglich erscheint. Seitenweise, das heißt, durch auch die Bedürfnisse in Deggendorf darnach

rufen. Aber auch hier erhebt der verantwortliche Finanzmann seinen warnenden Finger. Da kommt nun in Deggendorf der gute Zufall zu Hilfe und bietet eine Möglichkeit, die im Laufe eines Menschenalters nicht wieder geboten wird: die „Neue Kaserne“ ist der einst der „Heranbildung“ von Offizieren für die Heeresverwaltung bestimmt; sie ist so ganz geeignet für die Heranbildung der Jugendlichen für die Friedensarbeit zu dienen. Diese „Neue Kaserne“ könnte mit einem Schläge alle schulischen Nöte in Deggendorf lösen, die in Wahrheit eine Volksnot geworden sind.

Es möchte einem das Blut in den Adern stocken, wenn man nun hören muß, daß diese einmalige Gelegenheit verpaßt werden sollte. Man hat das große Glück, keine unterbringungslos zu sein. Schuler, Schullehrer, die Maßnahmen der Regierung und der Verantwortlichen für die so vergressene Bayerwaldbevölkerung, der man doch jetzt helfen will? Oder wird wieder bloß geflünnert, wenn man so tut? Sind das die Maßnahmen für unsere Jugend?

Der Vorschläge sind von Fachleuten genug gemacht worden. Sollten die Vorschläge in Betracht kommen? Sollten sie nicht ernstlich und vertauschen? Natürlich nicht! Wir darüber im klaren, daß die Lösung der Schulfragen in Deggendorf, die die höchsten Prestigefragen in Wahrheit sind, zunächst Geld kosten werden, denn der Ausbau und die Einrichtung eines Blocks zu einer Schule wird immerhin einen Betrag von 100 000 DM erfordern, für den die Gemeinde in erster Linie aufkommen muß. Doch selbst der Staat wird sein Wort nicht halten. Die Bayerwald einlegen müssen!

Was aber ist eine solche Ausgabe schon im Vergleich mit der Million, die man auszugeben hätte, wenn man diese Gelegenheit herumpuschen lassen für andere Zwecke, die sie sich nicht annähernd in gleicher Weise verschaffen können? Wir rufen jetzt die Verantwortlichen der Regierungsgängen Umgebung und in der Regierungsgängen Umgebung auf zu einer Tat der Vernunft! Zu einer wahren Tat für unsere Jugend, die man sonst so gerne unsere Zukunft nennt, wenn es opportun erscheint. Und wir rufen auf zu einer wahrhaft großen Tat für unser Bayerwaldgebiet.

Schreiben von Deggendorf, denkt an Eure Pflicht! Ihr Herrgott, der Regierung, löst endlich Euer Wort ein!

6. Elendsquartiere

Neue Presse

Dienstag, 27. Juli 1944

beschränkte Gültigkeitsdauer
rken mit dem Bemerken
den, nicht eingelösten Bri-
die. Die Folge dieser Maß-
ch einer amtlichen Verlaut-
erung, der widerrechtlich
ohlenbezugsamen an weih-
kaufkräftigere Personen
contie. Das Wirtschaftsamt
daraufhin veranlaßt, eine
herauszugeben, wonach ab
an Einheimische (auch Neu-
vorgen die Kennkarte
dürfen". Im übrigen aber
leistung aufrechterhalten,
ih besteht, später für „ver-
meinen Ersatz zu stellen.

re im Kreis Deggendorf
vir bereits berichteten, hat
n die Erfassung sämtlicher
die Wohnungsmieter an
andort-Stadt und „Land“ wur-
durch bauliche Verhältnisse
is menschenunwürdig zu be-
gen registriert. Hiervon ent-
gelteht, während im Land-
den. Nach einer Feststellung
n für das Flüchtlingswesen
faunerdorf, Otzing, Fischer-
im Landkreis Deggendorf
flüchtlingen belegt. Die Zahl
untergebrachten Neubürger
Zahl der alteingesessenen Be-

eg
uer Militärgouver-
uer bisherige Direktor der
erung, Major Fugl, Ende
neuten worden war, wurde
erlakte, der bisher bei den
in Straubing und Passau
rgouverneur nach Deggendor-

erprämien für Kar-
er. Die seit längerer Zeit
von Kartoffeln zugesichert
Ausbleiben in der Sitzung
immer am 2. Juli scharfe
te, gelangt nun nach einer
nstelle Deggendorf zur
Ausgabe werden zusammen mit
r - Lebensmittelkarten am

ibänke bleiben voll
kommende Schuljahr liefern
bei der Oberrealschule ein.
nstellung Deggendorf zur
Abprüfung verringerte sich
vomit sich jedoch der Nach-
nein Neuaufnahmen nach

einer Mitteilung der Direktion kaum verringert
habe. Von den 42 Schülern, die sich im Juni
zum Abitur gemeldet hatten, konnten fünf den
gestellten Anforderungen nicht gerecht werden.
Die Entscheidung in einem weiteren Falle liegt
noch beim Kultusministerium.

Deggendorf. Wo c h e n m a r k t e wie e i n a
sollen nach einer Bekanntgabe der Stadtverwal-
tung ab sofort wieder jeden Dienstag und Frei-
tag von 7 bis 14 Uhr am Unteren Stadtplatz ab-
gehalten werden. Die Bauern werden aufgefor-
dert, sich durch Anlieferung ihrer Produkte, so-
weit sie nicht der Bewirtschaftung unterliegen,
regge zu beteiligen, um der Verbundenheit zwi-
schen Stadt und Land erneuten Auftrieb zu ver-
leihen. Dadurch sollen, wie der amtlichen Mit-
teilung zu entnehmen ist, die landwirtschaftli-
chen Erzeugnisse direkt dem Verbraucher zu-
gute kommen und nicht zu Wucherpreisen in
andere Bezirke verschoben werden.

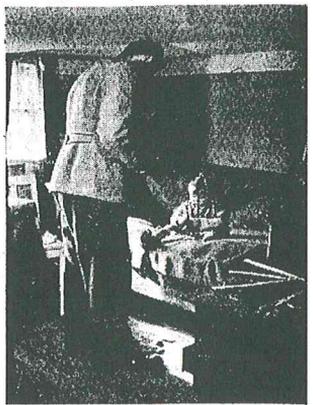
Deggendorf. D i e L e b e n s m i t t e l k a r t e n
sollen nach einer Bekanntgabe der Stadtverwal-
tung ab sofort wieder jeden Dienstag und Frei-
tag von 7 bis 14 Uhr am Unteren Stadtplatz ab-
gehalten werden. Die Bauern werden aufgefor-
dert, sich durch Anlieferung ihrer Produkte, so-
weit sie nicht der Bewirtschaftung unterliegen,
regge zu beteiligen, um der Verbundenheit zwi-
schen Stadt und Land erneuten Auftrieb zu ver-
leihen. Dadurch sollen, wie der amtlichen Mit-
teilung zu entnehmen ist, die landwirtschaftli-
chen Erzeugnisse direkt dem Verbraucher zu-
gute kommen und nicht zu Wucherpreisen in
andere Bezirke verschoben werden.

Hengersberg. V e r s a m l u n g d e s N e u -
b ü r g e r b u n d e s. Vor rund 100 Flüchtlings-
mitglied Franz Wirth im Loksaal. Er kritisierte
die Finanz- und Personalpolitik der Gemein-
deverwaltung und betonte, daß die Inter-
essen der Neubürger als die zweitstärkste Wähler-
gruppe in Hengersberg in Zukunft besser gewahrt
werden müßten. Lehrer Harrand gab bekannt,
daß der neugebildete Wohnungsausschuß sich aus
zwei Einheimischen und einem Flüchtling zu-
sammensetzt.

Winzer. F r i e d h o f s w e i h e. Am Sonntag,
den 18. Juli, wurde durch Dompropst Dr. Riemer
(Passau) der neue Friedhof von Winzer geweiht
und seiner Bestimmung übergeben. Bei Eintrit-
t der Währungsreform war der neue Friedhof zum
größten Teil fertiggestellt und hatte bis zu dieser
Zeit 28.600 RM gekostet, welche von der Bevölke-
rung freiwillig durch Sammlungen aufgebracht
worden waren.

Plattling. F e u e r w e h r b u n g. Während
des Feuertempas führte die freiwillige
Feuerwehr von Plattling am 18. Juli am Stadt-
platz eine Schaubung durch, deren Zweck es war,
die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr zu er-
proben. Die Plattlinger Feuerwehr besteht zur
Zeit aus 70 aktiven Mitgliedern, die regelmäßigen
praktischen und theoretischen Unterricht er-
halten.

Deggendorfer Elendsquartiere



In dieser ehemaligen Kumpelkammer et
Hauses in Deggendorf haben zwei Erwa-
sene und ein 18 Monate altes Kind ein
über dem Kopf gefanden. Der Junge Fam-
vater, der nun schon drei Jahre in diesem Ran-
lebt, ist total bombengeschädigt und legt täg-
per Fahrrad 35 km zu seiner Arbeitsstelle in
Schwanenkirchen zurück.
(Foto: Scholz, Deggendorf)

Omnibusverkehr Zwiesel-Regen-Münch

Zwiesel. Das Autounternehmen Hans A
berger in Bischofsmais führt nunmehr s
ständige Verkehrsfahrten mit bequemen neu
lichen Reiseomnibussen von Zwiesel und Reg
nach München und zurück durch. Jeden Dien-
tag fährt der 36sitzige Wagen um 4.30 Uhr.
Regen ab und trifft um 9 Uhr am Marienpla
München ein. Die Abfahrt von Zwiesel erö
jeden Donnerstag um 4 Uhr. Ankunft g
falls um 9 Uhr. Die Rückfahrt nach beiden Ö
erfolgt um 19 Uhr vom Marienplatz. Der P
für Hin- und Rückfahrt beträgt 12 DM.

enblocks in allen
t, u. mit Firmen-
ab Werk lieferbar:
H. Wittinger, Regi-
Passau, Neubürger
el. 6198.
sperte, Beiladungen
Richtung München,
Jm. Stuttgart, Mann-
frank, Zone über-
nd: Ruprecht Doll,
re, Passau, Halbin-
tel. 8172.
Wir suchen Abga-
ustaub zu billigsten
Hans Lorenz, Fa-
Erzeugnisse, Passau-
r, 1a.
Helm, Bohälter 12 kg,
Bohrerwa. ohne
n braun, gelb u. far-
r 10 kg, DM 15,-
off für Industrie und
älter 12 kg, DM 20,20.
reite einloch, Behl-
eg. Nachnahme. Sepp
16) Frankfurt/Main,
Straße 16.
†
Federstahl, pro 1000
7,50. Haarklammern
ackiert, p. 1000 Stk.
arnadeln, glatt u.
t, p. 1000 Stück DM
adeln, glatt u. gew.,
1000 Stück DM 2,-
n m. Gummirad p.
DM 1,15 bis 4,-,
e. Solinger Marken-
Stück DM 2,80 bis
een Stück DM 4,10

Achtung: Stellungsuchend. (männl.
u. weibl.) all. kaufm., freien u.
ihnl. Berufe in Stadt u. Land
vermittelt die private Stellen-
vermittlung. Gute Verd.-Mög-
lichkeit bei seriös. Firmen! Ihre
einnmal Bearbeitungsgebühr DM
2,-, wenn Sie an: Private
Stellenvermittlung W. Ostertag,
München 5, Reifenstulstr. 10.
Kosmetikschule „Emquelet“ Fels-
Wiesbaden staatl. genehmigt —
im In- u. Ausland gut bekannt
— lehrt mod. Kosmetik auf wis-
senschaftl. Basis — Abschluß-
prüfung u. Diplom. Wiesbaden,
Rheinstr. 111 u. Bismarckplatz
Nr. 5. Telefon 24729.
Tahakwaren Kaffee, gutscheckd.,
Pfd. 23,— geröstet, roh 18,50, frei.
sofort lieferbar. Gute Zigarren
und Tabakwaren nach Wunsch.
Liste geg. 12-Pfg.-Marke. J. G.
Strohmer, Postfach 183, A. A.
tellig. Kaffeegrößerei, Zigar-
renfabrik, Bremen.
Bauern! Wir haben Blautuch,
Säcke, Handtücher, Tisch- und
Beutlicher. Sofortanfragen an:
Hand- u. Mech.-Werkzeug-Abt.,
Postfach 1.
Teerfreie Bitumen-Qualitätsdach-
pappe „Hansert“, nichtbrennd, o.
Teerdachpappe sofort ab Lager
Lieferbar. Selbst. u. Altpapier,
Rein. Knochen, bezugscheinfrei,
100 kg-Tafel DM —, Nürnberg.
Reinhold-Werke-Gesell., Nürnberg.

Veranstaltungen.

Bayerwald-Lichtspiele, Schönberg.
Samstag, 31. 7., um 20.30 Uhr.
Sonntag, 1. 8. 44, um 16.00 und
20.30 Uhr: „Tonelli“ Ein span-
ender, deutscher Artistenfilm.
Jugendverbot!

Zur Erntezeit

empfehle ich mein großes Lager
an Maschinen und Ersatzteilen
Hans Paul
Landmaschinen-Fachgeschäft
Passau, Große Klingergasse 8

Mit Büro-Bedarfsartikel und Schreibwaren

beliebt Sie prompt u. preiswert
Alexander Ur, Eggenfelden
Stadtplatz 22 - Fernruf 9

Revenmäntel

Neues Sauerkraut

Ernte 1948
In altbekannter Qualität jetzt
wieder lieferbar und zwar in
folgenden Packungen:
Neuer Holzleimer m. 25 Pfd. DM
Neues Holzschaff „50“
Neues Holzschaff „100“
Neues Fass „200“
Versand ab hier geg. Nachnahme
zu den jeweils billigsten Tages-
preisen.
Sauerkrautfabrik Deggendorf
LUDWIG KANDLER o. H. G.
Telefon 57

Falzdachziegel

ab Passau oder frei Haus
liefern wir neuerdings zu
duzertzen, günstigsten Preisen
Baugeschäft Jas. Schwarzenberg
Passau, Therienstr. 15 Tel.

Summistempel

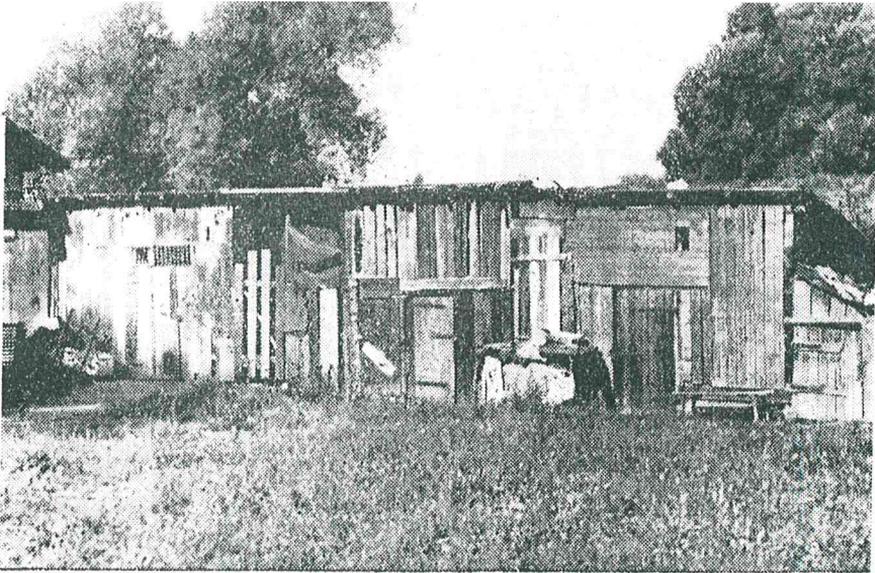
streckt vom Ernt
sammelt bald

32 Flüchtlinge verloren ihre Habe

Barackenbrand in Mariental

Am vergangenen Dienstag brach gegen 10.00 Uhr in der Wohnbaracke der Marienthaler Holzindustrie Feuer aus. Die Deggendorfer Feuerwehr war bereits 10 Minuten nach dem Feueralarm an der Brandstätte und versuchte mit drei B-Schläuchen des sehr schnell um sich greifenden Feuers Herr zu werden. Der Brand hatte aber bereits derart viel Nahrung gefunden, daß die Baracke nicht mehr zu retten war und bis auf die Grundmauern niederbrannte. 32 Bewohner, Flüchtlinge aus dem Sudetengau, welche bei Ausbruch des Brandes alle auf ihren Arbeitsstellen waren, konnten bis auf einige Betten nichts retten und stehen dadurch abermals vor einem Nichts. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß oder Kohlenoxydgasexplosion angenommen. An der Brandstelle erschienen auch Vertreter des Flüchtlingskommissars, die sofort eine anderweitige neue Unterbringung der Flüchtlinge in die Wege leiteten.

PNP 82/1946



Der Schnappschuß der „Deggendorfer Zeitung“ oder „Verschönerung des Stadtbildes“. Wo? Bei den Baracken an der Angermühle, ein wenig erfreulicher Anblick für die sonntäglichen Spaziergänger auf dem Bogenbachdamm.

PNP 105/1949

Stahlhelme dienen als Waschschüsseln

Ein Besuch bei den 59 Männern im Aschenbrennerkeller — Gemeinschaft, die das Elend zusammenführte

0 Im Oktober 1945 kamen 140 Männer aus allen Himmelsrichtungen, hochgeschwemmt von der letzten Flutwelle des Krieges und wahllos an einen Strand geworfen, nach Degendorf. Sie hatten kein Geld, nur die verschlissenen Uniformen nannten sie ihr eigen. Der größte Teil hatte seine Heimat verloren, viele waren kriegsverletzt und daher nicht mehr in der Lage, ihrem Beruf nachzugehen. Trotz alledem trug jeder den Wunsch nach einem neuen Anfang in sich. Die Mehrzahl von ihnen schlug in den Wäldern das Holz für die Stadt, andere waren in den Lagerhäusern tätig und die, welche keine Außenarbeiten mehr verrichten konnten, hielten die Quartiere in Ordnung. Sie wohnten im „Goldenen Engel“ sowie im „Aschenbrennerkeller“. Es war ein sehr schweres und hartes Leben, aber nach all den Schrecken des Krieges zu ertragen. Was die Stadt für sie tun konnte, geschah im Rahmen des Möglichen.

Nach und nach verringerte sich die Zahl, denn über die Hälfte hatten ihre Angehörigen aus dem Sudetenland wiedergefunden, andere gingen in ihre Heimat, in die englische und russische Zone zurück. Heute sind es noch 59 Mann, die im Saale über dem Aschenbrennerkeller wohnen. Jeder ist auf sich selbst angewiesen, muß, um sein Leben fristen zu können, schwer arbeiten, was für die drei Amputierten und anderen 20 Versehrten nicht ganz einfach ist. Bei unserem Besuch in den vergangenen Tagen herrschte eine eisige Temperatur in dem großen Raum. Viele der Insassen lagten in den übereinanderstehenden Betten um sich zu wärmen. Wir hören, daß jeder nur eine Decke besitzt, daß für 59 Mann nur 15 kleine Schränke vorhanden sind, so daß die Kleidung an den jetzt nassen und eiskalten Wänden hängt und morgens, wenn es zur Arbeit geht, wieder feucht angezogen werden muß. Waschschüsseln sind nicht vorhanden, einige Stahlhelme bilden den Ersatz dafür. Es fehlt an Bekleidung

und Schuhen, weil diese arbeitenden Menschen einfach keine Zeit haben, sich durch stundenlanges Warten bei den Bezugsstellen um Anträge zu bemühen. Sie sagen uns: „Wir beanspruchen nicht viel, aber man soll es wenigstens ermöglichen, daß wir weiterarbeiten können, und dazu gehört nun mal Bekleidung und Schuhe.“

Ein Beinamputierter, dessen Frau in den nächsten Tagen niederkommen wird, kämpft schon seit Wochen um ein kleines, bescheidenes Zimmer. Wie er sagt, nimmt man ihn bei den zuständigen Stellen nicht ernst, bestellt ihn zu unnützen Aussprachen, obwohl er sich mit seinen Krücken kaum weiterbewegen kann. Ein jeder hat hier seine nicht gerade kleinen Sorgen. Verbitterung, Heimweh, Armut, Not, wie sie überall den Weg deutscher Flüchtlinge begleiten, sind hier zu Hause, aber niemand verzweifelt an seiner Lage. Der Gemeinschaft dieser Schicksalsgenossen steht ein Lagerältester vor, der für Ordnung sorgt und die heute nicht ganz einfache Aufgabe hat, das Notwendigste zum Leben heranzuschaffen. Das tägliche Essen besteht aus einem Eintopf, der in einer notdürftig gebauten kleinen Baracke in einem großen Kessel zubereitet wird. Die Verpflegung ist den Verhältnissen entsprechend gut, doch die Versehrten können es kaum bezahlen, weil sie arbeitsunfähig sind oder keine entsprechende Arbeit bekommen können. Von der Fürsorge erhalten sie nur 30 Mark im Monat.

Beim Abschied fragt uns der Gemeinschaftsälteste, ob wir ihm nicht einen Weg weisen können, wie seine Männer zu einer zweiten Decke kommen könnten und wie es möglich sein würde, das wenige Inventar durch einige kleine Schränke zu bereichern. Da wir glauben, daß man armen Menschen, die sich auf anständige Weise ihre Brot verdienen und denen, die infolge Kriegsverletzung nicht mehr arbeiten können, helfen soll, geben wir diese Frage in der Hoffnung wieder, daß sich eine Stelle dieser Wünsche annehmen möge. ho

PNP 9/1947

Nächstenliebe Der Tat

Weitere Spenden aus der Bevölkerung

0 Unsere Veröffentlichung „Stahlhelme dienen als Waschschüsseln“ in Nummer 9 der PNP vom 31. Januar 1947 hat für die Vertriebenen des Krieges weiter hochherzige Gabenwellen geschlagen. Es wurde gespendet bzw. konnte käuflich erworben werden: 20 Paar Arbeitsschuhe, zehn Paar Holzschaller, 20 Paar Schnürsenkel, 35 Wolldecken, 50 Eßschüsseln, 50 Abendbroteller, 38 Rasierpinsel, 35 Zahnbürsten, zwei Kilo Leder für Schuhsohlen, zwei Kilo Gummisohlen, zehn Zentner Briketts, fünf Zentner Steinkohlen und 463 Mark Bargeld. Darüber hinaus wurden Decken und Bekleidung von der Zivilbevölkerung gespendet, und von der Bezugsstelle liegt die Zusicherung vor, daß bei Eintreffen von Bekleidung jeder Mann einen Bezugschein über einen Anzug erhält.

PNP 13/1947

0 Nächstenliebe der Tat. Unser Artikel „Stahlhelme dienen als Waschschüsseln“ in Nr. 9 der PNP vom 31. Januar hat für die Insassen des Aschenbrennerkellers eine weitere Gabe gebracht. Das Holzwerk Muggenthaler in Otzing spendete zwei Kubikmeter Schnittholz sowie Scharniere und Nägel, damit sich die Flüchtlinge die so dringend benötigten Schränke selbst bauen können. Die Firma Muggenthaler hat damit ihre soziale Einstellung erneut bewiesen, da sie bereits zu Weihnachten für Flüchtlinge der Gemeinde Otzing Brennholz und verschiedene Kleinmöbel im Werte von 3800 Mark spendete.

0 Flüchtlingshilfe. Dem Flüchtlingskommissariat in Degendorf gelang es, eine größere Anzahl Decken, Matratzen und Gebrauchsgegenstände zu beschaffen. Mit den von caritativen Verbänden und durch den Flüchtlingsausschuß in Plattling gesammelten Geldspenden zu Weihnachten war es möglich, einen großen Teil der Anschaffungen zu bezahlen. Viele Flüchtlinge, die im Besitz bisher geliebener Gegenstände waren, werden dadurch nun Eigentümer.

PNP 22/1947

Es gibt auch in Deggendorf Elendsquartiere

Riga-Kaserne an die IRO — Wohnraumproblem unlösbar?

Deggendorf. Mehrere Wochen sind seit jenem Tag verstrichen, als das Gericht über den Einzug von 1500 DP's in die Deggendorfer Riga-Kaserne erstmalig auftauchte und in der öffentlichen Meinung eine Welle des Unmuts, ja der ernstesten Besorgnis hervorrief. Die zuständigen deutschen Stellen waren nicht sogleich in der Lage, umfassende Auskunft zu geben, da es sich bei dem Gebäudekomplex um ein Objekt der Militärregierung handelt und die Übergabe an die IRO durch Verfügungen oberster amerikanischer Dienststellen in Frankfurt und Heidelberg erfolgt sein soll. Mit dem Eintreffen eines „Vorkommando“ in der Kaserne scheinen sich jedoch die Befürchtungen erfüllt und die Bemühungen des ehemaligen Stadtrates um Abänderung des Beschlusses als gescheitert erwiesen zu haben. Wie verlautet, soll es sich bei den Neuankömmlingen um Ausländer aus den Grenzgebieten bei Weiden und Hof handeln, die Zahl schwankt den Informationen nach zwischen 800 und 1500. Damit würde sich die Zahl der in Deggendorf lebenden DP's verdoppeln und die seit Jahren erhoffte Auflockerung der katastrophalen Wohnraumbelastung als undurchführbar erweisen. Der Kasernenkomplex umfaßt neben zwei kompletten Wirtschaftsgebäuden mit Gemeinschaftsküche und Kantinenräumen fünf große Wohnblöcke mit mindestens 250 Einzelzimmern sowie 13 Zwei- und Dreizimmerwohnungen mit Küche oder Bad. Es könnten also ohne weiteres sämtliche durch Belegung mit Verwaltungsdienststellen und Ämtern zweckentfremdete Wohnhäuser für den zivilen Bedarf freigemacht werden, wenn die bereits in Erwägung gezogene Verlegung der Behörden und mancher Dienstwohnungen in den Kasernenkomplex möglich gewesen wäre. Es ist eine bittere Tatsache, daß gerade in der Zeit, da die Diskussionen über die Belegung der Riga-Kaserne auf deutscher Seite nur noch mit einer gewissen Resignation geführt werden, das Bayerische Staatsministerium des Innern von allen Wohnungsämtern eine gewissenhafte Erfassung sämtlicher Elendsquartiere angeordnet hat und sich darüber mit ausführlichen Beschreibungen Bericht erstatten läßt. Allein im Stadtgebiet Deggendorf, das seit Kriegsende eine Bevölkerungszunahme von 63 Prozent aufzuweisen hat, wurden bis zum 9. Juli nicht weniger als 170 Elendsquartiere festgestellt. Wir haben eine Reihe dieser unwürdigen Behausungen aufgesucht, in denen Menschen mit hohlen Augen ein Jammerdasein fristen, von Verzweiflung und Krankheit geplagt, jahrelang. Nur wenige wissen um diese wahrhaft Ärmsten der Armen und um ihr trostloses Schicksal. Es sind zum Großteil Heimatvertriebene, aber auch Einheimische teilen dieses erbarmungswürdige Los der Ausgestoßenen.

Es ist schwer, angesichts dieser himmelschreienden Not besonnene Erwägungen anzustellen. Wir geben daher im folgenden einen Auszug aus einem vor mehreren Monaten in der New Yorker Staatszeitung erschienenen Artikel wieder, der die Gegenüberstellung von DP's und Flüchtlingen vom Standpunkt des amerikanischen Beob-



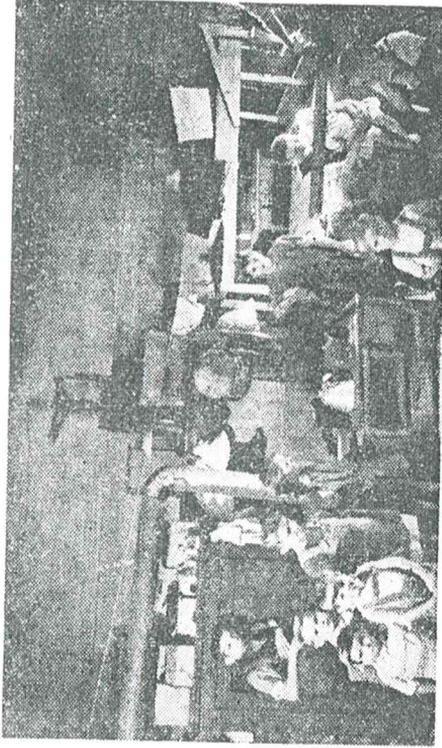
In diesem ehemaligen Stall haust eine Mutter mit drei Kindern zwischen fünf und elf Jahren. Die „Wohnküche“ ist durch eine Bretterwand vom „Schlafzimmer“ getrennt. Vier Personen stehen nur drei Pritschen zur Verfügung. Elektrisches Licht fehlt. Durch das einzige Fenster der Behausung tritt kaum Licht ein, so daß der Vordergrund vollständig im Dunkel liegt.

achters aus enthält. Lothrop Stoddard vom Washington Bureau der „New Yorker Staats-Zeitung und Herald“ schreibt u. a.: Bei den vielen Diskussionen über die Vertriebenen und Flüchtlinge in Europa spricht man im allgemeinen oft von einer ganz bestimmten Gruppe und vergißt darüber Menschen, auf die diese Bezeichnung vielleicht in noch größerem Maße zutrifft. Gegen Ende des letzten Krieges bezeichnete unsere Militärregierung in Deutschland und Österreich als „Displaced Persons“ (DP's) diejenigen, die durch die Naziregierung aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Unsere Behörden sorgten für sie und stellten sie auf eine Stufe, die trotz aller Unzureichlichkeiten immer noch wesentlich besser als die der Durchschnittsdeutschen war. Aber bald tauchte eine andere Klasse von Menschen auf, die zwar ebenfalls ihre Heimat verloren hatte, die aber diesmal von den Russen, Polen, Tschechen und den neuen Regierungen in Ungarn und Jugoslawien vertrieben worden waren. Man nannte diese Unglücklichen die „Ausgewiesenen“ (Expellees). Für sie wurde im allgemeinen gar nichts getan oder doch nur sehr wenig, obwohl ihre Zahl in die Millionen ging und sie im allgemeinen keine eigenen Unterhaltsmittel hatten. Eingepfercht in das Rumpfreich sehen sich diese Menschen einer dunklen und ungewissen Zukunft gegenüber.

PNP 55/1948

Blick in Deggendorfer Elendsquartiere

21 Personen leben in einer früheren Theatergarderobe



(2 Aufnahmen: Foto Scholz, Deggendorf)

Deggendorf, Eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der „Wohnraumlenkung“ im Stadtgebiet wird von den Insassen des Flüchtlingslagers im katholischen Gesellenhaus geschrieben. In dieser früheren Theatergarderobe wurde der beklagenswerte Rest jener 72 Heimatvertriebenen untergebracht, die bis Januar 1947 im großen Saal des Gesellenhauses ihr kümmerliches Dasein fristeten. Dieser Rest, der sich aus den vier größten Familien der ehemaligen Belegschaft zusammensetzt, besteht aus 21 Personen, darunter befinden sich zwölf Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von drei bis 17 Jahren. Alle vier Familienväter bestreiten den Lebensunterhalt für ihre Angehörigen durch handwerkliche Arbeit selbst, so daß sie der Fürsorge nicht zur Last fallen. Als Schlafstellen dienen primitive Mannschaftsdoubletten, ausgestattet mit schütternen Strohsäcken, Zeltpflanen und einigen Wehrmachtsdecken. Als eine Abordnung der Flüchtlinge im Winter 1946/47 bei der Stadtverwaltung und im Flüchtlingskommissariat wegen Zuteilung von Betten vorsprach, sei ihr, wie dem Berichtstatter erklärt wird, nach dem bekannten Achseizucken von maßgeblicher Seite empfohlen worden, „sich wie die Schweinechen einzubuddeln“ und „mit Zeitungspapier zuzudecken“. Die sensationellen Enthüllungen vor

dem Richterstuhl in der Neumüller-Affaire werden durch diese menschenunwürdigen Unterbringungsverhältnisse noch einmal schlagartig beleuchtet und haben die Insassen dieses scheinbar verbesserten Lagers mit tiefer Bitternis erfüllt. Sie werden, wie ungezählte Leidensgefährten in anderen Elendsquartieren, zu stimmten Klägern gegen eine Ära der Korruption, die zu einem untigbaren Schandfleck in der Verwaltungsgeschichte Deggendorfs wurde. Der alte Stadtrat schwieg. Die Ausgestoßenen fragen nicht mehr, ob sein Schweigen entschuldigbar war oder nicht, aber sie warten auf Abhilfe.

Leere Häuser und überfüllte Elendsquartiere

In 80 jetzt leerstehenden Wohnungen lebten früher 500 Personen

Deggendorf. Vor fast sechs Wochen griff die PNP den ersten Fall der „Elendsquartiere in Deggendorf“ auf. Wir versäumten damals nicht, darauf hinzuweisen, daß die katastrophalen Verhältnisse in der Wohnraumbelegung zu einem wesentlichen Teil auf die beschränkte Verfügungsgewalt der städtischen Behörden über einzelne Gebäudekomplexe, wie beispielsweise über die Kasernen, zurückzuführen sind. Als wir dann in Wort und Bild weitere krasse Fälle schilderten, darunter auch das Massenquartier in der Theatergarderobe des Gesellenhauses, wurde von verantwortlicher deutscher Seite hierüber zum Teil sehr scharfe Kritik laut. Uns befremdet diese Haltung. Wir haben in den Bildberichten gezeigt, daß nicht nur Flüchtlinge und Evakuierte, sondern auch Einheimische gezwungen sind, Jahre hindurch in Räumen zu hausen, die allen Prinzipien einer menschenwürdigen Unterbringung Hohn sprechen. Wie wir uns überzeugen konnten, wissen auch die von diesem Elendsschicksal betroffenen Menschen sehr genau, daß eine erfolgreiche Verbesserung ihrer Lage von Faktoren abhängig ist, die nicht allein im Kompetenzbereich der deutschen Verwaltungsstellen liegen.

Eine Rückfrage beim Städtischen Wohnungsamt ergab, daß von den seinerzeit 189 im Stadtgebiet festgestellten Elendsquartieren erst fünf aufgelöst werden konnten. Unter diesen befindet sich auch die in Nr. 59 der PNP vom 27. Juli geschilderte ehemalige Rumpelkammer, die mit drei Bombengeschädigten belegt war. Demgegenüber teilte uns der Leiter des Wohnungsamtes mit, daß die damals angeordnete Erfassung der Elendsquartiere durch den überaus kurzen Termin keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Nach seiner Schätzung seien allein im Stadtgebiet über 300 Elendsquartiere vorhanden. Diese erschreckend hohe Zahl ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, daß in den ersten beiden Nachkriegsjahren durch die Beschlagnahmungen für die Besatzungsmacht viele Provisorien geschaffen werden mußten, die jedoch bis heute nicht in einen erträglichen Dauerzustand überführt werden konnten. Es ist in diesem Zusammenhang nur schwer verständlich, daß fast 50 Privathäuser sowie fast 20 gewerbliche Räume, die 1945/46 für die US-Armee bereitgestellt werden mußten, heute zu einem gro-

ßen Teil bereits über ein Jahr leer und gänzlich unbenutzt dastehen, ohne daß die seit langem sehnlich erwartete Freigabe für den deutschen Zivilsektor eingetroffen wäre. Allein die Privathäuser umfassen über 80 Wohnungen mit insgesamt rund 470 Zimmern; sie waren vor der Beschlagnahme mit etwa 500 Personen belegt. Von den gewerblichen Räumen handelt es sich bei rund 25 Prozent um Gaststätten, in denen selbst noch zahlreiche Fremdenzimmer vorhanden sind, wobei sich in vielen Fällen außerdem noch Wohnungen für den Besitzer im Hause befinden. Das Elisabethenheim, früher eine Kretin-Anstalt, erfüllt seinen einstigen Zweck nur noch in einem Nebenbau, der rund 40 Personen beherbergt. Das Hauptgebäude mit etwa 60 Zimmern steht seit Frühjahr 1947 leer. Und zwar „leer“ im wahrsten Sinne des Wortes; denn nach dem Abzug der dort untergebrachten Polenkinder und anderer Ausländer waren fast sämtliche Einrichtungsgegenstände entweder verschwunden oder in völlig unbrauchbarem Zustand. Der Freigabebescheid aber läßt seit 16 Monaten noch immer auf sich warten. Major Richard E. Timberlake, Direktor der örtlichen Militärregierung, teilte uns auf Anfrage mit, daß seine Dienststelle darauf nicht den geringsten Einfluß habe. Es ist schade, daß die unteren amerikanischen Behörden, die begreiflicherweise mit den örtlichen Verhältnissen weit besser vertraut sind, nicht zumindest eine gewisse beratende Funktion ausüben können. Es bleibt daher den deutschen Verwaltungsstellen überlassen, durch nachdrückliche Interpellationen bei dem zuständigen US-Hauptquartier nach besten Kräften für die Belange der Bevölkerung zu wirken. Dem alten Stadtrat wird vorgeworfen, diese Möglichkeit durch zögernde, allzulange abwartende Haltung, nicht voll erschöpft zu haben, weshalb beispielsweise die späten Bemühungen um Rückgabe der Riga-Kasernen scheitern mußten. Es mag dahingestellt bleiben, ob die damaligen Verhältnisse eine größere und wirksamere Aktivität der Stadtverwaltung ver-eitelt haben. Zu begrüßen ist, daß der neue Stadtrat bereits in den ersten Wochen seiner Amtsperiode das brennende Wohnraumproblem aufgegriffen und die ersten Schritte unternommen hat. Ob von Erfolg begleitet, wird sich zeigen. eg

PNP 66/1948

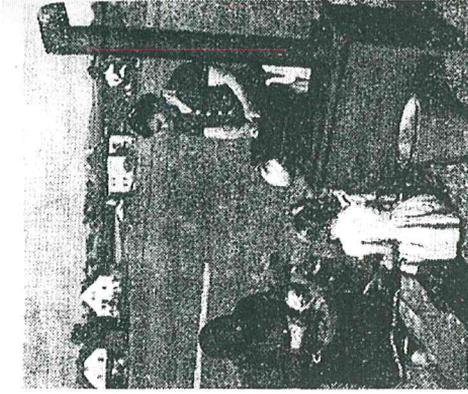
Kolonisten auf der Helfkammer Donauriefe

Wer am Samstagnachmittag die Mettener Straße entlang ging, konnte auf der Donauriefe hinter der Bahnüberführung ein seltsames Bild beobachten: Mitten auf freiem Feld standen zwischen Straße, Bahndamm und Donau, auf einer saftigen Wiese Tisch, Schrank, Herd, Stühle und Betten unter Gottes freiem Himmel, sackerten Hühner unter Draht krabbelten Kinder über ausgeteerte Betten, saß eine Oma auf einem wackligen Stuhl, kochte eine Frau das Mittagessen und zwei Männer begannen mit ein paar Stangen, einen Schuppen zu errichten.

Eine Flüchtlingsfamilie war am Samstag mit Sack und Pack auf einem Lastkraftwagen aus Böbrach im Kreis Viechtach herangezogen, um hier auf eigenem Grunde ein eigenes Haus zu bauen. In Böbrach bewohnte diese siebenköpfige Familie eine nasse einhalb-Zimmerwohnung die nach den Worten des Arztes „für einen Pfleger still zu schlecht“ war. Kleider, Schuhe und

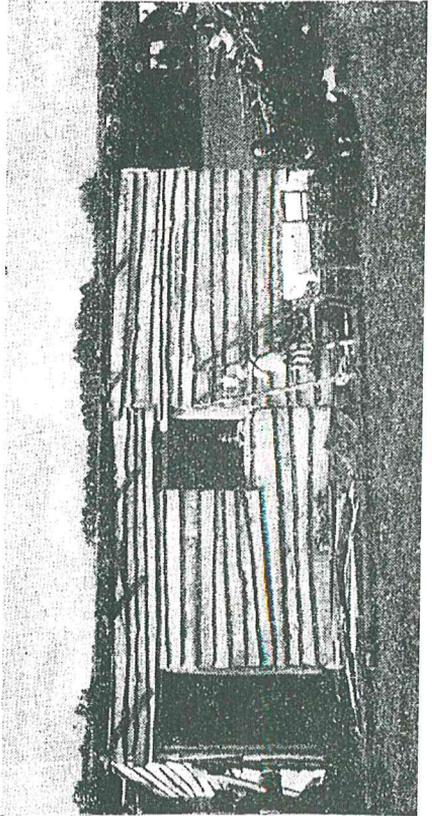
Möbel verfaulten. In der Wäschetruhe tummelten sich die Schaben. Der Wohnraum hatte nur ein nach Norden gehendes Fenster, vor das die Hausbesitzerin noch Stangenbohnen pflanzte.

Seit Jahren war man bemüht, über die Bayerische Landessiedlung Regensburg zu einer Nebeverweissiedlung aus der Bodenreform zu kommen. Ohne Erfolg. Kurz entschlossen wandte sich die Flüchtlingsfrau an eine 1939 nach England emigrierte Jüdin, bei der sie in Memel treue Aufwartedienste verrichtet hatte, und bat um Hilfe aus größter Not. Und nicht umsonst. Durch Vermittlung eines nach USA ausgewanderten DP-Rechtsanwaltes aus München erhielten sie das Geld, um das Degendorfer Grundstück bar erwerben zu können. Sämtliche Böbracher Bauern, voran der katholische Pfarrer, hatten Bauholz für das neue Haus gespendet. Die einzige Ausnahme bildete nur der biserbliche Hausherr.



Links die fertige Bretterhütte, die als Notunterkunft dient. Oben: Die Küche unter freiem Himmel.

Um 18 Uhr war die Bretterhütte, die ihre vorläufige Unterkunft werden soll, noch ohne Wände und Dach. Eine böse Nacht schien bevorzustehen. Aber der Pioniergeist ihrer Vorfahren ist in ihnen lebendig geblieben. Aus dem Nichts ein Eigenheim zu schaffen, ist ihr Ziel. Soweit es das Wetter zulässt, wollen sie noch in diesem Jahre an das Ziegeiseln gehen. Es ist zu hoffen, daß auch die Degendorfer Behörden und Bürger dem Vorhaben ihr Wohlwollen zuwenden werden.



7. „Willkommen im Landkreis?“

Märchen-Abend

Aus dem Tagebuch eines bayerischen Evakuierten

An den langen Winterabenden bitten mich die Kinder unseres Hofes: „Onkel, erzähl uns doch ein Märchen, ein richtiges schönes Märchen!“

Ich schiebe meinen echt Meißener Goldrandteller mit dem nur halb aufgegessenen, riesengroßen Beefsteak mit Spargelspitzen und grünen Bohnen zurück, nehme einen kräftigen Schluck französischen Rotwein und zünde mir umständlich eine importierte Havanna an. Dann fahre ich mir mit der Batist-Serviette über den fetten Mund, stoße ein paar wunderschöne Ringe aus und beginne — mitten hinein in den würzigen blauen Rauch — zu erzählen:

„Es war einmal ein großes friedliches Reich, das sich durch seine Bescheidenheit, Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft die ganze Welt zum Freunde gemacht hatte. Schließlich gewannen fast alle Völker unserer Erde dieses Reich so lieb, daß sie es täglich besuchten. Und das gleich mit Flugzeugen, denn so ging es viel schneller! Oft kamen gleich tausend Flugzeuge auf einmal, und um die Bewohner dieses vielgeliebten Reiches zu unterhalten, veranstalteten sie die herrlichsten Feuerwerke. In allen Farben sprühten die Raketen und die sogenannten Christbäume; blendendweiß und mit großem Krachen zerstoben in den Straßen der Städte die oft riesigen Feuerwerkskörper. Die Städter hatten von nun an nicht mehr die geringste Langeweile und sie kamen aus dem Staunen überhaupt nicht mehr heraus . . .“

Dann nehme ich mal zur Abwechslung einen nicht zu kleinen Schluck Kognak und fahre fort:

„Dieses Reich war aber so groß, daß diese Feuerwerksflieger nicht überall hinkommen konnten. Insbesondere das flache Land mit seinen kleineren Märkten und Dörfern wurde von ihnen sehr vernachlässigt. Darum zogen die Städter nun aufs Land hinaus, um den Dörflern von der Kurzweil und der Schönheit dieser Feuerwerke wenigstens erzählen zu können. Die Freude in den Dörfern war unbeschreiblich! Die Ankömmlinge wurden unarmt und geküßt, man errichtete ihnen mit Girlanden geschmückte Willkommensportalen und veranstaltete Festmahlzeiten. Kein Bauer — und war er noch so klein — ließ es sich nehmen, Butter und Eier, weißes Mehl und schwarzes Fleisch zu stiften; überall wurde gebraten und gebacken und mancherorts spielten die einheimischen Kapellen tagelang Huldigungsmärsche.“

Ich nehme wieder einen tiefen Schluck Bordeaux und deute auf unseren großen Füllöfen. Umgehend wird er bis zum Rande mit schlechtem Anthrazit vollgefüllt.

„Also Kinder, paßt auf! Die ländlichen Hof- und Anwesensbesitzer räumten den Fremden ihre schönsten Zimmer ein, überließen ihnen Küche und Keller, und baten sie inständigst, von den in den Vorratskammern aufgestapelten Nahrungsmitteln reichlich Gebrauch zu machen. Unterdessen spielten sich vor den Gemeinde- und Landratsämtern herzerreißende Szenen ab. Diejenigen Landleute, die noch keine Einquartierung im Haus hatten, knieten sich tief in den Straßenstaub und baten händeringend um sofortige Zuweisung von quartierssuchenden Städtern. Vor allem wurden kinderreiche Familien stürmisch begehrt!“

Meine kleinen Zuhörer lauschen atemlos und sind so bei der Sache, daß sie die auf dem Tisch in reicher Auswahl stehenden Schlagrahmorten ganz vergessen und auch den Milchkakao kalt werden lassen.

„So war das, meine lieben Kleinen! Aber schließlich wurden die ländlichen Quartiergeber doch schwer enttäuscht! Sie wöhnten, nun liebe und hochverehrte Gäste bei sich zu haben, und sahen solchermaßen den Sinn ihres künftigen Lebens nur mehr darin, die Städter speisen und trinken und bedienen zu dürfen. Aber da kamen sie schön an! Frühmorgens beim ersten Hahnenschrei waren die Gäste schon aus den Federn! Sie drängten in die Ställe, melkten die Kühe, striegelten die Rösser, misteten sauber aus, fuhren auf das Feld und holten Klee und Futtergras ein. Dann hackten sie Rüben und Kartoffel, fütterten die Hühner, besorgten den Gemüsegarten und putzten das Haus. Mit einem Wort: sie nahmen den Bauern die ganze Arbeit ab! Es versteht sich, daß das den Bauern nicht gefiel! Ermahnungen und Bitten fruchteten wenig und so wurden beide Teile recht schweigsam . . .“

Inzwischen ist der Mokka serviert worden. Rasch ein Täßchen mit etwas Rahm, und ein nicht zu kleines Kristallglas Benediktiner-Likör genascht. Und dann zum Märchenschluß:

„So war das, meine lieben Kleinen! Und wer nicht glaubt, der bezahlt jetzt einen Taler!“

„Das war ein echtes, ein ganz echtes Märchen!“ frohlocken die Kinder, schütten mir einen Berg glänzender Silbertaler auf den Tisch, machen sich noch ein wenig über die Pralinen und kandierten Früchte her und trippeln, leise kichernd, in ihre Daunenbettchen

NN 30.1.1948

Deggendorfer Nachrichten

Mein Haus ist meine Burg

Tatsache ist, daß sehr viele Menschen nicht an die Unteilbarkeit des verlorenen Krieges glauben, d. h. sich den allgemeinen Lasten entziehen möchten. Tatsache ist, daß sich die Gegensätze zwischen den alten Reichen und den neuen Armen in dem Maße verschärfen, wie das Geld knapper wird. Tatsache ist, daß das Flüchtlingsproblem das Problem ist, von dessen Behandlung mehr abhängt als das persönliche Wohlbefinden des einzelnen.

Aber Tatsachen werden nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sie mit immer neuen Beispielen belegt, an der christlichen Nächstenliebe zweifelt oder sich sonst in irgendeiner Weise energisch Luft macht. Nur dadurch, daß man die Ursachen aufdeckt, die zu den Tatsachen geführt haben, kommt man einen Schritt weiter. Von einer Ursache, nämlich von dem Anteil der Amtspersonen und Amtsstellen an den gegenwärtigen Tatsachen, ist bislang kaum gesprochen worden. Von den psychologischen Fehlern, die sie begangen haben und vielleicht morgen wieder begehen.

An einem regnerischen Abend kommt ein Flüchtlingstransport von — sagen wir — 50 Personen in ein Dorf. Es gelingt, mit einiger Mühe alle Familien unterzubringen — bis auf eine. Der Wohnungsinhaber, der diese Familie aufnehmen soll, weigert sich. Er sperrt einfach das Haus zu, macht das Licht aus und legt sich schlafen. Die Flüchtlinge müssen aber untergebracht werden. Ein gutherziger Nachbar bietet einen zufällig freien Raum vorübergehend als Unterkunft an. Damit die Menschen erst einmal bei dem Regen von der Straße fortkommen, sagt er. Die Amtspersonen nehmen das Angebot mit Dank an. Alle atmen erleichtert auf. — Oder es handelt sich nicht um eine Wohnung, son-

dern um einen wichtigen, unentbehrlichen Haushalt- oder Einrichtungsgegenstand, um ein Bett, einen Kochtopf oder Kochherd.

Am nächsten Morgen zieht ein heiterer Tag herauf. Die Kümernisse der Nacht sind vergessen und damit leider auch die Zusagen, welche die Amtspersonen dem hilfsbereiten Nachbarn gegeben haben.

Niemand denkt mehr daran, die provisorisch untergebrachte Familie, so wir ursprünglich geplant, einzuquartieren. Niemand kümmert sich noch um Bett, Kochtopf oder Kochherd. Die Flüchtlingsfamilie ist versorgt, sie steht ja nicht mehr mit Kind und Kegel und dürftigem Gepäck im Regen auf der Straße.

Die christliche Nächstenliebe ist nicht ausgestorben, aber ihre Betätigung wird den Menschen durch solche Erfahrungen mehr und mehr verleidet. Die Amtspersonen gehen gern den Weg des geringsten Widerstandes, und darunter müssen immer die anständigen, hilfsbereiten, sozialdenkenden Menschen leiden. Niemand möchte für dumm gehalten werden. Ein Reinfall genügt, und die Herzen verhärten sich.

Wenn eine Dienststelle eine Strafmaßnahme ankündigt, so hat sie sich das gewiß genau überlegt und stützt sich dabei auf die einschlägigen Verordnungen. Diejenigen, gegen die sich solche Ankündigungen richten, machen aber häufig die für sie angenehme Erfahrung, daß dem Wort die Tat nicht auf dem Fuße folgt. Nach der „letzten“ Warnung kommt die „allerletzte“ und dabei bleibt es. Man muß nur gute Nerven haben und nicht einen Fußbreit nachgeben, dann setzt man seinen Willen schon durch. „Demokratisch“ denken heißt nach dem Loch suchen, daß für den vielgewandten Mann offengelassen ist. Mein Haus ist meine Burg und „Götz von Berlichingen“, wer sich ihm ungerufen auch nur nähert!

P. Wi.

PNP 57/1946

Eine eigenartige Selbsthilfe

Das Landgericht Deggendorf wird sich in den nächsten Wochen mit einem Fall zu beschäftigen haben, der nach den bisherigen Erfahrungen im Landkreis Deggendorf einzig dasteht. Der Flüchtlingsobmann von Gotteszell, G. N. [REDACTED], war um hochbetagte Leute besorgt, die bei dem Bauern Hacker in Gotteszell eine Unterkunft erhalten hatten. Er wollte sich bei dem 80-jährigen Ehepaar nach ihrem Befinden erkundigen und versuchen, die Not lindern zu helfen. Dieses fürsorgliche Bemühen konnte der rührige Mann nicht ausführen, weil ihm die Hausleute, außer mit einer Flut von nicht gerade schmeichelhaften Worten, mit Besen und Beil entgegentraten. Der armamputierte Flüchtlingsobmann zog es deshalb vor, so schnell als möglich aus dem Angriffsbereich zu verschwinden. Höchstwahrscheinlich glaubten die so Bewaffneten, daß in ihrem Hause erneut Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Den Worten des Flüchtlingsbeauftragten, der Besuch diene nur fürsorglichen Zwecken, schenken sie kein Vertrauen. Zwei Tage vorher verwehrte der aggressive Hausbesitzer dem Flüchtlingskommissar mit einer Sense den Zutritt zum Haus. Da bei den Ereignissen ein Zeuge zugegen war, erhielt dieser von den Hausleuten Butter und Eier als Schweigegehd. Die Kalorien wurden aber bei der Polizei abgegeben, weil der Zeuge bekannte, daß derartige Entgleisungen ihre Sühne finden müssen. Man darf einer interessanten Verhandlung entgegensehen.

NN 21.10.1947

„Der fliegt, wenn er kommt!“

Stephansposching. Beim Ausspruch dieser Drohung hatte ein Land- und Gastwirt aus Loh, Gemeinde Stephansposching, den Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Auge, und als dieser wirklich eines Tages die Stube des ungastlichen Wirtes betrat, um sich nichtsahnend nach der Unterbringung der Flüchtlinge zu erkundigen, geschah ihm, wie verheißen. Der bis aufs Äußerste erregte Hausherr griff den unerwünschten Besucher sogar tötlich an, als er seiner Aufforderung, das Haus zu verlassen, nicht sofort nachkam. Kopfschüttelnd über die Ungerechtigkeit dieser Welt, nahm er am 14. Februar den Urteilspruch des Deggendorfer Amtsgerichtes entgegen, der auf sechs Wochen Gefängnis bei zweijähriger Bewährungsfrist und 100 DM Buße an das BRK lautete. ss

PNP 20/1949

Flüchtlinge aus dem Haus gerieten

Flüchtlingskommissar tödlich angegriffen

Der Bauer A. [REDACTED] in Pielweichs hatte eine sechsköpfige Flüchtlingsfamilie zur Aufnahme in sein Haus zugewiesen erhalten und behauptete, dadurch für sich und seine Familie nicht mehr genügend Raum zur Verfügung zu haben. Bei Prüfung der Wohnverhältnisse durch den Flüchtlingskommissar stellte es sich heraus, daß in dem Hause zwei Zimmer unbewohnt leer standen. Da aus diesem Grunde eine Änderung des Zustandes abgelehnt wurde, griff Altman den Flüchtlingskommissar tötlich an, so daß sich dieser polizeilichen Schutz aus Plattling holen mußte. Während dieser Abwesenheit hatte der Bauer das gesamte Inventar der Flüchtlinge aus seinem Hause gebracht und vor einem anderen in der Nähe liegenden Bauernhof geworfen. Da sich Altman auch der Polizeigewalt nicht beugte, wurde seine Festnahme veranlaßt. Wie wir dazu erfahren, hat der Flüchtlingskommissar gegen die Handlungsweise des Bauern A. [REDACTED] Strafantrag mit Hofentziehung bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

PNP 19/1947

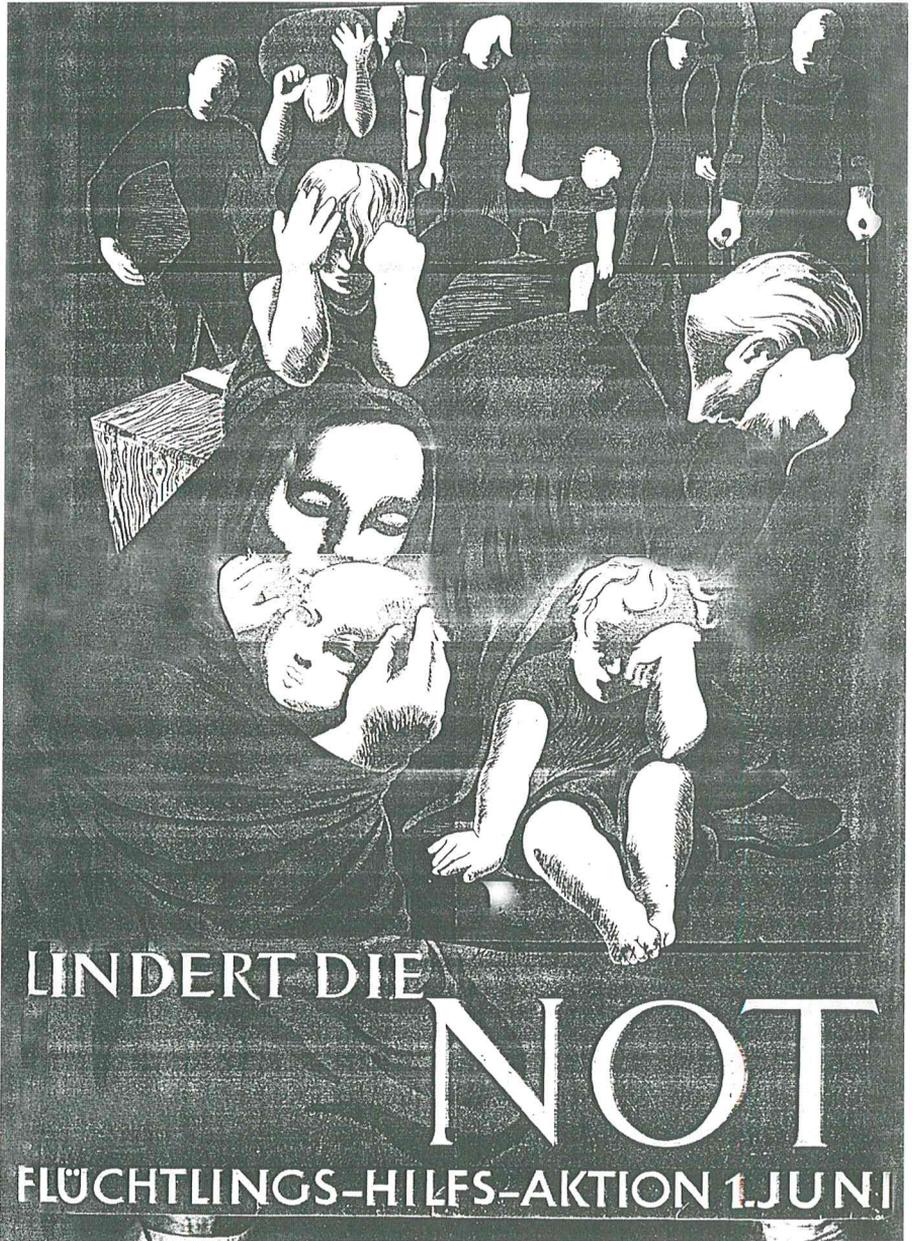
Ein rabiater Hauswirt

Flüchtlingsfeind verhaftet

Plattling. Wegen unsocialen Verhaltens gegenüber Flüchtlingen wurde der Landwirt Johann K. [REDACTED] aus Michaelisbuch am 26. Juli verhaftet. K. [REDACTED] hatte Flüchtlinge, die in seinem Anwesen wohnten, mit ihrer Habe auf die Straße gesetzt und dabei deren Lebensmittel umhergeworfen, so daß diese zum Teil unbrauchbar wurden. Der Verhaftete steht außerdem im Verdacht des Schwarzhandels. rr

PNP 61/1947

8. Materielle Hilfe



LINDERT DIE
NOT
FLÜCHTLINGS-HILFS-AKTION 1. JUNI

An die Bevölkerung des Landkreises!

Jüngst wurde von der Bayerischen Staatsregierung, den politischen Parteien, den kirchlichen Behörden, dem Bauernverband, den Gewerkschaften und den Wohlfahrtseinrichtungen ein Aufruf an die Bevölkerung Bayerns gerichtet, das bittere Los der Ausgewiesenen, die Hab und Gut, liebe Anverwandte und sogar die Heimat verloren haben, zu lindern.

Die Behörden allein können diese furchtbare Not nicht aus der Welt schaffen.

Jeder Einzelne muß da mithelfen

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Bayerische Landsleute, zeigt den Völkern, die uns helfen, daß sich trotz aller Not

echt menschliche und christliche Hilfsbereitschaft auch bei uns bewährt!

Der Landrat und der Flüchtlingskommissar unseres Landkreises führen in dieser Weihnachtszeit der schenkenden Liebe, da Gottes Sohn in tiefster Armut auf die Welt kam, um ihr das göttliche Beispiel zu geben,

eine Sammlung für Flüchtlinge

durch. Es gilt den Ärmsten aller Armen zu helfen. Und es ist jeder um eine Gabe gebeten, der noch Entbehrliches besitzt.

Die Sammlung wird von den Bürgermeistern und den Flüchtlingsvertrauensmännern durchgeführt, bei denen auch alle Gaben, ob es sich um

Bekleidung, Haushaltsgegenstände, Möbel, Öfen, Brennmaterial od. Geld handelt, abgegeben werden können. Darüber hinaus sind alle caritativen Vereine aufgerufen, sich an dieser Sammlung zu beteiligen.

Außerdem werden alle örtlichen Lizenzträger von Vergnügungsstätten, einschließlich Theater, Lichtspielhäuser und Sport reine am

15. Dezember eine Sonderveranstaltung mit vollem Programm

durchführen. Der Reinertrag fällt dieser Flüchtlingssammlung zu. Es können 50% Preiserhöhung auf den normalen Preis zugunsten des Reinertrags erhoben werden. Der Reinertrag ist von der Vergnügungssteuer frei.

Wir hoffen, daß in jedem Orte solche Veranstaltungen durchgeführt werden und daß das Ergebnis der Sammlung eine wirkliche Hilfe für unsere ärmsten Mitbürger bedeutet. Das Ergebnis soll der Welt zeigen, daß wir auch ihrer Hilfe würdig sind, indem wir von dem, was wir noch besitzen, nach christlicher Weise mit jenen teilen, die völlig besitzlos geworden sind!

Der Landrat

Alois Weinsierl

Der Flüchtlingskommissar

Martin Müller

Dezember 1946

An Die Bevölkerung von Deggendorf!



Weihnachten steht vor der Tür. Die Not ist groß und hat uns alle heimgesucht. Unsere Neubürger, die Flüchtlinge und Ausgewiesenen, sind am schwersten betroffen. Diesen und auch allen notleidenden Einheimischen soll in dieser schweren Zeit eine Weihnachtsfreude bereitet werden. Aus diesem Grunde richten die Unterzeichneten an die gesamte Bevölkerung der Stadt Deggendorf die herzlichste Bitte, durch großzügige und bestmögliche

Geld- und Sachspenden



Ihre Verbundenheit und Hilfsbereitschaft den Notleidenden gegenüber zum Ausdruck zu bringen und die Not lindern zu helfen.

In der Zeit vom 13.—17. 12. 1947 findet eine

Haussammlung



statt. Es wird gebeten, nach besten Kräften zu spenden. Geldspenden nehmen die Sammler nach Eintragung in die Sammelliste entgegen, Sachspenden wollen gegen Vorfälligkeit bei der Volkshilfe abgegeben werden. Benötigt wird alles: Bekleidung, Wäsche, Schuhe, Decken, Strohhüte, Betten und Einrichtungsgegenstände jeder Art. Gebt alles, was nur irgend entbehrlich ist! Helft den frierenden und hungernden Mitmenschen!

Die Gebefreudigkeit der Deggendorfer Bevölkerung ist bekannt, denn es wurde durch deren Hilfsbereitschaft Weihnachten 1946 manche Tränen getrocknet und manches freudige Lächeln auf ein Kinderlächeln gezaubert. So soll und wird es auch diese Weihnachten wieder sein. Für eine unbedingt gerechte Verteilung ist Sorge getroffen. Deggendorfer! Denkt daran, wie hart Hunger und Kälte sind und gebt reichlich! Weitere Sammlungen oder irgend welche Veranstaltungen finden für vorgenannten Zweck nicht statt.

☞ Für jede, auch die kleinste Spende ein aufrichtiges „Vergelt's Gott!“ ☛

Korenzruf
Kreisbeauftragter
für das Flüchtlingswesen

Stadt Deggendorf

Schneider, Bürgermeister

Caritas

Junere Mission

Bayer. Rotes Kreuz

Arbeiterwohlfahrt

Helft den Flüchtlingen

Die Bevölkerung des Landkreises Deggendorf wird gebeten, die Not der Flüchtlinge zu lindern und solche Sachen, die nur zwecklos herumstehen, für die Flüchtlinge leihweise zur Verfügung zu stellen. Die Gegenstände werden abgeholt; Gebrauchsgegenstände werden dringend benötigt. Wo es notwendig ist, wird eine entsprechende Leihgebühr bezahlt. Es werden dringend benötigt: Betten, Matratzen, Bettwäsche, Schränke, Tische und Stühle. Der Flüchtlingskommissar appelliert an die Gebefreudigkeit der Bevölkerung, damit er nicht von seinem Recht Gebrauch den eigenen Bedarf benötigt werden, für machen muß, Möbel und Gebrauchsgegenstände, die von den Eigentümern nicht für Flüchtlingszwecke sicherzustellen.

PNP 54/1946

Für den Gabentisch der Flüchtlinge

wurden in Deggendorf bisher folgende Beträge gespendet: Hotel und Brauerei Aschenbrenner 1000 Mark; Josef Wallner, Reederei 1000 Mark; Pihter & Co. 500 Mark; Bekleidungsfabrik Jakob Linden 300 Mark; Kaufhaus Schötz 300 Mark; Innstadtbrauerei Betrieb Deggendorf 200 Mark; Sauerkraut- und Konservenfabrik Ludwig Kandler 200 Mark; Buchdruckerei Josef Nothafft 200 Mark; Firma Ernst Jäckel 170 Mark; Möbelhaus Kurtz 150 Mark. Je 100 Mark spendeten: Firma Franz Gärtner, Firma Wilhelm Gärtner, Fleisch- und Wurstwarenfabrik Schiller, Chemical-Comp. Schliersee-Deggendorf, Chemische Fabrik Deggendorf, Kunstgewerbehaus Hirt, Großhandlung Karl Vanoni sen., Hoch- und Tiefbau H. Gerstner, Sell'sche Apotheke, Firma W. Häufelmann, Semperit-Gummiwaren, Wirk- und Strickwaren Jersey, Holzwarenfabrik Deggendorf, Gardinen- und Posamentenfabrik Ernst Pletsch und Kolonialwarenhandlung Karl Ebner. Außerdem zahlreiche Beträge in Höhe bis zu 100 Mark. Weitere Spenden können eingezahlt werden auf das Konto 1630 der Flüchtlingsnotkasse bei der Stadtparkasse Deggendorf.

PNP 91/1946

Haushaltshilfe für Flüchtlinge

Bayern hilft seinen Neubürgern

Das bayerische Staatsministerium für Finanzen hat dem bayerischen Ministerrat einen Plan für eine „Sonderaktion für Flüchtlinge und Ausgewiesene“ vorgelegt, der durch das Kabinett Dr. Högnner genehmigt wurde. Im Rahmen dieser Sonderaktion ist eine Haushaltshilfe vorgesehen, die den 1 633 960 in Bayern lebenden Neubürgern die notwendigsten Möbel und Hausgeräte zur Verfügung stellen soll. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit soll der bayerische Staat einen Kredit gewähren, der nach drei bis fünf Jahren zurückzahlen ist. Weiterhin soll der bayerische Staat aus einem Vorschufsfond allen aus der Tschechoslowakei Ausgewiesenen, die das Ausweisungsgeld von 500 Mark nicht mit über die Grenze nehmen konnten, einen Ersatzbetrag zur Verfügung stellen. Ferner soll an alle Hilfsbedürftigen, Ausgewiesenen, Evakuierten und Total-Fliegergeschädigten, die noch keine Holzteilung erhalten haben, pro Familie ein Ster und für jede Einzelperson ein halber Ster Holz zugewiesen werden.

PNP 91/1946

Im Zeichen der Flüchtlingshilfe

Viele Hände rüsten für Weihnachten

() Der Aufruf des Landrates und Flüchtlingskommissares, den „Ärmsten der Armen“ durch Sammlungen zum Weihnachtsfest eine Freude bereiten zu können, hat bei der Bevölkerung Widerhall gefunden. In Stadt und Land des Kreises Deggendorf haben die vielen Sammler Geldbeträge, Lebensmittel u. a. m. in Empfang nehmen können. Man schätzt die Geldspenden auf rund 20 000 Mark. — Die Konzert- und Kleinkunstgruppe Henricken hat sich ebenfalls in den Dienst der guten Sache gestellt und brachte am 15. Dezember im Gasthof Sesselsberger zwei Tanzkabarett-Veranstaltungen. Am Donnerstag, den 19. Dezember bringt die gleiche Gruppe zwei Groß-Veranstaltungen im Schwarzmann-Saal. Die Reinerträge fließen der Flüchtlingsbetreuung zu. Am gleichen Tage besichert die Kreisstelle Deggendorf des BRK in zwei Weihnachtsfeiern im Garbereder-Saal und Michaelsbuch Flüchtlingskinder. Um das Fest des Friedens den Flüchtlingen einigermaßen weihnachtlich zu gestalten, rühren sich noch viele weitere Hände, die noch viel Schönes und Gutes gestalten werden.

ho

PNP 91/1946

407 800 Mark für Wohlfahrt

() Im Jahre 1946 zahlte die Stadt Deggendorf 407 738,04 Mark Unterstützungsgelder aus, wovon sie mit 57 140,14 Mark die Kosten tragen muß. Im einzelnen wurden gezahlt: an Flüchtlingsfürsorge 155 659,73 Mark, Evakulierten - Fürsorge 31 273,89 Mark, Ausländer - Fürsorge 17 000,88 Mark, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge 75 431,60 Mark, Allgemeine Fürsorge 65 589,49 Mark, Familien-Unterstützung bis 1. 10. 46 62 782,45 Mark. Die Zahl der Unterstützungsfälle betrug 6004, der Einzelpersonen 11 005.

PNP 8/1947

50000 Mark zum Flüchtlingstag

Rückgang der Spendefreudigkeit

Der Landkreis Deggendorf brachte vom „Tag der Flüchtlinge“ am 5. Juni rund 50 000 Mark auf. Nach der bisherigen Übersicht kamen 32 878 Mark bei Sammlungen und 14 744 Mark bei Veranstaltungen herein. Die Stadt Deggendorf sammelte 10 340 Mark mit Listen und bei Veranstaltungen 6 897 Mark, Plattling 5 880 Mark, Metten 2 000 Mark, Taiding 1382 Mark, Natternberg 1870 Mark, Schöllnach 1100 Mark, Winzer 1040 Mark, Lalling 1000 Mark, Fischerdorf 92 Mark. Die Weihnachtssammlungen im Landkreis brachten 20 750 Mark mehr als die Sammlung am 1. Juni.

ho

PNP 45/1947

Weihnachtswendung im Hochsommer. Im Landkreis Deggendorf gelangt demnächst auf Anordnung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen die einmalige Barzuwendung (Weihnachtsgratifikation) von 50 RM an Flüchtlinge und Ausgewiesene zur Auszahlung. Nähere Einzelheiten sind aus der Nr. 26 des Mitteilungsblattes für den Landkreis Deggendorf zu entnehmen.

PNP 51/1947

9. Displaced Persons und Flüchtlinge in der Alten und Neuen Kaserne

23 fremde Nationen in Deggendorf vertreten

Es ist in unserer bewegten Zeit oft die Rede von jenen Menschen, die erst durch die umwälzenden Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegsjahre nach Bayern gelangten und als diese „Völkerwanderung“ erstarbte, auch in Bayern blieben. Einen Einblick in das bunte Nationalitätengemisch der Stadt und des Landkreises Deggendorf gibt eine Statistik des Landratsamtes nach dem Stande vom 31. M. 1948. Danach setzt sich aus Vertretern von 24 Nationen die 73 936 Köpfe zählende Bevölkerung des Landkreises zusammen, wovon in der Stadt Deggendorf mit 17 905 Einwohnern 23 Repräsentanten verschiedener Staaten ansässig sind. Von den 2102 in der Stadt lebenden Ausländern sind 1237 Angehörige verschiedener Nationen im IRO-Lager der Alten Kaserne und 22 Ungarn auf der Festwiese untergebracht. Von den privat wohnenden 818 Ausländern waren vor dem Kriege bereits 62 Österreicher ansässig, 397 Ausländer zogen privat während des Krieges zu und 359 meldeten sich erst nach dem 1. Juli 1945 polizeilich an. Sie verteilen sich auf 291 Ungarn, 92 Österreicher, 84 Polen, 65 Jugoslawen, 43 Ukrainer, 28 Letten, 17 Rumänen, 17 Tschechen, 15 Russen, 14 Litauer, 12 Griechen, 9 Estländer, 8 Belgier, je 4 Franzosen, Italiener und Türken, 3 Norweger, je 2 Holländer, Dänen und USA-Staatsbürger sowie 1 Schweizer und 1 Bulgare. Dazu kommen noch 97 Staatenlose. Die Zahlen für den Landkreis liegen entsprechend höher. Prozentual stehen auch hier die Ungarn mit 1671 Personen an der Spitze, von denen 1003 in den Lagern Plattling, Metten und Neßbach untergebracht sind. Es folgen 417 Polen, darunter 213 Juden, und an dritter Stelle kommen die Jugoslawen mit 171 Köpfen. Als Repräsentant einer neuen Nation kommt noch 1 Engländer hinzu; staatenlos werden 114 gezählt. Insgesamt leben im Landkreis 2844 Ausländer, die nicht von den Lagern betreut werden.

NN 13.4.1948

Mit allen Schikanen

Schwarzhändler stoppen einen Zug

Am Vor mehreren Tagen brachten Insassen eines DP-Lagers einen Personenzug in Richtung Pankofen kurz vor der Eisenbahnbrücke über die Donau durch Ziehen der Notbremse zum Halten. In aller Eile warfen sie ihr Schwarzhandelsgut dort wartenden Komplizen zu, stiegen aus und verschwanden schnellstens in einem bereitstehenden Personenkraftwagen.

PNP 55/1946

DEGGENDORF

Dunkle Geschichten um „schwarze“ Ochsen

Vor dem einfachen Militärgericht in Deggendorf hatten sich die Landwirte Lukas K. [REDACTED] aus Dösingried, Ludwig H. [REDACTED] aus Hochbruck und Josef M. [REDACTED] zu verantworten. Mit einem raffiniert ausgedachten Plan hatten sie versucht, in das DP-Camp Deggendorf zwei Ochsen unauffällig zur Schwarzschlachtung einzuschmuggeln, indem sie diese vor einen mit zwei Ster Brennholz beladenen Wagen spannten und zur Ausführung des Unternehmens Josef Marchl als Kutscher warben, der aber mit Ochsen, Holz und Wagen von der Stadtpolizei erwischte wurde. Die Ochsen waren von König für 4 800 Mark an zwei DP-Insassen verkauft worden; das Holz sollte gegen Zigaretten die Besitzer wechseln. H. [REDACTED] hatte gegen eine Kautions von 2 000 Mark Ochsendreschirre und den Wagen geliehen, während der Angeklagte Marchl 100 Mark und ein Päckchen Zigaretten erhielt. Zu seiner Entlastung führte K. an, die Tiere als Gangochsen und nicht zum Schlachten verkauft zu haben, weil er sich in katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet. M. [REDACTED] gab an, in völliger Unkenntnis der Sachlage die Fahrt von Hochbruck nach Deggendorf gemacht zu haben. Durch seine 70%ige Arbeitsunfähigkeit sei er genötigt, jede sich ihm bietende Arbeit anzunehmen. Auch Hirthreiter betonte, von dem eigentlichen Zweck und Ziel der Ochsen nichts gewußt zu haben, sondern nur aus Freundschaft zu K. [REDACTED] mit Ochsendreschirren und Wagen beigeprungen zu sein. Das Gericht führte bei Urteilsverkündung aus, daß die Anklage wegen Verstoß gegen die Verbrauchsregelungsverordnung voll zu Recht bestehe, zumal der hohe Preis den Zweck ziemlich deutlich werden läßt. K. [REDACTED] erhielt 6 Monate Gefängnis mit 3 Monaten Bewährung, Hirthreiter 4 Monate Freiheitsstrafe bei einem Monat Bewährung und Marchl wurde zu 2 Monaten Bewährung verurteilt. — Gegen den Bauern Johann H. [REDACTED] aus Fischerdorf erkannte das Gericht wegen Schwarzschlachtung eines Ochsen und Verschiebung von einem Zentner Fleisch auf 9 Monate Gefängnis bei 3 Monaten Bewährungsfrist. H. [REDACTED] war geständig und begründete seine Tat mit seinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. — Josef S. [REDACTED] aus Mietraching wurde vom Militärgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. St. versuchte für einen Unrra-Angehörigen des DP.-Lagers Deggendorf 248 Eier nach Plattling zu verschieben. Bei seiner Vernehmung gab er freiwillig zu, schon fünf verschiedene Schwarzmarktfahrten nach Frankfurt und Plattling für Unrra-Angehörige gemacht zu haben. Für jede Fahrt betrug sein „Lohn“ 200 Mark und einige Zigaretten. sky

NN 14.11.1947

Mit „Ochsen, Holz und Wagen“

In den Vormittagsstunden des vergangenen Montag kam aus der Richtung Mietraching ein Fuhrwerk, das mit nur 2 Ster Brennholz beladen, von zwei schweren, prächtigen Ochsen gezogen wurde. Beim Einbiegen in die Graflingerstraße interessierte sich ein Polizist für das Gespann, dessen Wagen mit der kleinen Menge Brennholz auffiel. Da der Kutscher den Auftrag hatte, Ochsen, Holz und Wagen in das Unrra-Lager zu führen, ordnete der Beamte zunächst einmal eine Vorfahrt bei der Polizeiwache an. Bei der Vernehmung des Ochsenführers stellte sich heraus, daß er von Unrra-Angehörigen das Angebot erhalten hatte, für 100 Mark und eine Schachtel amerikanische Zigaretten das Gespann in das Unrra-Lager zu bringen. Wie die Ermittlungen ergaben, wurden die Ochsen von einem Unrra-Angehörigen durch Vermittlung des Sägewerksbesitzers Hirthreiter aus Hochbruck von dem Bauern König aus Dösingried bei Hochbruck zum Preise von 4800 Mark „schwarz“ gekauft. Das Brennholz war zur Feuerung für die Wurstverarbeitung des Fleisches gedacht. Somit war für alles gesorgt. Man hatte jedoch nicht mit der Findigkeit eines Polizisten gerechnet. Ochsen, Brennholz und Wagen wurden beschlagnahmt. Die Beteiligten an diesem Unternehmen werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

NN 17.10.1947

Die peinlichen Kontrollen

Bei einer Verkehrskontrolle wurde am 20. November 1947 von der Stadtpolizei Deggendorf ein kleines Einspanner-Fuhrwerk angehalten, das mit zwei Schweinen im Gewicht von zusammen 57 kg beladen war. Wie sich bei der Vernehmung des Kutschers herausstellte, hatte der Landwirtssohn Ludwig Aigner aus Engolling den Auftrag, die „schwarz“ geschlachteten Schweine vor das DP-Camp zu fahren, wo sie von einem Angehörigen des Lagers in Empfang genommen werden sollten. — Am 25. November 1947 mußte ein mit 56 Zentner Zuckerrüben und 18 Zentner Kartoffeln beladener Lkw vor der Polizeiwache halten, obwohl Fahrbefehl und alle weiteren Papiere in Ordnung waren. Mit der Tatsache, daß eine verdächtige Ladung zu einem Verhör des Kraftfahrers führen kann, hatten die Landwirte Karl und Ludwig Schrömer aus Wallersdorf nicht gerechnet, denn sonst hätten sie nicht die Zuckerrüben zum Tausch gegen Brennholz auf diesem Wege nach Buchenau bringen lassen. Die Güter verfielen der Beschlagnahme.

NN 28.11.1947

Schwarzmarktzentrale Alte Kaserne

Deggendorf: Seit langem ist den Polizeibehörden das IRO-Lager in der Alten Kaserne als geistiger und finanzieller Mittelpunkt des Schwarzen Marktes bekannt. Auch in den letzten Tagen fand diese Tatsache durch mehrere Einzelfälle wieder ihre Bestätigung. Am 28. Mai wurde die Landpolizei davon in Kenntnis gesetzt, daß bei einem Schmiedemeister in Seebach eine Kuh eingestellt worden sei. Es wurde beobachtet, daß ein Deggendorfer Bauer, der sich bereits mehrfach zu Handlangerdiensten für DP's hergegeben hatte, am Abend die Kuh auf einem Umweg über Haslach in das IRO-Lager treiben wollte. Er wurde jedoch noch rechtzeitig gestellt und in das Landgerichtsgelände eingeliefert. Am folgenden Tage konnte eine andere Polizeistreife bei Pankofen wiederum einen Schwarzmarkt-Lieferanten festnehmen. Es handelt sich um einen Arbeiter, der mehrere Pfund Sohlenleder und eine Kalbshaut eben in das Lager abtransportieren wollte. Am 1. Juni gelang es einer Nachtstreife der Stadtpolizei, in der Kohlbergstraße Deggendorf bei einem DP 29 Meter besten Kleidstoff und etliche Stück Damenwäsche zu beschlagnahmen. Zur gleichen Zeit stellte die Stadtpolizei bei einer Bahnhofskontrolle 266 Eier sicher, die sich im Gepäck einer Hausgehilfin aus Deggendorf befanden. Während der Vernehmung gestand sie, daß ihr die Eier von einem DP-Angehörigen zum Transport nach Bad Reichenhall übergeben worden seien.

eg

PNP 44/1948

Tausch- mit Schieberzentrale verwechselt

Ein flottes Geschäft versprach sich in den Vormittagsstunden des 20. Januar ein Insasse des DP.-Camps Deggendorf in einem Gasthaus auf dem Stadtplatz. Er hatte nur das Pech, daß ihn die Polizei bei seinem Handel erwischte und aus seiner Aktentasche ein Paar neue Damenschuhe, ein Paar Damenstrümpfe und drei Damenstoffe holte, die beschlagnahmt wurden. Bei seiner Vernehmung gab er an, die Sachen zur Tausch-Zentrale bringen zu wollen, hatte sich aber verlaufen und war in die „Schieber-Zentrale“ geraten.

NN 23.1.1948

Das Notizbuch von Klein-Edeltraud

Am 8. Januar 1948 wurde ein kleines Mädchen, die noch nicht 13 Jahre alte Edeltraud aus Taupolding, von einem Polizisten dabei überrascht, wie sie vor dem DP-Camp Deggendorf 2,5 Pfund Butter, 2,5 Pfund Schweineschmalz, 4 Pfund Rauchfleisch und 60 Eier an den Mann bringen wollte, um dafür Bekleidungsstücke einzutauschen. „Es ist ja weiter nichts dabei“, meinte die kleine Bauerstochter, „denn wir brauchen doch Kleidungsstücke und da wir keine Bezugscheine erhalten, so müssen wir uns eben Kleiderstoffe auf diesem Weg beschaffen.“ Der Polizist war anderer Meinung und nahm Klein-Edeltraud auf die Polizeiwache mit, wo sie erzählte, daß ihre Eltern das Tauschgeschäft angebahnt haben und sie nur das Fett gegen Übergabe von Kleiderstoff abgeben sollte. Nun, einmal ist keinmal, und höchstwahrscheinlich wäre mit einer Strafanzeige der Fall erledigt worden, wenn Klein-Edeltraud über die bisher stattgefundenen Tauschgeschäfte mit Angehörigen des DP-Camps nicht so genau Buch geführt hätte. Bei der Visitation fanden die Beamten ein kleines Notizbüchlein in der Tasche der Bauerstochter, das so viele strafbare Tauschgeschäfte barg, so daß sich nun der Richter mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Edeltraudchen vermerkte alle Tauschgeschäfte sehr genau und so steht mit ungelenker Handschrift in dem sichergestellten Notizbuch zu lesen: erstmal 5 m Hemdenstoff gegen 5 Pfund Butter, 3 m Blaustoff gegen 3 Pfund Butter, 3 m geblümten Stoff gegen 3 Pfund Butter, zweitemal 3 Paar Damenstrümpfe gegen 4,5 Pfund Butter, 1 Sockenhalter gegen 5 Eier, 7 Paar Socken gegen 70 Eier, drittemal 3 Paar Schuhe gegen 9 Pfund Butter, 5 Paar Schuhe gegen 7,5 Pfund Butter. So geht es weiter in ganz genauer Aufzeichnung. Für ein Damenkleid wurden 11 Pfund Butter gegeben. Sübstoff wurde aus dem Camp nur gegen Eier bezogen und zwar war der Bedarf so groß, daß die Eltern von Klein-Edeltraud 642 Eier dafür aufwendeten, außerdem 200 Eier gegen Socken tauschten, so daß 1042 Eier auf diesem Wege den Besitzer wechselten. An Butter wurden gegen Bekleidungsstücke 140 Pfund eingetauscht. Als die Beamten der Bauerstochter diese Summen vorgerechnet hatten, erschrak sie und meinte: „Was werden die Mamm und der Papp dazu sagen?“ Wir können uns vorstellen, daß Klein-Edeltraud nicht wohl zumute war. Was wird der Richter nun erst sagen?
ho.

NN 13.1.1948

Das Notizbuch von Klein-Edeltraud

Die Zubringerdienste von Fett, Rauchfleisch und Eiern der „Klein-Edeltraud“ aus Trupolding zum DP-Camp in Deggendorf, die von ihr feil säuberlich in einem Notizbuch aufgeführt waren und worüber wir in Nr. 4 der „NN“ vom 13. Januar berichteten, standen jetzt zur Sühne vor dem Amtsgericht. Die Eltern als Auftraggeber gaben vor dem Richter mit einigen kleinen Einschränkungen ihre Verfehlungen zu, der unter Berücksichtigung aller mildernden Umstände, wozu der gute Ruf der Familie, die Unbescholtenheit und die große Zahl von 10 Kindern beitrug, eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen für die Mutter und eine Geldstrafe von 300 RM aussprach.

NN 24.2.1948

Ein offenes Wort vor Major Timberlake

Bürgermeister Dr. Leicht: „Schluß mit IRO-Exterritorien!“

Deggendorf. Im Beisein des Direktors der örtlichen Militärregierung, Major Richard E. Timberlake, Vertretern des Stadtrates und der Stadtverwaltung Deggendorf sowie Beobachtern der Besatzungsbehörden eröffnete Bürgermeister Dr. Leicht am 3. September im überfüllten Pleintingersaal den ersten öffentlichen Diskussionsabend über die Währungsreform. Nach den Worten der Begrüßung umriß Dr. Leicht kurz seine grundsätzliche Einstellung gegenüber diesen Veranstaltungen. „Ich bitte“, so führte er wörtlich aus, „in mir einen Mann zu sehen, der zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht bereit ist, jedoch unter der Bedingung, daß ich als Deutscher mein Vaterland nicht entwürdigte.“ Der Kommandeur habe ihm darauf erwidert, er selbst liebe seine Heimat und könne vor niemand Achtung haben, der anders handeln würde. Major Timberlake zitierte sodann den Ausspruch eines amerikanischen Dichters, der in poetischer Form seinen Wunsch präzisiert habe: „Lassen Sie mich abseits in Ihrer Stadt in einem ruhigen Hause wohnen und Freund aller Menschen sein.“ Reicher Beifall. Referate des Vorsitzenden des Industrie- und Handelsvereins Deggendorf und eines Diplomkaufmannes über Ziele und Auswirkungen des Währungsschnittes gaben den Auftakt zu einer lebhaften, mitunter auch sehr humorvoll-gelustreich geführten Diskussion. Die Probleme des hartgetroffenen Kleinsparers, die unausgeglichene Lohn- und Preispolitik und die Anarchie im Wirtschaftsleben kamen zur Sprache. Recht sei heute, stellte ein Redner entrüstet fest, was dem Geldbeutel des finanziell Stärkeren nütze. Und so habe sich ein Zustand herausgebildet, der eine große Ähnlichkeit mit der wirtschaftlichen Struktur Rio de Janairos aufweise: 10% der Bevölkerung seien im Besitze des Kapitals, 90% bezeichne man treffend als „Leute ohne Hemd“. Der Sprecher bat sodann die Anwesenden, ihm nicht den Maßkrug an den Kopf zu werfen, wenn er folgende geschichtliche Parallele aufzeige. „Vor rund 500 Jahren ging es in der Mark Brandenburg ähnlich zu wie heute hier: Die Raubritter auf den Schlössern plünderten das Land aus, wenige hatten alles, viele nichts. Da kam Friedrich von Hohenzollern, kaufte sich eine Kanone anstatt

Moralappelle abzuhalten, und bald war das Land eine Zierde der Ordnung.“ Unter schallendem Gelächter wies „der Mann mit der preußischen Theorie“ darauf hin, daß das große Polizeischild auf dem Rathausbalkon, welches der Bürgermeister so voreilig habe entfernen lassen, doch nötig sei! Bürgermeister Dr. Leicht griff selbst des öfteren in die Debatte ein. Angesichts der unsozialen Haltung der Geschäftswelt sei er von der Notwendigkeit strenger Gegenmaßnahmen überzeugt und habe selbst schon mehrmals gegen Preiswucher empfindliche Strafen angeordnet. Tosender Beifall begleitete seine Ausführungen zum DP-Problem. Es sei nicht abzustreiten, daß der deutsche Bauer einen wesentlichen Schuldanteil am Wiederaufleben des Schwarzhandels habe, es sei auch niemals gezeugnet worden, daß der jüdische Mitbürger Anspruch auf volle Gleichberechtigung als Mensch erheben dürfe, aber, so rief Dr. Leicht, wir lassen uns vom Schwarzhandel nicht die Gurgel abdrücken! Die Besatzungsmacht, die uns mit Freundschaft begegnen will, muß gegen jene einschreiten, die unsere Ordnung untergraben. Deshalb Schluß mit den IRO-Exterritorien!“ Abschließend ergriff Major Timberlake das Wort und dankte der Bevölkerung für ihre Aufgeschlossenheit. Er habe erst gezögert, der Diskussion beizuwohnen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle er den Anwesenden eine Meinung aufzwingen. Seit 6 Wochen sei er um das Zustandekommen dieses Abends bemüht gewesen; er hoffe, daß dieser nicht der letzte bleiben werde. eg

PNP 72/1948

1500 Deggendorfer protestieren

Die Alte Kaserne wird zu Wohnzwecken verlangt

Deggendorf. Gegen eine neue Regelung der erst kürzlich von Ausländern freigegebenen „Alten Kaserne“ protestierten am 20. Juni abends im Rahmen einer vom Neubürgerbund aufgerufenen Protestkundgebung etwa 1500 Deggendorfer vor dem Rathaus. Die Redner sämtlicher Fraktionen des Stadtrates stellten sich in kurzen, vielfach mit großer Leidenschaft gehaltenen Ansprachen voll und ganz hinter den Inhalt der zu Beginn verlesenen Resolution folgenden Wortlauts:

An die Bayerische Regierung und den Landtag in München: Sämtliche Fraktionen des Stadtrates Deggendorf übermitteln folgende, auf einer öffentlichen Kundgebung am Stadtplatz Deggendorf einstimmig gefaßte Resolution:

„Die Bevölkerung der Stadt Deggendorf bittet dringend auf ihrer Kundgebung am 20. Juni 1949 den Landtag und die Bayerische Staatsregierung sich nachdrücklichst dafür einzusetzen, daß die „Alte Kaserne“ zur Beseitigung der drückendsten Wohnungsnot der Stadt Deggendorf für Wohn-

zwecke freigegeben wird. Nur durch diese Freigabe könnte es gelingen, 110 Elendsquartiere in der Stadt aufzulösen und 700 Wohnungssuchenden, wovon etwa 200 Familien untergebracht werden könnten, eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten.

Nur dadurch könnte auch die Voraussetzung zur Errichtung von krisensicheren Betrieben geschaffen werden, die die furchtbare Arbeitslosigkeit in dem armen Grenzgebiet mildern.“

In einer spontanen Willenskundgebung stimmten sämtliche erschienenen Teilnehmer am Ende der Protestkundgebung durch Hochheben des Armes für den verlesenen und diskutierten Inhalt dieser Resolution an den Landtag und die Bayerische Regierung. In einer anschließenden öffentlichen Stadtratsitzung, die der soeben von einem längeren Krankheitsurlaub zurückgekehrte Oberbürgermeister Dr. Leicht leitete, berieten sich die Stadtväter über die erfolgversprechendsten Wege zur raschesten Erreichung der in der Resolution geforderten Ziele. gr

PNP 69/1949

Als nächsten Punkt klärte Landrat Heigl verschiedene zwischen der Stadt und dem Landkreis aufgetretene Mißverständnisse anläßlich der Besichtigung

des Lagers Michaelsbuch und der „Alten Kaserne“ durch eine Regierungskommission. Landrat Heigl verwahrte sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf, daß er bei dieser Kommission die Besichtigung der Alten Kaserne zum Zwecke der Neubelegung mit ehemaligen DP's angeregt habe. So sehr der Gemeinde Michaelsbuch, die eine der besten des Landkreises sei, eine Neubelegung des dortigen Lagers erfahrungsgemäß schade, so sehr würde auch die Stadt unter einer Belegung der Alten Kaserne leiden. Stadt und Land gingen in der Ablehnung dieses Vorhabens völlig Hand in Hand.

PNP 72/1949

Deggendorf und der Wortwald

Alte Kaserne überwiegend geräumt

Deggendorf. Am 23. Mai räumte der überwiegende Teil der bisher in der Alten Kaserne untergebrachten DP's ihre Unterkünfte. Eine geringe Zahl von Ausländern ist vorläufig zur Aufgabe ihrer dortigen Wohnungen nicht zu bewegen. Die zuständigen Stellen werden sich über eine Lösung noch zu entscheiden haben. sm

PNP 58/1949

Deggendorf wehrt sich

Erneute Lagerbelegung geplant

Deggendorf. Im Großen Rathaussaal hatten sich am vergangenen Samstag Vertreter der Stadt, Flüchtlings-Unterausschuß-Vertreter des Bayerischen Landtages und der Landrat eingefunden, um die Unterbringung von über 3000 Flüchtlingen in Deggendorf zu besprechen. Der Direktor des Arbeitsamtes, Kirscher, und auch der stellvertretende Bürgermeister Nothhaft wehrten sich energisch gegen eine erneute Belegung der eben erst geräumten DP-Lager Michaelsbuch und „Alte Kaserne“. Die Neueinrichtung eines Lagers in Michaelsbuch dürfte wohl kaum in Frage kommen, doch auch hier, ebenso wie bei der Belegung der Alten Kaserne, ist die Entscheidung des Flüchtlingsausschusses des Bayerischen Landtages maßgebend. Der Neubürgerbund nahm am Sonntagvormittag in einer Kreistagung zu diesen Verhandlungen Stellung. Zu einer Protestkundgebung wurde un

PNP 68/1949

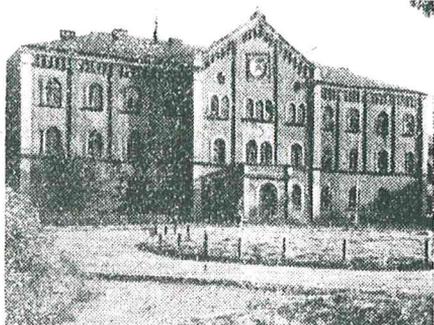
Ungarn fahren in neue Heimat

Im Morgengrauen des Donnerstag rollten mit Menschen und Gepäck hoch beladen, etliche Lastwagen die Plattlinger Bahnhofsrampe hinauf, an der ein Sonderzug mit fünf Personen- und einem Gepäckwagen bereitstand. Dieses Bild erweckte zunächst Erinnerungen an vergangene Jahre, das Zeichen der IRO und die Aufschrift „Australia“, die groß die mitgeführten Gepäckstücke zierte, ließen jedoch erkennen, daß sich hier Menschen auf dem Wege in eine neue Heimat befanden, die sie im fünften Erdteile zu finden hoffen. Etwa 200 Ungarn aus dem Kreise Deggendorf waren es, die seinerzeit vor dem Bolschewismus geflohen, nun schon wieder mit manch fabrikneuem Wertstück den Weg über das große Wasser antreten können. In den fünf Jahren ihres Hierseins hatten manche unter ihnen sich als Handwerker, vor allem als Schuhmacher, einen guten Namen bei der Bevölkerung erworben, den sie nun für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft eintauschten. Nach der endgültigen Zusammenstellung in Schweinfurt wird der Transport über Brenner, Italien und Mittelmeer durch den Suezkanal nach der Westküste Australiens gehen, wo er in etwa sechs Wochen den Hafen Onslow erreichen wird:

PNP 103/1949

Die Deggendorfer „Alte Kaserne“

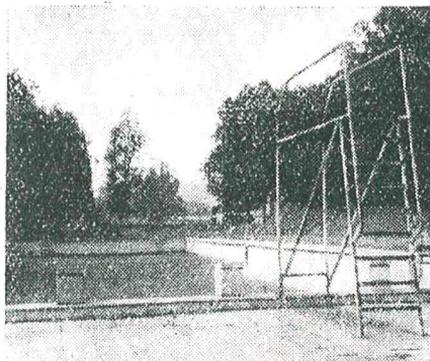
Noch ist nicht entschieden, was aus ihr wird



Das Hauptgebäude der Alten Kaserne. 250 Wohnungen wären im Gesamtkomplex jetzt frei.



Ein Blick in den Hof. Der Zustand der Gebäude war nach der Übergabe durch die DRO „leidlich“



Deggendorfs einziges Badebassin im Park des Kasernengeländes. Auf einer Protestkundgebung wandten sich die Sprecher aller Fraktionen gegen eine erneute Belegung dieses ehemaligen DP-Lagers, denn die Stadt Deggendorf habe selbst genügend Wohnungssuchende, für die nicht einmal die 250 Wohnungen ausreichen würden.

(PNP-Bild)

PNP 70/1949

Ein Lichtschimmer auf dem Wohnungsmarkt

Ausbau der Alten Kaserne nunmehr in vollem Gange

Bereits seit Wochen wird vom Ausbau der Alten Kaserne gesprochen und geschrieben. Nun sind endlich die ganzen Vorverhandlungen und Vorarbeiten so weit abgeschlossen, daß am Montag mit dem Ausbau des gesamten Gebäudekomplexes begonnen werden konnte. Schon am ersten Tag waren 150 Arbeiter am Werk und im Laufe der Woche kommen noch weitere 50 bis 60 Arbeiter hinzu. An allen Ecken und Enden sind die verschiedensten Handwerker tätig. Gleich beim Betreten des Gebäudekomplexes hat man den Eindruck, daß man sich auf einer Großbaustelle befindet. In 86 Arbeitstagen sollen hier ungefähr 200 Wohnungen entstehen. Die Bauleitung wird alles daran setzen, daß der Ausbau auch tatsächlich innerhalb dieser festgelegten Frist zum Abschluß gebracht wird. Bis Weihnachten werden also die meisten Familien eingezogen sein und zum erstenmal nach langer Zeit den Lichterbaum wieder in einem gemütlichen Heim anstecken können.

Je nach den vorhandenen Räumlichkeiten werden Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen mit Küche, Bad und Klosett gebaut. Sobald eine Wohnung fertig ist, kann sie bezogen werden. Über die Wohnungseinweisung müssen Wohnungsausschuß und Stadtrat entscheiden. Einheimische und Flüchtlinge werden in gleicher Weise berücksichtigt. Wer am drin-

gendsten eine Wohnung braucht, bekommt sie zuerst. Wie teuer eine Wohnung kommen wird, kann zur Zeit noch nicht entschieden werden. Es steht jedoch bereits heute fest, daß die Wohnungen auf alle Fälle billiger sein werden als die Neubaugewohnungen der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft, die auf dem Baggerfeld entstehen.

Neben der Tatsache, daß dieser Wohnungsbau eine bedeutende Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt zur Folge haben wird, finden viele Firmen hierbei Absatzmöglichkeiten und viele Arbeiter für längere Zeit Beschäftigung. Alle Firmen, die sich über das Landbauamt, das Stadtbauamt, den Stadtrat usw. um Beteiligung am Ausbau beworben hatten, wurden berücksichtigt, so daß heute insgesamt 132 Firmen irgendwie beteiligt sind.

Neben den drei Musterwohnungen, an denen bisher gearbeitet wurde, und nach denen sich der weitere Ausbau richten soll, werden nunmehr noch nach den Erfahrungen auf der großen Nürnberger Ausstellung zwei weitere Bauarten in Erwägung gezogen. Neben der Methode der Firma Lex (Plattling) wird auch an R-Gipsplatten gedacht, an Leichtbetonplatten mit Mauerwerk, an gipsgebundene Leichtbetonplatten und an Rheinischen-Bims-Hohlstein. Sämtliche Methoden zeichnen sich dadurch aus, daß sie raumsparend sind, daß sie gegen Ungeziefer gesichert sind und vor allem, daß sie sehr schnell trocknen.

Für die vielen Wohnungssuchenden in Degendorf tut sich also wirklich ein Lichtblick auf. In der Alten Kaserne entstehen schöne gemütliche Wohnräume, und wir wollen hoffen, daß bereits in einigen Wochen die ersten Familien einziehen können. Wenn es auch lange gedauert hat, bis das Problem „Alte Kaserne“ gelöst wurde, so geht es jetzt doch rasch vorwärts, und es wäre zu wünschen, daß auch die Neue Kaserne, die zur Zeit noch leer steht, bald eine für die Allgemeinheit nützliche Verwendung findet.

PNP 109/1949

Der Ausbau der alten Kaserne beginnt.
 Gestern Nachmittag versammelten sich 12 Deggendorfer und zwei Plattlinger Baufirmen zu Besprechungen über den Ausbau der 150 Wohnungen in der alten Kaserne. Um die Bauten möglichst rasch zu vollenden, wäre die Heranziehung möglichst aller heimischen Firmen wünschenswert. Wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe berichteten, soll der Ausbau nach der vom Landbauamt Passau als vorbildlich erkannten Muster-Wohnung erfolgen; bekanntlich hat das Landbauamt bereits mit dem Ausbau von drei Arten von Wohnungen begonnen.

DD 6/1949

„Wir kommen uns vor wie im Paradies“

689 Arbeiter schufen in der „Alten Kaserne“ in 65 Tagen 1078 Räume — Die ersten 60 Familien ziehen ein

Seit Tagen ist eine Uebernahmekommission des Landesamtes für Vermögensverwaltung, Außenstelle Straubing, in dem ausgedehnten Bereich der „Alten Kaserne“ unterwegs, um vom Landbauamt Passau die nach und nach fertig werdenden 146 Wohnungen zu übernehmen.

Drei Architekten der Bauleitung des Landbauamtes Passau gebührt zusammen mit 689 Arbeitern von 97 Firmen der Ruhm, daß sie, nach Ansicht von Fach- und Laienkreisen, in unwahrscheinlich kurzer Zeit eine der schönsten Wohnsiedlungen unserer Stadt geschaffen haben. Wenn auch zur Zeit noch Handwerker im Wohnungsbereich die letzten Arbeiten vollenden und wenn auch noch die Einrichtungen für die Badezimmer und die Zimmeröfen noch nicht vollständig eingebaut werden konnten, so ist doch das übereinstimmende Urteil aller Mietparteien, die im Rahmen der ersten Einzugsrate von 60 Familien nunmehr schon zum Teil die großen, hellen Räume bewohnen: „Wir kommen uns vor wie im Paradies . . .“

„Wir bewohnten früher zu Fünft ein Zimmer, in dem den ganzen Tag das elektrische Licht brennen mußte“ — „Wir hausten mit acht Personen in zwei kleinen Räumen“ — „Wir bewohnten jahrelang eine feuchte Baracke mit undichtem Dach“ — so erzählen die Frauen, die, angetan mit Kopftüchern, die Fußböden schrubben oder die Fenster der neuen Wohnung von den letzten Spuren der Maler säubern.

Die Hausverwaltung rechnet damit, daß die meisten Familien in Anbetracht des Weihnachtsfestes erst nach den Feiertagen umziehen werden.

Die Wohnblocks haben durch die Umwandlung der langen ehemaligen Gänge in Zimmer und durch den Einbau von fünf neuen Stiegenhäusern den Kasernencharakter vollkommen verloren.

Jede Wohnung umfaßt durchschnittlich zwei bis drei Zimmer, Küche, Bad, Speisekammer und einen abgeschlossenen Kelleranteil. Auch die beiden großen Holzbaracken beherbergen eine Reihe geräumiger und gemütlicher Wohnungen. Die Bauleitung hebt besonders die ersprießliche Zusammenarbeit all derer, die beim Umbau beteiligt waren, hervor, ohne die das Werk in dieser kurzen Zeit nicht hätte vollendet werden können.

Wenn auch die Kerzen des diesjährigen Weihnachtsbaumes noch nicht in allen 146 Wohnungen brennen werden, so ist doch für einen Teil der Familien, die bis jetzt unter den schlechtesten räumlichen Verhältnissen leben mußten, ein jahrelanger Weihnachtstraum bereits in Erfüllung gegangen und für den anderen Teil in greifbarster Nähe gerückt. Die Kinder derjenigen Familien aber, die in diesen Tagen schon von den neuen Wohnungen Besitz ergriffen haben, spielen bereits zusammen zwischen dem roten Gemäuer, als ob es immer so gewesen wäre . . .

DD 49/1949

In der neuen Wohnung ins neue Jahr

Glücklicher Jahresbeginn in der Alten Kaserne

Zwei Tage lang haben Hammer und Säge in der „Alten Kaserne“ geschwiegen ruhten Pinsel und Kelle. Die Hunderte von Handwerkern, die überall in dem riesigen Komplex noch tätig sind, feierten Weihnachten. Aber bis zum Jahresende geht es nun mit Hochdruck weiter. Kaum, daß es hell geworden ist, beginnt es auf den einzelnen Bauabschnitten zu wimmeln. Hier müssen noch die letzten Mauerarbeiten gemacht werden, in einer noch nicht bezogenen Wohnung haussen die Glaser, die von den Schreibern mit den passenden Rahmen beliefert werden, im Keller hört man, wie die Latenverschläge zusammengezimmert werden. Ein Fuhrwerk bringt Küchenherde oder Porzellanbänke für die Badezimmer, Maler und Elektriker ziehen mit ihren Steigeleitern von Raum zu Raum, kurzum, es herrscht überall geschäftiges Leben.

Dazwischen sieht man schon Bewohner einzelner Wohnungen, die bereits in den letzten Tagen vor Weihnachten eingezogen sind. Ihre Kinder spielen in den Höfen und im Park, stehen den Handwerkern im Wege und schließen neue Freundschaften mit den Nachbarkindern.

Und täglich wird das Bild bunter: Waren schon bis zum Fest 32 Familien in ihr neues Heim gezogen, so verdoppelt sich bis zum Jahresende noch ihre Zahl. Damit wird dann die erste Einweisungsrate des Wohnungsamtes, die hauptsächlich kinderreiche und in Elendsquartieren untergebrachte Fa-

Räume eingezogen sind, wenn sie auch die Unannehmlichkeiten manches Provisoriums auf sich nehmen mußten. Da hieß es: Hauptsache die Fenster sind dicht (wenn sie auch noch unlackiert sind), das Wasser läuft, (wenn es auch wegen der fehlenden Fenster oben und unten infolge Frostgefahr nachts noch abgesperrt werden muß) und das Licht brennt (vielleicht noch nicht in allen Wohnungsteilen, weil noch einige Mauern zu feucht sind).

150 Wohnungen werden neue Mieter bergen

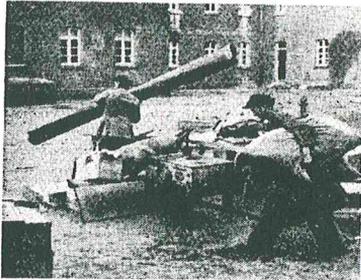
Die neuen Mieter haben es schon leichter. Die Handwerker machen eine Wohnung nach der anderen ordnungsmäßig fertig, sodaß jeder zum neuen Jahr in eine helle, freundliche und saubere Wohnung ziehen kann, der den Einweisungszeitel des Wohnungsamtes hat. Am besten waren bisher

die Barackenbewohner daran. Hier sind sehr schöne Zwei- und Einzimmerwohnungen mit Küche entstanden, außerdem vier Junggesellenzimmer mit Waschanlage. Das Christkind hatte ihnen sogar noch gerade zum Heiligen Abend die Badeinrichtung geliefert. Sie fehlt in den anderen Wohnungen bis zur Bewilligung neuer Mittel, da man statt ursprünglich 120 nun doch 150 Wohnungen gebaut hat. Da hieß es die Gelder strecken und alles nicht unbedingt Notwendige zurückstellen. Nur zwei Schwerkriegsbeschädigte und drei besonders Kinderreiche bekommen noch die fünf bereits vorhandenen Badewannen.

Es ist für alles gesorgt

Der soziale Sinn ist bei der Verwaltung besonders ausgeprägt. Das wird sich noch im Laufe des neuen Jahres auswirken beim Bau eines Kindergartens mit Planschbecken, Grünanlagen und einer Kinderkrippe, in die berufstätige Mütter den Tag über ihre Kleinen in gute Obhut geben können. Die arbeitslosen Mieter werden dann sogar Gelegenheit haben, mit Schippe und Schaufel zu wirken!

Aber das ist kein Problem bei der eigenartigen Zusammensetzung der riesigen „Hausgemeinschaft“. In die Alte Kaserne ziehen nämlich 148 Flüchtlingsfamilien und genau 2 Altbayern. Wenn man sieht, mit welchem „Mobiliar“ sich mehr oder weniger heimlich, meist nach Dunkelwerden, die neuen Mieter in ihre Wohnungen stehlen, dann weiß man, daß es sich fast durchwegs um die Aermsten der Armen handelt. Sie haben fast alle seit 1945 in Notunterkünften gehaust und fühlen sich nun wie im Paradies: Eine Sudetendeutsche, die ihre drei hübschen sauberen Mädels durch ihre Nahrung ernährt, hat bisher mit ihrer Mutter in einem Raum mit zwei Betten gelebt. Zu Weihnachten hat sie seit 3 Jahren zum ersten Mal wieder allein in einem Bett schlafen können. Eine andere Wohnung einer vierköpfigen Familie aus Breslau bestand aus einem 12 Quadratmeter großen Raum... So geht es weiter.

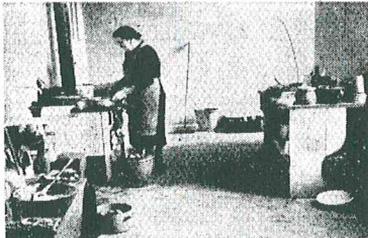


Mit wenig Gut wird eingezogen

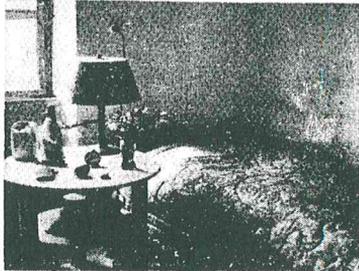
milien betraf, eingezogen sein. Die restlichen 90 Wohnungen sollen aber schon bis Mitte Januar bezugsfertig sein.

Neues Leben in alten Mauern

In den roten Mauern der Alten Kaserne wird dann erst der richtige Betrieb herrschen. Ein so frohes und mit viel Kinderjubiläum erfülltes Leben haben diese Gebäude noch nie gesehen. Bisher war die Bewegung noch nicht sehr aufgefallen. Ja, man wunderte sich fast, wenn abends durch den dunklen Park die erleuchteten Fenster blinkten. Im Hauptgebäude wohnten ja auch bis Weihnachten nur 17 Familien, der Rest war in den beiden Baracken und in den beiden ehemaligen Wächterhäusern an der Graflinger Straße untergebracht. Diese Teile des Gesamtobjektes sowie der linke Block wurden zunächst fertiggestellt. Das soll nicht heißen, daß nicht einige Ungeduldige doch schon auch in andere



Das erste Mittagessen wird gekocht



Die Schlafzimmer-Ecke ist fertig

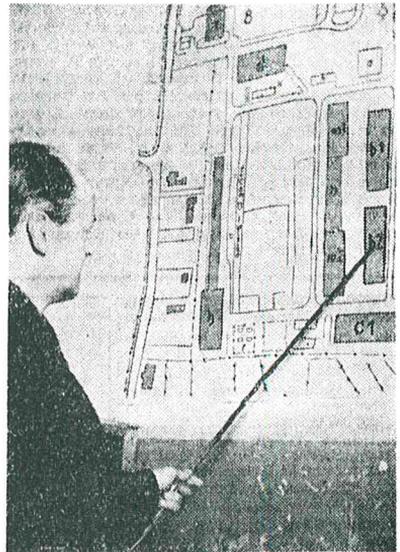
„Wo sind die Schrauben zum Kleiderschrank?“ „Wenn die 3 Gläser bis zum Abend nicht gefunden sind, müssen wir eben den Silvesterpunsch aus den Kaffeetassen trinken!“, so hört man es überall. „Aber Hauptsache, wir sind aus unserem Elendsloch heraus und haben — unsere Wohnung!“ Was soll das noch für ein Leben im neuen Jahr werden!

Mit frohem Mut gehen sie hinein ins Jahr 1950, die neuen Bewohner der alten Kaserne. Möge es ihnen viel Glück und Segen bringen!

Eine unpopuläre Maßnahme

Die Nachricht von der Übergabe der Riga-Kaserne an die IRO und der damit verbundenen weiteren Einweisung von 1500 DP.s ausländischer Nationalität hat in Deggendorf wie eine Bombe eingeschlagen. Die Bevölkerung ist stark beunruhigt und kann nicht verstehen, daß man aus ihrer kleinen Stadt ein DP - Lager machen will. In Unkenntnis der Sachlage werden den Stadtvätern die größten Vorwürfe gemacht, daß sie nicht mit dem nötigen Nachdruck die Freigabe der Kaserne zur Auflockerung der Elendsquartiere betrieben haben. Andere bezeichnen den weiteren Zustrom von 1500 Personen als eine unpopuläre Maßnahme, die sich für die Stadt sehr nachteilig auswirken wird. Glaubte man, daß sich der Schwarzhandel nach der Geldumsstellung in mäßigen Bahnen bewegen werde, so sind schon wieder Anzeichen eines starken Aufblühens vorhanden. Einwohner der Alten Kaserne fanden sich in der vergangenen Woche schlagartig auf allen Zufahrtsstraßen und Wegen Deggendorfs ein und kauften von den zum Markttag kommenden Bauern sämtliche Lebensmittel zu Überpreisen auf. Da die Polizei nur unter bestimmten Voraussetzungen gegen dieses Treiben einschreiten kann, denkt man mit Schrecken an die weitere Entwicklung des „schwarzen“ Marktes, wenn weitere 1500 DP.s die Stadt bevölkern. Die Bevölkerung fordert Abhilfe gegen diese unhaltbaren Zustände. Auf der Stadtratssitzung am Montag wurde die als allgemein höchst unpopulär bezeichnete Maßnahme kurz getreift und darauf hingewiesen, daß untergeordnete Stellen der Militärregierung sich schon oftmals Befugnisse angemaßt haben, die ihnen nicht zustehen. Es ist in Erwägung gezogen worden, den zuständigen Landtagsabgeordneten die Rückgängigmachung des Beschlusses bei der Militärregierung in Frankfurt zu veranlassen. Die Stadt ließ nichts unversucht, der Übergabe der Riga-Kaserne an die IRO entgegenzusteuern, was jedoch ohne Erfolg blieb.

NN 2.7.1948



Deggendorf — 11 Uhr

In der Bürgerversammlung am Sonntag erklärten sich alle für den Umbau der Neuen Kaserne zu Schulen und für den Neubau von 98 Flüchtlingswohnungen.

PNP 143/1949

Sollen die alten Fehler wiederholt werden?

Die erste Deggendorfer Bürgerversammlung

Der Landtagsbeschluss, daß alle freiwertenden Gebäude, die Staatsigentum sind, zunächst als Pfandungen zu verwenden sind, hatte in Deggendorf natürlich den gleichen Erfolg wie in den anderen Gemeinden. Die Stadtverwaltung, die Arbeitergemeinschaft, Elternbeirat und die Arbeitsgemeinschaft für Jugendförderung veranlaßt haben, zu einer Bürgerversammlung einzuberufen, um sich mit einer Resolution und durchzusetzen und den Landtag zu warnen und durchzusetzen. Die Frage, ob die kommenden Gebäudekomplexe der Neuen Kasernen nicht in Flüchtlingswohnungen umgebaut werden, um so die katastrophale Lage auf diesem Gebiet in Deggendorf einer Lösung zuzuführen. So ist in Deggendorf am 11. im Vormittag im Gasthaus zum Goldenen Engel eine erste Deggendorfer Bürgerversammlung zustande gekommen. Die Teilnehmer begrüßte die versammelten Bürger, die den großen Engeltal saal beinahe füllten, und gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß angesichts der Wichtigkeit dieses Problems noch viel mehr erschienen waren. Diese Tatsache, noch viel mehr erschienen, daß aus dem Volk der Denker und Dichter, die der Versammlung faßte er in drei Punkte zusammen. 1. Wie kann unseren Kindern geholfen werden, die in Deggendorf wohnen geblieben sind, wenn sie in Deggendorf wohnen geblieben sind? Wie können diese Probleme zur Zufriedenheit aller gelöst werden? Dabei versicherte er, daß es wirklich und ernstlich darum ginge, wie Flüchtlingsangelegenheiten, damit sie sich in ihrer zweiten Heimat lösen können. Nicht nur eine bestimmte Klasse, sondern auch die Klasse der Arbeiter habe ein Recht, menschenwürdig zu wohnen.

Hauptreferent Altman zeigte dann anhand eines Plans die Zimmerverhältnisse den Bedarf an Schulräumen im Zahlenmaterial an. Er erklärte, daß diese Zahlen geben einen erschreckenden Aufschluß über die katastrophale Lage der Deggendorfer Schulen. Anschließend ergriff wieder Ob.Reg.Rat Kircher das Wort und nahm zur Bestärkung der Jugend Stellung. Er erklärte, daß die Deggendorfer Schulen, die in der Tat eine Tatsache bestünde, daß dadurch, was die Deggendorfer Verschulden von Haus und Hof vertrieben worden seien, daß die Zahl der Flüchtlinge zu den Einheimischen 25 Prozent betrage und daß unsere Bevölkerung um diese Zahl darum zugenommen habe. Dazu hätten wir in einem rohstoffreichen Lande wie Deutschland die Gewerbegebiete, um unsere Kinder menschenwürdig zu erziehen, sei ein Kapital des Geistes. Wenn wir als die

darfür verantwortliche Generation nicht darnach trachten, den Kindern eine Erziehung mitzugeben, die es ihnen ermöglicht, einmal in der Weltwirtschaft gegen die schärfste Konkurrenz zu wir in unserer Wirtschaft zu sein, dann schallt wir vom Weltmarkt nach und nach ausgeschalt werden. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man die Besetzung der Schulräume anstreben, die nicht nur den einheimischen, sondern auch Flüchtlingskindern zugute komme.

Ob.Reg.Rat Kircher erläuterte die Möglichkeiten aufzulegen, die vorliegen, um die Flüchtlingsaufnahmen aus bestehen, um den Flüchtlingsbedarf zu decken, um sie zu verheilen und dabei trotzdem das Schulraumproblem zu lösen. Das Zahlenmaterial bewiese, daß es verschwendet sei, einen Wohnbau der Neuen Kasernen auch nur ein Verstehen, wenn man mit der Stärke umgehen würde, wie es hier beabsichtigt sei. Bei den fraglichen Gebäuden handle es sich um zwei Mannschalts, und um zwei Wirtschaftsgebäude. Bei den folgenden Berechnungen sind in Betracht mit zwei Zimmern und einer Küche der heute gebaut wird in die zwei Mannschaltgebäude 22 Wohnungen eingebaut werden. Das sind zusammen 80 Wohnungen, in die Mannschaltgebäude 16, in den Wirtschaftsgebäude 16, also insgesamt 48, 50 die Wirtschaftsgebäude dazu noch in jedes Gebäude ein Hauswirtschaftsraum und drei Lehrerzimmer. Die Kosten für die Wohnungseinbauten würden 520 000 DM betragen, für die Schulsäle dagegen nur 130 000 DM. Man müsse daran statt Wohnungseinbauten Gebäude für 96 Wohnungen neu und fordern für 390 000 DM. Die Schulsäle ein.

Ob.Reg.Rat Kircher betonte darauf, daß wir mit dem Umbau in der Alten Kaserne in Deggendorf bereits unsere Erfahrungen gemacht hätten. Man hätte eine Unsumme ausgeben müssen und dabei sei noch immer der Kasernencharakter erhalten, man diese Summe gleich für wirkliche Wohnun-

gen aufgewandt hätte. Sollen wir in der Neuen Kaserne die alten Fehler wiederholen. Er empfahl darum im Interesse der Schüler die Flüchtlinge, die vorliegende Resolution zu befürworten.

Der Stadtrat Maderer, der sich zum Wort ergab, erklärte, daß die Zusammenballung von so vielen Flüchtlingen auf einem so engen Raum letztlich die Bildung eines Armenviertels dar-

stellen würde. Hierauf verlas Ob.Reg.Rat Kircher die Resolution. Bürgermeister Gorfosch-Degener unter den aufgeführten Körperschaften auch die Gemeinden Deggau und Fischendorf anzukündigen. Oskar Müller gab als Flüchtlingsvertreter zu bedenken, Übergangsweise die 24 in der Neuen Kasernen vorhandenen Wohnungen (ehem. Offizierswohnungen) zu stellen, so daß die Flüchtlinge Teil in menschenwürdigen Wohnungen hätten gebracht seien. Die Elendsquartiere in Mariental, Pielweichs, Pankofen und Klessing ließen nur eine Sorge zu: nicht Schuttraum oder Wohnungen, nicht erst zu einem Zustrom von Flüchtlingen, Neubauwohnungen vielleicht fertig, seien als Ersatz für die in den Unterfluren, amtsärztlichem Gutachten in diesen Unterfluren, amtsärztlich gesund, Kindern übermüht werden und durch die dortigen Verhältnisse an erster Stelle, Herr Kircher erklärte dazu, daß an erster Stelle, Herr Kircher erklärte, daß diese Menschen sich 24 Wohnungen erst instand gesetzt werden müßten, um sie bezugsfähig zu machen. Herr Müller lud darauf zu einer Besichtigung der Elendsquartiere und erklärte, daß diese Menschen sich nur nach vier Wänden sehen und nach vier Fenstern, die schließe.

Zum Schluß ließ Herr Kircher nach der Versicherung, die Anträge des Herrn Gorfosch und Müller zu berücksichtigen, formal über die verlesene Resolution abstimmen. Die versammelte Bürgerschaft bekannte sich einstimmig zu ihr.

Flüchtlingsfamilien in der Neuen Kaserne

Besprechung mit Regierungsvertretern im Rathausaal

Auf Grund einer Besprechung von Herren der Regierung, der Stadt und des Landratsamtes wurden am Donnerstagabend und Freitag früh 12 Flüchtlingsfamilien aus Marienthal und Klessing in ein Wirtschaftsgebäude der „Neuen Kaserne“ vorläufig eingewiesen. Da diese Verfügung infolge plötzlich herbeigeführter Ereignisse so rasch ergangen war, konnten in aller Eile nur die notwendigsten Reparaturen ausgeführt werden, obwohl sofort alle verfügbaren Handwerker an die Arbeit gingen. Für Wasser-

„Es wurde festgestellt, daß durch ungesetzmäßige Handlungsweise seitens des Landratsamtes und offenbar auch — wie vermutet wird — durch Betreiben des Neubürgerbundes — die Flüchtlinge aus der Baracke Mietraching zum vorzeitigen Auszug aus dieser veranlaßt wurden und nunmehr sich mitamt ihrer Habe auf LKW's vor die Toren der „Neuen Kaserne“ befinden, wo sie Einlaß in die ihnen angeblich zur Verfügung gestellten Wirtschaftsräume begehren.

Ohne die rechtliche Frage dieser Maßnahme zu klären, muß nun getrachtet werden, den augenblicklichen Notstand zu beseitigen, da diese Flüchtlinge nicht mehr in die zum Teil abgebrochenen Baracken (im Hinblick auf die Zwischenwände) zurückkehren können. Während der Sitzung kamen in sehr aufgeregter Weise einige betroffene Flüchtlinge in die Saal, die unter Hinweis auf die unmöglichen gesundheitlichen Verhältnisse dringend forderten, in die Wirtschaftsgebäude eingewiesen zu werden.

Da von Seiten des Vertreters der Vermögensverwaltung Deggendorf Einspruch eingelegt wurde, diese Flüchtlinge vorübergehend in den Mannschaftsblock einzuweisen und auch eine behelfsmäßige, vorübergehende Einweisung in die „Alte Kaserne“ wegen der Einschleppungsgefahr von Ungeziefer unzulässig er-



Schlagworte auf Möbelwagen

und Lichtanschluß wurde gesorgt und in den ersten Tagen bis zum Einbau der Oefen und Herde wird sogar das Gebäude zentral geheizt. Bisher haben nicht Familien aus der Baracke in Mietraching das Gebäude bezogen.

Diese plötzliche Einweisung wurde in einer Besprechung am Donnerstag Mittag beschlossen, in der im Rathausaal folgende Herren teilnahmen.

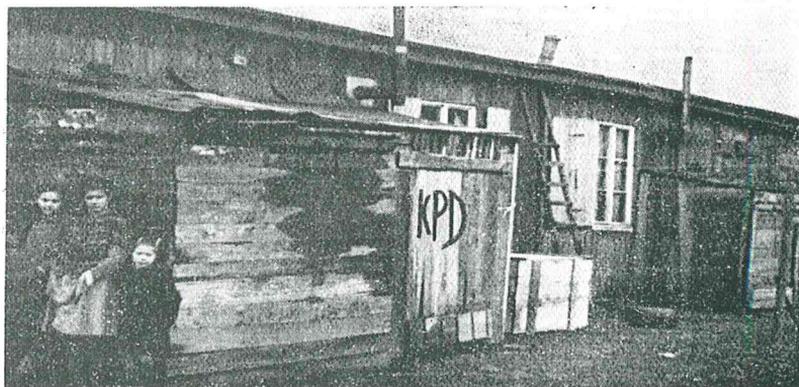
Von der Regierung: Herr Lang, Leiter der Abteilung Wohnungsbewirtschaftung und Flüchtlingswesen; Herr Oberbaurat Dr. Klug; Herr Oberregierungsrat Dr. D. Sützing; Herr Niemann; — als Vertreter der Vermögensverwaltung: Herr Bänsch; — als Vertreter der Außenstelle des Landbauamtes Herr Ingenieur Stark; — als Vertreter der Stadt Deggendorf; Bürgermeister Notthardt, Rechtsanwalt Dr. Adler, die Stadträte Dr. Huber und Hagen (zugleich Wohnungsamtsleiter); — als Vertreter des Landrats: Herr Lorenzok, Herr Kühn, und Kreistagsmitglied Dorin. Ueber die Besprechung wurde eine ausführliche Niederschrift verfaßt, die auch von dem später eintreffenden Landrat Heigl unterzeichnet wurde:



„Parteipolitik“ am unrechten Platz

scheint, wurde als einzig mögliche Lösung von allen beteiligten Herren die vorübergehende Aufnahme in das Wirtschaftsgebäude neben dem Arbeitsamt anerkannt.

Es kommt bei dieser Lösung zunächst lediglich darauf an, aus menschlichen Gesichtspunkten heraus den Flüchtlingen vorübergehend ein Obdach zu gewähren. Durch das Flüchtlingsamt des Landkreises sind sie jedoch mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß diese Unter-



Die Messerschmitt-Baracke in Marienthal — auch mit Parteiolitik

10. Von Deggendorf in die Neue Heimat

*** Umsiedlungsaktion gibt 280 Menschen neue Hoffnung.** 139 Flüchtlinge aus dem Stadt- und Landkreis verlassen heute mit hoffnungsvollem Herzen unsere Stadt, um in der französischen Zone eine neue Heimat zu finden. Sie wurden gestern in den Nachmittagsstunden am Hauptbahnhof verladen und am Abend vom Kreisflüchtlingsamt, dem das Rote Kreuz zur Seite stand, verköstigt. Ein Großteil der Flüchtlinge verbrachte die Nacht bereits in den ihnen zugewiesenen Waggonen. Ein weiterer Transport mit etwa 140 Flüchtlingen folgt in 14 Tagen. Das Umsiedlungsamt der französischen Zone hat für den ersten Teil der Umsiedler E h i n g e n vorgesehen. Die Flüchtlinge sollen dort hauptsächlich in der Landwirtschaft und im Bauwesen neue Existenzmöglichkeiten bekommen. Dementsprechend wurde auch die Auswahl der Berufsgruppen getroffen. Eine Reihe von Familien, unter denen sich viele Anlernlinge der Spinnereifirma Gminde-Reutlingen befinden, wird in Reutlingen eine neue Heimat und Arbeit zu finden versuchen. Auch das Kreisflüchtlingsamt ist froh über die durch die Abwanderung entstehende kleine Wohnraumauflockerung; die freiwerdenden Quartiere sollen in erster Linie Menschen aus Elendsquartieren und gefährlich überbelegten Wohnungen sowie Insassen von Massenlagern zugute kommen. Mögen die Scheidenden wirklich besseren Lebensbedingungen entgegenfahren und möge sie in Württemberg eine zufriedenstellende Bleibe nach so langer unfreiwilliger Irrfahrt erwarten!

DD 6/1949

Hengersberg. Nur nicht drängeln! Zwanzig Hengersberger Flüchtlingsfamilien mit insgesamt rund 60 Köpfen hatten sich im Mai beim Flüchtlingsobmann für die damals so lebhaft propagierte Umsiedlung in die französische Zone registrieren lassen. Vor wenigen Tagen traf die Entscheidung der Auswahlkommission ein: Drei Familien erhielten die Zulassung — aber nur zum Einreichen eines Antrages. ev

PNP 64/1949

Wohin es geht? Wer weiß es?

Vom Hauptbahnhof Deggendorf ging am Dienstag der erste Transport von Flüchtlingen in die französische Zone mit 139 Männern, Frauen und Kindern ab. Viele der Mitfahrenden haben im Laufe der letzten Jahre schon einigemal mit ihrem ganzen Hab und Gut die Fahrt ins Ungewisse angetreten. Diesmal brauchten die Sudetendeutschen, Ostpreußen und Schlesier nicht so vor der Reise zu bangen wie damals, als es aus der Heimat gehen hieß. Das Kreisflüchtlingsamt hatte mustergültig vorgearbeitet und gar so armselig wie einst schickte man sie diesmal nicht wieder in die Ferne. Neben Hausrat, Kartoffeln und Brennholz konnte auch zahlreiches Geflügel mitgenommen werden. Manchem war der Abschied von den jetzigen Quartierleuten nicht ganz leicht geworden. Der Einödhof da draußen im Bayerischen Wald hatte doch schon so etwas wie ein anheimelndes Stübchen geboten und man dachte an manchen Liebeserweis, der nun wieder die Frage stellen ließ: Wie wird es nun werden? Wo wird es wieder ein Heim für uns geben? Gute Nachrichten von Verwandten, die schon in der französischen Zone weilen, milderten das Bangen und ließen neue Hoffnungen aufblühen, Hoffnungen für die nächste Zukunft; aber sie ließen auch den Gedanken wach werden: Schöner und besser wäre es, wenn die Fahrt wieder zu den unvergesslichen Wäldern, in die lieben Dörfchen und betriebsamen Städte der alten Heimat führen würde. Keiner der Heimatvertriebenen, und wenn er auch mit noch so klaren und festen Hoffnungen in die neue Heimat fuhr, gibt den Anspruch auf die alte, angestammte Heimat auf, aus der ihn der grausamste Einfall der Menschheitsgeschichte vertrieben hat.

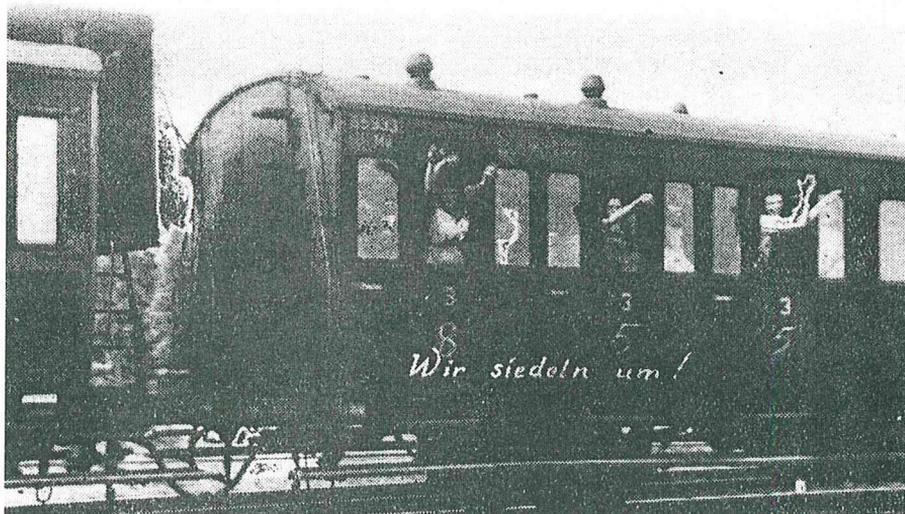
DD 7/1949

Deggendorf und der Vorwald

Neue Erwerbsmöglichkeiten für Heimatlose

Deggendorf. Über 30 ledige Flüchtlingsfrauen im Alter zwischen 17 und 25 Jahren haben sich aus dem Kreisgebiet Deggendorf bei der vor wenigen Wochen durch einen Vertreter der Firma Ulrich Gmünd, GmbH, Reutlingen, durchgeführten Anwerbung zum Arbeitseinsatz in den dortigen Spinnereien und Webereien gemeldet. Wie wir vom Flüchtlingskommissariat ferner erfahren, herrschen bei diesem Reutlinger Betrieb nicht nur außerordentlich gute Unterbringungs- und Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch vollste gegenseitige Zufriedenheit zwischen der einheimischen Werksleitung und den heimatlosen Arbeitnehmern. Unter der Belegschaft, die derzeit wieder über 1500 Köpfe zählt, befinden sich bereits mehrere Flüchtlinge aus dem Kreis Deggendorf, die schon vor einigen Monaten abgewandert sind. Der Betrieb hat sich bereit erklärt, laufend weitere Arbeitskräfte, auch Anlernlinge, aus dem überfüllten Gebiet des Bayerischen Waldes aufzunehmen. ev

PNP 50/1949



Der erste Transport mit 139 Umsiedlern in die französische Zone verließ am Dienstag mittag Deggendorf. Ein letzter Gruß den zurückgebliebenen Freunden.

PNP 105/1949

Umsiedler in der französischen Zone sehr zufrieden

Arbeit und gutes Durchkommen für jeden der arbeiten will

Am 13. September ging der erste Umsiedlertransport aus Deggendorf in die französische Zone. Inzwischen sind sovieler Wochen vergangen, daß sich die Umgesiedelten im neuen Gastlande Württemberg-Hohenzollern einleben konnten. Es war leicht, sich einzuleben; wenn auch der Schwabe einen vorerst schwer verständlichen Dialekt spricht, so klingen doch darin eine unverkennbare Gemütlichkeit, urwüchsiger Humor und gefühlsbetonte Offenherzigkeit, die bereitwillig jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen bestrebt sind. Und schön ist das Land mit seinen sanften Hügeln, die mit großen Obstgärten überzogen sind; Mischwälder wechseln mit Wiesen und Feldern ab; die Ortschaften sind groß, und wenn nicht an der Bahnstrecke, so doch zumindest an einer gepflegten Asphaltstraße gelegen.

Die Umsiedler, die vorübergehend bis zu ihrer Wohnungseinweisung in dem gut eingerichteten Kreisdurchgangslager Oberstadion, einem ehemaligen Schloß, untergebracht waren, mußten sich gleich nach ihrer Ankunft im Kreise Eßingen den organisatorischen Einzelheiten — personeller Erfassung, Arbeitsplatzzuweisung usw. — unterziehen. Ebenso wurden auch die wohnungsmäßigen Verteilungen und die Auszahlung eines Überbrückungsgeldes in der Höhe von 12—20 DM in diesem Lager vorgenommen. Von der Lagerküche gut und kostenlos gepflegt, verbrachten die Umsiedlerfamilien hier etwa sieben Tage. Am 19. September wurden die meisten samt Hab und Gut mit LKW's in ihre künftigen Wohnorte gefahren. Fast vollständig reibungslos ging dies alles. Auch bei den Einweisungen kam es zu keinerlei Unstimmigkeiten, da von der Umsiedlungsbehörde in allem gut vorgearbeitet worden war.

Die Wohnorte, in denen die Heimatvertriebenen untergebracht worden sind, sind zum größten Teil Landgemeinden mit etwa 500 bis 1000 Einwohnern, dabei handwerk-

liche Betriebe und nicht selten auch Fabriken wie Spinnereien, Webereien und Holzverwertungsbetriebe. Nur wenige haben das Glück gehabt, in einem Städtchen unterzukommen. Ein Wohnraummangel wie bei uns in Bayern ist hier nicht vorhanden. Zwar hat dort die einheimische Bevölkerung das Einschränken noch nicht so gelernt wie die ehemaligen Gastgeber im Bayerischen Wald, dennoch fehlt es keinem Flüchtling an genügendem Wohnraum. Küche nebst einem Zimmer sind das mindeste für eine dreiköpfige Familie. Daß drei- und mehrköpfige Familien sich mit einem Raum begnügen müssen, findet man hier grundsätzlich nicht, es wäre denn, sie seien nicht imstande, die Mietbeträge aufzubringen, die verhältnismäßig hoch sind. In einem Kleinstädtchen kommt ein Zimmer mit etlichen Möbeln in der Größe von rund 12 Quadratmetern auf etwa 20 DM. Dafür ist auch das Einkommen besser, und die Renten sowie die Sozialfürsorgesätze sind höher. Die Arbeitslosenziffer ist äußerst niedrig. In dem Städtchen Munderkingen, das etwa 2000 Einwohner beherbergt und in das in den letzten Wochen vier Flüchtlingsfamilien eingezogen sind, gibt es nicht mehr als zehn Arbeitlose.

Fast alle Umsiedler des Deggendorfer Transportes, die in Bayern monatelang arbeitslos waren, haben dank intensiver Organisation des Arbeitsamtes heute schon ihren sicheren Arbeitsplatz. Bemerkenswert ist, daß sie aber nicht in dem Beruf ihre Arbeit fanden, den sie auf ihrem Antrag zwecks Umsiedlung in die französische Zone in Deggendorf notgedrungen angeben mußten, um umgesiedelt zu werden, sondern in ihrem tatsächlichen Berufe, der von der Württembergisch-Hohenzollerischen Umsiedlungskommission als überfüllt und betreffs Arbeitsmöglichkeit aussichtslos dargestellt wurde. Das Leben ging also wieder einmal günstigere Wege als die Bürokratie.

PNP 121/1949

Vorläufig keine Umsiedlungsmöglichkeit in die franz. Zone

Der Kreisflüchtlings-Ausschuß berät wichtige Fragen

2800 Heimatvertriebene aus dem Landkreis Deggendorf streben eine rasche Umsiedlung in die französische Zone an, wie vom Flüchtlingsamt im Kreisflüchtlingsausschuß berichtet wurde. Trotz aller Bemühungen dieses Ausschusses bei den maßgebenden Stellen besteht innerhalb der jetzt laufenden Umsiedlungsaktion keine Aussicht, einer nennenswerten Anzahl von Bewerbern die Umsiedlung zu ermöglichen; denn zunächst ist die Oberpfalz an der Reihe.

Der Kreisflüchtlingsausschuß befaßte sich u. a. auch mit den vom Landkreis zu erstellenden 36 Neubauwohnungen und schlug dem Kreisausschuß vor, dem Wohnbauzweckverband den Bau dieser Wohnungen zu übertragen, wobei Rück-sicht zu nehmen sei, aus Zweckmäßigkeitgrün-den die Neubauwohnungen in Orten nahe an Deggendorf zu errichten. Bei der Zuteilung der Wohnungen müsse auf jene Bewerber zu-rückgegriffen werden, die seinerzeit eine Um-quartierung in die „Neue Kaserne“ ange-strebt haben, um in die Nähe ihres Arbeitsplat-zes geführt zu werden. Vorgeschlagen wurden die Gemeinden Miettraching, Fischerdorf, Nat-tenberg, Metten, Hengersberg, Plattling und allenfalls Schöllnach. Voraussetzung für den Bau der Häuser wird die Abgabe des erforderlichen Baugrundes von seiten der Gemeinden sein. Zur Sicherung der zu erwartenden Geldmad-chung von Ansprüchen im Sinne einer vom Hauptamt für Soforthilfe engagierten Weisung über die Verwendung von Soforthilfemitteln zu Ergänzungsdarlehen für fehlendes Eigenkapital beim Bau von Eigenheimen Heimatvertriebenen

beschloß der Kreisflüchtlingsausschuß, bei der Regierung von Niederbayern für den Land-kreis einen entsprechenden Betrag sicherstellen zu lassen.

Eine Aussprache über die Kreditfrage für Flüchtlingsunternehmer führte zu Maßnahmen, die erst nach Klärung gewisser Vorfragen in allerhöchster Zeit zu ergreifen sein werden. Die Bemühungen des Kreisflüchtlingsausschusses um die Milderung der Lehrlingsnot haben vorläufig in Plattling durch Errichtung einer Nähstube im Katholischen Vereinshaus Erfolg. Eine ähnliche Einrichtung soll demnächst in Hengersberg geschaffen werden.

Auf einer Delegierten-tagung der Kreisgruppe des Neubürgerbundes in Deggendorf, zu der alle Ortsvereinigungen Vertreter abgeordnet hatten, wurde u. a. eine lebhafte Aussprache über den sogenannten „Walter-Bericht“ gepflogen. Die Ansicht des US-Abgeordneten Francis Wal-ter, das Flüchtlingsproblem durch die Ermög-lichung der Auswanderung etwa einer Mil-lion Vertriebenen nach Amerika einer Teil-lösung zuzuführen, fand geteilte Aufnahme. Kreisvorsitzender Dorin überwies die Behand-lung dieser Frage an die am 4. Juni in München stattfindende Landesversammlung des NB. Auf dieser Landesversammlung soll auch endgültig über den geschlossenen Beitritt des NB zum Zentralverband der vertriebe-nen Deutschen entschieden werden. Die Kreisgruppe erhielt vom Delegierten-tag die Wei-sung, auch dann deren Anschluß an den ZVD vorzunehmen, falls die Landesversammlung wi-der Erwarten für den gesamten NB anders be-schließen sollte.

11. Flüchtlingslager Michaelsbuch und Winzer

Flüchtlingskommissar Deggendorf.

1. 10. 1946

Flüchtlingslager Michaelsbuch.

Anweisung für das Flüchtlingslager

Dieses Flüchtlingslager ist genau wie jedes Dorf oder jede Stadt eine Ansiedlung, in der Menschen gezwungen sind, auf engem Raum zusammenzuleben. So wie es überall Pflicht ist, sich seinen Mitmenschen gegenüber anständig und höflich zu benehmen, ist es auch hier. Jeder hat sich den getroffenen Anordnungen genauestens zu fügen. Jeder hat die menschliche Pflicht, das Eigentum des Anderen unangetastet zu lassen. Das Entnehmen von Sachen, Geräden usw. jeder Art, auch nur der geringsten Art, wird in Zukunft ohne Rücksicht als Diebstahl zur Anzeige gebracht, dann hat sich der Täter vor Gericht zu verantworten. Der Verlust von Sachen jeder Art, die nicht persönliches Eigentum sind, ist strafbar.

Außerdem ist, wie in jedem anderen Fall, auch hier im Lager größte Sauberkeit zu halten. Es kann nicht an jeder Ecke ein Müllhaufen entstehen. Wenn in jeder Ecke Dreck herumliegt, sind auf die Dauer Seuchen kaum zu vermeiden. Sowiebald Erziehung muß jeder selbst beibringen, daß er diese Ordnung und hygienische Sauberkeit als selbstverständlich halten sollte. Ordnung und Einordnung in menschliche Gesetze ist auch hier im Lager erste Pflicht.

Folgende Punkte werden noch einmal mit Nachdruck beauftragt:

1. In diesem Lager darf nur der wohnen, der von der Lagerleitung ausgenommen und eingewiesen ist. Jeder Bewohner erhält deshalb eine Ausweiserte für das Lager, alle anderen Leute, die hierherkommen, sind Besucher und müssen eine Besuchskarte von der Wache haben. Diese Ausweise sind beim Verlassen und Betreten des Lagers ohne Aufforderung dem Posten am Tor vorzuzeigen. In Zukunft werden alle Passanten am Tor daraufhin angehalten. Wer ohne gültigen Ausweis im Lager angetroffen wird, muß dieses sofort verlassen und kann zur Anzeige gebracht werden.

2. Jeder Bewohner des Lagers untersteht den Anordnungen der Lagerleitung und hat diesen genauestens nachzukommen. Zuwiderhandlungen werden in Zukunft verfolgt.

3. Alle Lagerbewohner haben die Pflicht, ihre Unterkunft, die nähere Umgebung, sowie das ganze Lager sauber und in Ordnung zu halten. Dazu gehört auch die Vermutung der Aborte.

4. Anordnungen des Lagerpersonals und der Lagerwache ist Folge zu leisten. Unzufällige Bemerkungen oder Widersprechlichkeiten werden nicht mehr gebüßelt und als Amtsbeleidigung strafrechtlich verfolgt.

5. Anschuldigungen gegeneinander sind in der jetzigen schweren Zeit nicht angebracht. Falsche Anschuldigungen oder Verleumdungen sind auch hier, wie überall, strafbar.

6. Menschen, die glauben, gegen jedes Recht und jede Pflicht verstoßen zu können, stellen sich außerhalb der Gesetze und werden auch entsprechend behandelt.

7. Jedem deutschen Lagerbewohner ist das Betreten des ungarischen Lageranteils verboten, umgekehrt den Ungarn das Betreten des deutschen Lageranteils.

8. Von abends 22.00 Uhr bis morgens 6.00 Uhr hat im Lager Ruhe zu herrschen. Jeder Lärm und sonstige Störung ist zu unterbleiben.

9. Das Betreten der leerstehenden Blocks und Baracken wird ab sofort nochmals jedem unterzagt. Das Abmünsteren von Brettern oder sonstigen Gegenständen jeder Art aus diesen Baracken oder deren Umgebung wird ab sofort unter Strafe gestellt, sofern nicht eine schriftl. Genehmigung von der Lagerleitung vorliegt. Die Lagerwache ist angewiesen, gegen die geringsten Verstöße in dieser Hinsicht Strafanzüge zu stellen. Auch ist das Anfertigen von Möbeln aus Lagerholz usw., sowie das Mitnehmen von jeglichen Gegenständen beim Verlassen des Lagers, sofern es sich um Lagergut handelt, unter Strafe gestellt.

10. Widersprechlichkeiten gegen die Lagerwache werden in Zukunft, wenn es die öffentliche Ordnung des Lagers und die Sicherheit erfordert, mit Gewalt gebrochen. Mittel stehen hierzu genug zur Verfügung.

11. Wer Sachen oder Gegenstände aller Art aus dem Lager schafft oder mitnimmt, wird auch bei nachträglicher Feststellung über die Grenzen des Lagers hinaus durch die Landpolizei verfolgt.

12. Anschuldigungen gegen Lagerinsassen oder die Lagerverwaltung, die nicht begründet sind, werden von jetzt ab zur Anzeige gebracht.

13. Jedes wilde Zusammenleben von männlichen und weiblichen Personen, die nicht gesetzlich dazu berechtigt sind, ist hier im Lager verboten und wird bei Feststellung dem Gericht zur weiteren Verarbeitung übergeben.

14. Krankheiten, vor allem aber bekannte ansteckende Krankheiten, sind sofort dem Lagerarzt zu melden, damit Weiterverbreitungen auf alle Fälle vermieden werden können. Gesundheit ist eine der wichtigsten Grundlagen für den Menschen.

15. Bei zunehmender Heizung in den Baracken ist besonders auf Brandgefahr zu achten. Überall müssen Wische angebracht sein, an den Decken am Boden, an den Stuben, die zum Dach hinausgehen. Eine Verabreichung mit Holz oder sonst leicht brennbarem Material ist zu vermeiden. Offene Feuer sind in- und außerhalb der Baracken verboten, da bei Funkenflug größte Brandgefahr entsteht. Da ja für jeden diese Baracken die einzige Unterkunft sind, dürfte auch jeder an der Erhaltung das größte Interesse haben.

16. Da von der Lagerleitung Brennholz ausgegeben wird, ist es verboten, sich auf andere Art Brennholz zu verschaffen, das aus dem Lager stammt. Wer irgendwelche Gegenstände abrißt oder abbricht, oder sonstige Sachen, die aus dem Lager stammen, verfeuert, wird wegen Holzdiebstahl angezeigt. In den Städten bekommt jede Familie für den ganzen Winter 2 Stck Holz zugewiesen, da kann hier bei der Brennholznappheit nicht wohl darauf los gehandelt werden. Alle wollen auskommen, da muß jeder einteilen. Jeder kann nur das verlangen, was ihm zusteht.

17. Jeder hat das Recht sich über seine zulebende Verpflegung oder sonstige Sachen bei den zuständigen Abteilungen zu erkundigen. Alles hat in höflicher und anständiger Art zu geschehen. Mißstände können über die Postleiter der Lagerleitung gemeldet werden. Wilde Aussagen und Vermutungen sind zu unterlassen. Es wird hier versucht, alle Schwierigkeiten, die nun einmal bestehen, zu überwinden, aber alles braucht seine Zeit und kann nicht auf einmal erledigt werden.

18. Alle diese Punkte und bisher gegebene Anordnungen werden hier noch einmal in Erinnerung gebracht. Hoffentlich wird dadurch ein besseres Zusammenleben aller herbeigeführt.

In schwerer Zeit müssen schwere Sachen gemindert werden. Die Zusammenarbeit aller, bei vernünftiger Einstellung und Handlung, kann mithelfen das Schwere der Zeit zu überwinden.

Der Flüchtlingskommissar:
(Müller)



Leiter der Lagerwache:
(Wetzel)

Druck von Hof-Druckerei, 3001 10 46 4673

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MarB Landesflüchtlingsverwaltung 495

Lager Michaelsbuch nur für neu Ausgewiesene

ho Unter der heimischen Bevölkerung unseres Landkreises hat die irrtümliche Meinung Verbreitung gefunden, daß das Lager Michaelsbuch bereits ansässige Flüchtlinge in der nächsten Zeit aufnehmen wird. Wir werden vom Flüchtlingskommissar des Landkreises Deggendorf gebeten, darauf hinzuweisen, daß das Lager keinerlei Zwischenlösung für die heimische Bevölkerung in Bezug auf die Wohnungsfrage bringt, sondern nur zur Aufnahme von neu Ausgewiesenen dient. Nach der vor einigen Tagen ergangenen neuen Verordnung des Regierungskommissars für das Flüchtlingswesen muß erneut Wohnraum erhoben bzw. beschlagnahmt werden, damit neu ausgewiesene Flüchtlinge, die in Arbeit stehen, in Privatquartiere eingewiesen werden können. Da der nächste Transport mit Flüchtlingen am 20. August in Michaelsbuch eintrifft, wird die erneute Beschlagnahme von Wohnraum in einer Sofortaktion durchgeführt.

PNP 56/1946

Der in Michaelsbuch eingetroffene Flüchtlingstransport von rund 450 Personen ist bereits arbeitseinsatzmäßig erfaßt worden. Er wird im Laufe dieser Woche, soweit es sich um arbeitseinsatzfähige Personen handelt, auf den gesamten Landkreis aufgeteilt, wodurch sich die Wohnungsfrage noch weiter verschärfen wird.

PNP 53/1946

ho **Michaelsbuch.** (Erster Gottesdienst im Flüchtlingslager.) Am Sonntag wurde zum ersten Male im hiesigen Lager ein Gottesdienst abgehalten, der von den Flüchtlingen stark besucht war. Der Flüchtlingskommissar war mit seinen Mitarbeitern anwesend. In Zukunft soll jeden Sonntag den Flüchtlingen Gelegenheit gegeben werden, an einem Gottesdienst im Lager teilzunehmen. Zu diesem Zweck wird eine Baracke entsprechend eingerichtet.

PNP 56/1946

Die CSU zur Flüchtlingsfrage

Unhaltbare Zustände im Lager Michaelsbuch

X Von der Kreisgruppe Deggendorf der CSU wird uns geschrieben: „Der Kreisflüchtlingsausschuß des Kreisverbandes Deggendorf der Christlich-Sozialen Union befaßte sich in letzter Zeit eingehend mit dem Flüchtlingsproblem im Kreise. Wichtige Beschlüsse wurden gefaßt und zahlreiche Anregungen werden den zuständigen Stellen weitergeleitet. Neben den vielen Fragen wurde auch eingehend über die unhaltbaren Zustände im Flüchtlingslager Michaelsbuch gesprochen. Die Aufteilung der Flüchtlinge noch vor Anbruch der kalten Jahreszeit in Privatwohnungen ist ein Gebot der Stunde. Bei Gelegenheit wird noch ausführlicher über die Behandlung der Flüchtlinge von seiten des Personals wie über die Verpflegung und Wohnverhältnisse dieses Lagers berichtet werden. Zum Vorsitzenden des Kreisflüchtlingsausschusses wurde der Geschäftsführer der CSU in Deggendorf, Hans Hölzl in Schöllnach, gewählt. In den Kreisausschuß wurden ferner berufen die Herren Röll (Plattling), Kumpf (Taiding), Schweidler (Metten) und Kastner (Pankofen). Der Kreisvorsitzende ist in Deggendorf unter Telefonnummer 215 jederzeit zu erreichen. Der Kreisausschuß will in ruhiger, planvoller Arbeit die Not der Flüchtlinge im Kreise lindern helfen und ihnen mit Rat und Tat beistehen. Der Weg ist nach den furchtbaren Zerstörungen für alle schwer. Radikale Forderungen, die sich nicht verwirklichen lassen, lehnen wir ab und nützen uns nichts. In den Reihen der Union stehen Männer und Frauen die unser Schicksal teilen und sich für die Interessen der Flüchtlinge unermüdlich einsetzen, nach sozialen und christlichen Grundsätzen.“

-1

PNP 73/1946

Ratten und Mäuse als Schlafgefährten

Menschenunwürdige Zustände in einem Flüchtlingslager

ho Deggendorf. Lager Michaelsbuch! Eine Barackenstadt, deren Holzhäuser verwittert und teilweise zerfallen sind, durch deren Bretterfugen der Wind weht und bei Regen durch die Dächer unaufhörlich das Wasser tropft, ist seit dem 30. Juli Auffanglager von Ausgewiesenen aus dem Sudetenland für den Landkreis Deggendorf. Es soll nur ein Auffanglager sein, aber einige hundert Flüchtlinge werden den Winter dort verbringen müssen. Gegenwärtig leben 800 dieser Heimatlosen neben 1800 Ungarn in dieser „Miniaturstadt“. Trostlos ist der Anblick, wenn man durch die Lagerstraßen schreitet. Dem Flüchtlingskommissar des Landkreises Deggendorf unterstellt, ist das Lager eines der vielen Sorgenkinder dieser Behörde. Obwohl der Lagerleiter nichts unversucht gelassen hat, die Baracken winterfest zu machen, gelang weder dies, noch der Ratten- und Mäuseplage Herr zu werden. Zu vielen Tausenden treten diese widerlichen Nager auf und vernichten die letzte Habe der Lagerinsassen. Selbst mit guten kaufmännischen Kenntnissen und einem unbändigen Willen sind heute keine Baumaterialien zu bekommen, die diesen haltlosen Zuständen ein Ende setzen könnten.

Ein Blick in die Baracken zeigt das Elend dieser bedauernswerten Menschen. Auf amerikanischen Feldbetten schlafend, liegen 30 und mehr Personen eng aneinander, um sich gegenseitig Wärme zu spenden. Wenn auch jeder Raum zwei kleine Öfen besitzt, so können diese nicht dauernd in Betrieb gehalten werden, weil eine Holzzuteilung für das Lager noch nicht erfolgt ist. Man bedient sich, des kleinen Vorrates, den die hier ehemals Internierten hinterlassen haben. Von diesem schmalen Vorrat muß aber auch noch die Küche ihren Brennstoffbedarf bestreiten. Kleine Kinder, nur mit einem Hemdchen bekleidet, spielen auf ihren Lagerstätten, pantschen in Wasserpfützen oder beschmierem sich mit Teer, der bei Sonnenschein vom Dach auf die letzte Habe tropft und diese teilweise unbrauchbar macht. Decken, Betten, Garderobe sind von Mäusen angefressen, selbst Brieftaschen mit Inhalt fallen ihnen

zum Opfer. Elektrische Lichtanlagen sind vorhanden, jedoch fehlen die Glühbirnen. Die Menschen, die hier leben müssen, sind verzweifelt.

Ein Versuch, der diesen Nöten abhelfen soll, wird jetzt mit dem Abriß von 30 Baracken gemacht, um mit dem gewonnenen Material die noch einigermaßen brauchbaren Holzhäuser so auszubessern, daß weder Wind, Wasser, Teer und Nagetiere eindringen können. Es ist ein Versuch, der hoffentlich zum Erfolg führt, denn wie bisher können die untergebrachten Familien den kommenden Winter ohne gesundheitliche Schäden nicht überstehen. In sanitärer Hinsicht ist man beim Aufbau von hygienischen Abortanlagen und in 3 Baracken soll ein Notkrankenhaus eingerichtet werden, dem ein eigener Lagerarzt — der bereits jetzt tätig ist — vorsteht.

Der einzige Lichtblick in diesem Lager ist die Verpflegung aus der Gemeinschaftsküche, in der täglich nach den allgemeinen Rationssätzen ein schmackhaftes und den Verhältnissen entsprechend gutes Essen zubereitet wird. Weiter war es jetzt möglich, jeder Familie einige Matratzen zu geben und besonders erfreulich ist das Vorhaben des evangelischen Pfarramtes Plattling, für die Protestanten des Lagers Bekleidung liefern zu wollen. Das BRK hat im Rahmen seiner bescheidenen Mittel bisher 2 Zentner Zucker für die Kinder und Betten sowie Wäsche für das Notkrankenhaus geliefert. Sonst aber ist noch keine Hilfe von irgend einer deutschen Seite erfolgt.

Es wäre natürlich besser, das Lager zu räumen, aber die Unterbringung der Flüchtlinge in Privatquartiere stößt auf ungeheure Schwierigkeiten. Einmal wegen Überfüllung der Wohnräume im Landkreis, zum andern auf das Unverständnis der bodenständigen Bevölkerung, die sich gegen jede Flüchtlingsaufnahme sträubt. Die Kirche hätte hier und auch in jedweder sozialer Hinsicht eine schöne Aufgabe den notleidenden Menschen zu helfen. Dies kann nur durch Taten christlicher Nächstenliebe geschehen.

PNP 78/1946

Lager Michaelsbuch wird aufgelöst

Abtransport hat bereits begonnen

0) Auf Grund der trostlosen Zustände, wie sie auch in der PNP, Nr. 78 v. 31. 10. 46 geschildert wurden, wird das Lager Michaelsbuch nunmehr teilweise geräumt. Der erste Transport mit ca. 300 Personen wurde nach Vilsbiburg auf den Weg gebracht und in der kommenden Woche werden weitere 300 Personen die Reise in die Oberpfalz antreten. 200 Flüchtlinge müssen sich vorerst mit den im Lager winterfest gemachten Baracken begnügen, doch wird dafür gesorgt, daß diese auch nach und nach Privatquartieren zugeführt werden können.

PNP 85/1946

Räumung des Lagers Michaelsbuch unmöglich.

Die im Landkreis Deggendorf seit zwei Wochen tätige Regierungswohnungskommission hat den größten Teil der Landgemeinden bereits nach Wohnraum kontrolliert. Als Ergebnis wurden bisher 44 Räume beschlagnahmt, die nicht alle bewohnbar sind. Bei einem großen Teil fehlen die Heizmöglichkeiten, während andere Räume noch stark reparaturbedürftig sind. Es ist nicht anzunehmen, daß in den noch zu bearbeitenden Gemeinden eine große Anzahl Wohnräume zur Umsiedlung von Neubürgern frei werden, sodaß keine Aussicht besteht, das Lager Michaelsbuch zu räumen.

NN 4.11.1947

Wegen eines Vergehens nach Artikel 18—20 des Kontrollratsbefehls Nr. 3 hatten sich vier Inassen des Flüchtlingslagers Michaelsbuch zu verantworten, weil sie eine vom Arbeitsamt Deggendorf zugewiesene Arbeitsstelle nicht angenommen hatten und die Arbeit mit nichtigen Ausreden verweigerten. Das Gericht verurteilte die vorgeführten Alexander Oszip und Friedrich Bertok zu je 6 Wochen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Ladislaus Dmonkos zu 4 Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Michael Wrabelm zu 4 Wochen Gefängnis.

NN 7.10.1947

Das Elend in den Flüchtlingslagern

Vor Beendigung des Dachauer Hungerstreiks

München (Dena). Der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern stellt sich in einer Erklärung vollinhaltlich hinter die sachlichen Forderungen, die von den in Hungerstreik getretenen Flüchtlingen der Lager Dachau und Allach erhoben wurden. Der Ausschuß, so heißt es, habe immer wieder in der Öffentlichkeit auf die unhaltbare Situation in den Flüchtlingslagern hingewiesen und die zuständigen Stellen eindringlich gewarnt, da sonst mit Verzweiflungsausbrüchen der Flüchtlinge zu rechnen sei. Der Hauptausschuß betrachtet jedoch eine Verquickung der berechtigten und dringenden Forderungen der Flüchtlinge mit dem Ersuchen auf Amtsenthebung von Flüchtlings-Staatssekretär Wolfgang Jänicke als unzweckmäßig.

Die Landesleitung Bayern des Verbandes der deutschen Studentenschaft in der US-Zone forderte in einem Rundschreiben an alle Universitäten und Hochschulen Bayerns die Studenten zur Mithilfe an der Aufteilung der Patenschaft über einzelne Flüchtlingslager auf. Die Flüchtlingslager im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz sollen von den theologischen Hochschulen Regensburg und Passau übernommen werden.

Passau (Dena). Der Landesvorsitzende des Neubürgerbundes, Günter Götzendorff, empfing Vertreter bayerischer Flüchtlingslager zu einer Besprechung über die durch den Hungerstreik einzelner Lager geschaffene Situation. Götzendorff erklärte, daß der Neubürgerbund zu einem Hungerstreik in sämtlichen Lagern Bayerns auffordern werde, wenn die Staatsregierung nicht Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern ergreife. Das in Vorbereitung befindliche Notparlament der Flüchtlinge wird sich nach den Ausführungen Götzendorffs auf Antrag des Neubürgerbundes mit Vorschlägen zur Lageräumung befassen.

Dachau (Dena). Der Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, Wolfgang Jänicke, stattete dem im Hungerstreik stehenden Flüchtlingslager Dachau einen Besuch ab und erreichte, daß die für Freitag geplanten Hungerprotestmärsche bayerischer Flüchtlingslager abgesagt wurden. Der Kontrollausschuß des Lagers erklärte sich ferner bereit, den Hungerstreik am Freitag abzubrechen, falls Jänicke die von ihm vor dem Kontrollausschuß gemachten Zugeständnisse bis zum Freitag schriftlich bestätige.

PNP 74/1948

Bekanntmachung

Alle Einwohner werden darauf hingewiesen, daß der Ankauf oder Eintausch, sowie Weiterverkauf oder Tausch von Sachen und Gegenständen jeder Art, die aus dem Flüchtlingslager, -ehemaliges Internierungslager Michaelsbuch, stammen, verboten ist.

Alle Sachen und Gegenstände, zum Beispiel: Holz, Hartfaserplatten, Bretter, Nägel, Blech, Oefen usw., ganz gleich, von wem sie angeboten werden, bleiben Eigentum des Lagers.

Wer Gegenstände jeglicher Art aus dem Lager in Besitz hat, wird zur Anzeige gebracht und von den Gerichten entsprechend abgeurteilt.

Der Flüchtlingskommissar für den Landkreis Deggendorf.

Hirdetmény:



A köség lakeréségát figyelmesztetem, hegy a menekülttáborból (azelöt michaelsbuchi internále táber) származe tárgyak eladása vagy eleserélese tilos.

Az összes idevenatkozé anyagok. pld.: fa, dezska, papirlemez, szög, bádeg, kalyha, stb., tekintet nélkül hegy honan származaak a táber tulajdenat képezik.

Aszt aki ilyen tárgy birtekában van, feljelenük és a törvények szerint büntetik.

Flüchtlingskommissar



Bekanntmachung

Es ist verboten, Veränderungen im Lager ohne Genehmigung der deutschen Lagerleitung durchzuführen. Das Abbrechen oder Abbauen von Baracken darf nur in den dazu bestimmten Blocks durchgeführt werden. Dies geschieht dann unter Anleitung der Bauleitung.

Jegliche Veränderung oder Abtransport, Verkauf oder Tausch z. B. von Holz, Hartfaserplatten, Fenster, Nägel, Oefen usw. ist Beschädigung oder Besitz, sowie Veräußerung fremden Eigentums und wird entsprechend von den Gerichten bestraft.

Ungarischen Staatsangehörigen ist das Betreten des deutschen Lager- teils (Block 2, 4, 6) verboten.

Deutschen Staatsangehörigen ist das Betreten des ungarischen Lagerteils ebenso verboten Ungar. Blocks. (1, 3, 5, 7, 8, 9).

Der Flüchtlingskommissar für den Landkreis Deggendorf

Hirdetmény:



A táborban költözködni, továbbá berendezési tárgyakat egyik baraktól a másikba átvinni a német Vezetőség engedélye nélkül tilos.

Lebontani csak azt a baraktot szabad, amelyik erre a célra ki van jelölve; a lebontás csak az ezzel megbízott német szakember irányítása mellett történhetik.

Minden féle elszállítás, eladás, vagy csere (deszka, ablak, kályha, szeg, stb.) szigoruan tilos és a német főrvények szerint büntettetik.

Magyar állampolgárok a német táborba (2-4-6) és német állampolgárok a magyar táborba (1-3-5-7-8-9) nem mehetnek be.

Flüchtlingskommissar



N/0453 100 10.46 4673

Großrazzia im Ungarnlager deckt Schwarzschlachtungszentrale auf

110 Schweine im Ungarnlager Michaelsbuch beschlagnahmt — 80 Polizeibeamte eingesetzt

Plattling. Es hatte sich in den letzten Monaten immer wieder herausgestellt, daß fast alle Spuren größerer und kleinerer im Landkreis aufgedeckter Schwarzhandelsaktionen in zwei zentralen Punkten zusammenfließen: Im DP-Lager Lager Deggenedorf, Altk und Neue Kaserne, oder im Ungarnlager Michaelsbuch bei Plattling. Während der deutschen Polizei es durch die Anordnungen der Besatzungsmacht nach wie vor nicht gestattet ist, aus eigener Initiative vor nicht gestatteter Augenblick die DP-Lager zu betreten, war es ihr jedoch möglich, das Ungarnlager lange Zeit hindurch zu überwachen. Verschiedene Transaktionen mit Schwarzschlachtungsweisch mit Schwarzschlachtungsweisch weisen eindeutig darauf hin, daß sich in diesem Lager große Mengen von Vorräten an Lebensmittel und Fleischwaren befinden müßten. Dieses Tatsache war sogar in der deutschen Bevölkerung allgemein bekannt und aus Gewerkschaftskreisen wurde gegen die Durchführung dieses unzulässigen Zustandes bereits mehrfach Male protestiert. Man sprach davon, daß es sich um 12 DM 100 kg Fleisch handeln Metzgerlein für der Wiederverkauf bedürftig wurden. Diese illegale Tätigkeit steigerte sich mit Herannahen der weihnachtsfeierliche zu sehendst, so daß die ordentliche Fleischversorgung im Landkreis bereits spürbar gestört war. Die Landpolizei Deggenedorf entschloß sich daher, durch eine überraschende Großrazzia im Lager Michaelsbuch diesem volksgefährdenden Treiben ein jähes Ende zu setzen. Der Sonderinsatz, zu welchem insgesamt 80 Landpolizisten aus mehreren Kreisen in Plattling zusammengezogen wurden, begann am 22. Dezember völlig überraschend mit Tagesanbruch um 7 Uhr morgens. Für die vorgesehene Durchsuchung, die unter Einwilligung der vorgesetzten Landpolizeidienststelle stattfand, war durch den Chef der Bezirksinspektion Deggenedorf, Major v. Staudacher, die Landpolizei, die Staatsanwaltschaft und Forsten, des Oberstleutnants der Militärgarnison Deggenedorf sowie die Genehmigung des zuständigen Strafrichters einholt worden. Es handelte sich bei dieser Razzia um eine Aktion, wie sie seit Kriegsende im Landkreis Deggenedorf bisher noch nicht durchgeführt worden ist. Demgemäß

Übertraf der erzielte Erfolg auch weit alle Erwartungen. Es konnten neben fünf Kühen mit einem Kalb insgesamt 35 Mastschweine mit einem Lebensgewicht bis zu 120 kg, sowie 75 Ferkel und Läufer sichergestellt werden. Ferner wurden aus einer im Lager eingetriebenen Schwarz-Selche 32 kg Surfleisch, ein schwarzgeschlachtetes Schaf und größere Mengen von Schlachttier beschlagnahmt. Andere Schwarzhandelsware, wie z. B. amerikanische Zigarettens, Schokolade und Seife, konnten ebenfalls sichergestellt werden. Die Durchsuchung des Lagers, die mit etwa 800 Personen ungarischer Nationalität belegt ist, sowie die Registrierung der für den illegalen Markt bestimmten Güter, wurde erst bei Einbruch der Dunkelheit gegen 17 Uhr beendet. Die inzwischen durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, daß von den 110 vorgeführten Schweinen nicht ein Tier bei der letzten amtlichen Viehzählung gemeldet worden war. Auch über den ordnungsgemäßen Erwerb der Schweine konnte bisher kein Aufschluß gemacht werden, so daß die Bestätigung der Viehzählung ein Vergehen gegen das Bewirtschaftungsstatut vor. Wie die Landpolizei weiter feststellte, waren die umfangreichen Schwarzschlachtungen nicht von einer kleinen Clique im Lager durchgeführt, sondern es konnte nachgewiesen werden, daß fast sämtliche Familien aktiv dabei teilgenommen hatten. Entgegen den Behauptungen der Betroffenen konnte ferner einwandfrei festgestellt werden, daß die Tiere nicht für die Deckung des eigenen Bedarfs gehalten wurden, sondern von vornherein für Schwarzschlachtungsweische bestimmt waren. Dies beweisen nicht zuletzt auch die zahlreichen Vermarkten Plattlinger Bürger, die sich für die Weichschlachtungsweische mit Schweinefleisch verkaufen wollten.

Am folgenden Tag wurde die Großrazzia im Lager Michaelsbuch durchgeführt. Um 16.30 Uhr endete die Razzia mit dem Abschluß der Aktion. Die Kolonne der Landpolizei bei ihrer Ankunft am Lager von Michaelsbuch wurde durch die Besatzungsmacht empfangen und wurde dort mit Fliegeralarm-Gongs und Alarmglocken Stimm geführt. Auf dieses Zeichen hin scharten sich die Ungarn in Gruppen zusammen und versuchten, die eintreffende Polizei an der

Ausübung ihrer Pflicht zu hindern. Durch eine Aberrückung wurden die revolutionierenden Kräfte jedoch isoliert und der Zugang zu den Stallungen abgesegelt. Vieles leisteten auch die von ihnen ernannten Aufseher, die Frauen und Kinder erwiderten Widerstand, indem sie die Polizeikräfte zum Zurückgehen in die Baracken zwingen wollten. In dem Ungarn trotz mehrmaliger gültiger Aufforderung nicht zu bewegen waren, die Schweine freizugeben, wurde der Widerstand durch Gewalt schnell gebrochen. Während der Razzia wurde beobachtet, wie von ungarischer Seite Polizeimultiarigen Zusammenschlüssen zwischen Polizei und Lagerinsassen zahlreiche Fotoaufnahmen gemacht wurden. Die Ungarn wollten damit so betonen sie, der Welt zeigen, wie fesseln sie in Bayern vorgegangen wird. Nach Ausgehungsberichten von deutscher Seite wird jedoch gerade die äußerst klüdsame Haltung der Landpolizei hervorgehoben und bestätigt, daß die durch die Einkreisung von Frauen und Kindern erforderliche faire Art im Vorgehen von sämtlichen Polizisten soweit nur irgend möglich gewahrt worden sei. Die beschlagnahmten Fleischwaren, sowie das sichergestellte Lebendvieh, wurden sofort der Verwertung durch das Ernährungsausschuss A, Deggenedorf, zugeführt. Während die Mastschweine zur Schlachtung weitergeleitet wurden, sind die Ferkel und Läufer zur Fütterung an Landwirte verteilt worden. Hinsichtlich der Landwirte wurde teils an Hand der Landkreise, teils an ein Altersheim abgegeben. Die gleichzeitig im Nachbarlager Michaelsbuch durchgeführte Razzia dort vorgenommenen drei Schweine, die einzigen dort vorgefundenen, wurden ebenfalls in die Bestimmungsgemäß angemeldet und die Bestimmungsgemäß einbringlicher als jede Politik beweisen, in welcher schamloser Weise die für die Zustände im Lager Michaelsbuch verantwortlichen Ungarn nicht nur durch Umgehung der Bewirtschaftungsvorschriften die ärmeren Schichten der Bevölkerung geschädigt haben, sondern auch das ihnen vom bayerischen Staat gewährte Gastrecht fortgesetzt durch strafbare Handlungen mißbrauchen. Es ist zu hoffen, daß das unausbleibliche gerichtliche Nachspiel zu dieser Aktion ein für allemal ein warnendes Exempel statuieren möge.

Sie brauchen Arbeitsmöglichkeiten!

90 beschäftigungslose Familien im Lager Michaelsbuch

Nach Auflösung des Internierungslagers auf dem ehemaligen Flugplatzgelände bei Höhenrain wurden im Juli 1946 die Baracken teilweise mit deutschen Flüchtlingsfamilien, teilweise aber auch mit Ungarn belegt; die meisten Ungarn sind in der Zwischenzeit abgewandert. Die 760, die noch im Lager verblieben sind, wollen aus begreiflichen Gründen nicht mehr zurück in ihr Vaterland; sie hoffen auf eine Auswanderung nach Amerika oder Australien, wofür die meisten schon registriert sind. Seit ungefähr einem Jahre untersteht auch das Ungarnlager der deutschen Lagerverwaltung. Der Landesfürsorgeverband muß dafür aufkommen, was einen Betrag von 14 000 DM im Monat erfordert.

Für die Deutschen im Lager ist eine Auswanderung nach Uebersee noch unmöglich; sie müssen hier bleiben, bis sie sich anderwo eine Existenz aufbauen können. Die Grundbesitzer, auf deren Boden die Baracken aufgestellt sind, möchten natürlich gern wieder ihre Felder zurück bekommen, um sie bebauen zu können. Die Lebensverhältnisse im Lager sind einigermaßen erträglich; die Flüchtlingsverwaltung, die für die Kosten des Lagers aufkommt, tut alles, um ihr Los zu erleichtern. Die Baracken sind frisch gedeckt und zum größten Teil winterfest. Wenn auch die Zimmer nur mit Hartholzfasern von einander getrennt sind, so können sie doch warm gehalten werden. Es wurden Kochherde leihweise zur Verfügung gestellt, so daß die Gemeinschaftsverpflegung weggefallen ist und jede Familie für sich kochen kann. Ein Teil des Brennmaterials wird für Arbeitslose kostenlos geliefert. Durch Haltung von Kleintieren und durch Anlage von Gemüseärten versuchen sich die Lagerbewohner einen Teil ihrer Nahrung selbst zu beschaffen. In einem Gemeinschaftsraum werden Gemeinschaftsabende abgehalten. Vor allem wird der Raum von der Neubürgerjugend benützt, zu der sich die Lagerjugend mit der Flüchtlingsjugend aus Plattling zusammengeschlossen hat.

Was aber die dringendste Frage für die Heimatvertriebenen ist, das ist die Sorge um eine Beschäftigungsmöglichkeit. Mit wenigen Ausnahmen sind sie auf die Arbeitslosen- oder die allgemeine Fürsorge angewiesen. Nach der Währungsreform sind die meisten, die in Deggendorf oder Plattling in Arbeit standen, ausgestellt worden. Nur einige Jugendliche und wenige Ältere haben noch Beschäftigung. Eine Hausschuhherzeugung, die vor der Währungsreform begonnen wurde, mußte eingestellt werden, da man nicht mehr konkurrenzfähig war. Es ist daher das vordringlichste Erfordernis, den Lagerbewohnern durch Schaffung einer Heimindustrie Beschäftigung zu geben, oder durch Neuschaffung von Industrieunternehmen, z. B. in der benachbarten Stadt Plattling für Erwerbsmöglichkeiten zu sorgen, falls nicht eine geschlossene Umsiedlung oder Einzelumquartierung die Möglichkeit ergibt, die Heimatvertriebenen wieder in Arbeitsstellen zu bringen, in denen sie ihre Berufskennntnisse verwerten können. Einige Gewerbetreibende haben durch Befriedigung der Bedürfnisse des Lagers einigermaßen ein Auskommen gefunden. So sind Schneider- und Schusterwerkstätten in Betrieb, eine eigenes Lagerwirthaus ist entstanden, das über eine nett eingerichtete Gaststube verfügt. Ein Flüchtlingsgeschäft verkauft, durch die Lebensmittelstelle Passau beliefert, an Flüchtlinge die Waren. Einige Siedler konnten auf dem Lagergelände und dem benachbarten Grund durch die Bauernsiedlung mit dem Aufbau einer bescheidenen Lebensunterlage beginnen. Auch ein Gärtnerbetrieb wurde aufgemacht. Das betrifft aber nur einen geringen Prozentsatz der Lagerbewohner. Bei allen anderen bleibt der dringende Ruf nach einer Arbeitsmöglichkeit bestehen. Denn nur geregelte Arbeit kann dem Leben Sinn geben und ist auch die Voraussetzung dafür, daß sich die Neubürger, die nichts mehr besitzen, langsam wieder ins natürliche Leben eingliedern.

DD 27/1949

Eine Küchenbaracke wird zum Bauernhof

Einst Laufgräben und Schützenlöcher — jetzt Äcker und Wiesen

Früher Flugplatz, danach Interniertenlager mit hohen Stacheldrahtzäunen, schließlich Flüchtlingslager für Deutsche und Ungarn mit Elendsquartieren, deren Anblick heute noch erschauern läßt, sind die Begriffe, die das über 100 Hektar große Gelände bei Michaelsbuch zu einer gewissen „Berühmtheit“ haben gelangen lassen. Die schwarzen Baracken, von heimatlos gewordenen Menschen bewohnt, sprechen die harte Sprache unserer Zeit. Aber abgeschnitten sind die Menschen nicht. „Nur nicht unterkriegen lassen“ ist die Parole. Mit praktisch leeren Händen kamen sie vor zwei oder drei Jahren an und versuchten unter schwierigsten Verhältnissen eine neue Existenz aufzubauen. Einigen ist es gelungen, andere kämpfen noch schwer um ihr Dasein. Vielleicht darf man die Neubauern und Siedler unter ihnen als Pioniere bezeichnen, deren zäher Kampf um ein Stückchen Land dem unserer Vorfahren um ein Übersee gleichzustellen ist.

Bombentrichter, Stacheldraht ohne Ende, Schutt und Blechbüchsen, festgefahrene Lagerstraßen auf den Fluren und eine Unzahl von zementierten Barackenfundamenten, die bis 80 cm tief in der Erde steckten und gegenwärtig noch nicht alle entfernt werden konnten, dazu eine primitive, abgenutzte Baracke, das war alles, was den Mutigen von der Bayerischen Landessiedlung als Anfang übergeben werden konnte. Kein Vieh, keine Maschinen und Geräte und vor allem kein Geld. Mit kräftigen Armen, verbissen in dem Willen, etwas zu schaffen, haben sie die Urbarmachung begonnen. Gegenseitiges Aushelfen, die Unterstützung durch ansässige Bauern, Beratung durch die Bauernsiedlung und andere amtliche Stellen halfen den schweren Anfang meistern, damit die Frucht in den Boden kam. Ein wenig gerettetes Geld reichte für eine Kuh, vielleicht auch noch für ein Schwein. Handwerkszeug und Geräte wurden selbst gezimmert. So konnte der Betrieb nach zähem Ringen anlaufen. Heute, schon nach wenigen Jahren, haben sich eine Pflanzenzucht G. m. b. H., zwei Landwirte, fünf Kleinsiedler und ein Erwerbsgärtner eine Existenz geschaffen. Ihre Erträge aus Feld und Stall stehen den Einheimischen kaum nach. Sogar auf dem Wochenmarkt der Stadt können sie ihre Erzeugnisse schon anbieten.

Die besten Kameraden dieser tapferen Männer sind zweifelsohne ihre Frauen. Mutig stehen sie ihnen zur Seite, wenn es gilt das Feld zu bestellen. Aber auch ihr primitiver Haushalt läßt sie nicht murren oder klagen, wenn auch der Weizen aus Platzmangel noch in der Schlafstube aufgeschüttet liegt, oder das Bad nur aus einem alten Küchenkessel mit Schlauch und Gießkanne besteht. Es tut auch nichts zur Sache, daß der Futterdämpfer einmal ein Benzinfäß war und die eine Zimmertür direkt in den Kuhstall führt, in welchem noch immer keine Kühe aus Amerika zu finden sind.

Gewiß, sie leben einfach, diese Siedler. Sie streben vorwärts und sind immer bedacht, ihr Anwesen zu verbessern. Man soll die rührende Einfalt nicht unterschätzen, mit welcher sie an ihrem neuen Stück Heimat hängen, welches so viele Mühe und Sorge in sich trägt. Deshalb wäre es besonders zu begrüßen, wenn die Eigentumsverhältnisse im Einvernehmen mit allen Beteiligten so geregelt werden könnten, daß die Siedler, jetzt noch Pächter, auch Eigentümer werden können. Es wäre nur eine geringe Belohnung ihres harten Müehens.

In den gleichen unsicheren Besitzverhältnissen leben die „Himmelreich“-Siedler. Obwohl ihnen bei der letzten Siedlerversammlung von dem Vertreter der Bayerischen Landessiedlung zugesichert wurde, daß nun, nach dreijähriger Pachtzeit, das Land als Eigentum übergeben werden könnte und auch die Möglichkeit der Kreditanforderung bestehe, sehen sie nichts mehr herbei, als den Augenblick, der die Durchführung dieser Ankündigung bringt.

Ganz gleich, ob Haupterwerbssiedler, Landwirte also, Bunkersiedler oder Anliegersiedler, haben sie alle hart arbeiten müssen, um aus dem früheren Exerziergelände brauchbares Ackerland zu machen. Oft unter Lebensgefahr durch im Boden befindliche scharfe Munition haben sie die Laufgräben und Schützenlöcher eingeebnet und dem Pflug dienstbar gemacht. Noch heute liegen ungefähr vier Hektar ausgesprochenen Übungsgeländes brach, deren Urbarmachung von den Siedlern ohne Hilfe amtlicher Stellen kaum durchgeführt werden kann.

Auch diese Familien kennen das harte Los eines Siedlerlebens, denn auch für sie standen im Frühjahr 1946 nur wenige brauchbare Gebäude und Ödland zur Verfügung. Mit einigen Habseligkeiten haben sie begonnen. Ohne finanzielle Hilfe, ganz aus eigener Kraft sind sie nun soweit, daß ihre Höfe zu wahren bäuerlichen Anwesen oder ihre Bunker, von sauberen Gärten umgeben, zu gefälligen Wohnhäuschen wurden.

Von den rund 100 Hektar früherem Wehrmachtsgelände entfallen dreißig Hektar auf die Haupterwerbssiedler, der Rest wurde auf Bunker- und Anliegersiedler verteilt, deren brennendster Wunsch es ist, daß endlich die endgültige Festlegung der Grenzen erfolgt und damit der fortwährende Landwechsel wegfällt.

Mit Hektarerträgen von dreißig bis 35 Doppelzentner Getreide und 150 Doppelzentner Hackfrucht können diese Neubauern stolz auf ihre vollbrachte Leistung sein. Aber genau wie in Michaelsbuch ruhen und rasten auch sie nicht. In harter gemeinsamer Arbeit von Mann und Frau und Kind trotzen hier wie dort Menschen einer Zeit, deren schwere Anforderungen und Not wohl noch keiner Generation vor ihnen begegnet sind.

DZ 121/1949

Winzer. Unter dem neutralen Namen „Flüchtlingslager“, das in den Baracken am Berghang untergebracht ist, verbirgt sich die Tatsache, daß hier aus der IRO ausgeschiedene Ausländer in deutscher Fürsorge stehen. Das Barackenlager wurde am 22. August für diesen Zweck eingerichtet. Nachdem früher Ukrainer und später für kurze Zeit eine polnische Wachabteilung in den Baracken untergebracht waren, muß das Lager nun durch das Landesbauamt Passau wieder hergerichtet werden. Bei einem Fassungsraum von annähernd 500 Personen ist es bis jetzt für ungefähr 250 Insassen ausgebaut. Die Belegschaft beträgt derzeit 183 Ausländer, unter denen sich auch einige Volksdeutsche befinden. Die Insassen gehören 12 verschiedenen Nationen an, unter denen sämtliche Völker Osteuropas mit Ein-schluß Griechenlands und der Türkei vertreten sind. Neben solchen, die sich schon seit dem Kriege in Deutschland aufhalten, sind es aber auch viele, die erst vor kurzem aus U n - g a r n u. d e r T s c h e c h e i geflohen sind. Sie werden nun von der deutschen Lagerverwaltung, die vornehmlich aus Sudetendeutschen besteht, betreut. Neben sechs Wachleuten sind ein Lagerleiter, zwei Verwaltungsangestellte, vier Personen Küchenpersonal, eine Rot-Kreuz-Schwester und ein Lagerarzt eingesetzt. Die Kosten werden vom Landesfürsorgeverband über den Bezirksfürsorgeverband getragen. Außer der reichlichen Verpflegung, die sich nach den geltenden Markensätzen richtet, bekommt jeder Familienvorstand monatlich 6 DM und jedes Familienmitglied DM 1.50 Taschengeld. Mit der Unterbringung sind die Lagerbewohner zufrieden, auch die Verpflegung finden sie ausgezeichnet, lediglich das Brot sei etwas wenig. Die Sätze sind jedoch vorgeschrieben. Die größte Belastung sehen die Insassen aber darin, daß es im Orte und in der Umgebung keine Möglichkeit gibt, sich durch Arbeit etwas zu verdienen. Die Zeit vergeht sehr eintönig und langsam, da wegen der vielen Nationalitäten eine kulturelle Betreuung schwierig ist. Die meisten haben die Absicht, auszuwandern. Jedoch dauert dies meist eine lange Zeit, bis es so weit ist. Immerhin haben bereits einige das Lager wieder verlassen können, da ihnen die Ausreisemöglichkeit gegeben wurde.

-wp-

DD 10/1949

Gefährliche Spannungen im Ausländerlager Winzer

Polizei verhinderte wieder Zusammenstöße

Am Sonntag entstanden in einer Gastwirtschaft in Winzer wiederholt Schlägereien zwischen Ungarn und Polen. Ein Pole wurde dabei empfindlich verletzt. Andere Ausländer erlitten leichtere Verletzungen. Nach Entfernung des Rädelsführers aus dem Lokal gelang es zunächst die Ruhe wieder herzustellen. Vom Wirtshaus ins Lager Winzer zurückgekehrt, bewaffneten sich nach der Polizeistunde etwa 40—50 Lagerinsassen mit Stöcken und Steinen und versuchten die im Ort begonnene gewaltsamen Auseinandersetzungen fortzuführen. Durch das sofortige Eingreifen der Polizei konnte jedoch die Zusammenrottung der Raufustigen rechtzeitig zerstreut werden. Zur besseren Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lager Winzer wird ein Teil der Hauptunruhestifter dieser Tage in ein anderes Lager im Bayerischen Wald „umgesiedelt“.

Der „Deggendorfer Donaubote“ hat schon mehreremale von Zusammenstößen der Lagerinsassen untereinander und mit der hiesigen Bevölkerung berichtet. Nun werden uns von gut unterrichteter Seite folgende grundsätzliche Darlegungen zur Situation im Lager Winzer zur Verfügung gestellt:

„Es zeigt sich immer deutlicher — was jedem Menschen mit gesundem Hausverstand von vornherein klar sein mußte — welchen Mißgriff die Behörden begingen, als sie das hiesige Lager mit aus der IRO entlassenen Ausländern belegten. Für die Behörden galt nur der Grundsatz: „Hier sind Baracken, also belege man sie!“ Alle anderen Darlegungen, die von den örtlichen Stellen vorgebracht wurden, haben für die Herren von oben einfach nicht existiert. Und doch mußte es der einfachsten Ueberlegung sofort klar sein, welche Schwierigkeiten sich für einen kleinen Ort wie Winzer, der selbst zu den sozial und wirtschaftlich schlecht gestellten der ganzen Umgebung zählt, entstehen müssen, wenn Hunderte von verarmten und mittellosen Ausländern hier verlegt werden. Diese Menschen haben hier in Winzer keinerlei Arbeitsmöglichkeit. Sie haben zwar im Lager keine schlechte Verpflegung, aber sie alle werden sich bemühen, zusätzlich etwas zu gewinnen durch Tauschgeschäfte, durch Bettel oder — die zweifelhaften Ele-

mente darunter — durch Eingriffe in fremdes Eigentum. Außerdem sind der größte Teil des Lagers Männer im schönsten Alter, die nicht wissen, was sie den ganzen Tag über tun sollen und auch für sie wird nach der Grundsatz gelten: „Müßiggang ist aller Laster Anfang“. So ist es nicht verwunderlich, daß die Angehörigen der verschiedenen Nationen, die sich manchmal bis aufs Blut hassten, untereinander dauernd raufen und im Streite sind, noch gefährlicher aber ist es, daß auch die einheimische Bevölkerung von gewissen Elementen darunter bedroht wird. Sie sind sehr gut mit Hieb- und Stichwaffen versehen, vielleicht auch mit Schußwaffen, ziehen mit Einbruch der Dunkelheit in kleineren Gruppen im Ort und der Umgebung herum, belästigen Passanten und vor allem Frauen und geben klar zu erkennen, daß ihnen eine kleine Schlägerei nur Spaß machen würde. Je mehr solche Leute ins Lager kommen und je mehr es in den Weiterhin geht, desto größer werden die daraus erwachsenden Gefahren. Es ist der Zweck dieser Zeilen die zuständigen Behörden in aller Öffentlichkeit vor dieser Entwicklung zu warnen. Es wäre am besten, wenn das ohnehin schon so heruntergekommene und verwanzte Lager überhaupt abgerissen würde. Wenn es aber nicht möglich ist, das Lager sofort zu räumen, dann soll man wenigstens nur Angehörige ein und derselben Nation hinein tun und eine straffe Verwaltung einführen. Die tüchtige Polizei Winzer tut alles, was in ihrer Kraft steht, aber schließlich kann sie nicht überall zu gleicher Zeit sein. Hoffentlich wird nicht erst dann eingegriffen, wenn ein großes Unglück geschehen ist oder die Bevölkerung in gerechter Notwehr zur Selbsthilfe gegriffen hat.“ -ga-

Winzer. (Besuchet die Landwirtschaftsschule!) In einer Kundgebung wirt der Gemeinderat unter der bäuerlichen Bevölkerung für den Besuch der Landwirtschaftsschule durch den bäuerlichen Nachwuchs. Der junge Landwirt soll den anderen Berufszweigen in der Erwerbung des geistigen Rüstzeuges nicht nachstehen. Gleichmaßen soll auch dem Besuch der Haushaltungsschule durch die heranwachsenden Mädchen besonderes Augenmerk zugewendet werden. -wf-

DD 18/1949

Typhus im Flüchtlingslager Arbing

Elf Todesopfer. — Keine spinale Kinderlähmung im Landkreis Vilshofen.

Vilshofen. Im Flüchtlings- „Altersheim“ Arbing bei Osterhofen im Landkreis Vilshofen, in dem in Baracken 150, meist über 60 Jahre alte Flüchtlinge untergebracht sind, brach eine Typhus-Epidemie aus. Von 45 Erkrankten sind bisher 11 gestorben. Die Kranken wurden in die Krankenhäuser Oberhaus in Passau und Osterhofen gebracht. Über das Lager wurde Quarantäne verhängt. Inzwischen ist es den energischen Bemühungen der Gesundheitsbehörde gelungen, die Epidemie einzudämmen und weitere Todes- und Erkrankungsfälle sind nicht mehr eingetreten. Die völlig unzureichenden sanitären Einrichtungen dieses Barackenlagers, das der Betreuung der Bezirksfürsorge Vilshofen untersteht, die schlechte physische und psychische Verfassung, in der sich die hier untergebrachten alten Flüchtlinge befinden, dürften die Schuld an dem raschen Umsichgreifen der Epidemie tragen. Die schnelle Ausbreitung der Seuche wurde durch die teilweise Unterernährung der Flüchtlinge begünstigt. — Die Gerüchte, wonach in Vilshofen Fälle spinaler Kinderlähmung aufgetreten seien, werden vom Gesundheitsamt dringend berichtigt, daß in letzter Zeit lediglich bei Osterhofen ein solcher Erkrankungsfall gemeldet wurde. Die Erkrankung konnte jedoch in frühzeitigem Stadium erkannt und mitlerweile ausgeheilt werden. Weitere Fälle von spinaler Kinderlähmung sind nicht aufgetreten. Sch.

NN 10.10.1947

12. Wohnungsnot

Zuzug nach Deggendorf.

Die immer größer werdende Wohnungsnot, sowie die äußerst schwierige Ernährungslage und die Tatsache, daß nur eine beschränkte Anzahl von Personen im Stadtgebiet von Deggendorf in Arbeit vermittelt werden kann, zwingt zu weiteren Einschränkungen der Freizügigkeit:

1. Der weitere Zuzug nach Deggendorf wird verboten.
2. Die bisherigen Bestimmungen über Wohnungszwangsbewirtschaftung haben in vollem Umfang weiter Geltung.
Das städtische Wohnungsamt ist berechtigt, Wohn- und Geschäftsräume innerhalb des Stadtgebietes zum Zwecke der Feststellung ihrer Belegbarkeit zu besichtigen, zu beschlagnahmen und alle aus der Unterbringung von Wohnungssuchenden sich ergebenden Maßnahmen durchzuführen.
3. Jeder freie Wohnraum ist sofort dem städtischen Wohnungsamt zu melden. Wohnungen, Zimmer und Schlafstellen dürfen nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes (Rathaus, Zimmer Nr. 11) auf Grund eines von diesem ausgestellten Quartierscheines vermietet werden. Auch die unentgeltliche Aufnahme von Bekannten oder Verwandten usw. fällt unter diese Bestimmung.
4. Erneut wird auf die Einhaltung der geltenden Bestimmungen über An- und Abmeldung beim städtischen Einwohneramt (Rathaus, Zimmer Nr. 6) hingewiesen.

Heimkehr bayerischer Flüchtlinge.

Laut Anordnung der Alliierten Militärregierung haben alle in Bayern beheimateten Rückwanderer, Ausgebombten usw. nunmehr in ihre Heimatgemeinde zurückzukehren, auch im Falle, daß ihr Heim zerstört ist. Für ihre Unterbringung in der Heimatgemeinde hat diese zu sorgen. Sie können fortan in der Aufnahmegemeinde keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Ein weiteres Verbleiben in der Aufnahmegemeinde, also in Deggendorf und im Landkreis Deggendorf kann nur in Ausnahmefällen gestattet werden und auf besonders begründetes Gesuch hin.

Der Ausweis für die Heimreise ist beim Landratsamt mit Angabe des Reiseziels (Heimatgemeinde) zu beantragen.

Deggendorf, den 22. Juni 1945.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf.

Maderer

Amtsblatt 1/1945

Wohnraumlenkung

Es besteht Veranlassung, der Bevölkerung, Einheimischen, wie Flüchtlingen, im Landkreis die von der Regierung für Niederbayern-Oberpfalz erlassenen Richtlinien für die Wohnraumlenkung bekannt zu geben:

I. Für Einheimische.

Grundsätzlich stehen den Einheimischen auf je 3 Personen höchstens je 2 Räume zu, wobei die Küche als Wohnraum gerechnet wird. Nur dann, wenn die Küche noch von einer anderen Familie mitbenutzt wird, wird sie nicht als Wohnraum angerechnet. Von diesem Richtsabe kann nur dann von Fall zu Fall eine Ausnahme bewilligt werden, wenn die Räume unter 12 Quadratmeter Flächeninhalt haben.

II. Für Flüchtlinge (= Evakuierte).

- a) Alle Flüchtlingsfamilien haben vorläufig nur Anspruch auf einen Raum. Nur bei vielköpfigen Familien können bei kleinen Räumen Ausnahmen bewilligt werden.
- b) Einzelstehende Männer und Frauen müssen mindestens zu je 2 Personen ein Zimmer beziehen.
- c) Um Familien mit Kindern unter 14 Jahren heizbare Wohnräume zur Verfügung zu stellen, müssen notfalls Flüchtlings-Einzelpersonen oder Flüchtlings-Ehepaare ohne Kinder zu Gunsten der Familien mit Kindern unter 14 Jahre in ungeheizte Räume unquartiert werden.

III. Für Einheimische und Flüchtlinge.

- a) Räume und Wohnungen, welche nicht bewohnt werden, müssen, wenn sie mit Möbeln vollgestellt sind, geräumt werden. Betten und Bestellen, Schränke, Tische und Stühle sowie sonstige lebensnotwendige Einrichtungstücke sind teilweise herauszugeben. Einzelne Zimmer, die deshalb nicht benutzbar sind, weil sie als Salon, Speise-, Musik-, Herrenzimmer usw. eingerichtet sind, müssen ebenfalls beschlagnahmt werden. Eine Umstellung der Einrichtung muß erfolgen. Es bleibt den Inhabern derartigen Wohnraumes anheimgestellt, in welcher Form sie die überflüssigen Möbel in diesen Räumen verwerten oder anderweitig unterstellen wollen.

- b) Von den Behörden ist dafür zu sorgen, daß Küchenmitbenutzung gewährt wird, soweit nicht Gemeinschaftsverpflegung (darunter ist nicht Gasthausverpflegung gemeint) gewährt wird. Geschirr, notwendige Möbel, Betten evtl. Decken sind von dem Gastgeber zu stellen.

Diese Maßnahmen der Regierung mögen für Einheimische und Flüchtlinge gewiß einschneidend und hart erscheinen, sind aber mit Rücksicht auf die zum Zerreißen gespannte Lage am Wohnungsmarkt notwendig, denn es müssen laut höherer Weisung im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz rund 420000 neu hinzukommende Flüchtlinge untergebracht werden.

Nur durch eine restlose Erfüllung dieser Regierungsanordnung kann erreicht werden, daß das Wohnraumproblem gelöst wird und nicht neue einschneidende Maßnahmen getroffen werden müssen.

Alle Bewohner des Landkreises mögen daher den Anordnungen der Bürgermeister und Wohnungsämter Verständnis entgegen bringen, wenn nach diesen Richtlinien vorgegangen wird. Die Behörden tun ihre harte Pflicht und handeln nach höheren Weisungen; die ebenfalls nur durch die außerordentliche Notlage bedingt wird.

Amtsblatt 3/1946

Wohnraum - die schwerste Sorge

Besuch beim Flüchtlingskommissar für den Kreis Deggendorf

Am Oberen Stadtplatz, im Hause der Gaststätte „Goldener Engel“, waltet der Flüchtlingskommissar für den Stadt- und Landkreis Deggendorf, Herr Müller, seines schwierigen Amtes. Ihm gilt unser Besuch, um zu erfahren, wie es um das Flüchtlingswesen in unserem Bezirk steht. Gegenwärtig zählt die Stadt insgesamt 19 618 Einwohner, 11 527 davon sind Einheimische, 8091 Evakuierte, Flüchtlinge und Ausländer, von denen 1870 Personen in Lagern (Kaserne und Gesellenhaus) untergebracht sind. Dem überwiegenden Teil der Flüchtlinge konnten Privatquartiere zugewiesen werden. In den drei Lagern des Bezirks Steinkirchen, Neßelbach und Niederalteich leben vorwiegend Deutsche aus dem Banat und der Batschka, die voraussichtlich in Schwaben angesiedelt werden.

Vom Flüchtlingskommissar wurde nun auch das ehemalige SS-Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenlager in Michaelsbuch übernommen; es hat ein Fassungsvermögen von 8000 Personen. Die Hälfte des Lagers wird Ungarn zur Verfügung gestellt, die hier für die Rückführung in ihre Heimat zusammengezogen werden; die andere Hälfte dient der Unterbringung von Flüchtlingen. Durch ein Lagerarbeitsamt werden die Flüchtlinge nach Berufsgruppen erfaßt und durch das Arbeitsamt Deggendorf den Landgemeinden nach Bedarf vermittelt. Der Flüchtlingskommissar tut sein Möglichstes, die Härten und Unannehmlichkeiten des Lagerlebens überwinden zu helfen und auf ein Mindestmaß zu beschränken. Von selten der Militärregierung erfährt er hierbei die größte Unterstützung. Man denkt daran, künftig diejenigen Flüchtlingsfamilien in Lagern unterzubringen, die nicht in Arbeit stehen, um dafür die dringend erforderlichen Wohnungen für erwerbstätige Flüchtlinge freizubekommen. Der nächste Flüchtlingstransport, der in diesen Tagen eintreffen soll, wird schon in das Lager Michaelsbuch geleitet.

Die schwerste Sorge ist nach wie vor die Beschaffung des dringendsten Wohnraumes. Es ist notwendig, die Ortschaften des Bezirkes neuerdings nach Wohnraum durchzukämmen. Der

Flüchtlingskommissar hat außer den Flüchtlingen selbst noch 200 Familien von Antifaschisten unterzubringen, für die hauptsächlich die Wohnungen ehemaliger Parteigenossen freigemacht werden müssen. Neben den großen Sorgen der Wohnräume, der Arbeitsbeschaffung und der Verteilung der Flüchtlinge stehen noch unzählige Schwierigkeiten, die nicht weniger Zeit und Nerven beanspruchen. So soll für jede Flüchtlingsfamilie ein eigener Kochherd beschafft werden; augenblicklich stehen jedoch für 47 Gemeinden nur 35 Herde zur Verfügung. Ähnlich ist es mit der Beschaffung von Betten. Fast die Hälfte der Flüchtlinge behält sich gegenwärtig mit amerikanischen Feldbetten.

Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Zusammenleben zwischen Einheimischen und Fremden ergaben, haben sich etwas gebessert. In den meisten Fällen stellt sich nach anfänglichen Differenzen ein mehr oder weniger gutes Verhältnis ein.

Auf die Frage nach dem Rücktransport der Evakuierten teilt der Flüchtlingskommissar mit, daß die Evakuierten aus der französischen und englischen Zone bis zum 31. August ihre Heimreise angetreten haben müssen. Von Deggendorf geht am 13. August ein Transport nach Hamburg ab, bei dem größere Gepäckstücke mitgenommen werden können, was später nicht mehr möglich sein wird. Ein Termin für den Rücktransport in die russische Zone liegt noch nicht fest. Eine freiwillige Rückkehr in diese Zone einschließlich Berlin ist jederzeit möglich, sofern eine Zugangsgenehmigung von dort vorgelegt werden kann.

Während unserer Unterhaltung herrscht in der Dienststelle großer Betrieb. Ein geschäftiges Kommen und Gehen; Wünsche, Anträge, Beschwerden, Forderungen flattern auf den Tisch. Aus allem sprechen die vielfältigen Sorgen, die in diesem Büro zusammenkommen. Wir verabschieden uns und wünschen dem Flüchtlingskommissar, daß das Wahrzeichen des Hauses, in dem er arbeitet, als helfender Engel auch über seiner Tätigkeit für die Flüchtlinge stehen möge.

ho

PNP 52/1946

Beschlagnahmte Wohnräume

Einweisung kann erzwungen werden

Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen teilt mit: Die zuständige Polizei oder Landjägerei ist im Einvernehmen mit dem Landrat oder Oberbürgermeister auf Ersuchen der Flüchtlingskommissare oder der örtlichen Wohnungsbehörden berechtigt, Flüchtlinge, Evakuierte und sonstige Quartiernehmer z w a n g s w e i s e in ordnungsmäßig beschlagnahmte Wohnräume einzuweisen und die Gewährung von Nebenleistungen des Quartiergebers zwangsweise durchzusetzen, insoweit die Zurverfügungstellung bzw. Gewährung von den Quartiergebern verweigert wird. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein g e n a u e s I n v e n t a r über die in den Räumen zum Zeitpunkt der Beschlagnahme befindlichen Gegenstände, die dort als unbedingt notwendig dauernd verbleiben sollen, aufzustellen ist. Der Quartiergeber ist berechtigt, Gegenstände, die zur Bewohnbarkeit des Zimmers nicht unbedingt erforderlich sind, wie Erinnerungs- und besondere Wertgegenstände, zu entfernen.

Quartiergeber, die die Aufnahme der Personengruppen in ordnungsmäßig beschlagnahmte Wohnräume verweigern, werden mit Geldstrafe bis zu 10 000,— RM oder Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Der gleichen Strafe unterliegt jeder Quartiergeber, der die Gewährung von Nebenleistungen, wie zum Beispiel Küchen- und Abortbenutzung usw., verweigert, Einrichtungsgegenstände sowie Zubehör oder wesentliche Bestandteile des Hauses oder der Wohnung vor oder nach vollzogener Beschlagnahme entfernt, in der Absicht, die Beschlagnahme oder die Bewohnbarkeit der Räume zu verhindern.

PNP 54/1946

200 Zimmer werden beschlagnahmt. Seit dem 24. Juni ist eine Regensburger Wohnungskommission mit der Überprüfung der Wohnungsverhältnisse in der Stadt sowie des Wohnungsamtes beschäftigt. Die Kommission besteht aus 17 Mitarbeitern und hat bisher 55 Zimmer beschlagnahmt. Nach den gewonnenen Eindrücken schätzt der Leiter 200 Zimmer sicherstellen zu können und damit einen Großteil der noch in Lagern lebenden Flüchtlinge unterzubringen. Die Arbeit der Kommission, die sich auch auf den Landkreis erstreckt, wird fünf Wochen dauern.

PNP 51/1947

Freigabe beschlagnahmter Räume

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, werden von der Besatzungsmacht einige beschlagnahmte gewerbliche Gebäude und eine kleine Anzahl Wohngebäude nunmehr endgültig freigegeben. Unter den in Erwägung gezogenen Anwesen befinden sich unter anderem das Hotel „Drei Mohren“, das Gasthaus „Zur Mühle“ und das Cafe Bündel. Über die Freigabe des Lichtspielhauses am westlichen Stadtgraben wird in drei bis vier Wochen entschieden. Die endgültige Zahl der freigegebenen Häuser wird heute bekanntgegeben. Die Übergabe des Hotels „Drei Mohren“ ist bereits erfolgt. Nach einer bisher unbestätigten Meldung soll die Gaststätte Sesselsberger in der Pflegegasse der IRO zur Verfügung gestellt werden.

NN 2.7.1948

Eine lebhafte Stadtratsitzung

Temperamentvolle Debatten über das Wohnungsamt / Bürgermeister Schneider dankte für wertvolle Mitarbeit im Jahre 1947

Die letzte Stadtratsitzung des Jahres 1947, am 29. Dezember im Degendendorfer Rathaus-Saal, zeichnete sich durch lebhafteste und temperamentvolle Debatten aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Bürgermeister Schneider einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Jahr. Unter anderem wies er auf die im April durchzuführenden Gemeindevahlen hin, wo höchstwahrscheinlich eine Anzahl neuer Stadträte im Rathausaal einzuleiten werden. Abschließend sprach der Bürgermeister dem Landrat und seinen Mitarbeitern sowie den Stadträten für die geleistete Arbeit im Jahre 1947 seinen Dank aus. Landrat Weimzierl, der zu dieser Sitzung geladen war, um über das Wohnungswesen zu referieren, gab einen Überblick über die Verwaltung und über die Zuständigkeit der verschiedenen Ämter dieses Referates, wobei er erwähnte, daß das Städtische Wohnungsamt nur eine Delegation des Kreiswohnungsamtes sei. Erst dann, wenn die Stadt Degendorf ihre Unmittelbarkeit erhalten habe, die höchstwahrscheinlich in einem der nächsten Monate ausgesprochen wird, kann hier eine Änderung eintreten. Stadtrat Süßmeyer erklärte, wenn das Städtische Wohnungsamt nur als eine Delegation zu betrachten ist, es nicht verständlich erscheine, warum alle unangenehmen Dinge, die sich heute aus der schwierigen Arbeit auf dem Wohnungssektor ergeben, dieser Behörde allein zur Last gelegt werden. In diesem Zusammenhang wurde eine lebhafte Debatte über die Veröffentlichungen in der Presse, die sich mit dem Wohnungsamt beschäftigten, ausgelöst. Stadtrat Nirschl betonte, daß das Städtische Wohnungsamt in den letzten Monaten einen Presekampff erlebt hat, der zur Beurlaubung seines Leiters führte, doch gegen die Anschuldigungen kein Wahrheitsbeweis angetreten werden konnte. Sämtliche Vernehmungen sind negativ ausgefallen, so daß vom Landesiedlungsamt Regensburg schon lange eine Rehabilitierung des Leiters hätte erfolgen müssen. Er beantrage daher, einen Stadtratsbeschluß durchzuführen, daß der frühere Leiter wieder in sein Amt eingesetzt wird. Bürgermeister Schneider wies darauf hin, daß diese Angelegenheit bereits auf der Tagesordnung der anschließenden nächsten Sitzung stehe. Über die im Dezember erfolgte Kritik von seiten der Presse über das Vorgehen des Wohnungsamtes brachte der Referent des Kreiswohnungsamtes Freundl zum Ausdruck, daß sich im Falle Bude im großen und ganzen die unerfreulichen Szenen so abgespielt haben, jedoch sei kein Elendquartier zugelassen worden, sondern eine Kammer, in die sich Bude weigerte, einzuziehen. Der derzeitige Leiter des Wohnungsamtes hätte zwar dem Hauptmieter der Wohnung, in der Bude ein Zimmer bewohnt, gesagt, daß Bude eine Zuweisung für ein anderes Zimmer in Händen habe und daß die Sachen zwecks Räumung des Zimmers

auf den Gang in der Wohnung gestellt werden sollten. Wenn nun der Hauptmieter die Gegenstände auf die Treppe geworfen hat, so sei dafür das Wohnungsamt verantwortlich zu machen. In der Wohnungsangelegenheit des Tischlermeisters Stemann erklärte der Referent, daß sich dieser ohne Wissen des Wohnungsamtes zusätzlich ein Zimmer angeleihen hatte, das durch Wegzug eines Mieters aus der gleichen Wohnung frei wurde. Die zweite Partei in der erwähnten Wohnung wird von einer alleinstehenden Frau, die zwei Zimmer innehat, bewohnt. Bei der Wohnungsinhaber in Degendorf wäre es unmöglich, daß beide Parteien durch ihre niedrige Kopfhöhe einen weiteren Anspruch auf diese Räume erheben können und unter diesen Gesichtspunkten sollte eine Räumung der Wohnung zu Gunsten des Rechtsanwaltes Dr. Labin erfolgen. Da sich Stemann weigerte die Wohnung zu räumen und sich die Gewerkschaft einsetzte, wurde die Angelegenheit bis zum 12. Januar 1948 zurückgestellt. (Rechtsanwalt Dr. Labin legt Wert darauf, davon Kenntnis zu geben, daß er zu keinem Zeitpunkt auf diese Wohnung reflektiert hat, sondern diese ihm vom Kreiswohnungsamt angeboten wurde. — Die Red. im weiteren Verlauf der Debatte kam zur Sprache, daß politisch, rassisch und religiös verfolgte infolge einer neuen Verfügung keinen größeren Wohnungsanspruch stellen können als vom Entnazifizierungsgesetz nicht betroffene Personen. Als Mitglied des Kreiswohnungsamtes erklärte Stadtrat Schröber, daß der Ausschuß die besagte Wohnung für Dr. Labin nur unter der Bedingung freigegeben hat wenn dieser alle ihm jetzt zur Verfügung stehenden Räume aufgibt. Wegen des Büroraumes muß von ihm ein Zweckentfremdungsantrag beim Landesiedlungsamt gestellt werden, da es nicht Sache des Wohnungsamtes ist, Büroräume zu vergeben. Besonders wurde noch darauf hingewiesen, wenn man weiterhin in Zukunft derartig großzügig Wohnungen belegt, daß man dann überhaupt nicht mehr in der Lage sein wird, die Wohnraumlentkung zu steuern.

Nach Ablehnung zweier Pachtanträge durch den Stadtrat wurde der Antrag zum Bau eines Konzert- und Tanzsaales zur Diskussion gestellt und die Bedürfnisfrage bejaht. Für einmalige Neuanschaffungen des wiedereröffneten Jugendhelms in Degendorf genehmigte der Stadtrat 100 RM. Dem Gesuch der Firma Helmuth von Müller aus Berlin, ihre Knopf- und Schallentfabrik nach Degendorf zu verlegen, wurde von seiten des Stadtrats die Möglichkeit gegeben. Abschließend dankten die Fraktionen Bürgermeister Schneider für die geleistete Arbeit im Jahre 1947 zum Wohl der Stadt Degendorf und wünschten ihm ein gesundes und glückliches neues Jahr. ho

NN 9.1.1948

„Flüchtlingslager“ Bayerwald

Zahlen fordern gerechte Wohnraumverteilung

Über die Wohndichte der bayerischen Stadt- und Landkreise hat das Statistische Landesamt München jetzt aufschlußreiche Zahlen veröffentlicht und diese kartographisch auf die einzelnen Landkreise übertragen. Aus diesen Aufzeichnungen geht hervor, daß der Bayerische Wald am stärksten mit Flüchtlingen belegt wurde, wofür auch die nachfolgenden Zahlen sprechen.

So hat der Landkreis Deggendorf bei einer ursprünglichen Einwohnerzahl von 55 620 Personen eine Bevölkerungszunahme um 20 605 zu verzeichnen, wovon allein in der Stadt 6195 Personen leben. Dazu kommen noch rund 2000 UNRRA-Betreute und Ausländer. Im Landkreis beträgt die Zunahme 35,1%, in der Stadt rund 57%. Im Landkreis Regen ist das Verhältnis ähnlich. Bei 35 662 Personen im Jahre 1939 wurden nach der letzten Erfassung im Oktober vorigen Jahres 45 818 oder rund 30% mehr gezählt, wovon in der Stadt Regen 4500

Personen wohnen, die ursprünglich 3200 Einwohner hatte. In Eisenstein ist das Verhältnis noch ungünstiger: es zählt jetzt doppelt so viel Seelen. Eine Einwohnerdichte von 2,10 bis 2,90 Personen je Wohnraum haben sämtliche Landkreise des Bayerischen Waldes, die unmittelbar an der Grenze liegen. Die weiter entfernten Landkreise sind von einer Überbevölkerung in diesem Maße verschont geblieben, denn der Kreis Eggenfelden weist nur eine Wohndichte von 1,40 bis 1,57, Pfarrkirchen 1,58 bis 1,68 Personen je Wohnraum auf. Ihnen folgen Vilshofen, Landau, Dingolfing, Vilsbiburg und Altötting mit 1,69 bis 1,79 Personen je Wohnraum.

Bei einer Umsiedlung, die ja einmal kommen muß, da der Bayerische Wald dem überaus großen Zuwachs auf die Dauer weder Nahrung noch Arbeit geben kann, bieten die Erhebungen des Statistischen Landesamtes eine ausgezeichnete Grundlage.

ho

PNP 32/1947

Die Wohnraum-Frage in Plattling

Vor dem Einbruch der kalten Jahreszeit nahm eine Kommission des Kreiswohnungsamtes eine Überprüfung der Plattlinger Wohnverhältnisse vor, um soviel als möglich Familien aus dem Flüchtlingslager in winterfeste Wohnräume einzuweisen. Aufgrund dieser Erhebungen wurden 87 Zimmer beschlagnahmt, wovon 34 als nicht heizbar und zweckentfremdet wieder freigegeben werden mußten. In den verbliebenen 53 Wohnräumen fanden 40 Personen, darunter viele Eisenbahner aus dem Flüchtlingslager Michaelsbuch, ein angenehmeres Heim, bei deren Einweisung es leider nicht ohne unerfreuliche polizeiliche Zwangsmaßnahmen abging.

Wie in anderen Städten des Bayerischen Waldes ist auch in Plattling die Lage auf dem Gebiete des Wohnungswesens sehr ungünstig. Die Bevölkerung ist von 6100 auf 8600 Personen gestiegen, die in 2000 Wohnungen leben. In der Stadt bestehen außer drei winterfest ausgebauten Wohnbaracken keine Gemeinschaftsquartiere mehr. Für die gegenwärtig 79 wohnungssuchenden Familien besteht kaum eine Aussicht auf ein eigenes Heim. Das Angebot ist gegenüber der Nachfrage zu klein; ohne Neubauten kann eine Wohnraumbeschaffung nicht erfolgen. Um eine gerechte Verteilung des spärlich vorhandenen Wohnraumes zu gewährleisten, erfolgt diese nach Listen, in denen politisch Verfolgte, Schwerverehrte und Kinderreiche an erster Stelle stehen.

Das widerstrebende Verhalten von vielen Flüchtlingen, die ihre Arbeitsplätze in den Städten Deggendorf und Plattling haben und darum nicht in den Landgemeinden angesiedelt zu werden wünschen, ist mit ein Grund, warum das Lager in absehbarer Zeit nicht aufgelöst werden kann.

Inzwischen mußte die Plattlinger Bevölkerung eine nochmalige Kontrolle ihrer Wohnräume durch die Regierungs-Wohnungskommission über sich ergehen lassen, wobei festgestellt wurde, daß die Stadt stark bevölkert ist. Tatsächlich konnte außer einigen freigewordenen Zimmern kein neuer Wohnraum beschlagnahmt werden.

rr

NN Weihnachten 1947

Liebe Redaktion!

Herr Ernst Profendiner, Deggendorf, schreibt: „Mit meiner fünfköpfigen Familie hause ich in einem Mansardenzimmer.

Seit rund einem Jahr bemühe ich mich vergebens, die Hälfte eines danebenliegenden Zimmers zu bekommen, das unbenutzt steht und als Rumpelkammer dient. Eine Wohnungskommission nach der anderen stellte fest, daß mir dieser Raum unbedingt und sofort zugeteilt werden müsse. Der Erfolg ist aber gleich null. Es ist nun endlich an der Zeit, diese Posten an Personen zu vergeben, die ihre Arbeit auch tatsächlich erfüllen, so, wie es von ihnen erwartet und verlangt werden kann. Von der Hausbesitzerin bis zum Landessiedlungsamt in Regensburg habe ich alle in Betracht kommenden Stellen mündlich und schriftlich ersucht, die Zusage beschleunigt durchzuführen, doch alles umsonst, so daß, wenn ich nicht zur Selbsthilfe greifen will, mir nur noch der Weg zur Öffentlichkeit übrig bleibt.“



NN 3.8.1948

Gründung eines Wohnungsbau-Zweckverbandes

Der Kreis verlor 2,5 Millionen RM / Aus der Sitzung des Kreistages

Auf der Sitzung des Kreistages Deggendorf am 28. Juli im großen Rathaussaal führte Landrat Heigl aus, daß nach der Währungsreform die Finanzlage des Landes und der Kreise alles andere als gut zu bezeichnen sei und von ihm alles unternommen würde, um die Krise zu überstehen. Aus dem Bericht des Kreisassessors ging hervor, daß der Landkreis Deggendorf rund 2,5 Millionen Reichsmark durch die Währungsreform verloren hat. Nach Abzug einer kleinen aufgewerteten Summe waren Ende des vergangenen Monats 5832 Mark Schulden vorhanden. Vier Wochen nach der Geldumstellung steht dem Kreis nach Abzug der bisherigen Verpflichtungen ein Betrag von 35 000 Deutschen Mark zur Verfügung. Auf den Bericht eingehend, erklärte Stadtrat Krug, daß die Haushaltspläne in Zukunft so festgesetzt werden sollen, daß dem Steuerzahler nicht unnötig Geld herausgepreßt wird. Es wäre unverantwortlich, derartig hohe Beträge in der Kasse liegen zu lassen, die zum Wohle des Kreises und seiner Einwohner hätten verwendet werden können, nun aber wertlos geworden sind.

In einem längeren Referat gab Kreisbaumeister Simperl einen Überblick über die Unterhaltungskosten des 120 km Landstraßennetzes 2. Ordnung. Er wies dabei auf den katastrophalen Zustand der Straßen hin und betonte, daß eine weitere Vernachlässigung nicht mehr zu verantworten sei. Die geforderte Summe von 125 000 Mark zur Ausbesserung der Straßen genehmigte der Kreistag einstimmig.

Über die Beschlußfassung einer Geschäftsordnung entstand eine mehrstündige Debatte. Es

kam zum Ausdruck, daß die Geschäftsordnung erst von den einzelnen Fraktionen besprochen werden muß und dann erst endgültig vom Kreistag verabschiedet werden soll. In diesem Zusammenhang wurde bemängelt, daß der Kreisausschuß zu stark hinter verschlossenen Türen Verhandlungen führt, von denen dem Kreisrat nichts bekannt wird. Es wurde daher beschlossen, zu jeder Kreistagsitzung einen Bericht über die Kreisausschußsitzungen zu geben, damit die Öffentlichkeit über die Verhandlungen unterrichtet ist.

Eine endlose Aussprache setzte über die Gründung eines Zweckverbandes zum Bau von Wohnungen ein. Es wurde betont, daß das Wohnungselend im Landkreis nicht mit Wohnungsbegehren oder Umlegungen, sondern nur durch Neubauten zu beheben ist und darum die Gründung eines Zweckverbandes vorgeschlagen, der es allen Gemeinden ermöglicht, einen Wohnungsneubau durchzuführen. Aus den Debatten kristallisierte sich hervor, daß der Kreistag einstimmig Antrag auf Gründung eines Zweckverbandes zum Bau von Wohnungen stelle und jede Gemeinde verpflichtet ist, diesem Verband beizutreten. Zum Abschluß sprach Landrat Heigl über den Personalabbau im Landratsamt und gab bekannt, daß man höchstwahrscheinlich zu dem Entschluß kommen wird, alle Anstellungen vorsorglich zu kündigen, um eine Auslese von Angestellten vornehmen zu können, die tüchtig und pflichtbewußt arbeiten und mit denen eine einwandfreie Führung der Geschäfte möglich ist.

NN 30.7.1948

Wohnungsbau durch Selbsthilfe

Wohnbauwerk Deggendorf soll entstehen — Geistlicher Rat Dr. Stich als erster Bausparer

„Wenn wir zusammenhalten, dann werden wir durch Selbsthilfe im Wohnraumbau auch weiterkommen. Der eine mit dem Geldbeutel und der andere mit der Arbeitskraft.“ Das waren die Schlußworte von Oberstudiendirektor Maderer auf der Versammlung am 3. Februar im Saal des Gasthofes Goldener Engel, wo die Schaffung eines Wohnbauwerkes der Stadt Deggendorf durch Zwecksparen und Beleihung der Bausparkassen für Bayern zur Diskussion stand. Oberbürgermeister Dr. Leicht erwähnte in seinen einführenden Worten, daß sich diesem neuen Plan die Gewerkschaft, die neue Wohnbaugenossenschaft und auch die Neubürger freudigen Herzens angeschlossen haben. Es sei der einzige Weg, zu neuem Wohnraum zu kommen, da öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Ein Vertreter der Bausparkasse gab einen ausführlichen Überblick über das Bausparen, das in mehreren Städten Bayerns nach der Währungsreform erfolgreich angewandt wurde. Ausführlich behandelte er die einzelnen Sparbeiträge, die monatlich zwischen 30.— und 70.— DM liegen und je nach Größe des Hauses und durch Verzinsung sowie Beleihung der Bausparkasse ein kurzfristiges Bauen möglich machen.

In der Diskussion kam zur Sprache, daß man keinesfalls in Apathie verfallen dürfe, denn ohne neuen Wohnraum bestünde keine Möglichkeiten, das Wohnungselend zu beseitigen. Aus diesem Grund sei jeder Weg zu unterstützen, der aus diesem Elend führt. Man solle nicht nur immer Kritik üben. Wenn die Sparbeiträge für sehr viele hoch bemessen seien, so solle doch ein jeder den guten Willen zeigen.

Der Leiter des Arbeitsamtes, Oberregierungsrat Kircher, sagte, daß nicht nur das Wohnraumproblem anzupacken sei, sondern gleichzeitig mit diesem die Arbeitsbeschaffung. In der nächsten Woche sei die Zahl von 7000 Arbeitslosenunterstützungsempfänger erreicht. Im vergangenen Monat zählte das Arbeitsamt 573 000 DM an diese Unterstützungsempfänger aus. Es gebe noch einen großen Kreis in der Bevölke-

rung, der sich Extravaganzen erlauben könne. Wenn diese Personen guten Willens geewesen wären und sich schon früher des Bausparens bedient hätten, dann wären wir schon mit dem Wohnungsbau weitergekommen. Es gehe aber auf keinen Fall mehr an, daß die einen große Gewinne einstecken und die anderen nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben und dabei hungern. Es werde uns allen in der Zukunft nichts anderes übrig bleiben, als spartanisch zu leben und zu sparen. Die Neubürger seien nun einmal hier und sie würden dableiben. Wir hätten daher die Pflicht, diesen Leuten ein erträgliches Dasein zu bieten. Dazu gehöre auch die Schaffung von Wohnraum. Weiter wurde noch erwähnt, daß man eine Art Jedermanns-Programm auch für den Bausektor aufstellen solle, denn es sei nicht notwendig, Prunkbauten herzustellen. Es dürfe nicht heißen, man müsse so und so viel Mark im Monat sparen, um nach der oder jener Zeit in den Besitz eines Hauses zu gelangen, Sondern richtiger sei es, wenn man sagen könnte: Ich habe 500.— oder 1000.— DM was kann ich damit anfangen? Es sei daher angebracht, daß die Sparkassen ihre Bedingungen so abändern, daß auch Leute mit kleinem Kapital in kurzer Zeit zu einer bescheidenen Wohnung kommen. Geistlicher Rat Dr. Stich unterstrich den Wunsch der Kirche, daß die katastrophalen Wohnungszustände, die der Herd aller Zwistigkeiten seien, verschwinden. Er gehe daher mit gutem Beispiel voran und werde als erster monatlich 40 D-Mark sparen, um zu den bekanntgegebenen Bedingungen ein Haus für 1000 DM zur Verfügung zu stellen. Alle Diskussionsredner waren sich einig, daß etwas erreicht werden kann, wenn alle guten Willens sind und auch durch ihre Arbeitskraft zum Gelingen des Werkes beitragen. Die Bausparkasse für Bayern führt in der kommenden Woche im Rathausaal eine Ausstellung durch, wo jedem Auskunft über die Schaffung von Wohnraum in Deggendorf gegeben wird. ho

NN 5.2.1949

Stadt Deggendorf will Wohnraum schaffen

Maßgebende Persönlichkeiten gründeten ein „Wohnbauwerk“

Um Wohnraum zu schaffen, entschlossen sich Oberbürgermeister Dr. Leicht und die Stadtverwaltung, einen neuen Weg einzuschlagen. In einer Besprechung der maßgebenden Persönlichkeiten der Stadt wurde das „Wohnbauwerk Deggendorf“ gegründet. Den Vorsitz dieses Kuratoriums, dem je ein Vertreter der Stadtratsfraktionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, führt der Oberbürgermeister selbst. In der Gemeindebürgerversammlung am 3. Februar wurde über den Stand der bisherigen Unternehmungen und über die beabsichtigte Organisation der Aktion Aufklärung erteilt. Der Beauftragte der Gemeindebank München, Reger, legte die Möglichkeiten zur Beteiligung an diesem Werk in allen Einzelheiten dar. Es bleibe nicht allein den Baulustigen vorbehalten, durch Abschluß entsprechender Bausparverträge das Werk zu unterstützen. Gerade die Hausbesitzer, die unter der drückenden Überbelegung ihrer Wohnräume viele Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen, hätten Gelegenheit als Förderer das Unternehmen tragen zu helfen. Die Freigabe von Wohnräumen entsprechend den Leistungen, wäre dann ebenfalls möglich. Die Beiträge zu den normal 16½ Jahre laufenden Bausparverträgen betragen pro 1000 DM monatlich 4 DM. Das eigene Kapital, Baumaterial und Hand- und Spanndienste, können in voller Höhe angerechnet werden. In einer z. Z. im Rathaussaal aufgebauten Ausstellung sind Typen bereits aufgeführter Neubauten zu sehen. Dort wird auch jede gewünschte Auskunft erteilt. Als Vertreter der CSU sprach sich der 2. Bürgermeister Nothhaft für das Wohnbauwerk aus. Er begrüße jede Möglichkeit, die Wohnraumnöte wirksam zu bekämpfen. Er selbst werde ebenfalls seinen Teil dazu leisten. Oberbürgermeister Kircher, Vorstand des Arbeitsamtes Deggendorf betonte, daß der derzeitige Arbeits-

markt dringend Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit fordere. An 7000 Unterstützungsempfänger seien in der Zeit vom 26. Dezember bis 25. Januar 573 000 DM ausgezahlt worden. Die Löhne seien den Erhöhungen der Baukosten (100 Prozent) nicht gefolgt. Stadtrat Feige forderte für die Not der Heimatvertriebenen mehr Verständnis. Es sei höchste Zeit, daß die Regierung auch dem Stiefkind Niederbayern ihre Gunst zuwende. Stadtbaumeister Kellner gab einige Durchschnittsberechnungen für Neubaukosten und die Höhe der monatlichen Sparraten bekannt. Die vielgeschmähte Kohlbergsiedlung würde, schon im Hinblick auf die Knappheit der Baugrundstücke, noch Bedeutung gewinnen. Über die neue und besonders billige Bauweise des Messerschmitt-Hauses äußerte sich der Oberbürgermeister anerkennend. Geistlicher Rat Dr. Stich führte u. a. aus: „Wir wollen dafür sorgen, daß alle eine Wohnung bekommen. 50 Prozent aller Zwistigkeiten zwischen Einheimischen und Flüchtlingen haben ihre Ursache in der engen Belegung der Wohnräume. Ich werde ebenfalls meinen Beitrag leisten und als Förderer ein Haus mit einer Sparsumme von 10 000 DM finanzieren. Wir wollen fest zusammenhalten, dann wird auch diese Not gelindert.“ Landtagsabgeordneter Maderer richtete ebenfalls an die Deggendorfer Bürger die Bitte, in der Bekämpfung der Wohnungsnot zusammenzustehen und mit dem Wohnbauwerk zur Selbsthilfe zu greifen. Mit dem Dank an die Versammlung und der Versicherung, seine ganze Kraft dem Gelingen des schwierigen Werkes zu widmen, schloß der Oberbürgermeister die Zusammenkunft. „Am 14. Februar aber“, kündigte er noch an, „wird das Projekt der unteren Isar im Rathaussaal in Deggendorf aus der Taufe gehoben.“ am

PNP 15/1949

1.2 Millionen DM für Wohnungen genehmigt

120 Familien werden die neuen Siedlungshäuser nächstes Jahr beziehen

Die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft beriet am Donnerstag Abend im großen Ratssaal über die Aufnahme von neuen Darlehen zur Finanzierung des Wohnungsbaues im nächsten Jahr. Der Ehrenvorstand, Oberregierungsrat Kircher, würdigte einleitend die Leistungen der Genossenschaft in den letzten 12 Monaten. In dieser Zeit wurden 46 Wohnungen auf dem Baggerfeld geschaffen und zwei weitere Häuser mit zusammen 24 Wohnungen, die ebenfalls noch heuer unter Dach kommen, sind gegenüber dem Baggerfeld begonnen.

Für diese ersten vier Häuser hatte die Generalversammlung bis jetzt 500 000 DM genehmigt; Oberregierungsrat Kircher ersuchte die Versammlung zur Fortführung der gemeinnützigen Wohnungsbauten im Jahre 1950, in dem die Errichtung von weiteren 10 Häusern mit zusammen 120 Wohnungen, ebenfalls gegenüber dem Baggerfeld, geplant ist, die Aufnahme eines neuen Darlehens in einer Gesamthöhe von 1 200 000 DM zu genehmigen. Kircher wies darauf hin, daß für die Sicherung dieses Darlehens auf keinen Fall die früher gebauten unbelasteten Häuser der Genossenschaft herangezogen werden und teilte mit, daß auch dieser hohe Betrag ohne die sogenannten verlorenen Zuschüsse des Staates nicht ausreichte, das für Ende 1950 gesteckte Ziel zu erreichen.

Die Versammlung ermächtigte hierauf einstimmig die Vorstandschaft und den Aufsichtsrat zur Aufnahme des erforderlichen Darlehens in Höhe von 1,2 Millionen DM.

Weiterhin wurde einstimmig beschlossen, in Zukunft den „Dagendorfer Donaubote“ als

Veröffentlichungsorgan der Genossenschaft zu bestimmen.

Im Verlauf der Versammlung beleuchtete Oberregierungsrat Kircher unter anderem die Forderungen, die an einen wirklich sozialen Wohnungsbau gestellt werden müssen. Erst wenn durch Senkung der Baustoffpreise und der Zinsen der staatlichen Darlehen Wohnungen für Monatsmieten von 20—25 DM vergeben werden können, dann erst ist der Wohnungsbau wirklich sozial.

Bürgermeister Nothhaft bemerkte in diesem Zusammenhang, daß zwar die Mieten in den Neubauten zur Zeit nicht für jeden Wohnungssuchenden tragbar seien, daß aber doch durch die Initiative der Genossenschaft der Wohnungsbau dauernd aufgelockert werde und so auch für mindebemittelte Familien die Möglichkeit besteht, in einer der freiwerdenden Wohnungen eine anständige menschenswürdige Unterkunft zu finden.

Abschließend stellte der Ehrenvorstand fest, daß es nur durch eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit von Stadt, Genossenschaft, Baufirmen und Gewerbetreibenden möglich war, in den letzten schweren 12 Monaten so schöne Erfolge zu erzielen.

Er appellierte an das Gemeinschaftsgefühl der Mitglieder, aus dem heraus allein der Genossenschaftsgeist, ohne den die gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft nicht bestehen kann, erwächst und gefestigt wird.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Späni, dankte Kircher für seine bisherige wertvolle Genossenschaftsarbeit und schloß die Hauptversammlung.

DD 41/1949

Deggendorfs „Amt der Tränen“

Ein Besuch beim städtischen Wohnungsamt — 800 Wohnungsuchende

Es wird nichts Neues damit gesagt, daß durch die Überbevölkerung das Wohnraumproblem mit eines der größten Sorgenkinder der Stadt ist. Dieses Elend zerrt nun schon mehrere Jahre an den Nerven der oft menschenunwürdig untergebrachten Personen, aber auch der Verantwortlichen des Wohnungsamtes.

Ein Blick in die Statistik des Städtischen Wohnungsamtes zeigt, daß die Stadt 3 650 Wohnungen mit 10 010 Wohnräumen hat, in denen 16 600 Personen leben. Auf jedes Zimmer entfallen also 1,6 Personen. Weiter wird ausgewiesen, daß es sich bei einem großen Teil der registrierten Wohnräume nicht um menschenwürdige Zimmer handelt, sondern um Abstellräume, die früher gewerblichen Zwecken dienten. Sie mußten damals beim Anschwellen des Flüchtlingsstromes belegt werden, in der Hoffnung, daß es nur vorübergehend geschehen müsse.

„Was würden Sie tun“, fragte uns der Leiter des Wohnungsamtes. „wenn Sie 600 Mark Schulden haben, davon 200 Mark sofort bezahlen müssen, jedoch über keinen Pfennig verfügen?“ Diese Frage ist verhänglich und nicht so schnell zu beantworten. „Sehen Sie, so geht es uns. Wir müssen für 600 Familien Wohnung beschaffen, davon sind 200 vordringlichste Fälle zur Behebung des Wohnungseldes und zur Verfügung steht uns kein einziges Zimmer, es sei denn, daß die noch 16 beschlagnahmten Häuser und der halbe Wohnblock in der Hindenburgstraße freigegeben werden.“

Nach all dem, was wir beim Wohnungsamt erfahren mußten, steht man vor unlöslichen Aufgaben, sofern nicht neuer Wohnraum durch eine große Zahl Neubauten erstet. In 80 gewerblichen Räumen leben noch Familien. Die Handwerker müssen aber wieder arbeiten und infolgedessen die Räume freigemacht werden. Aber das sind nicht die einzigen Sorgen und Schwierigkeiten, mit denen sich das Wohnungsamt herumschlägt. Da ist zum Beispiel ein Kriegsblinder mit seiner Familie, der innerhalb 24 Stunden untergebracht werden muß. An der Peripherie der Stadt ist noch ein neun qm-Kämmerlein frei, doch es liegt im zweiten Stock und ist über eine Treppe zu erreichen, die ein Gesunder nicht ganz ohne Gefahr erklimmen kann. Unmöglich, dem

Kriegsblinden das Zimmer zuzuweisen. Der nächste Fall ist ein Mann, der mit seinem Bruder in einem acht-qm-Abstellraum haust, in dem beide an Gelenk-Rheumatismus erkrankten. An den Wänden läuft das Wasser herunter, Schuhe und Bekleidung schimmeln. Es bleibt nichts weiter übrig als den Mann zu vertrösten. „Wielange noch?“ ist seine Frage. Weinend tritt eine etwa 30jährige Frau ein. Seit zehn Monaten ist sie von ihrem Mann geschieden. Noch lebt sie mit ihm zusammen. Ein unmöglicher Zustand. In Tränen ausbrechend, bittet sie, den Mann doch endlich zwangsweise umzuquartieren. Sie halte sonst das Leben nicht mehr aus. Schüchtern fragt eine Frau an, wann sie nun endlich mit einem größeren Zimmer rechnen könne, denn mit sieben Personen lebe sie in einem zehn qm großen Raume. Der Fall ist längst bekannt, doch auch hier kann nicht geholfen werden. Auch sie bricht in Tränen aus, denn wie sie sagt, hält sie diesen Zustand nicht mehr länger aus. So geht es weiter. Dort hausen tuberkulose Eltern mit Kindern in einem kleinen Raum zusammen. Endlos könnte man dieses Elendsregister fortsetzen. Wer nur einige Stunden in diesem Amt gewesen ist, wird nie begreifen, daß es immer noch einzelne eigensüchtige Menschen gibt, die sich mit allen oft unerlaubten Mitteln einer ordnungsgemäßen Wohnraumbewirtschaftung zu Gunsten dieser Armsten entziehen.

Von Zwangseinweisungen sieht das Wohnungsamt grundsätzlich ab, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß derartige Maßnahmen für Mieter und Vermieter nur zu Unverträglichkeiten führen, die das Leben unnötig schwer machen. Bei den ab und zu auftretenden Fällen, daß durch Wegzug oder Todesfall eine Wohnung frei wird, entscheidet über den zu vergebenden Raum das Wohnungsamt nicht mehr allein. Beratend wird der Wohnungsausschuß der Stadt eingeschaltet und danach verfahren.

Nachdem wir uns für ein paar Stunden den Jammer der Wohnungsuchenden mit anhörten, wurde bei jedem Fall deutlicher, daß einzig allein durch Bauen geholfen werden kann. Diese Forderung wird für jeden zur Pflicht, in dessen Macht es steht, den Wohnungsbauf zu unterstützen.

NN 34/1949

Die „Gemeinnützigen“ in der Graflingerstraße

Wohnbaugenossenschaft verhindert Wohnungsbau

Vor etwa acht Wochen hatten Vorstand und Aufsichtsrat der „Gemeinnützigen“ Wohnbaugenossenschaft in gemeinsamer Sitzung beschlossen, sieben Dachgeschoßwohnungen der genossenschaftlichen Häuser an der Graflinger Straße auszubauen. Da von einzelnen Mitgliedern gegen diesen Ausbau Sturm gelaufen wurde, hatten wir in einem Artikel „Die Stadtväter haben Sorgen“ unter anderem darauf hingewiesen, daß dieser schöne Plan aus eigennützigen Gründen gefährdet scheine, weil mancher „Betroffene“ nicht auf ein Stückchen Speicherraum verzichten wolle. Damals hat unsere Redaktion einen Brief von einem Vorstandsmitglied der Genossenschaft bekommen, in dem, keineswegs auf die in dem Bericht vermerkte Tatsache eingehend, eine Berichtigung gefordert und der Verfasser des Artikels unsachlicher Berichterstattung bezichtigt wurde. Nun, die Mitglieder der Genossenschaft haben diese angeblich falsche Bemerkung jetzt selbst mit 102 gegen 4 Stimmen bestätigt. Mit diesem Stimmenverhältnis wurde nämlich jüngst beschlossen, daß der Ausbau der Dachgeschoßwohnungen zu unterbleiben habe.

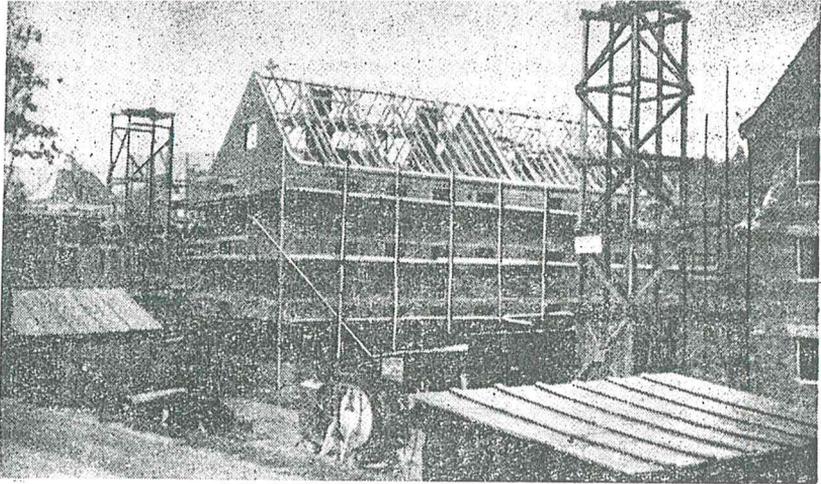
Die Begründung dieses skandalösen Beschlusses wird wohl von niemandem, außer den Beschließenden selbst, recht verstanden werden. Man sprach von mangelnden Kellerräumen, störendem Kindergeschrei und unmöglicher Speicherverrückung. Und das in einer Zeit, wo noch in zahllosen Elendsquartieren schreiende Kinder und tröstlose Erwachsene mehrerer Familien in einem Raume hausen müssen! Außerdem ist in jedem Hause ein „Luftschutzkeller“, der eben jetzt der „Dachgeschoßwohnungskeller“ werden könnte. Der wesentliche Einwurf jener, die da für sieben Familien guten Wohnraum zu schaffen ablehnten, war jedoch der, daß doch die Bürger in den alten Stadthäusern mit dem Ausbau ihrer Speicher vorbildlich vorangehen sollten. Nun müßte man aber annehmen, daß gerade, wenn es sich um soziale Probleme handelt, jene Genossenschaften, die sich sozialer

Ziele und Anschauungen rühmen, mit der Tat Pionierarbeit leisten sollten, und so dem „eigennützigen“ Anderen zeigen müßten, wie man sozial handelt. Man kann nicht einen andern aneifernd zu etwas bekehren, wenn man es selbst nicht tut, sondern darauf wartet, daß es der andere vielleicht aus einer plötzlichen Erkenntnis der falschen eigenen Untätigkeit tue. Abgesehen von dieser sozialen Rabulistik aber ist auch die andere Forderung, man solle nicht Dachgeschosse ausbauen, sondern neue Häuser schaffen, in unserer geldarmen Zeit ein wenig abseitig. Die Rechnung ist einfach! Die sieben Dachgeschoßwohnungen — mit je zwei Zimmern und Küche 51 qm Wohnfläche umfassend — würden etwa 48 000 DM kosten. Ein Haus, mit sieben Wohnungen im gleichen Ausmaße kostet etwa 105 000 DM. Der Ausbau von Dachgeschoßwohnungen braucht weder eine Neuanlage der Be- und Entwässerung, das Dach und die Keller sind schon da, der Straßenbau ist durchgeführt, die Lichtanschlüsse und noch vieles andere, was bei einem Neubau erst geschaffen werden muß, sind vorhanden.

Aber nicht nur die sorgenvollen Stadtväter und die sorgenvolleren Wohnungslosen werden diesen Beschluß nicht verstehen, auch die Arbeitslosen können sich nicht erklären, wieso man es heute verantworten kann, daß etwa 24 Arbeitern hundert Arbeitstage vorenthalten werden! Und das in einem Falle, wo man rasch und ohne viele Vorbereitungen hätte Arbeit schaffen können! Und auch das ist ein Grund, warum an dem sozialen Gewissen der Beschlußfassenden gewisse Zweifel aufkeimten, wie wir heute als sachliche und wahrheitsgetreue Chronisten festzustellen haben, nachdem wir in diesen Tagen zahlreiche ähnliche Meinungen von Flüchtlingen und Arbeitern gehört haben, als bekannt wurde, daß und mit welchen windigen egoistischen Begründungen dieser so dringend notwendige Bau von sieben Wohnungen abgelehnt wurde.

-osy-

NN 23.9.1948

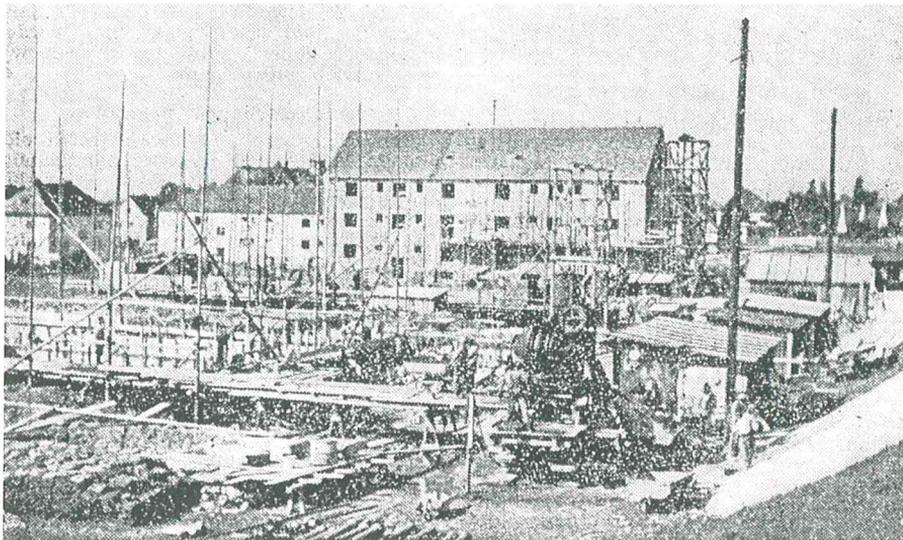


Richtfest und neue Bauten auf dem Baggerfeld

Die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft feiert heute das Richtfest ihres zweiten Zwölffamilienwohnhauses auf dem Baggerfeld. Auch in diesem Gebäude bestehen die einzelnen 45 Quadratmeter großen Wohnungen wie bei einem bereits am 1. Oktober bezugsfähigen Bau, aus zwei Zimmern und Küche. Der Mietpreis wird etwa 39 DM betragen. Für je sechs Familien ist außerdem ein Bad vorgesehen. Neben diesen beiden großen Bauten entsteht noch ein weiteres Zwölffamilienwohnhaus sowie ein Zehnfamilienwohnhaus für Postangestellte auf demselben Baugrund. Diese Gebäude erhalten in den nächsten Wochen ihren Dachstuhl. Die Planbearbeitungen und die Oberleitung dieser im Zuge von Notstandsarbeiten durchgeführten Bauvorhaben liegt in den bewährten Händen des Stadtbauamtes, die Beton-, Maurer- und Zimmermannsarbeiten

führen die Baufirmen Luber, Nunner Reinhardt und Schaffer mit 300 vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitslosen durch. Nur dem ganz besonderen Einsatz aller Beteiligten ist es zu verdanken, daß bis jetzt sämtliche vorgeplanten Herstellungstermine eingehalten werden konnten. Am heutigen Richtfest werden außer der Vorstandschaft und dem Aufsichtsrat der Wohnbaugenossenschaft als Bauherr, voraussichtlich Vertreter der Regierung von Niederbayern, des Landesarbeitsamtes und der Stadt teilnehmen. Das große Bauprogramm unserer Stadt zur Verbesserung der Wohnungslage wird in etwa 14 Tagen mit dem Bau von zwei weiteren Zwölffamilienwohnblocks auf dem Gelände zwischen der Straßengabelung der Mietrachinger- und Tannbergstraße eine begrüßenswerte Fortsetzung finden.

DD 8/1949



70 Wohnungen werden zur Zeit am Baggerfeld gebaut

PNP 98/1949



Stattlich stehen die neuen Wohnhäuser am Baggerfeld

DZ 133/1949

Drei Zwölf-Familien-Wohnhäuser auf dem Baggerfeld

Gesamtbaukosten für ein Haus einschl. Nebenanlagen und Grunderwerb: 112 700,— DM; umbauter Raum: 2415 Kubikmeter; Kosten je Kubikmeter: 45,— DM; Wohnfläche je Wohnung: 43,63 Quadratmeter; durchschnittliche Miete: 39,30 DM monatlich.

In der letzten Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Genossenschaft wurden Pläne und Bilder der bisher neu erbauten Häuser gezeigt. Die Unterlagen wurden für eine Ausstellung der Obersten Baubehörde angefertigt, um als Vorlage auch für andere Wohnungsbauten zu dienen. Die Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft kann mit Befriedigung auf die bisher geleistete Arbeit zur Behebung der großen Wohnungsnot zurückblicken; die Vorstandschaft wird auch weiterhin bemüht sein, an der Lösung des Wohnungsproblems aktiv zu arbeiten.

DD 36/1949

Hengersberg. Wohnbaracke vor ihrer Vollendung. Nach mehrwöchiger Arbeit ist in Hengersberg die aus dem Lager Natternberg erworbene Wohnbaracke fertiggestellt worden. In sonniger Lage im Ohetal, ist eine Heimstätte geschaffen worden, die Raum für acht Familien bietet. Die mit Ziegelsteinen durchgeführte Untermauerung, welche für hinreichende Kellerräume Platz bietet, die wetterfeste Herrichtung von Türen und Fenstern, die solide Bedachung und die elektrische Beleuchtung erhöhen die wohnliche Ausstattung dieses Behelfheimes wesentlich gegenüber dem ursprünglichen Zustand. Vorgärten geben den neuen Bewohnern Möglichkeit zum Gemüseanbau. Die Baracke enthält zwei Wohnräume zu je drei und sechs Wohnungen zu je zwei Räumen. Der erste Bewerber war der am Aufbau mitbeschäftigte Zimmermann Spindler, ein Beweis dafür, „daß der Meister sein Werk“ lobt.

Der Deggendorfer 11.1.1949

Stadt übernimmt Wohnungsbau-Genossenschafts-Beitrag für Flüchtlinge!

Zum Bau des 24-Familien-Flüchtlingswohnhauses

In einer Sitzung des Aufsichtsrates und Vorstandes der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Genossenschaft G.m.b.H. mit Vertretern des Stadtrates wurden im Zusammenhang mit der Debatte in der Stadtratssitzung vom 25. Mai über den Bau eines 24-Familien-Wohnhauses für Flüchtlinge über eine Reihe von Fragen und Wünsche des Stadtrates entschieden, die der Stadtrat folgendermaßen formulierte:

„1. Ob und unter welchen Voraussetzungen die Bewohner der Elendsquartiere auf der Festwiese in Wohnungen der Neubauten der Wohnungsbau-Genossenschaft übernommen werden können.“

„2. Inwieweit die Genossenschaft bereit ist, von der Erfüllung der Bedingung zur Zahlung des Genossenschaftsbeitrages von 100.— DM bei den gegebenen tatsächlichen Notstandsfällen abzusehen bzw. auf welchem Wege eine beiden Teilen gerechtwerdende Lösung der Aufbringung des Genossenschaftsanteiles gefunden werden kann.“

„3. Klärung der außerordentlich wichtigen Frage des Arbeitseinsatzes der bereits vorhandenen 90 arbeitsfähigen Fürsorgeempfänger im Benehmen mit Herrn Oberregierungsrat Kircher.“

Die Versammlung formulierte dazu die folgenden Beschlüsse:

„1. Der Aufsichtsrat und Vorstand der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Genossenschaft G.m.b.H. sind bereit, das Haus für 24 Flüchtlingsfamilien als Ersatz für den Ausfall der Wohnungen in der „Neuen Kaserne“ unter der Voraussetzung zu erbauen, daß das Wohnungsamt dem Vorstand der Genossenschaft eine Liste von mindestens 50 Bewerbern überreicht, aus der die Namen der in Frage kommenden Mitglieder ersichtlich sind. Stadtrat und Vorstand der G.m.b.H. stellen

nach Ueberprüfung der Liste durch den Vorstand gemeinsam die Mieter fest, die für diese Wohnungen in Frage kommen.“

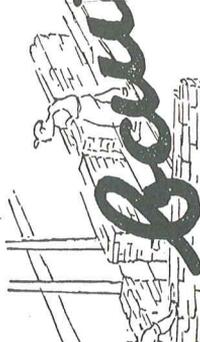
„2. Eine Minderung oder ein Erlaß des Geschäftsanteiles ist auf Grund des Genossenschaftsgesetzes und der Satzungen der Gem. Wohnungsbau-Genossenschaft unzulässig. Bezüglich der Entrichtung der Genossenschaftsanteile für die 24 in Frage kommenden neuen Genossenschaftsmitglieder sind der Aufsichtsrat und der Vorstand mit der Bezahlung des Genossenschaftsanteiles durch den Stadtrat unter der Voraussetzung einverstanden, daß der von der Genossenschaft an die Stadt zu zahlende Kaufpreis für den Baugrund (von 30.— DM pro Dezimal) aufgerechnet wird und der Stadtrat den verbleibenden Differenzbetrag auf den Grundstückskaufpreis des geplanten 18-Familien-Wohnhauses für Staatsbeamte aufrechnet. — (Die vom Stadtrat abgeordnete Kommission hat sich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtratsplenums einverstanden erklärt, daß die Flüchtlinge, die ihnen auf diese Art von der Stadt vorgeschossenen Genossenschaftsbeiträge in kleinen Raten an die Stadt zurückzahlen können.)“

„3. Oberregierungsrat Kircher gab die Auskunft, daß die 90 arbeitsfähigen Fürsorgeunterstützungsempfänger der Stadt bei der Durchführung der Notstandsmaßnahmen zur Erbauung von 120 Wohnungen nur dann zugewiesen werden könnten, wenn der Stadtrat pro Arbeitslosentagwerk einen Betrag von 10.— DM an die Genossenschaft entrichtet, da die Arbeitsverwaltung ebenfalls pro Arbeitslosentagwerk einen Zuschuß von 10.— DM gewährt und diese Beträge bereits in den Finanzierungsplan der Bauten der Genossenschaft miteingerechnet sind.“

DD 61/1950



Deggendorf



Übersicht über die Bautätigkeit der Stadt Deggendorf von 1945-1950

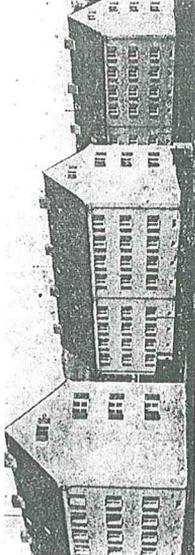
Das Jahr 1945 hinterließ der Stadt Deggendorf 11 Totalkriegsschäden und die zerstörte Straßen- und Eisenbahntrasse über die Donau. Die Bautätigkeit war erloschen und beschränkte sich auf die Ausbesserung und Überwindung der Mauerreste. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs wurde noch im Jahre 1945 die Brücke über den Hammerbach neu erbaut. Die Ringstraße wurde im Jahre 1946 mit einem Kostenaufwand von 80 000 RM ausgebaut. Einem privaten Bauherrn setzte man wieder ein, doch wurde der Bau durch den Kriegsschaden unterbrochen und Ausbesserung der Grobfriener Straße und Ausbesserung von kleineren Kriegsschäden in den verschiedenen Wohnhäusern der Stadt. Im Jahre 1947 wurde das Wohnhaus der Moos in der Bahnhofstraße wieder begonnen. Die Bebauung des Mittelalters wird durch den Kriegsschaden in der Moos und Fußsauerms Deggendorfer Straße im Jahre 1947 im Zeichen behördlicher Bauaufsicht durch den Zustrom von Ausgewiesenen aus Schlesien und dem Sudetenland wurden die Versorgungsanlagen der Stadt bald unzulänglich. Die Moos wurde im Jahre 1948 wieder in Betrieb genommen. Die Stadt ging deshalb daran, neue Quellen auf dem Freiberg in der Nähe der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Das Jahr 1949 brachte das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Um diesem Dilemma entgegenzutreten, hat die Stadt Deggendorf im Jahre 1949 einen Bauprogramm beschlossen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In der überbevölkerten Stadt sind 10 Elendquartiere vorhanden. Dieser Zustand ist nicht nur ein Ärgernis für die Bevölkerung, sondern auch ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, diese Quartiere zu beseitigen und durch neue Wohnungen zu ersetzen. Die Kosten für diesen Bauprogramm werden auf 10 Millionen DM geschätzt.

Die Stadt Deggendorf unterstützt diese Bauprogramm durch die Bereitstellung von Darlehen und die Erleichterung der Baugenehmigungen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Kosten für die Bauprogramm zu übernehmen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Kosten für die Bauprogramm zu übernehmen.



Neubauten der Wohnbaukommune am Baierfeld

Der Bauprogramm des Jahres 1950 stand unter dem Zeichen der Baumaßnahmen der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft e. G. m. b. H. Familien-Wohnhäuser im Baierfeld wurden errichtet. Die Kosten für diese Bauprogramm betragen 42 Millionen DM. Die Bauprogramm wurde durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Der Bauprogramm des Jahres 1950 stand unter dem Zeichen der Baumaßnahmen der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft e. G. m. b. H. Familien-Wohnhäuser im Baierfeld wurden errichtet. Die Kosten für diese Bauprogramm betragen 42 Millionen DM. Die Bauprogramm wurde durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Stadt Deggendorf unterstützt diese Bauprogramm durch die Bereitstellung von Darlehen und die Erleichterung der Baugenehmigungen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Kosten für die Bauprogramm zu übernehmen. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Kosten für die Bauprogramm zu übernehmen.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Die Bautätigkeit dieses Jahres ist der privaten Bautätigkeit, die durch die Moos durch die Fa. Dorn hervorgerufen wurde. Die ersten Häuser dieses Jahres wurden durch die Moos in der Russel mit einem Kostenaufwand von 70 000 RM zu erschließen. Die Moos wurde durch den Einbau von zwei Pumpen beim Stadtwerk die Wasserversorgung sichergestellt.

Läden geschaffen. Die Statistik gibt darüber folgenden Aufschluß:

1948	6
1949	15
Bis Juli 1950	15

Bis Juli 1950 eröffnete das Kaufhaus *Fater* wieder sein Geschäft. Am alten Platz *Walter* wurde auch das kriegerisierste Wohnhaus der *Heinrich* (nummerierter Eigentümer: Xaver Heininger) wieder neu erbaut. Somit sind bis auf eine Lücke zwischen *Krauth* und *Schlößbrauerei Moos* alle Kriegsschäden wieder bebaut.

Die Baugenehmigungen durch Neubauten, Umbauten und Ausbesserungen sind in den letzten Jahren zu verzeichnen:

1945	2 Wohnungen
1946	21
1947	62
1948	62
Bis Juli 1950	320
Bis Juli 1950	ca. 170

An Baugenehmigungen wurden in den letzten Jahren erteilt:

1948	84 Baugenehmigungen
1949	105
Bis Juli 1950	91

Sorgen und Nöte der Stadt Deggendorf

Wie jede Stadt hat auch Deggendorf seine Sorgen. Die Stadtverwaltung hat die schnelle Erweiterung der Stadt (1939) durch die Errichtung von 17 000 Einwohnern und ihre Privaturteile unzulänglich geworden. In erster Linie wird an den Neubau eines Schlachthofes gedacht. Durch die Währungsreformen (1923 und 1948) wurden die Schlachthöfe in Deggendorf als Schlachthöfe zumachen. Der Neubau eines Schlachthofes, zumal damit immer wieder in Anspruch genommen, obwohl für die Errichtung ein dringendes Bedürfnis besteht. Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf 1 200 000 DM.

Die Kanalisation der Stadt ist schon seit Jahren ein Problem für die Stadtverwaltung. Hier sind Mittel im Höhe von 1 500 000 DM erforderlich, die aber etwas weniger als die Mittel für den Schlachthofneubau von der Stadt aufgebracht werden können. Bei den Straßen ist z. Zt. als dringendste Anforderung die Errichtung einer einheitlichen Kanalisation zu sehen. Die Kosten hierfür betragen ca. 90 000 DM. Leider kann auch dieses Projekt nicht durchgeführt werden, da die notwendigen Mittel hierfür fehlen.

13. Kohlberg-Siedlung: Eine Parkstadt bei Deggendorf

Eine Parkstadt soll bei Deggendorf erstehen

Heimatvertriebene bekunden ihren Willen zu aktiver Mithilfe

Deggendorf. Die seit einigen Wochen bereits inoffiziell lebhaft debattierte Frage des Deggendorfer Siedlungsprojektes am Kohlberg wurde im Rahmen einer Versammlung des Neubürgerbundes am 15. September im überfüllten Ratssaal erstmalig öffentlich erörtert. Deggendorfs 1. Bürgermeister, Dr. Leicht, entwarf zunächst in groben Umrissen ein Bild von der Art des geplanten Vorhabens und dem augenblicklichen Stand seiner Verwirklichung. Eingangs betonte Dr. Leicht, daß er die Linderung der Wohnraumnot als das gegenwärtig brennendste Problem betrachte und sich daher dem Vorschlag des Neubürgerbundes nicht verschlossen habe, endlich den schon lange gehegten Wunsch nach einer größeren Siedlung durch tatkräftige Unterstützung erfüllen zu helfen. Das auserlesene Gelände biete in bautechnischer, hygienischer und ästhetischer Hinsicht mehrfache Vorteile: weichen Lehmboden, wunderschönen Naturwald und eine ergiebige Quelle, die jedoch nicht zur Trinkwasserversorgung, sondern zu Bade- und Verschönerungszwecken dienen soll. Ferner sei bereits die Errichtung eines Gasthofes sowie mehrerer bedarfs wichtiger Geschäfte vorgesehen. Das Finanzierungsprinzip sei im Einvernehmen mit der Gemeinnützigen Baugenossenschaft und der Baumaterialienfirma Rauh GmbH, Osterhofen bereits festgelegt. Es gründe sich auf ein großzügiges Bausparsystem, das die sofortige Bereitstellung des notwendigen Materials für jede der vorgesehenen Häusertypen ermögliche. Wie Dr. Leicht der sichtlich ungläubigen Zuhörerschaft wiederholt versicherte, könne das erste Haus, sobald der Keller ausgehoben sei, im Laufe von vier Wochen aufgebaut werden. Zunächst sei jedoch erforderlich, daß durch tatkräftige Mithilfe aller Interessenten die Grabenarbeiten für die Wasserleitung abgeschlossen würden. Der Baugrund der zukünftigen „Parkstadt“, bis jetzt in 45 Parzellen zu je 800 qm aufgeteilt, könne zur Hälfte Einheimischen, zur Hälfte Heimatvertriebenen pachtweise überlassen werden. Nur auf diese Weise, so meinte Dr. Leicht, sei die Voraussetzung für eine wirkliche Einbürgerung der „Neubürger“ gewährleistet. Bedingung bleibe jedoch, daß die Flüchtlinge durch den Gedanken an ihre Rück-

kehr nicht schon von Anfang an das Vorhaben als Provisorium stempeln. Anschließend sprach als Vertreter der Fa. Rauh GmbH, Geschäftsführer Plattner, und verließ der Hoffnung Ausdruck, daß mit Hilfe des guten Willens und mit dem Elan der Anfangsschwungkraft die Siedlung noch in diesem Winter zum Großteil erstehen werde. Ein Aktionsausschuß unter der fachlichen Anleitung Stadtrates Architekt Asenbaum werde sofort mit den nötigen Vorarbeiten beginnen und vor allem den Interessenten beratend zur Seite stehen. Oskar Müller, der 1. Vorsitzende der Ortsvereinigung Deggendorf des NBB, nahm ebenfalls zu dem Projekt ausführlich Stellung: „Unser Initiativvertrag zum Bau einer Siedlung war die nüchterne Konsequenz aller der Tragödien, die sich bisher in Deggendorf auf dem Gebiete des Wohnraums abgespielt haben.“ Erst vor wenigen Stunden, so führte Müller weiter aus, habe er davon Kenntnis erhalten, daß eine Flüchtlingsfamilie seit einem Jahr in einer Wohnung zu leben gezwungen sei, die nach der fachmännischen Feststellung mehrerer Kommissionen täglich einstürzen könne. Demgegenüber seien Fälle bekannt, daß freierwerdende Räume ohne Wissen des Wohnungsamtes von Einheimischen belegt werden. Wenn auch verständlich sei, daß für die erste Etappe zunächst nur die finanzkräftigen Kreise der einheimischen Bevölkerung als erfolgreiche Bausparer für die Siedlung in Frage kommen können, so müsse doch zumindest die Forderung erhoben werden, daß der durch den Umzug in die Siedlung freierwerdende Wohnraum ausschließlich den In-sassen der zahlreichen Flüchtlingselendsquartiere vorbehalten bleibe. Eingehend auf die Worte Dr. Leichts betonte Müller, daß kein Heimatvertriebener mit ehrlichem Gewissen das Versprechen auf Verzicht einer eventuellen Rückkehr abgeben könnte. „Die Sehnsucht“, rief Müller aus, „gehört unserer Heimat, sie mag heute aussehen, wie immer sie will!“ Nicht Illusionen wolle er wachrufen, sondern lediglich eine prinzipielle Feststellung treffen. Erster Bürgermeister Dr. Leicht erwiderte, daß er diese Haltung verstehe, denn auch er liebe seine Heimat. „Gebe Gott, Ihr Wunsch gehe bald in Erfüllung!“ eg

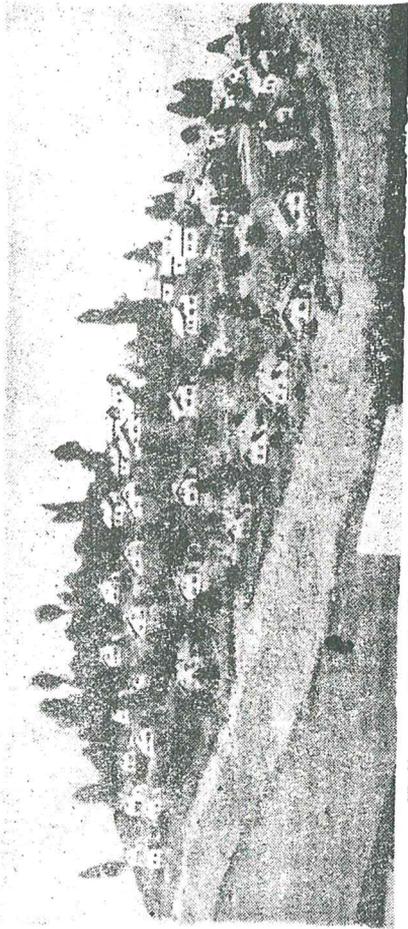
PNP 77/1948

Projekt Kohlberg-Siedlung

Ein Plan gegen die katastroph. Wohnungsnot

In einer vom Neubürgerbund Deggendorf einberufenen Versammlung im Rathausssaal wurde am Mittwoch das von den Neubürgern der Stadt vorgeschlagene Siedlungsprojekt am Kohlberg der Öffentlichkeit eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Leicht eröffnete die Versammlung mit einer längeren volkstümlichen Ansprache, wobei er die außerordentlichen Wohnungsnot in Deggendorf und die Beweggründe, die zu dem Projekt geführt haben, schilderte. Auf dem Buschwaldgelände am Kohlberg, das Eigentum der Katharinenstiftung ist, soll eine Waldsiedlung von rund 90 Häusern entstehen, die nicht an das Schema des von Architekt Fontani ausgearbeiteten Modelle gebunden ist, sondern den einzelnen Wünschen weitestgehend Rechnung trägt. Ein- und Zweifamilienhäuser in der Trockenbauweise der Firma Rauh (Osterhofen) die mit zwei bis drei Zimmern und einer Wohnküche ausgestattet und soweit als möglich mit Einbaumöbeln versehen sind, sollen entstehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß den Kindern Licht, Luft und Sonne in einer ansprechenden Umgebung gegeben wird. Der Oberbürgermeister schloß sich der Ansicht der Neubürger an, hier nicht nur eine Neubürgersiedlung entstehen zu lassen, sondern daß sich auch Einheimische daran beteiligen können, weil die Grundforderung sei, Wohnraum unter allen Umständen zu gewinnen. Im Rahmen einer gemeinnützigen Bau-genossenschaft könne sich jeder bauen und ein Zwei- oder Einfamilienhaus eine Wohnung oder zunächst nur ein Zimmer errichten, das nach einem längeren Zeitraum zur ganzen Wohnung ausgebaut werde, je nachdem es die Mittel des betreffenden erlauben. Eine Kommission von Sachverständigen habe mit dem Oberbürgermeister in Osterhofen ein in der vorgesehenen Bauweise errichtetes Haus besichtigt und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß mit dieser Bauweise, die innerhalb von 4 Wochen die bezugsfertige Errichtung eines solchen Hauses gestattet, der einzig mögliche und richtige Weg gegeben ist um innerhalb kürzester Frist dem leidigen Wohnungsproblem wirksam zu begegnen.

Ein Vertreter der Firma Rauh, die das Baumaterial unter Verwendung von Hochofenschlacke herstellt, ergänzte diese Ausführungen und betonte, daß die Erstellung des gesamten



Hoffnung für 50 Familien — das Kohlberg-Siedlungsprojekt

Unser Bild zeigt das Modell des Bauvorhabens, das die Stadt Deggendorf zusammen mit dem Neubürgerbund ausführen will. Aufnahme: Stroiz

Projektes noch in diesem Jahre ausgeführt werden könne. Zur näheren Information aller Interessenten werde eine Auskunftsstelle in Deggendorf errichtet.

Der Vorsitzende des Neubürgerbundes, Oskar Müller, führte aus, daß das fürchterliche Elend in den Kreisen der Flüchtlinge Anlaß zu diesem Initiativantrag der Neubürger gewesen sei, durch dessen Verwirklichung der Wohnraum in Deggendorf aufgelockert werden sollte. Wenn früher schon mehr Verständnis für diese Lage bei den amtlichen Stellen Deggendorfs vorhanden gewesen wäre, hätte sich schon manches ändern können. Noch vor 48 Stunden habe er seinen Bericht erhalten, daß in einer einzunurigen Neubürgerwohnung in der Stadt die Decke kurz vor dem Einsturz stehe. Die Nachprüfung habe die Richtigkeit ergeben, aber das Wohnungsamt verfüge tatsächlich über keinen Raum mehr, wo die gefährdeten Wohnungsinhaber untergebracht werden könnten. Dieser Fall beleuchte am unmißverständlichsten, daß nunmehr unverzüglich etwas unternommen werden müsse, was wirklich wirksam sei. Auch er vertrete den Standpunkt, es sei für den ersten Bauabschnitt von 23 Häusern gleichgültig, wer dort

baue, wenn nur überhaupt gebaut werde. Jeder dadurch freierwerdende Wohnraum müsse jedoch dann den Neubürgern zur Verfügung stehen. Der zweite Bauabschnitt solle aber den Neubürgern allein vorbehalten bleiben. Wenn diese es verstünden, die aus dem Lastenausgleich zu erwartenden Zertifikate zusammenzuhalten und sie sich nicht vom Kapital abgaunern zu lassen, seien die Neubürger wirtschaftlich in der Lage auf einer genossenschaftlichen Basis den Rest dieser Siedlung zu erstellen. Um eines bitte er die Stadt, wenn irgend möglich den Neubürgern den Baugrund geschenkweise zu überlassen. Oberbürgermeister versprach in dieser Hinsicht zu tun, was in seinen Kräften stehe und schloß die überfüllte Versammlung mit einem Dank an Stadtrat Feige, den Initiator des Planes. —khe—

Kohlberg-Siedlungsprojekt nicht begraben

Deggendorfer Stadtrat tagte — Stadt fordert VD-Hospital zurück

Deggendorf, Oberbürgermeister D. Leicht gab in der ersten Stadtratssitzung dieses Jahres am 19. Januar die Abrechnung über den Festakt der Wiederverleihung der Kreisunmittelbarkeit an die Stadt mit einem Ausgabenposten von 561,53 DM bekannt. — Die technischen Unzulänglichkeiten der Stadtwerte, die wiederholt Ursache zu Stromabschaltungen wegen Überlastung waren, sind den beteiligten Stellen zur Genüge bekannt. Ein vom Werksausschuß eingeholter, auf die Modernisierung hinzielender Kostenvoranschlag lautet auf 200 000 DM. Die Stadtverwaltung hält es für erforderlich, sich vor dem Entschluß zu einer derart kostspieligen Reparatur durch ein neutrales Gutachten über die Art der Umbauten unterrichten zu lassen. Es wurde daher vereinbart, zu dem von Dipl.-Ing. Krämer vorliegenden Angebot auf Ausarbeitung eines derartigen Gutachtens noch weitere neutrale Fachleute zu hören.

Zur Neubildung des aus einem Vorsitzenden und acht Mitgliedern bestehenden Vorstandes des Zweckverbandes der Stadt- und Kreissparkasse Deggendorf-Hengersberg wurden folgende Stadträte vorgeschlagen: Aschenbrenner (Ersatzmann: Dr. Huber), Nothhaft (Schröder), Schubert (Kühr), Stelzl (Brebeck). Die für die Verpachtung der ehemaligen Wehrmattersgrundstücke am Himmelreich (kleiner Exerzierplatz) zuständige Bayer. Bauernsiedlung, Inspektion Regensburg, will den am 1. Oktober 48 abgelaufenen Vertrag erneuern, jedoch unter sehr verschärften Bedingungen. In Anbetracht des erheblichen Wertes der Grundstücke für die Stadt als Bauland wird eine Kommission (Stadtbaumeister Kellner, Stadträte Feige und Asenbaum) bei der Bayer. Bauernsiedlung in München vorstellig werden und den Abschluß eines Erbpachtvertrages (auf 99 Jahre) anstreben. Zum Zwecke der Errichtung eines Zehn- und eines Fünf-Familienwohnhauses für Angestellte der Post erhielt die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Deggendorf antragsgemäß von der Stadt 90 Dezimale Baugrund (pro Dezimal 30 DM) am Bagterfeld zugesprochen. Die Finanzierung des Unternehmens ist gesichert. Mit dem Bau wird begonnen, sobald es die Witterung gestattet. Die ebenfalls am Mühlbogen erstellte und gut instand gesetzte Wohnbaracke, die acht geräumige Wohnung (mit Holzlege u. Gemüsegarten) enthält, ist nunmehr bezugsfertig. Dem Antrag des Stadtrates Hagen, künftig bei Baugrundabtretungen die Hälfte der Wohnräume von Mehrfamilienhäusern für Wohnungssuchende der Stadt auszubedingen, wurde stattgegeben. Der von der

Stadtverwaltung geplanten Erhöhung der Vergütungssteuer von 10 auf 20 Prozent der Eintrittspreise zum Zwecke der Aufbringung von Mitteln für den Wohnungsbau steht eine Regierungsverfügung entgegen. Durch persönliche Vorsprache bei der zuständigen Regierungsstelle will der Oberbürgermeister jedoch versuchen, eine Genehmigung für die Erschließung einer Quelle für den Baufonds zu erhalten. (In dem vor etwa drei Jahren vom Landratsamt im Auftrage der Militärregierung im sog. Getreidestadel (Beamtenwohnblock am Ufer) eingerichteten VD-Hospital, jetzt Kreishilfskrankenhaus genannt, waren in den letzten Wochen, wie berichtet wurde, nur acht Kranke und 14 Angestellte untergebracht. Im Hinblick auf die drückende Wohnungsnot sei es mehr als verwunderlich, die 33 Zimmer umfassende Anstalt bei einer derart geringen Belegung erhalten zu wollen. Zwölf Wohnungen könnten in dem zweckentfremdeten Gebäude, das Eigentum der Bayer. Finanzverwaltung ist, eingerichtet werden. Der Oberbürgermeister soll geeignete Schritte unternehmen, das derzeit in der Verwaltung des Landratsamtes stehende Hilfskrankenhaus in die Verwaltung der Stadt zu überführen. Die Anfrage des Stadtrates Beige nach dem Termin der „Beerdigung“ des Kohlbergsiedlungsprojektes verursachte einige Heiterkeit. Der Stadtbaumeister, sagte er, würde immer beide Augen zukneifen, sobald man von der Kohlbergsiedlung zu sprechen beginne. Oberbürgermeister Dr. Leicht und Stadtrat Asenbaum stellten daraufhin fest, daß sich seit den Zeiten der Projektierung des Planes die Verhältnisse wesentlich geändert hätten und daß den sechs Siedlern, die aus eigenen Mitteln ihre Häuser bauen zu können vorgaben, gar nichts im Wege stünde, sofort mit dem Bau zu beginnen. Stadtbaumeister Kellner sprach gleichfalls aufklärend über die notwendigen Aufschleißarbeiten. Das Unternehmen sei durchaus nicht so aussichtslos, wie es verschiedentlich dargestellt werde. Rechtsrat Dr. Adler erklärte auf die Anfrage des Stadtrates Dr. Mühlbauer, daß das Altersheim im Elisabethenheim in etwa vier Wochen bezogen werden könne. Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag auf Aufhebung der Beschlußfähigkeit der Ausschüsse findet in der Weise eine zufriedenstellende Lösung, daß der Werk- und Bauausschuß über die Punkte ihrer Tagesordnung nur vorbehaltlich der Zustimmung des Plenums oder des Verwaltungsausschusses beschließen sollen. Beide Ausschüsse erstatten jeweils protokollarisch Bericht. sm

PNP 8/1949

14. Neuheim am Römerweg

Der Landkreis Vilshofen arbeitet

Konstruktive Wirtschaftspolitik. — Neue Wege in der Bekämpfung des Flüchtlingselends

Der unter Vorsitz von Landrat Dr. Radspeck am 9. Juli in Vilshofen versammelte Kreisrat des Landkreises Vilshofen hatte einen „großen Tag“. Der Kreis, der über eine bisher gesunde Wirtschaftsstruktur verfügte, von Kriegszerstörungen leidlich verschont blieb und auch in den Monaten des „totalen“ Zusammenbruchs dank der umsichtigen Tätigkeit des früheren Landrats Dr. Erdmann im wesentlichen über einen gut arbeitenden, sauberen Verwaltungsapparat verfügte, ist nun vor allem durch das immer bedrohlicher werdende Flüchtlingsproblem und die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung erheblich in Mitleidenschaft gezogen.

Die Sitzung des Kreisrates bewies, daß der Landkreis Vilshofen entschlossen ist, zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot und vor allem zur Lösung des gegenwärtig dringendsten Problems, des Flüchtlingselends, neue und kühne Wege zu gehen. Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein Antrag der SPD, die Errichtung eines großen Musterdorfes für Flüchtlinge und Ausgewiesene im Landkreis Vilshofen, und zwar im Staatswaldgebiet von Forsthart und Gessenbach, zu unterstützen und eine Kommission, bestehend aus dem Landrat und Mitgliedern des Kreisrats, zu ermächtigen, mit der bayerischen Staatsregierung wegen Überlassung des erforderlichen Geländes zu verhandeln. Dieser Plan hat nicht nur im Landkreis Vilshofen, sondern auch in weiten Kreisen Bayerns außerordentliche Beachtung und starken Widerhall gefunden. Sein Schöpfer, Fabrikant Kohlrausch (Osterhofen), begründete namens der SPD den Antrag. (Die PNP hat am 28. Juni ausführlich darüber berichtet). Herr Kohlrausch konnte mitteilen, daß bei seinen in den letzten Tagen in Regensburg geführten Verhandlungen der zuständige Regierungsdirektor, Dr. Rief, dem Plan volle Unterstützung zugesagt habe. Auch Kultusminister Dr. Fendt habe erklärt, daß, wenn der Landkreis Vilshofen das Projekt gut heiße, auch die Staatsregierung in der Förderung des Planes nicht zurückstehen werde. Herr Kohlrausch verwies auf das neue, vor der Veröffentlichung stehende Gesetz über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge in Bayern, das auch für die Beschaffung von Baustoffen für Flüchtlingsbauten günstigere Voraussetzungen schaffe. Er wies an Hand dieser gesetzlichen Bestimmungen nach, daß der Plan zu dem neuen Flüchtlingsdorf im Landkreis Vilshofen Grundgedanken dieses Gesetzes bereits praktisch vorgegenommen habe. Der Landkreis Vilshofen solle jetzt bei der Schaffung einer Heimat für Heimatlose alle Kräfte vereinen und ein leuchtendes Beispiel für das ganze Land Bayern geben.

Der Fraktionsvorsitzende der CSU, Rammelsberger, anerkannte die Pflicht zur Initiative zur Milderung der Flüchtlingsnot. Er verwies auf

die Schwierigkeiten, die bei der Verwirklichung des Planes zu überwinden seien. Die CSU sei jedoch dafür, den Plan des neuen Flüchtlingsdorfes der Staatsregierung vorzulegen. Eckl (CSU) vertrat die Auffassung, daß die Flüchtlinge weitgehend in andere, vorwiegend in norddeutsche Gebiete übergeführt werden sollten, da Bayern überlastet sei. Gegebenenfalls solle man Baracken für die Flüchtlinge bauen.

Verschiedene Bürgermeister des Landkreises, vor allem Bürgermeister Witzlinger von Aidenbach, schilderten die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Unterbringung der in den letzten Tagen eingetroffenen Flüchtlinge bereitet, daß es besonders Leute mit großem Besitz und großen Wohnungen seien, die heftigsten Widerstand bei der Einweisung der Flüchtlinge leisteten. Vielfach mußte die Polizei alarmiert werden, um eine Unterbringung der Flüchtlinge vornehmen zu können. Solche renitenten Wohnungsbesitzer, oft alte Pgs, drohten den Bürgermeistern mit Denunziationen und Repressalien seitens der KPD. Diese Mitteilung veranlaßte den Fraktionsvorsitzenden der KPD, Breit, zu der Erklärung, daß solche Elemente kein Recht hätten, sich auf die KPD zu berufen. Die KPD gewähre solchen Kreisen keinen Schutz und weise sie mit aller Entschiedenheit von sich.

Landrat Dr. Radspeck, der auf seinen Informationsfahrten durch den Landkreis die wachsende Not in den Gemeinden feststellen konnte, trat warm für die Errichtung des neuen Dorfes für Ausgewiesene ein und hob hervor, daß daneben auch zahlreiche Gewerbebezweige und Kleinindustrien im Landkreis entwickelt und ausgebaut werden sollten.

Der Kreisrat beschloß einstimmig die Einsetzung eines Wirtschaftsbeirats, der sich mit den vorbereitenden Fragen der Errichtung des Musterdorfes beschäftigen und über den Plan mit der bayerischen Staatsregierung in München verhandeln soll. Diesem Wirtschaftsbeirat gehören an: Landrat Dr. Radspeck, Bankdirektor Rammelsberger, Freiherr von Aretin, Fabrikant Kohlrausch, Dr. Beck, Mechanikermeister Wenger, Kaufmann Schachelbauer und der Fraktionsvorsitzende der KPD Breit.

PNP 46/1946

zur anderweitigen Unterbringung übrig. Auch diese ist auf weitere Sicht gesehen ohne Sondermaßnahmen unmöglich.

Sondermaßnahmen

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Frage: Warum gerade Staatsforstgebiete?
Kohlräusch: Wir können bei unserer Ernährungsfrage die landwirtschaftlich genutzten Staatsforstgebiete nicht ausnutzen. Ich habe die Staatsforstgebiete nicht ausnutzen.

Frage: Ich glaube auch, daß das schon ein Problem ist.
Kohlräusch: Ich glaube auch, daß das schon ein Problem ist. Ich habe die Staatsforstgebiete nicht ausnutzen.

Hilfe der Wissenschaft

Frage: Haben Sie keine Bedenken, daß die Wissenschaftler in der Fabrik arbeiten?
Kohlräusch: Nein. Die Folgen des Holzraubaues werden groß sein. Das weiß ich. Ich habe die Staatsforstgebiete nicht ausnutzen.

Luger sind nicht zu vermeiden

Frage: Hier liegt das ernste Problem.
Kohlräusch: Hier liegt das ernste Problem. Ich habe die Staatsforstgebiete nicht ausnutzen.

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Die Frage der Finanzierung

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Die Frage der Finanzierung

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Textilwären-Export

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Musterbeispiel für demokratischen Aufbau

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Möglichkeiten in Eging

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Möglichkeiten in Eging

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Möglichkeiten in Eging

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Möglichkeiten in Eging

Frage: Wie werden die Sondermaßnahmen durchgeführt?
Kohlräusch: Ich habe die Sondermaßnahmen vertriebe ich in erster Linie den Arbeitern, die in der Fabrik beschäftigt sind. In manchen Fällen sind die Arbeiter in den Familien der Arbeiter in den Gemeinden. Ich habe die Arbeiter in den Gemeinden und Materialverluste.

Flüchtlingsdorf Neuheim am Römerweg

Beginn der Bauarbeiten im Spätherbst vorgesehen — 42 Gewerbetriebe sichern die wirtschaftliche Existenz

Vilshofen. Am 29. 9. fand eine von der SPD einberufene Flüchtlingsversammlung in Vilshofen statt, die von Vertretern aller in Betracht kommenden Behörden und von über 1200 Flüchtlingen aus allen Teilen des Landkreises besucht war. Sie stellte nicht nur die größte politische Veranstaltung dar, die der Kreis Vilshofen in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, sondern auch eine erste eindrucksvolle politische Willenskundgebung der im Landkreis untergebrachten Flüchtlinge und Ausgewiesenen. Das Mitglied des Bezirksausschusses für das Flüchtlingswesen der SPD, Schreyer (Regensburg), sprach einleitend über die dringende Notwendigkeit der Schaffung der Gleichberechtigung für die Ausgewiesenen, die im kommenden Flüchtlingsgesetz rechtlich verankert werden müsse. Der Fraktionsvorsitzende der SPD des Kreistages Vilshofen, Erich Kohlrausch (Osterhofen), gab ein eindrucksvolles Bild von der bedrohlichen Zuspitzung des Flüchtlingsproblems im Landkreis, das nicht nur zu einer schweren Belastung der öffentlichen Finanzen, sondern auch zu beunruhigenden Spannungen zwischen Einheimischen und Ausgewiesenen zu führen drohe. Die Schwierigkeiten seien ungeheuer. Die größte Schwierigkeit liege aber in der Überwindung der alles überwuchernden Bürokratie.

Herr Kohlrausch gab sodann einen Überblick über den bereits in Ausführung befindlichen Plan der Schaffung eines großen Flüchtlingsdorfes im Gebiet von Forsthart und Gessenbach, das für mehrere tausend Ausgewiesene und Flüchtlinge eine neue Heimat werden soll, und das nach Größe, Anlage und sozialer Struktur für Bayern mustergültig werden dürfte. Dieser seinerzeit von der PNP ausführlich veröffentlichte Plan hat in ganz Bayern großen Widerhall gefunden und weiteste Kreise zu aktivem Interesse veranlaßt. Der Vilshofener Kreistag habe diesen Plan einstimmig gutgeheißen. Vilshofen dürfte der einzige Kreis im ganzen Land Bayern sein, in dem ein einstimmiger Beschluß zur Lösung der Flüchtlingsfrage gefaßt wurde. Der bayerische Ministerrat habe sich bereits mit ihm befaßt. Der Plan befinde sich jetzt beim Arbeitsministerium, Abteilung VI. Mit 22 Behörden mußte bisher verhandelt werden, wobei verschiedentlich ungläubliche bürokratische Hemmnisse zu überwinden waren. Dabei war es leichter, mit der bayerischen Staatsregierung zu verhandeln, als vom Vermessungsamt Vilshofen sechs Fluchtstäbe leihweise für die Vermessung zu erhalten. Alle sonstigen Vilshofener Amtsstellen dagegen hätten alles getan, um zu helfen und praktisch mitzuwirken. Hunderte wertvollster Fachkräfte aus Flüchtlingskreisen haben sich zur praktischen Mitarbeit zur Verfügung gestellt und eine Gruppe

von 30 Sachverständigen ist jetzt mit der Ausführung der praktischen Planungsarbeiten beschäftigt.

Die Staatsregierung hat für das große Flüchtlingsdorf die Hergabe von 521 ha staatlichen Forstgeländes bei Gessenbach an die neue Gemeinde zugesagt. Die Vermessungsarbeiten und Materialheranschaffungen sind im Gange. Anfang November 1946 werden die ersten Bauwunden und eine große Halle als Nachtquartier für die ersten Arbeiter stehen. Die Baustofffrage kann praktisch als gelöst betrachtet werden, da Steine, Kies und Sand, Kalk und Holz sowie andere Baumaterialien, auch durch Erschließung neuer Rohstoffvorkommen im Kreis, vorhanden sind. Den größten Engpaß bildet Zement, aber auch dieser sei zu überwinden. Die Finanzierungsfrage biete keine unüberwindlichen Hindernisse. Zahlreiche Baufirmen aus Bayern, die über neuzzeitliche baustoffsparende Bauweisen verfügen, werden Musterhäuser in der Gemeinde, die den Namen „Neuheim am Römerweg“ erhalten hat, erstellen, so daß hier auch eine permanente Ausstellung der besten neuzzeitlichen Bauweisen entstehen wird. Zweihundvierzig gewerbliche und industrielle Betriebe, die ihre Niederlassung in der neuen Gemeinde bereits zugesagt haben, werden das wirtschaftliche Fundament des Flüchtlingsdorfes bilden. Zum Teil wird die Produktion — besonders die der in Betracht kommenden Textilbetriebe — auch für den Export in Frage kommen. Die Gründung einer gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaft mit größerem Kapital steht bevor. Auch die Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie die Schaffung ausreichender Verkehrsmöglichkeiten ist gesichert. Großer Dank für die tatkräftige Förderung dieser sozialen Aktion gebühre dem Ministerpräsidenten Dr. Högner, Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner, dem Landrat des Kreises Vilshofen, Dr. Radlspeck, und der Passauer Neuen Presse.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der insbesondere dem Ministerpräsidenten Dr. Högner und dem Staatsminister Dr. Baumgartner der Dank dafür ausgesprochen wurde, daß diese sich in entschiedener Weise für die Durchführung der Flüchtlingsiedlung „Neuheim am Römerweg“ einsetzen. Gleichzeitig wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch das Arbeitsministerium, insbesondere die Abteilung VI, das Vorhaben fördert. Der Ministerpräsident wird gebeten, durch entsprechende Anweisungen eine beschleunigte Erledigung bei den ministeriellen Verwaltungsstellen zu erreichen. Die Flüchtlinge selbst bekunden in der Entschiedenheit den Willen, alles zu tun, um durch ihre Mitarbeit das Ziel, eine neue Heimat zu erlangen, durchzusetzen.

Do

PNP 70/1946

ø Amt für Ansiedlung der Flüchtlinge. Vom Bayerischen Innenministerium wurde ein Amt für Ansiedlung und Seßhaftmachung der Flüchtlinge geschaffen, zu dessen Aufgaben die Eingliederung der Neubürger in den Wirtschaftsprozeß des Landes gehört. Zum Leiter dieses Amtes wurde Dipl.-Ing. Hans Fischer-Deggendorf ernannt. Dipl.-Ing. Hans Fischer hat die umfangreichen technischen Planungsarbeiten für die große Flüchtlingssiedlung „Neuheim am Römerweg“ im Landkreis Vilshofen durchgeführt.

PNP 20/1947

Heimat für 6000 Neubürger

Mustersiedlung für ganz Bayern

do Vilshofen. Die auf Initiative des Kreisratsmitgliedes Erich Kohlrausch-Osterhofen von einem größten Kreis sachverständiger Mitarbeiter in sorgfältigster Planungsarbeit vorbereitete Großsiedlung für Neubürger „Neuheim am Römerweg“ im Landkreis Vilshofen tritt jetzt in das Stadium der Verwirklichung. Die zuständigen Regierungsstellen haben sich entschlossen, diese durch eine besonders klare soziale Struktur gekennzeichnete Großsiedlung als Mustersiedlung für ganz Bayern erstehen zu lassen und ihr die staatlichen Hilfen zu gewähren, die unter den heutigen Verhältnissen für die praktische Durchführung eines solchen Planes unerlässlich sind. Wenn sich die bayerische Regierung zu einer solchen Haltung jetzt bekannt hat, dann ist das vor allem darauf zurückzuführen, daß es sich, nach Erklärungen der zuständigen Regierungsstellen, um das bisher reifste und am sorgfältigsten durchgearbeitete einschlägige Projekt handelt, das die besten Aussichten für eine konstruktive Lösung der Flüchtlingsfrage bietet. Staatssekretär Dr. Jänicke hat nun die Ermächtigung zur Gründung einer Gewerbe-, Siedlungs- und Baugenossenschaft „Neuheim am Römerweg“ erteilt, die einen der wesentlichen Träger des großen Siedlungsvorhabens darstellt. Auf Grund dieser Ermächtigung und auf Grund der vorliegenden verbindlichen Zusagen der bayerischen Staatsregierung wurde in Osterhofen die Gründung der Gewerbe-, Siedlungs- und Baugenossenschaft „Neuheim am Römerweg“ durchgeführt. Der Gründungsversammlung wohnten auch der neue Gouverneur der Militärregierung für den Bezirk Vilshofen, Landrat Dr. Radlspeck sowie Vertreter anderer Behörden.

Kreisratsmitglied Kohlrausch gab einleitend einen Bericht über die Entwicklung des ganzen Vorhabens, über die unzähligen, oft unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten, über die ungeheure Arbeit, die geleistet werden mußte, um nur die Voraussetzungen für eine solche Siedlung, die 5000 bis 6000 Menschen Heimstätte geben und sie produktiv in den Wirtschaftsprozeß eingliedern soll, zu schaffen. Die Not und das Elend der Flüchtlinge sind aber so groß geworden, daß sie für jeden sozial emp-

findenden Menschen einen unaufhörlichen Ansporn darstellen, alles zu tun, um über alle Schwierigkeiten hinweg ihnen Hilfe zu bringen. Mehr als 80% der Baustoffe, die für den Aufbau der Großsiedlung erforderlich sind, seien durch Initiative und tatkräftige Arbeit im Landkreis selbst zu gewinnen. Wer nur darauf warte, was „von oben“ zugeteilt werden könne, sich mit sozialem Lippenbekenntnis begnüge, skeptisches Gerede als Ersatz für eine praktische Flüchtlingshilfe betrachte, der habe die elementaren Forderungen der Zeit nicht begriffen und lade eine große soziale Verantwortung auf sich. Die Voraussetzung für die Finanzierung des großen Siedlungswerkes im Landkreis seien geschaffen und auch arbeits- und aufbauwillige Kräfte ausreichend vorhanden. Wenn auch das Risiko noch auf den ersten Trägern des Vorhabens laste, so werde die Arbeit doch jetzt praktisch begonnen, in dem Bewußtsein, daß die furchtbare Not der aus ihrer Heimat Vertriebenen das Mandat für die Planung gegeben habe, und daß hier in überparteilichem Sinne ein wahres Werk des Friedens und des demokratischen Aufbaues geleistet werde.

Der Genossenschaftsanteil wurde auf 500 Mark Bareinlage festgesetzt. Eine weitere Einlage von 500 Mark kann durch Arbeitsleistung abgegolten werden. Die Haftsumme beträgt 500 Mark. Mehr als 20 Anteile kann niemand erwerben. Die Eintrittsgebühr beträgt 50 Mark. Der Aufbau der Siedlung wird in mehreren Abschnitten vor sich gehen. Den gemeinnützigen Wohnungsbau in der Siedlung übernimmt die Bayerische Heimstätten-G. m. b. H. in Münthen. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an: Kaufmann Erich Kohlrausch, Staatssekretär Dr. Jänicke, der Stellvertreter des Staatssekretärs Reitzner, Landrat Dr. Radlspeck. Die Flüchtlinge und Ausgewiesenen sind durch vier weitere Aufsichtsratsmitglieder vertreten. Den Vorstand bilden Dipl.-Ing. Hans Fischer-Deggendorf und Kaufmann Johann Pierl. Für die Genossenschaft wird noch ein Wirtschaftsgremium gewählt, das sich aus Vertretern der einschlägigen Regierungsstellen, der zuständigen Landesstellen für die Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Banken und Sparkassen sowie der politischen Parteien zusammensetzen soll.

PNP 23/1947

Siedlungsprojekt „Neuheim am Römerweg“

Der Untersuchungsausschuß besichtigt das Modell — Für und gegen eine Siedlung

Osterhofen. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Schlögl besuchte, von Passau kommend, das Gelände, auf dem die geplante Flüchtlingsiedlung „Neuheim am Römerweg“ im Landkreis Vilshofen entstehen soll. Kreisrat Erich Kohlrausch (SPD) legte den um das Modell der Siedlung versammelten Abgeordneten seinen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan vor.

Kreisrat Kohlrausch wies darauf hin, daß die Gründung der Industriededlungs- und Bauengesellschaft „Neuheim am Römerweg“ erst nach vorliegender Genehmigung durch die zuständigen Stellen am 4. 3. 46 vorgenommen wurde. Wie wir schon in der PNP ausführlich berichtet, sieht die hier ins Auge gefaßte Siedlung eine Gemeinde in eigener Flur-gemarkung dar, die etwa 6000—8000 Menschen aufnehmen soll. Es ist beabsichtigt, in dieser Gemeinde verschiedene Industrie- und Handwerksbetriebe zu errichten, die den hier angesiedelten Flüchtlingen Arbeit und Brot geben können. Die Einwände von verschiedenen Seiten, daß die Baumaterialbeschaffung zur Zeit nicht möglich sei, so erklärte Kreisrat Kohlrausch weiter, können mit dem Hinweis auf die in der Umgebung vorhandenen Granitwerke, dem Kies der Donau und dem vorhandenen Lehm Boden entkräftet werden. Man könne mit handgeschlagenen Lehmziegeln bauen, die Stampbauweise anwenden oder die Häuser im Lehm-schalbau herstellen.

Dr. Högner, Dr. Jänicke und Dr. Baumgartner waren für das Projekt

Der Gedanke und das Projekt der Flucht-lingsiedlung seien von dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Högner, dem Staatssekretär Dr. Jänicke und vom Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner gutgeheißen worden. Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner habe ihm, Kreisrat Kohlrausch, gegenüber erklärt: „Gehen Sie an die Arbeit, ich will Ihr Beschützer sein.“ Die nun vorgebrachten Bedenken, daß durch die Abholzung der 300 Hektar Staatsforst, auf dessen Boden die Siedlung entstehen soll, Witterungs-Veränderungen herbeigeführt würden, könnten ebenfalls zurückgewiesen werden. Dergleichen die Besorgnis um die Grundwasserverschiebungen. Nach den Urteilen der Sachverständigen bilde die Regenbürste für das Gebiet des Landkreises schon immer der Bayerische Wald. Da es sich hier um Lehm Boden handle, ist auch die Befürchtung der eventuell eintretenden Grundwasserverschiebungen abwegig. Wie Kreisrat Kohlrausch weiter ausführte, habe er jetzt mit 32 Behörden und staatlichen Stellen über dieses Projekt verhandelt. Er hoffe nun, daß der Landtag endlich die letzte Stelle sein möge. „Bedenken Sie“, so schloß Kreisrat Kohlrausch seine Ausführungen, „daß 18 000 Flüchtlinge, die nichts mehr besitzen, 300 Hektar

von 49 000 Einheimischen im Landkreis Vilshofen wünschen, die über 59 800 Hektar Land verfügen.“

„Das Projekt ist undurchführbar“, sagt der Kreistagsvorsitzende

Die Gegenargumente brachte der Vorsitzende des Kreistagsausschusses im Landkreis



Vilshofen, Ludwig Ramelsberger (CSU) vor. Vier Fünftel der Kreistagsmitglieder, die vierzig Bürgermeister der Gemeinden und der überwiegende Teil der Bevölkerung ständen auf dem Standpunkt, daß der Bau einer Flüchtlingsstadt auf dem Staatsgelände bei Ober-gessenbach und durchführbar sei. 1. Die notwendigen Baustoffe — ausgenommen Holz — fehlten. 2. Die Anlegung neuer Straßen, einer ausgedehnten Kanalisation, von Wasser- und Energieversorgung, der Bau einer Bahn, die Er-richtung von Kirchen, Schulen, öffentlichen Gebäuden aller Art, stellten große geldliche und baustoffmäßige Anforderungen, die bei Durchführung von Randsiedlungen erspart blieben. 3. Bei der Ungewißheit der wirtschaftlichen Verhältnisse sei es nicht klar, ob sich die aufzubauende Industrie als lebensfähig erweist. 4. Bei Verwendung des hier notwendigen Baustoffaufwandes in den zerbombten Städten könne ein Vielfaches von Menschen untergebracht werden. 5. Durch den Abbleib des Waldes würde die Landwirtschaft im Landkreis Vilshofen geschädigt.

Randsiedlungen und Ausbau bestehender Häuser ist sein Plan zur „Soforthilfe“

Ramelsberger trat dann weiter für die Er-richtung von Randsiedlungen in größeren und kleineren Orten des Landkreises

ein. Diese Randsiedlungen könnten sich gut in das Bestehende einfügen und organisch wachsen. So würde rasch und positiv geholfen werden. Außerdem könnten in bestehenden Häusern des Landkreises mit geringem Materialaufwand 400 Wohnungen erstellt und dadurch rund 2000 Flüchtlinge untergebracht werden. Das gesamte andere Material zum Bau einer solchen Stadt herbeizubringen, wäre nur durch Kompensationsgeschäfte möglich. Der Vorsitzende des Kreistagsausschusses bat den Bayerischen Landtag, bei einer Entscheidung über dieses Projekt auch die hier vorgebrachten und in einer Stellungnahme festgelegten Einwände zu berücksichtigen.



Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz vom Abgeordneten Dr. Schlögl besichtigt am Ort und Stelle das Modell der Siedlung und läßt sich Plan und Gegenargumente vortragen. (Dena-Träger)

Abgeordneter Dr. Schlögl erklärte abschließend, daß dem Bayerischen Landtag die Sorge für die Flüchtlinge sehr am Herzen liege. Der Wirtschaftsausschuß werde schon Anfang Mai in Verhandlungen über das Projekt „Neuheim am Römerweg“ eintreten. Dabei werden auch Kreisrat Erich Kohlrausch und der Kreistagsvorsitzende Ludwig Ramelsberger zur persönlichen Stellungnahme nach München eingeladen werden. hph

PNP 35/1947

Will man den Heimatlosen nicht helfen?

Das Flüchtlingsproblem ist nicht unlösbar

= Seit einem Jahr reißt die Debatten um das Projekt „Neuheim am Römerweg“ nicht ab. 32 Behörden schreckte Kreisrat Kohlrausch aus ihrer verstaubten Ruhe auf, um ihnen klarzumachen, daß man nun endlich darangehen müsse, die Flüchtlinge im bayerischen Raum nicht wie bisher mit schönen Redensarten abzuspüren, sondern tatkräftig zu helfen. Der Schreiber dieser Zeilen hatte in den letzten Tagen einige — man kann wohl sagen — Erlebnisse, die symptomatisch für das Flüchtlingsproblem als solches sind.

Bei dem Projekt „Neuheim am Römerweg“ stehen sich zwei Parteien gegenüber, die das Flüchtlingsproblem auf die von ihnen propagierte Art und Weise nie lösen werden, Kreisrat Kohlrausch plant die Errichtung einer großen Gemeinde, die vom Bürgermeister bis zum Kirchendiener, vom Industriearbeiter bis zum Schullehrer nur aus Flüchtlingen bestehen soll. Es würde hier ein „Staat im Staate“ geschaffen mit allen Nachteilen einer solchen „Sprach“-Insel. Ganz abgesehen davon, daß es bei der Abgelenkung dieser neuen Gemeinde sehr schwer möglich wäre, den Anschluß an die Welt zu bekommen. Unseren Flüchtlingen helfen keine Pläne, deren Ausführung einen Zeitraum in Anspruch nimmt, der sich über mehrere Jahre erstreckt. Wenn hier schon mit großen staatlichen Mitteln eine Industrie aufgebaut würde, die tatsächlich einigen tausend Flüchtlingen Arbeit und Brot brächte, dann müßte dies unter günstigen Verhältnissen, an günstigeren Plätzen mit weniger Materialaufwand erst recht möglich sein.

Ebenso abwegig ist die Idee, an die kleinen Gemeinden dieses Landkreises Randsiedlungen „anzukleben“. Wovon sollen die hier angesiedelten Flüchtlinge wohl leben?

Keine dieser beiden Parteien berücksichtigt die Berufsstaffelung der Flüchtlinge. Man spricht von Industrie und vergißt, daß ein hoher Prozentsatz der Ausgewiesenen aus Bauern, aus Obst-, Hopfen- und Gemüsebauern und landwirtschaftlichen Arbeitern besteht. In den niederbayerischen Dörfern und Städten sitzen diese verschiedenen Berufsgruppen auf engstem Raume zusammengepreßt ohne Lebenslust, von der staatlichen und städtischen Wohlfahrt unterstützt. Wertvolle Fachkräfte werden im Bayerischen Wald zu Arbeiten gezwungen, die ihre Fachkenntnisse und ihre geschulten Hände verkommen lassen. Bauern arbeiten in den Steinbrüchen und Industriearbeiter misten die Ställe aus.

Daß es auch ohne viel Reklame und ohne nennenswerte staatliche Unterstützung möglich ist, das Flüchtlingsproblem so zu lösen, wie es nur gelöst werden kann, bewies eine sudetendeutsche Firma, die sich in der Nähe von Passau niedergelassen hat. Die Firma Fremuth aus Neuern im Böhmerwald hat mit Hilfe einer Passauer Firma und mit Unterstützung des Stadt- und Landkreises Passau gearbeitet, während andere, auf staatliche Hilfe hoffend, redeten. Sie hat ihren alten Arbeiterstamm zusammengesucht und im Januar

dieses Jahres begonnen ein Werk aufzubauen, das schon im Juni mit produktiver Arbeit beginnen kann. Die alten Arbeiter der Firma (ein optisches Werk, das sich vorerst mit der Herstellung von Brillen beschäftigt) und neu hinzugekommene bauen sich hier in Passau auf einem günstigen Industriegelände zwischen Bahn und Hauptverkehrsstraße Werk- und Wohngebäude auf, die ihnen tatsächlich zur neuen Heimat werden können. Diese Firma wird mit 150 Arbeitern beginnen und will ihre Belegschaft auf 800 erhöhen. Vorerst wird Wohnraum für 48 Familien geschaffen. Die erste Familie ist in ihre neue Wohnung schon eingezogen. Die Werkhallen sind fertig und mit dem Eintreffen der letzten Maschinen aus Stuttgart ist demnächst zu rechnen, so daß, wie schon erwähnt, die Produktion im Juni beginnen kann. Exportaufträge von alten Kunden der Firma liegen aus allen europäischen Ländern vor.

Und so wie diese optischen Werke beabsichtigt der Oberbürgermeister der Stadt Passau, Heinz Wagner, die Firma AEG, die Firma Oetker und andere am Rande der Stadt neu anzusiedeln. Mit welchen Schwierigkeiten aber dabei zu kämpfen ist und mit welcher polizeiwidrigen Kurzsichtigkeit unsere staatlichen Stellen planen, zeigt folgendes Beispiel: Da stehen in der Nähe der Stadt zwei riesengroße Verpflegungslager der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Diese Lager wurden von der Property-Control dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt. Um diese beiden Lagerhäuser bemüht sich nun der Oberbürgermeister der Stadt Passau schon seit Monaten, um hier die AEG, die mit ihrem gesamten Maschinenpark hierher übersiedeln und Hunderten von Menschen Arbeit und Brot geben würde, unterzubringen. Das Landwirtschaftsministerium weigert sich jedoch mit den verschiedensten Begründungen, von denen eine lautet „man beabsichtige dort später einmal Südfrüchte einzulagern“, den wiederholten Vorstellungen der Stadt Passau Gehör zu geben. Zur Zeit sind in den beiden großen Lagerhäusern einige Lebensmittel der UNRRA eingelagert. Auch der deutsche Verwalter des UNRRA-Depots nahm beim Landwirtschaftsministerium gegen den Plan der Stadt Passau Stellung. Die Etablierung der Firma Oetker, die wiederum einigen hundert Menschen Arbeit geben würde, wird unter anderem mit der Begründung abgelehnt, daß es sich hierbei um eine norddeutsche Firma handelt.

So hilft der bayerische Staat der Industriebevölkerung unter den Ausgewiesenen! Er hilft auch nicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung unter den Ausgewiesenen, die schon seit Monaten auf eine gesunde Bodenreform wartet, um wieder auf eigenem Grund und Boden arbeiten zu können.

Baut neue Industrieanlagen in der Umgebung der größeren Städte, gibt den ausgewiesenen Bauern Grund und Boden. Die Flüchtlinge werden einem Lande dankbar sein, das sie jetzt immer noch nur als ihr Gastland und nicht als ihre Heimat betrachten können. Dann hört das Flüchtlingsproblem auf, ein Problem zu sein.

H. P. Heller

Wieder „Neuheim am Römerweg“

Erneute Debatte im Wirtschaftsausschuß des Landtages

Im Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages wurde am 26. November wieder eine ausführliche Aussprache über die verschiedenen Projekte auf Erstellung von Flüchtlingsiedlungen im Kreis Vilshofen gepflogen. Sie war veranlaßt durch eine Eingabe des Vorsitzenden des Kreistagsausschusses Vilshofen, Ludwig Rammelsberger, in der auch gegen das neue Projekt auf Errichtung einer kleingewerblichen Siedlung mit 30 Häusern und 60 Wohnungen Bedenken geäußert und demgegenüber die Pläne des Kreistages Vilshofen auf Förderung von Wohnungsbauten und Erstellung von Ortsrand-siedlungen befrwortet werden.

Die Aussprache wurde vom Vorsitzenden Dr. Schlögl (CSU) mit der Mitteilung eröffnet, daß er auf Wunsch der Flüchtlinge das ganze Gelände besichtigt habe. Es scheine, daß innerhalb der Flüchtlinge die Auffassungen nicht mehr einheitlich seien, zumal der von Herrn Kohlrausch begonnene Villenuebau offenbar unliebsames Aufsehen erregte. Der Vorsitzende unterbreitete den Ausschußmitgliedern einige Photos, aus denen man sich über das Gelände und diesen Hausbau orientieren sollte.

Der Berichterstatter Abg. Hagn Hans (CSU) trat nachdrücklich für die Vilshofener Eingabe ein und machte Kohlrausch den Vorwurf, daß er die Flüchtlinge für eigenstüchtige Zwecke einspanne. Er verlangte ein strafrechtliches Einschreiten gegen ihn, falls er ohne Baugenehmigung zu bauen begonnen haben sollte. Der Mitberichterstatter Abg. Dr. Rief (WAV) nahm im gleichen Sinne Stellung und wies darauf hin, daß die Wohnungsbelegung im Kreis Vilshofen noch äußerst mangelhaft sei; man könne hier fast von friedensmäßigen Zuständen sprechen. Er sprach sich für die Aufrechterhaltung des früheren Landtagsbeschlusses und für die Durchführung von Randsiedlungen aus.

Staatssekretär Dr. Jaenicke erklärte, daß der in dem Landtagsbeschuß vom 18. Juli 1947 vorgesehene beratende Ausschuß seine Tätigkeit sofort begonnen habe. Bis jetzt habe niemand einen Wald hergegeben und die ganze Sache sei noch nicht einmal im Kabinett besprochen worden. Es seien aber viele gute Siedlungsmöglichkeiten in Bayern gefunden worden, wo Kanalisation und Straßen vorhanden seien, ebenso aber auch Arbeitsmöglichkeiten. Es seien ja zahlreiche Flüchtlingsbetriebe in den letzten Monaten entstanden und überall dort müsse man Wohnungs- und Siedlungsmöglichkeiten schaffen.

Ein Vertreter der Obersten Baubehörde im Innenministerium gab nähere Aufschlüsse über die Verhandlungen, die auf Grund des Landtagsbeschlusses mit Kohlrausch geführt wurden, wobei es um die Erstellung einer kleinen Siedlung auf einem Gelände von 15 Hektar ging. Das Bauprogramm für das Jahr 1948 sei vom Arbeitsministerium im großen und ganzen festgestellt. Dabei sei im allgemeinen vorgesehen, daß dort gebaut werden solle, wo nicht voll ausgenützte Betriebe auf Zuweisung von Arbeitern warten, die dort angesiedelt werden sollen. Man habe aber der Genossenschaft Neuheim zugesagt, die Zuteilung der Baustoffe für zehn Doppelhäuser befürworten zu wollen. Für die Beschaffung des Baugeländes seien drei Hektar Wald notwendig. Die Stelle, wo die Siedlung hinkommen soll, könne nicht von der Genossenschaft ausgewählt werden, sondern werde von dem zuständigen Landesiedlungsamt im Benehmen mit der Forstbehörde festgestellt. Auch die Vertreter des Arbeitsministeriums hätten zugesagt, daß die notwendigen Baustoffe und die erforderlichen Geldmittel für diese Kleinsiedlung zur Verfügung ge-

stellt würden, um den Selbsthilfebestrebungen der Flüchtlinge entgegen zu kommen. Davon, daß 15 Hektar Wald zur Verfügung gestellt werden sollten, sei keine Rede gewesen. Die Besichtigung der übrigen Projekte von Vilshofen habe keine so günstigen Ergebnisse zeitigt, wie es die Eingabe darstelle; vor allem fehle es bei dem Linda-Projekt am Wasser. Am günstigsten scheine das Angebot der Baugenossenschaft Vilshofen zu sein auf Erstellung von zwei Häusern mit 16 Wohnungen. Das sollte man unbedingt machen und es werde jedenfalls möglich sein, für ein derartiges Projekt Baustoffe und Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Wenn es der Stadt selbst gelingen sollte, für den vorgesehenen Bau von zwei Holzhäusern mit zehn Wohnungen das notwendige Holz aus der Tschecoslowakei zu bekommen, so wäre das zu begrüßen. Der Ausbau von Wohnungen und Dachgeschossen würde zwar den meisten Erfolg versprechen, aber auch hier sei die Baustoffnot äußerst hinderlich. Abschließend erklärte der Regierungsvertreter, daß bei den damaligen Verhandlungen mit Kohlrausch die Vertreter der Regierung keinerlei bindende Zusagen gemacht sondern nur Versprechen hätten, das Projekt mit zunächst zehn Häusern zu befürworten.

In der anschließenden Aussprache betonte Abg. Wilhelm (SPD), daß Kohlrausch auf eigenem Grund mit behördlicher Genehmigung ein Haus bauen. Man sollte endlich aufhören, parteipolitische Momente bei der Behandlung dieser Angelegenheit hereinzuziehen. In Vilshofen herrsche die gleiche Überfüllung wie überall und von friedensmäßigen Verhältnissen hinsichtlich der Wohnungsbelegung könne keine Rede sein.

Vorsitzender Dr. Schlögl (CSU) warf die Frage auf, warum man nicht das Gelände, das die Gräfin Preysing in Moos abgeben müsse, für die Erstellung einer Flüchtlingsiedlung in Anspruch nehme.

Abg. Kienle (SPD) wünschte, daß man zu einer sachlichen Behandlung der ganzen Angelegenheit zurückkehre und stellte die Frage, wie es mit der sogenannten Hubertussiedlung bei Eglharting stehe, wo sich höhere Forstbeamte anscheinend erhebliche Mengen von Baustoffen auf nicht korrektem Wege verschafft hätten.

Staatssekretär Dr. Jaenicke stellte nochmals fest, daß der Ministerrat über das Projekt Neuheim noch nicht Beschluß gefaßt habe, weil zunächst der Bericht über die Siedlungsmöglichkeiten vorliegen müsse. Die Angelegenheit werde noch einmal zwischen den beteiligten Ministerien besprochen, bevor das Kabinett abschließend Stellung nehme.

Der Vertreter der Obersten Baubehörde im Innenministerium erklärte, daß dieser von einer „Hubertussiedlung“ bei Eglharting nichts bekannt sei. Die Abgabe von Baustoffen für das Vilshofener Linda-Projekt sei deshalb gestoppt worden, weil sich diese Sache als nicht leicht durchführbar erwiesen habe.

Abg. Weidner (FDP) betonte, daß Kohlrausch die Absicht habe, in dem Hause, mit dessen Bau auf eigenem Grund er begonnen habe, gewerbliche Räume unterzubringen. Auch Abg. Prüschenk (CSU) stellte sich auf den Standpunkt, daß dieser Hausbau in Ordnung gehe. Die Behauptung der Eingabe, daß der Landkreis Vilshofen so dicht belegt sei wie alle anderen Kreise, stimme nicht ganz.

Nach weiterer Aussprache schlug der Vorsitzende Dr. Schlögl vor, die Eingabe der Regierung als Material zu überweisen, während die Berichterstatter Hagn und Dr. Rief die Überweisung zur Berücksichtigung beantragten. Der letztere Antrag fand mit 12 Stimmen der CSU gegen zehn Stimmen der übrigen Parteien Annahme.

Flüchtlingssiedlung „Neuheim am Römerweg“

Vilshofen, 13. Okt.47. Der im Bayerischen Landtag und in der Presse viel erörterte Plan der Schaffung einer Flüchtlings-Großsiedlung „Neuheim am Römerweg“ ist jetzt in ein neues Stadium eingetreten. Unter Leitung des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen Dr. Jänicke besichtigte die vom Landtag eingesetzte Kommission zur Überprüfung der in Bayern vorhandenen Siedlungsmöglichkeiten das für die Siedlung in Aussicht genommene Gelände. Nach eingehender Beratung im Rathaussaal in Vilshofen kam die Kommission, die aus 5 Mitgliedern des Staatskommissariats für das Flüchtlingswesen, 5 Mitgliedern des Hauptausschusses für die Flüchtlinge, je einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Innenministeriums sowie 4 Sachverständigen bestand, zu der Überzeugung, daß die gegen das Projekt bisher vorgebrachten Gründe sachlich nicht stichhaltig seien. Es wurde der Beschluß gefaßt, vorerst auf einem 15 bis 18 ha umfassenden Gelände „Neuheim am Römerweg“ als kleingewerbliche Siedlung, in der vor allem textilverarbeitende Betriebe, Glasschleifereien usw. angesiedelt werden sollen mit 100 bis 150 Wohnhäusern aufzubauen. Falls diese Beispielsiedlung sich bewährt, soll die Möglichkeit der späteren Erweiterung ins Auge gefaßt werden. Der Bayerische Ministerrat wird in einer Sitzung im November endgültig zu diesem Beschluß Stellung nehmen.

W. P. Sch.

NN 17.10.1947

„Neuheim“ war ein Traum

Aus unserem Verbreitungsgebiet

In einer Generalversammlung der Baugenossenschaft „Neuheim“ in Osterhofen wurde bekanntgegeben, daß die Verwirklichung des Projektes einer Flüchtlingsstadt „Neuheim am Römerweg“ endgültig als gescheitert betrachtet werden müsse. Damit sind die Hoffnungen von 18 000 Flüchtlingen auf Heimstätte und Arbeitsplatz endgültig begraben. Die Baugenossenschaft „Neuheim“ selbst wurde aufgelöst. Der bereits gewährte Staatszuschuß in Höhe von 150 000 DM soll der Stadt Osterhofen zur schleunigen Verwirklichung einer Stadtrandsiedlung übergeben werden. — In der Nacht zum 3. Mai wurde ein Einbruch in das Textilgeschäft Therese Kratt in Dingolfing verübt und Textilien im Gesamtwert von rund 2150 DM geraubt. Nach dem Täter wird gefahndet.

PNP 50/1949

15. Flüchtlingsbetriebe

Möbelstücke am laufenden Band

Ein vorbildlicher Flüchtlingsbetrieb

Die bayerische Möbelindustrie, die ihren Sitz hauptsächlich in Nordbayern hat, wird sich, da die Einfuhr exotischer Hölzer aus dem Auslande eine Frage der Zukunft ist, mehr denn je auf einheimische Hölzer stützen müssen. Da auch dieses ehemalige Überschußgut zu einem Sorgenkind der deutschen Wirtschaft geworden ist, sind die auftretenden Mängel in der Holzverarbeitenden Industrie besonders groß, zumal die Ansiedlung von Flüchtlingen eine dringende Versorgung mit Möbeln notwendig macht.

Um über diese Fabrikation etwas zu erfahren, haben wir dem größten Unternehmen dieser Art in Niederbayern, dem Holzwerk Muckenthaler in Otzing einen Besuch gemacht. Der Betrieb wurde vor 60 Jahren gegründet und konnte im Jahre 1927 durch Anschaffung modernster Maschinen zur Serienherstellung von Möbeln aller Art übergehen. Zur Zeit finden annähernd 90 Arbeiter Beschäftigung, meistens Flüchtlinge aus dem Sudetenland. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Holzbeschaffung hemmt der große Mangel von Hilfsstoffen die Fabrikation, denn die Vorräte von Leim, Beschlägen, Schrauben, Nägeln und Lacken usw. sind natürlich restlos verbraucht. Auch fehlt es an tüchtigen Facharbeitern.

Das Fertigungsprogramm umfaßt Möbel aller Art, insbesondere aber Bettstellen, Stühle, Ti-

sche, Schränke und Zimmereinrichtungen, die aber nur gegen Holzscheine abgegeben werden können. Den Mangel an Tischlerleim hat man so gelöst, in dem nur flüssiger Kaltleim zur Verwendung kommt und an Stelle von Beschlägen und Schrauben ist man zur eigenen Konstruktion übergegangen, die diese Teile fast gar nicht mehr notwendig machen. Ebenso hat man in der Malerwerkstatt andere Lösungen gefunden, die der Haltbarkeit von Firnisfarben nicht nachstehen.

Auf sozialem Gebiet wird den Arbeitern, deren Verdienst bei Akkordarbeit oft 80—100 Mark wöchentlich beträgt, jede mögliche Hilfe zuteil. In 14 Siedlungshäusern (zwei weitere sind im Bau), sind die Arbeiterfamilien kostenlos untergebracht. Eine dazugehörige Gärtnerei beliefert entweder die Familien selbst, oder die Erzeugnisse werden mit in der Werkküche zu einem wohlschmeckenden Essen zubereitet, das etwa 20 Prozent mehr als das der Normalverbraucher beträgt. Durch Zuteilung von Abfallholz hat kein Mitglied der Belegschaft Brennmaterial-sorgen, ebenso wie sie mit Arbeitsanzügen und Schuhen versorgt werden. Kurz und gut, der Betrieb, in dem Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sparsamkeit mit Werkstoffen und Sauberkeit Voraussetzung sind, kann in jeder Weise vorbildlich gelten.

PNP 69/1946

Gardinen aus Plattling

Flüchtlingsindustrie in einer Getreidelagerhalle

In Plattling. Die in Plattling befindliche Getreidelagerhalle wurde vom Staatsministerium des Innern zur Unterbringung von Flüchtlings-Industriebetrieben freigegeben. Es werden eine Gardinenweberei und ein pharmazeutischer Betrieb, der gleichzeitig nahtlose Gummiwaren herstellt, dort ihre Arbeit aufnehmen. Beide Betriebe sind sudetendeutsche Spezialbetriebe, die geschlossen nach Bayern verlegt wurden. Bei der pharmazeutischen Fabrik handelt es sich um ein Exportunternehmen, das früher hauptsächlich nach England und die Nordstaaten exportiert hat. In beiden Betrieben werden etwa 200 Arbeiter Beschäftigung finden. Maschinen und Rohstoffe sind teilweise vorhanden, so daß mit dem Anlaufen der Produktion in kurzer Zeit gerechnet werden kann.

PNP 53/1946

Die Wirkerei im Wehrmachtspeicher

Eine neue Industrie in Deggendorf — Voll für das Flüchtlingsprogramm eingestellt

Am 11. Juli wurde, laut einer amtlichen Bekanntmachung, beim Amtsgericht Deggendorf in das Handelsregister B die Gesellschaft „Jersey, Wirk- und Strickwaren, G. m. b. H., Deggendorf“ eingetragen. Gegenstand des Unternehmens, so hieß es weiter, seien die Erzeugung und der Vertrieb von Wirk- und Strickwaren, Konfektion, Färberei, Druckerei und Appretur.

In einem jener großen, grünen Gebäude am Bahnhofe, die zuletzt als Wehrmachtspeicher gedient hatten, arbeitet Deggendorfs jüngste Industrie. Die riesigen Speicherräume sind durch Holzwände in heizbare Räume geteilt worden, im Untergeschoß wird eben ein Kessel für die Dampfheizung eingebaut, aber oben, im 2. und 3. Stockwerk, herrscht schon voller Betrieb. In der Wirkerei tanzen die Spulen der drei Wirkmaschinen, von denen jede täglich ein Stück Stoff von 40 m Länge herstellt. Es surrt und blitzt und funktelt nur so von emsiger Eile, und die beiden Spulmaschinen, die man im Betriebe selbst gebaut hat, sind so gut im Schuß, daß es keine Stockung gibt. Heute schon verarbeiten 35 Frauen in dem großen Konfektionsraum an den ratternden Nähmaschinen die bunten Jerseystoffe. In dem hellen Raum, den jetzt noch behelfsmäßig eiserne Öfen durchwärmen, leuchtet die Farbigekeit der Stoffe in schönen, warmen Tönen und sanften Schattierungen. Und die fertigen Kleider, die sich an der einen Seitenwand sammeln, sind wirklich geschmackvolle Gebilde; jedes anders in der Farbenzusammenstellung, in der Bewegtheit seiner bunten Teile, daß man schon die Freude der Frauen ahnt, die sie tragen werden.

Der Betrieb arbeitet heute noch in erster Linie für das Flüchtlingsprogramm. Die Kleider aber, die er herstellt, übertreffen an Qualität und geschmackvoller Gestaltung bei weitem das, was bisher den Flüchtlingsfrauen geboten wurde. Man konnte zum Vergleich eines jener graugelben schürzenähnlichen Gebilde sehen, wie sie bisher an Flüchtlinge um 30 Mark verkauft wurden, neben einem Jerseykleid, das dreifarbig, geschickt und ansprechend kombiniert, wie ein Falter neben der grauen Puppe hing, und das von der Fabrik zu einem weit niedrigeren Preis geliefert wird. Dabei

wird die Haltbarkeit des Jerseystoffes heute kaum von einem andern Frauenkleiderstoff erreicht. Man zeigte einen Faden, der für die Herstellung dieser Flüchtlingskonfektion zugewiesen worden war, und von dem man nicht glauben konnte, daß man aus ihm ein haltbares Geweb herstellen könne. Doch durch die richtige Verbindung und Verwirkung mit einem Beifaden ist es gelungen, ein Gewirke zu schaffen, das praktisch unzerreißbar ist.

Unten, im Appreturraum, liefern gerade die Stoffe für die Damenwäsche über die heißen Walzen, ein weiches, feines Gewebe, in zarten Farben, hellblau und rosa. In einem anderen Raum hingen Kinderkleidchen, unzählige, in kräftigen Farben, mit hellen, reizenden Krägchen; auch sie sind für das Flüchtlingsprogramm bestimmt. Eine Anzahl dieser Kleidchen stellte die junge Produktionsfirma der Weihnachtsammlung für die Flüchtlinge zur Verfügung. Die Frauen des technischen und des kommerziellen Leiters der Firma arbeiten seit Wochen daran, um den ärmsten Kindern eine Weihnachtsfreude bereiten zu können. Die Firma wird so ungefähr 150 Flüchtlingskinder mit Spielsachen und Kleidern beschenken können.

Man wird nun fragen: Wie kommt ein solcher, für unsere Gegend neuer Betrieb nach Deggendorf — und was ist eigentlich „Jersey“? Die einfache Antwort darauf: Der technische Leiter des Betriebes hatte in der Tschechoslowakei eine schon weit bekannte Jerseyfabrikation, die auch in den großen Städten Bayerns und ganz Süddeutschlands ihre Abnehmer fand. Er konnte jetzt zwar nur seine fachmännischen Kenntnisse und seine Erfahrungen in die neue Heimat mitbringen, aber er fand hier kluge Leute, die mit ihm das neue Unternehmen wagten. So entstand diese GmbH., — und was aus dieser erstand, das kann man heute schon in manchem Kaufhause sehen.

So hat Deggendorf eine neu Industrie bekommen, die für keines der eingesessenen Unternehmen eine Konkurrenz darstellt, deren Bedeutung aber (wenn die Tatkraft der Unternehmer nicht zu sehr von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehemmt wird), für den ganzen Landkreis kaum überschätzt werden kann.

—202—

PNP 93/1946

Kleiderfabrik im Pferdestall

Ein Beispiel energischen Aufbaues

Die Kleiderfabrik Heinrich Keilhofer ist nicht die einzige Firma dieser Art in Deggendorf, aber es handelt sich hier um einen Betrieb, der nach dem Kriege buchstäblich aus dem Nichts geschaffen wurde. Der Aufgang zu dem Fabrikraum ist nicht sehr repräsentativ. Wir erwähnen das nur deshalb, um zu betonen, daß es heute auf derartige Äußerlichkeiten wirklich nicht ankommt. Aus dem ehemaligen Lager über einem Pferdestall wurde ein großer Arbeitsraum mit abgeteiltem Büro geschaffen. An 25—30 Maschinen verschiedener Systeme einschließlich Spezialmaschinen, die überall zusammengekauft wurden, arbeiten unter der Anleitung von Fachkräften etwa 40 Flüchtlingsfrauen. Hergestellt wird Herrenkonfektion und Herrenmaßkonfektion. Die Produktion, die zur Zeit wöchentlich rund 200 Anzüge beträgt, ist für die UNRRA, für politisch Verfolgte und entlassene Soldaten bestimmt. Außerdem werden die neuen blauen und grünen Uniformen für Stadt- und Landpolizei nach vorgeschriebenem Muster gefertigt.

Verarbeitet werden im wesentlichen noch Stoffe aus alten Beständen, aber es besteht in diesem Fall begründete Aussicht, den Anschluß an die Neuproduktion zu finden. Der Übergang dürfte durch ein verhältnismäßig großes Lager an gebrauchten Textilien aus Wehrmachtsbeständen — zerrissenen und verschmutzten Uniformen, Unterwäsche und Decken — erleichtert werden. Der Betriebsführer trägt sich sogar mit der Absicht, seinen Betrieb noch zu erweitern. Dieses Beispiel soll allen Unternehmern, die noch nicht soweit sind, Mut machen, die Schwierigkeiten anzupacken und zu überwinden. P.Wi.

PNP 56/1946

Am laufenden „Schuhband“-Band

Garn ist genügend vorhanden — Besuch in der Fabrik eines Flüchtlings

() Mit der großen Ansiedlung von Flüchtlingen ist im Laufe der Zeit in Deggendorf eine vielseitige Klein-Industrie entstanden, zu der sich in den vergangenen Wochen die Posamenten- und Gardinenfabrik Pietsch, als einzige dieser Art am Platze, hinzugesellt hat. In der ehemaligen Gastwirtschaft der Brauerei Kießling, am Fuße des Gaisberges, vernimmt der Fußgänger beim Vorbeigehen starke Maschinengeräusche, die sich bei Betreten des Hauses zu einem Lärm verdichten, der eine Verständigung unmöglich macht. Nichttourige Maschinen sind es, auf denen 5 bis 40 Spulen mit je 3000 bis 5000 Metern Garn, wie tanzende Puppen um sich selbst und in rasendem Tempo in großen und kleinen Kreisen drehen. Alles das, was früher fleißige Frauenhände in stundenlanger Handarbeit wirkten oder strickten, verrichten sie in einigen Minuten.

Der Inhaber dieser Fabrik ist Flüchtling aus der Tschechoslowakei und mußte im Zuge der Ausweisung seine Fabrik aufgeben. Seit einem Jahr hat er ununterbrochen daran gearbeitet, sich Maschinen zu beschaffen um in seinem Gewerbe wieder selbständig zu werden. „Es war nicht einfach,“ meint Herr Pietsch, „aber der erste Schritt ist nun getan.“ Zwölf Maschinen laufen bereits und in den nächsten vier Wochen sollen es 20 sein, so daß dann der Betrieb für heutige Verhältnisse zumindest leistungsfähig ist. Obwohl sich eine Fabrikation von Gardinen rentabler gestalten würde, kommt die Fabrik zunächst mit der Herstellung von Schuhbändern einem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung nach. Acht Maschinen laufen für diesen Zweck, die täglich runde und flache Bänder zur Herstellung von 4000 Paar Schuhbändern in verschiedenen Stärken fabrizieren. Für Halbschuhe oder

Stiefel auf bestimmte Größen geschnitten, werden sie von Arbeiterinnen durch Preßmaschinen mit Metallspitzen versehen, die ein Ausfransen verhüten und das Schuhschnüre vereinfachen. Sortiert und geprüft, liegen sie gebündelt zum Versand bereit. In einem Regal lagern bereits gefärbte Bänder, die aber, obwohl sie heute von der Kundschaft kaum beanstandet würden, nochmals nachgefärbt werden müssen. Er will keine Ausschußware liefern, sondern wie bisher deutsche Qualitätsarbeit.

Wie überall sind auch hier die Sorgen nicht klein. Sie liegen nicht in der Materialbeschaffung, denn Garn ist in genügender Menge vorhanden, sondern bei der Energie-Versorgung und der Stilllegung der Färbereien infolge Kohlenmangels. Diese Schwierigkeiten hemmen die Fabrikation natürlich sehr. Es ist daher zur Zeit nicht möglich, allen Lieferungsverpflichtungen voll nachzukommen. Ein „Einarbeiten“ der Tage ohne Strom durch eine längere Arbeitszeit an den sogenannten Energietagen kann leider nicht durchgeführt werden, da der Betrieb ausschließlich mit Flüchtlingsfachkräften arbeitet, die außerhalb der Stadt wohnen und somit auf die spärlichen Zugverbindungen angewiesen sind. Auf unsere Frage, wie lange es dauern wird bis der Landkreis und die umliegenden Städte ausgiebig mit Schuhbändern versorgt sind, nehmen wir zur Kenntnis, daß bis dahin noch einige Monate vergehen werden. In vier bis fünf Wochen will der Betrieb die Fabrikation von Posamenten und Gardinen in größerem Maße aufnehmen, die nicht nur für den Export bestimmt sind, sondern auch an die heimische Bevölkerung gegen Bezugschein zum Verkauf gelangen. ho

PNP 19/1947

Vom Baumwollfaden zur Gardine

Einheimischer Textilbetrieb der westdeutschen Konkurrenz ebenbürtig

Im Rahmen unserer Berichte über die einheimischen Industrien schildern wir heute einen Besuch in der Gardinen- und Posamenten-Fabrik Pietsch G.m.b.H. an der Ulrichsberger-Straße.

Vergeblich sucht man zunächst nach Gebäuden, die halbwegs die Bezeichnung „Fabrik“ rechtfertigen würden. Lediglich einige Baracken, aus denen ein summendes Rattern und Klappern schallt, stehen bescheiden auf dem ehemaligen Gelände des Exerzierplatzes. Vor den Gebäuden treffen wir den Besitzer, Herrn Pietsch; er ist kein Freund vieler Worte. Er erzählt uns lediglich, daß auch er, wie die meisten westdeutschen Textilbetriebe, nach dem Krieg wieder von vorne anfangen mußte. Nur war es für ihn als Heimatvertriebenen noch ein wenig schwerer. Seine Hauptsorge galt der Anschaffung von Maschinen, die er zunächst provisorisch im Kiesling-Keller und später in den jetzigen Holzbaracken unterbrachte. „Die Maschinen“, meint er, „sind das Herz jedes Betriebes. Auf sie kommt es an. Die Holzbaracken verschwinden eines Tages von selbst.“

Nach dieser einleitenden Feststellung versuchen wir unter fachkundiger Führung einen Blick in den Fabrikationsvorgang von Baumwoll- und Seidengarn bis zu den Endprodukten, den Gardinen und Posamenten, zu tun. Der Rundgang beginnt im Lagerraum, in dem bis unter die Decke Baumwoll- und Kunstseidengarn, auf große Spulen gewickelt, gestapelt liegt. Während die Anlieferung von Kunstseide aus Franken und Westdeutschland fast immer gleichmäßig bleibt, unterliegt der Antransport der Baumwolle aus Uebersee oft mancherlei außenpolitischen Schwierigkeiten. Die Baumwollspulen sind grundsätzlich naturfarben, ein Teil der Kunstseide dagegen prangt in verschiedenen Farben.

In dem großen, hellen und übersichtlichen Maschinenraum kann man vor Lärm sein eigenes Wort nicht mehr verstehen. Die großen Vorratsspulen erfahren hier zunächst auf einer Maschine ihre Umwandlung in kleinere, für die weitere Verarbeitung geeignete Spulen, und wandern dann in eine von den 35 Häkel- und Klöppelspitzen-Maschinen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, in kurzen Zügen die Arbeitsweise dieser Spezialmaschinen zu schildern, die pausenlos durchschnittlich 400—500 Fäden gleichzeitig

verarbeiten. Das menschliche Auge ist einfach nicht in der Lage, dem sich tausendfach wiederholenden Rhythmus blitzender Räder, Stangen, Hebel und tanzender Spindeln zu folgen. Man betrachtet nur erstaunt das aus der Maschine gleich einem langsamen Strom fließende Endprodukt in Form von Stores, Spitzenstoffen, Betteinsätzen, Besatzspitzen oder Fransen. Bis zu 12 laufende Meter kann eine dieser Maschinen bei einer Breite bis zu 50 Zentimetern herstellen. Was leisten dagegen zwei häkelnde Menschenhände in derselben Zeit? Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die sinnverwirrenden, fast unerträglich ratternden Maschinen oder die daran arbeitenden Spezialisten, deren geschickte Hände je nach den Anforderungen der Frühjahrs- und Herbstkollektion diese komplizierten technischen Apparate auf die Herstellung jedes beliebig gewünschten Musters einzurichten vermögen. Jahrzehntelange Erfahrung, guter persönlicher Geschmack und Sinn für künstlerische Ornamentik sind jedem dieser Männer eigen. Es ist sogar möglich, auf einzelnen Maschinen mehrere verschiedene Muster gleichzeitig herzustellen.

Die Einrichtung des Arbeitsraumes vervollständigen mehrere Flechtmaschinen, aus denen unablässig Schuh- oder Gummibänder quellen.

Anschließend nimmt uns ein weiterer Raum — die Konfektionsabteilung — auf. Eine Reihe von Frauen und Mädchen verarbeitet hier an einem Dutzend Nähmaschinen die aus dem Maschinenraum kommenden Spinnereiprodukte zu Stores, Gardinen, Tischdecken, Bettdecken und Büstenhaltern. Auch dieser Arbeitsraum ist hell und luftig und vor allem, bis auf das leise Surren der elektrisch angetriebenen Kreuzstichnähmaschinen, wohlthuend still.

Von den versandfertigen duftigen Geweben treten viele den Weg ins Ausland an. Muster und Rohstoffzusammensetzung sind bei Exportaufträgen genau vorgeschrieben. Ein weiterer Teil der herrlich gemusterten Gespinste wandert in die Westzonen und legt dort Zeugnis ab von der Initiative und dem handwerklichen Können des jüngsten Degendorfer Spinnereibetriebes, der heute in jeder Hinsicht seinen westdeutschen Konkurrenten ebenbürtig ist. -Rr-

DD 10/1949

Deggendorfer Badeschwämme für die Türkei aus Malaya-Gummi

25 000 Kilogramm Gummiwaren verlassen monatlich die Fabrik

Seit 1945 beherbergt unsere Stadt ein Werk der ältesten europäischen Gummifabrik „Semperit“. Das Kriegsende brachte eine Handvoll Gummifachleute aus einem ehemaligen Semperitwerk in Preßburg nach Deggendorf. Uner-schütterlicher Wiederaufbauwille, unermüdlicher Arbeitseifer, reiche Erfahrungen, sowie eine geringe Menge von Rohkautschuk waren das einzige Flüchtlingsgut dieser Leute. Sie begannen in einer ehemaligen Lagerhalle am Bahnhof mit der Herstellung von Gummilösung. Die hierfür benutzten selbstgebauten Maschinen zieren heute das Werkmuseum. Nach wenigen Monaten konnten sie ihren „Betrieb“ auf die Instandsetzung von Fahrrad- und Autoreifen erweitern. Erst nach der Währungsreform gelang es durch Beschaffung von entsprechenden Maschinen wieder, wie früher, selbst Gummi-Mischungen herzustellen. Eine neue Fabrik der „Semperit-Gummiwerke GmbH, München“ (der Hauptsitz der Werke ist Wien) war aus kleinsten Anfängen herausgewachsen. Die mühevollen Nachkriegsponierarbeit lohnte sich. Zur Zeit arbeitet eine Belegschaft von rund 100 Köpfen, davon 45 Flüchtlinge, teilweise Tag und Nacht, um den Aufträgen aus dem In- und Auslande gerecht werden zu können.

Der Leiter des Werkes, Diplomingenieur Ladislaus Szilagyí, vermittelt uns im Rahmen einer Führung durch das vierstöckige Werksgebäude einen interessanten Einblick in die Verarbeitung des Natur-Kautschuks zu Schuhsohlen und -absätzen, Badeschwämmen, Wärme-flaschen, Fahrradtaschen und vielen anderen unentbehrlichen Gummiartikeln. Die Gummibäume, deren erkalte Milch in Form von 50 Kilo schweren, gelblich-braunen, rechteckigen Klumpen vor uns liegt, und die sich wie halberkalte-

sium) im vulkanisierten Zustand. Der Werdegang dieses Artikels ist damit im wesentlichen abgeschlossen.

Die zweite Hälfte dieses Stockwerkes nimmt die Schwamm-Gummierzeugung ein. Hier steht der sogenannte Schwammkessel, in dem unter bestimmten Druck- und Temperaturverhält-



In Hohlformen entstehen in den Pressen Gummi-Absätze und Wärme-flaschen

nissen die mit einem Treibmittel vermischte Gummimasse „gebacken“ wird. Die ursprünglich nur wenige Zentimeter starke Gummipatte verläßt als zehn- und mehr Zentimeter dicke Schwammgummimasse den Kessel. Sie wird anschließend noch einmal in einem Walzwerk durchgeknetet, ohne dabei ihre Plattenform einzubüßen. Anschließend bringen Bandsägen die Platten auf die gewünschten Größen, z. B. für den Gebrauch von Badeschwämmen oder Badevorlegern.

In der Fertigungsabteilung im nächsten Stockwerk bekommen die Gummiwaren unter den geschickten Händen von Arbeiterinnen mit Schere und Gummilösung den letzten Schliff. Hier werden auch die hübschen mosaikartig gemusterten Badevorleger und Sitzkissen geklebt. Die Abfälle gelangen nach einer Sonderbearbeitung wieder in den Mischraum und treten erneut den Weg über Walzen, Stanzen, Pressen und Öfen zur Fertigungsabteilung an.

Ein modern eingerichtetes Laboratorium führt dauernd Betriebskontrollen durch, stellt neue Gummimischungen zusammen und überprüft mittels sinnreicher Vorrichtungen das fertige Material auf Elastizität und natürliche Abnutzung. Neben dem Labor steht noch eine Tubenfüllmaschine, die täglich 10 000 Tuben mit einer Lösung von Naturkautschuk in Benzin — der bekannten Gummilösung — füllt.



Naturkautschuk wird zwischen Walzen geknetet und mit anderen Stoffen vermischt

ter Leim anfühlen, standen in Britisch-Malaya. Den Rohstoff holt das Werk mit Lastkraftwagen in Hamburg ab.

Schuhsohlen und Wärmeflaschen

Je nach dem, was aus dem Naturkautschuk entstehen soll, werden die Klumpen mehr oder weniger lange Zeit zwischen riesigen Walzwerken, deren Rollen von innen wassergekühlt sind, durchgeknetet. Unter peitschenähnlichem Geknatter zwängen sich die vorher hydraulisch gespaltenen Gummiklötze durch die schmalen Schlitzte zwischen den Walzen, legen sich in zentimeterdünnen Schichten um das blanke Metall, werden mit einem Messerschnitt abgelöst und erneut durch die Maschine gepreßt. Nach dieser Auflockerung erhält der Rohkautschuk Zusätze von Schwefel, Ruß, Ölen, pulverisierten Asphalten und den verschiedensten Farben. Die intensive Vermischung geht ebenfalls in den Walzstühlen vor sich. Ein Teil des Gummigemisches verläßt nun in etwa quadratmetergroßen Platten, ein anderer Teil in Form von rund 10 cm breiten, meterlangen Streifen die Maschinen des Mischraumes.

Bis jetzt hat man es peinlich vermieden, die Gummimasse auf eine höhere Temperatur zu erwärmen, da bei 140 Grad der Gummi von der plastischen in elastische Form übergeht und nie mehr die im Augenblick der Erhitzung vorhandene Form verliert, das heißt er vulkanisiert.

Im nächsten Stockwerk schneiden Stanzen aus den Streifen Schuhsohlen und Absätze, aus den Platten Teile für Wärmeflaschen oder Fahrradtaschen. Die Teile wandern in Hohlformen in eine der sechs großen Pressen und verlassen dieselben nach einer erheblichen Druck- und Temperatureinwirkung (250 ATÜ, 140 Grad Cel-

Das Semperitwerk Deggendorf stellt monatlich 25 000 kg Gummiwaren her. Seine Hauptabnehmer sind Schuh- und Lederhandel, der Fahrrad- und Kraftfahrzeughandel, der technische und chirurgische Gummiwarengroßhandel. Der derzeitige Fertigungsschwerpunkt liegt auf der Produktion von Schwammgummi, Schuhsohlen und Wärmeflaschen. Die Handelsverbindungen des Werkes reichen weit über die engen Grenzen unserer Heimat hinaus, nach Frankreich, den Nordstaaten, Griechenland und der Türkei.



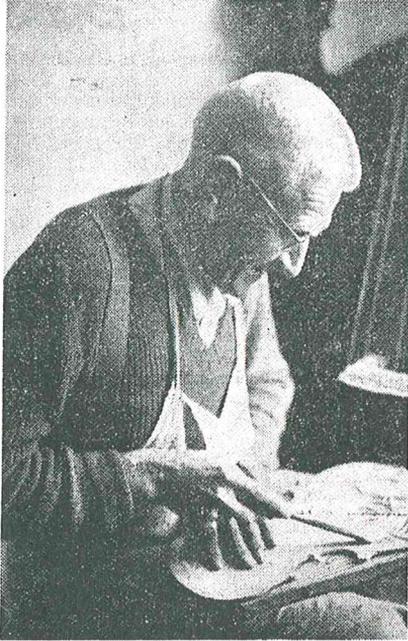
In der Fertigungsabteilung erhalten die Gummiwaren ihren letzten Schliff

Auch in Deggendorf wird Fichtenholz klingend

Besuch bei einem Geigenbauer aus dem Musikerwinkel

Im Branchenverzeichnis des Deggendorfer Adreßbuches steht auch ein Geigenbauer — und da Menschen, die aus anscheinend totem Holz klingende und singende Geigen zu bauen vermögen, in unserer Gegend sehr selten sind, besuchten wir Meister Georg Bitterer in seiner Werkstatt am Luitpoldplatz.

Vor einigen Tagen schritt der Meister in sein 65. Lebensjahr. Anlaß genug, um einen Blick, über ein Menschenalter lang, zurück in seine Heimatstadt Schönbach bei Eger zu wer-



Der Meister bei der Arbeit

fen, in der aus jedem Fenster Musik ertönt, wie es sich eben für eine richtige Instrumentenstadt gehört. Er war seit je der Musiker-Winkel Alt-Oesterreichs, dieser Landstrich im deutschen Böhmen. Der Meister selbst hatte in jungen Jahren wenig Zeit zum Musizieren, da er eine Reihe jüngerer Geschwister der mit elf Kindern gesegneten Familie betreuen mußte. Sein Vater, der sich gleich dem Urgroßvater und Großvater dem Geigenbau widmete, nahm ihn erst um die

Jahrhundertwende in die Lehre. Arbeitsreiche Ausbildungsjahre und der Besuch der Musikfachschule gaben dem jungen Geigenbauer das erforderliche theoretische und praktische Rüstzeug für seinen schwierigen Beruf. Kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges gründete er in seiner Vaterstadt eine eigene Werkstatt und baute dort, von wenigen Kriegsjahren abgesehen, drei Jahrzehntlang Geigen für in- und ausländische Musik-Handlungen. 1946 mußte Meister Bitterer Heimat und Betrieb verlassen und kam mit einer Hand voll Werkzeuge und einigen alten Geigenhölzern in Deggendorf an, wo er herzliche Aufnahme fand. Ohne sonstige Hilfsmittel begann er hier mit der Neuanfertigung, dem Umbau und der Reparatur von Streichinstrumenten. Tag für Tag schnitzt er, die Werkstücke am Tisch, Geigenboden und Geigendecken. Sogar die Schnecken der Geigenhalse hat er bis vor kurzer Zeit in seiner eigenen Werkstatt gemacht. Aus ungefügten, zentimeterstarken, langjährig abgelagerten Fichtenbrettern entstehen hier in einem Zimmer über dem Luitpoldplatz nur durch das Geschick der Hände, die das Schnitzmesser, das Schnitzisen und die kleinen Hobeln führen, die gewölbten und geschwungenen Bestandteile einer Geige. Jahrzehntelange Übung und Erfahrung ist notwendig, um die einzelnen Stücke so auszuarbeiten, daß sie im zusammengesetzten Zustand der Geige eben jenen Klang verleihen, der immer schon die Arbeit weniger Meister unsterblich machte. Einzelne kleine Abweichungen von der üblichen Geigenform, eine Spezialbearbeitung der millimeterdünnen Bretter, die sogar dem geübten Auge unsichtbar bleibt, birgt das Geheimnis, das gleichermaßen Werk und Schöpfer umwiltert und das letztere höchstens seinen Nachkommen verrät.

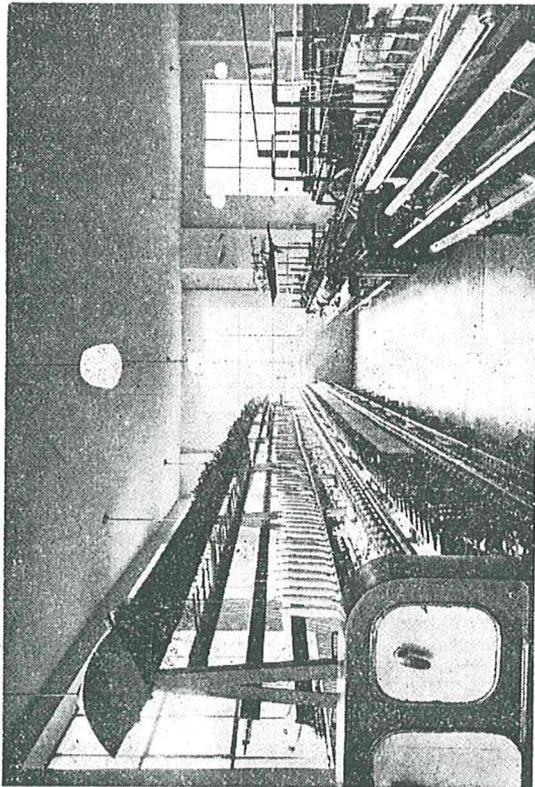
Eben setzt Meister Bitterer einer kurz vor der Vollendung stehenden Geige die Seele ein — ein kleines, rundes Fichtenhölzchen, das die Schwingungen der Geigendecke auf den Boden überträgt und das, wie jede Seele, eben auch „einmalig“ passen muß. Er erzählt uns dabei, daß es ihm schon wiederholt gelang, fremde gute Geigen durch nachträglichen Umbau in noch bessere umzuwandeln.

So schnitzt, leimt und poliert Meister Bitterer seit einem Menschenalter Streichinstrumente. Er, der in seiner Jugend ein leidenschaftlicher Jäger war, verläßt heute kaum mehr seine Wohnung. Was ihn aber trotzdem weit über die Grenzen unserer Vaterstadt hinaus bekanntgemacht hat, ist die Präzision seiner Arbeit. Er gilt in Musikfachkreisen allgemein als der beste Streichinstrumentbauer weit und breit.

DD 25/1949

Das kleine Manchester' der Deggendorfer Industrie

Ein Besuch bei der „Texira“, Spinnerei, Reisserei und Strickerei in der Stadtfeldstraße



Zwirnmaschinen, auf denen mehrere Fäden zu Kordzwirnen gezwirnt werden

Belebung der Industrie in unserem Noistandsgebiet ist zur allgemeinen wirtschaftlichen Förderung geworden. Steht man am Schlagbaum zur 600 qm großen Werkanlage der Firma „Texira“, Spinnerei, Reisserei und Strickerei Deggendorf, Stadtfeldstraße, dann verspürt man, daß zum größten Teil nur private Initiative, überdurchschnittliches wirtschaftliches Denken und solides Unternehmertum diese Forderung zu realisieren vermögen. Freilich zeigt dieses Werk noch die Spuren eines kurzen Aufbaues, zeigt die Schwierigkeiten, mit denen ein verhältnismäßig junges Unternehmen in den wirtschaftlich

das Werk Handstrickgarn, ein gezwirntes Wollgarn, an, das zu 80 Prozent aus Wolle und zu 20 Prozent aus Perlon besteht, um dadurch die vierfache Haltbarkeit der reinen Wolle zu erreichen. In der Hauptsache freilich verlegt sich die Spinnerei auf die Gewinnung von Streichgarn.

Heute hat der Auftragsstand für die Spinnererei einen solchen Umfang angenommen, daß die Spinnerei die doppelte Kapazität erfordert. Bis Ende d. J. will Herr Poriký diese

Betriebsverweiterung

durch Anschaffung von weiteren Spinnmaschinen

genheiten betrafen, gab man uns höflich und fast etwas weltmännisch darüber Auskunft. Der Export ist beschränkt sich vorerst nur auf Oesterreich. Die Textil-Werke sind die größten Frachttreiber für den Deggendorfer Güterbahnhof, denn täglich werden dort 2 Waggons mit je 5 bis 7 Tonnen ein- und entladen. Und als wir vielleicht etwas voreilig nach betriebssozialen Maßnahmen fragten, verniet uns die Prokuristin, nicht ohne einen gewissen Stolz auf ihren Chef, daß dieser anläßlich seines 50. Geburtstages seiner Belegschaft ein Sparbuch mit einer ganz schönen Einlage schenkte, in das jedes Belegschaftsmitglied wöchentlich freiwillig 10 Pfennig gibt und der Chef wöchentlich den gleichen Betrag, den die Belegschaft in dieser Zeit einbezahlt hat, aus seiner Tasche dazugibt, um damit den unverschuldet in Not geratenen Betriebsmitgliedern helfen zu können und sogar später einmal Betriebswohnungen für die Angestellten zu bauen. Heute zählt die Belegschaft 158 Angestellte und Arbeiter. Davon 60 Prozent weibliche und 40 Prozent männliche. 75 Prozent der Belegschaft setzen sich aus Heimatvertriebenen zusammen.

Alles läuft wie am „Fädchen“

Als wir uns mit der Bitte, einen Rundgang durch das Werk machen zu dürfen, von der Prokuristin verabschiedeten, stellte sie uns den Betriebsingenieur vor, der uns den Produktionsvorgang in den einzelnen Werkhallen erklärte. Von den Rohstofflagern führte er uns an das Sortierförderband, wo die Abfälle nach Qualität und Farbe sortiert werden, in von dort weg, gereinigt und geschnitten, in den Reißwolf zu kommen. Die fertige Reißwolle wird nochmals entstaubt und mit Wolle oder Zellwolle zu Mischwolle zusammengeschmolzen. Nach 2 Tagen gelangt dieses Präparat in eine riesige Maschinenanlage, den sogenannten Dreikrempelatz, aus dem nach einem differenzierteren Arbeitsgang das Vorgarn auf langen Spulen sich entwickelt. Dieses Vorgarn kommt an die Spinnmaschinen (Selfaktoren) wie sie die Werkaufnahme zeigt. Im selben Werkraum befinden sich die Zwirnmaschinen, aus denen mehrere Fäden zu Zwirnen zusammengewirnt werden. Ein kurzer Besuch in der Strickerei mit 24 Strickmaschinen, in der Nähabteilung und in den wohnlich einge-

mäßig junges Unternehmen in den wirtschaftlich schweren Nachkriegsjahren zu kämpfen hatte. Doch ein Gang durch dieses Werk vermittelt dem Besucher planvollste Wirtschaft, weltfeinste deutsche Werkarbeit und strafste Organisation. Die Prokuristin führt uns in das freundliche Empfangsgebäude und in einem vornehm und wohllich eingerichteten Empfangsraum erzählt sie uns mit überraschender Fach- und Sachkenntnis über die

Entwicklung des Werkes.

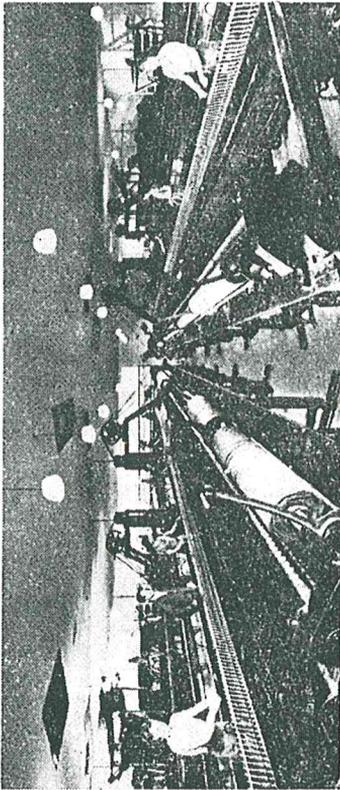
Der Direktor der Textura-Werke, A. Poriky, kommt aus dem Textilmittelpunkt des Sudetenlandes, Reichenberg, dem böhmischen Manchesters, wie es die Prokuristin humorvoll nennt, wo Herr Poriky vor der Austreibung durch die Techniken ein Textilunternehmen leitete. Mit 6 Arbeitern und den notwendigsten Maschinen eröffnete er kurz nach der Währungsreform, am 6. Juli, mit einem kleinen Betriebskapital sein Werk in Deggendorf.

Der Betrieb teilte sich anfänglich in eine Reißerei und eine Zwirnerei. In der Reißerei wird aus Textilabfällen die Faser zur Wiederverspinnung gewonnen. Abnahmehereite sind Württemberg und Westdeutschland. Daneben aber erzeugt das junge Werk Industriewolle für Polstermöbel und Matratzen. Die Zwirnerei stellt Baumwoll-Zwirne für die Textilindustrie (Kordemlagen) her.

Nach vier Wochen bereits konnte der Betrieb um weitere 30 Arbeitskräfte vergrößert werden. In einer planvollen, gesunden Entwicklung, dehnte Poriky die Produktionskapazität seines Werkes immer weiter aus. Schon Ende 1948 nahm er eine Strickerei in sein Produktionsprogramm auf. Heute zählt die Strickerei ca. 30 Angestellte und fertigt in der Hauptsache Kinderstrickbekleidung zum größten Teil aus im Betrieb hergestellter Wolle an.

Eine wichtige Etappe in dieser Entwicklung bedeutete die Einrichtung einer Woll- und Vignone-Spinnerei im Dezember 1949. Damit konnte einmal ein Baumwollabfallgarn als Wüftungarn für die Herstellung von Tragensanzügen und gerauter Wäsche gewonnen werden, das die Texturwerke zu einem Hauptlieferanten für die württembergische Trikotagenindustrie werden ließ. Daneben fertigt

durch Anschaffung von weiteren Spinnmaschinen und Drei-Krempelsätzen, durch die Erhöhrichtenen Büroräumen beschließt unsere hnung der Belegschaft auf insgesamt 200 Ange-Rundgang.



Blick in die Spinnerei mit zwei Spinnmaschinen (Selfaktoren)

stellte und durch die Erstellung eines neuen Werktraumes durchführen.

Wenn diese Betriebsverweiterung abgeschlossen ist, würden neue Pläne in Angriff genommen werden, erzählt uns die Prokuristin. Vor allem sei an die Einrichtung einer betriebseigenen Färberei und Wollwäscheerei gedacht. Um die Wolle und Keilwolle von allen Fremdkörpern zu reinigen, muß diese durch einen Säurevorgang karbonisiert werden.

Betriebssoziale Maßnahmen

Eine Menge Fragen hatten wir noch zu stellen und so weit sie nicht die werktüternen Angele-

Und als wir wieder auf den Werkhof traten, hatten wir über allem Getriebe und Gekreische der Maschinen den Eindruck, daß die Angestellten, ob die Arbeiter in den Lagern oder die Angestellten am Krempelsatz die wie Vorboden des Nikolaus mit zufriedenen Augen aus dem weichen Wollschaum herausguckten, glückliche Menschen sind, weil sie feste Arbeit und einen schönen Arbeitsplatz gefunden haben. Und noch eines hatten wir festgestellt in den Werkhallen: daß alles wie am „Fädchen“ läuft, ohne die Menschen zu Arbeitssklaven zu machen. -4-

Totsichere Tips ohne Aufschlag

Ein Original macht sich selbständig / Kasernenputzer, Platzanweiser und Zeitungshändler

„Wer kennt ihn nicht, den blonden jungen Mann, den „Hans in allen Gassen“, der durch die Kriegswirren an die Pforte des Bayerischen Waldes verschlagen wurde. Nicht gerade froh und heiter, aber frischen Mutes kam er im Sommer 1945 nach Deggendorf, wo seine aus Schlesien evakuierten Eltern Zuflucht gefunden hatten. So grau und zerschließen, wie er gekleidet war, sah er die Zukunft nicht. „Arbeit als Buchbinder haben wir nicht“, sagte man ihm auf dem Arbeitsamt, „aber die Amerikaner suchen noch Hilfskräfte für die Kaserne.“ Fritz Fiebig, so heißt der Blondkopf, nahm die Arbeit an. Er fegte dort die Stuben, richtete die Feldbetten und war sich auch für schmutzige Arbeiten nicht zu gut. So erhielt er auch manchen Script-Dollar und viele Päckchen Zigaretten als Lohn, den er gut gebrauchen konnte, um seine alten Eltern zu ernähren.

Er bewies jeden Tag aufs neue, daß er durch ehrliche Arbeit sein Brot verdienen wollte. Und so traf man ihn als Platzanweiser bei Kabarett-Veranstaltungen, als Ordner bei Boxkämpfen oder aber als Kassierer bei Tanzvergnügen. Sein sympathisches Wesen zusammen mit dem Drang nach Arbeit, wo immer sich eine bot, machten ihn allgemein beliebt. Er besorgte ohne Aufschlag Kino-Eintrittskarten, half, wo er konnte und stellte sich immer in den Dienst der guten Sache. Auf dem Fußballplatz tummelte er sich genau so wie auf dem Tanzboden. Wurde ein Radrennen veranstaltet, sah man Fiebig die Pedale treten. „Können Sie sich Fiebig als Rennfahrer vorstellen“, scherzten lachend die Gemüter. Der blonde Fritz fuhr und hielt bis zur Endrunde durch. So wurde er zu einem Deggendorfer Original, über das man herzlich lachte. Er betätigte sich auch als Manager für kleine Kabarett-Ensemble und landete bei „Joe Biller“ mit dessen Variétégruppe er Bayern und Schwaben bereiste.

Am Tage der Währungsreform, mit 40 DM in der Tasche, sann er nach neuen Plänen. Und so lächelte man wieder über ihn, als er auf dem Marktplatz mit einem Bündel Zeitungen erschien. Viele kauften dem wackeren Jungen, der sich von der Zeit nicht unterkriegen lassen wollte, aus Sympathie die Zeitungen ab. Eine Woche später konnte man bei ihm Taschenfahrpläne kau-

fen und nach einem Monat bot er fast alle bayrischen Zeitungen, Illustrierte, Wochenblätter, Romane und andere Literatur an. „Der Deggendorfer“ heute neu, so schalte im Oktober seine Stimme über die Straße. Allein war für ihn das Geschäft nicht mehr zu bewältigen und so mußte sein Bruder ausheifen, derweilen der „schlaue Fuchs“ mit seinem Fahrrad herumsauste und die geistige Nahrung auch im Krankenhaus und anderen öffentlichen Anstalten verkaufte. Eines Morgens stand am Marktplatz zu lesen, daß Fritz Fiebig einen Zeitungskiosk in der Bahnhofstraße eröffnet habe. „50 Schritt nur, und Sie erhalten alles, was Sie für Ihren Geist brauchen“ hatte er humorvoll darunter geschrieben.

Man gratulierte ihm in seiner neuen Behausung, die sich garnicht so schlecht darbot. Elektrisches Licht, Heizung, Regale und eine Unmenge Literatur. „Man hat mich zwar mit dem Kiosk übers Ohr gehauen, aber ich verdiene und andere sollen es auch!“ Das ist Fritz Fiebig, wie er denkt und lebt. Einen Trost hat er. Wenn viele früher über ihn lachten, weil er sich jede Mark sauer verdiente, so lächelt er jetzt, weil dieser Tatendrang zum Erfolg geführt hat. Guckt sein verschmitztes Gesicht aus dem Schiebefenster und er beginnt freundlich seinen Redestrom oder besser Wasserfall, dann gehen seine Kunden meist mit mehr Literatur nach Hause, als sie ursprünglich kaufen wollten. „Man kann Iem Jungen nichts abschlagen“ äußerte sich eine Kundin. Flink wie ein Wiesel verkauft er vorn durch das Fenster die Zeitungen und hinten herum — — — Fußballfoto-Zettel mit totsicheren Typs ohne Aufschlag. Dienst am Kunden ist seine Stärke. „Einen Augenblick, gnädige Frau, in zwei Minuten können Sie den Deggendorfer von voriger Woche haben.“ Schnell schwingt er sich auf seine Luxuslimousine, wie er sein Fahrrad nennt, und holt das Gewünschte herbei.

Vor einer Woche hat er nun seiner „Firma“ den Namen gegeben. Wer es noch nicht wissen sollte, an der Fassade seines Kiosk steht in großen aus Holz geschnitzten Lettern zu lesen: „Der Zeitungsfritze“ und so bleibt er ein Original in Deggendorf mit einem Namen, den er sich selber gab. ho

Der Deggendorfer 15.2.1949

Kristallgläser im ehemaligen SA-Haus

Ein Besuch in der Glasschleiferei Marschner (Deggendorf) — Ein sudetendeutscher Betrieb, der für Lebensmittel aus dem Ausland sorgt

In das ehemalige SA-Haus am Bahnhof ist im vorigen Herbst die Glasschleiferei Siegfried Marschner eingezogen, deren Inhaber aus einer alten Glasschleifer-Familie des Sudetenlandes stammt. Wenn auch der Betrieb noch in den größten Anfängen steckt, so muß man die Leistungen bewundern, die hier mit den fertiggestellten Kristallen, wunderbar geschliffenen Vasen, zartgravierten Schalen, hauchfeinen Gläsern und Krügen in künstlerisch vollendeter Form, die auch auf der Passauer Messe zur Schau standen, geschaffen werden. Die Amerikaner bestellen 20 000 Stück von diesem künstlerisch wertvollen Kristall und auch mit Holland sind geschäftliche Beziehungen angeknüpft. Der Betrieb verlegt sich vorläufig ganz auf den Export.

Mit welchen Schwierigkeiten sich die Gründung dieses Betriebes vollzogen hat, zeigt ein kurzes Bild. Eine einzige Schleifmaschine stand bis zu Beginn des Jahres zur Verfügung. Wenn heute schon sechs dieser Maschinen in Betrieb sind, so ist es allein der Initiative des Inhabers zu verdanken, denn, wie er uns erzählte, erhalte er von keiner Seite, auch nicht von den Behörden, eine Unterstützung. Es fehlen Brennöfen, Kohle, Werkzeuge, Schleifsteine und sonstige Kleinigkeiten; und trotzdem verzagt er nicht vor den Widerwärtigkeiten des Alltags.

Man hofft, in nächster Zeit von der einfachen Glasschleiferei — der „Kuglerei“ wie der Fachmann sagt —, zur Rubinätze übergehen zu können, einer besonderen Art der Glasbehandlung, deren Produkte die wunderbaren böhmischen Buntgläser sind. „Unter tausend Glasfachleuten gibt es einen, der die Rezepte hierfür kennt“, sagt uns Herr Marschner. Er selbst hat einen solchen Fachmann in seinem Betrieb, der aber noch nicht mit dieser hochentwickelten Glasveredelung beginnen kann, weil ihm noch die bereits angeführten Materialien fehlen.

Wenn genügend Werkzeuge vorhanden wären, könnte dieser Betrieb 40 Menschen beschäftigen, Lehrlinge ausbilden, um damit die über Generationen überlieferten Glasbearbeitungsrezepte zu erhalten. Nur Flüchtlinge aus dem Sudetenland arbeiten zur Zeit für die Produktion, und damit alle Arbeiter Gelegenheit zu einem Verdienst haben, wird in zwei Schichten von je zwölf Stunden gearbeitet. So klein der Betrieb ist, stellt er doch hochwertige Exportartikel her, die als Devisen dazu beitragen, für Deutschland Lebensmittel einzuführen. Es wäre daher wünschenswert, wenn auch von seiten der Behörden diesem Betrieb eine Unterstützung zuteil würde.

J. D. Reimer

PNP 49/1947

Die „ausgediente“ Flü-Ware

Einkauf in beliebigen Geschäften

+ Wie schon kurz berichtet, wurde eine Unterscheidung von Flüchtlingswaren und sonstigen in den Einzelgeschäften zur Verfügung stehenden Waren mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben. Der Leiter des Landeswirtschaftsamtes gibt dazu noch ergänzend bekannt, daß die an der Flü-Ware angebrachten Flü-Etiketten sofort zu entfernen sind. Dem Inhaber von Flü-Bezugscheinen ist anheimgestellt, innerhalb des Geltungsbereiches seines Bezugscheines in jedem beliebigen Geschäft den Artikel einzukaufen, der auf seinem Bezugschein vermerkt ist. Der von dem Einzelhändler eingemommene Flü-Bezugschein ist mit sofortiger Wirksamkeit unpunktungsberechtigt, d. h. also, daß der Einzelhändler in die Lage versetzt wird, für die eingemommenen Flü-Bezugscheine seinerseits bei seinen Lieferanten aus freien Beständen Ware nachzubeschaffen. — Da in verschiedenen Orten über diese neue Anordnung, die von den Flüchtlingen außerordentlich begrüßt wird, Unklarheit herrscht und nicht immer befolgt wird, sahen wir uns veranlaßt, sie zu wiederholen und zu ergänzen.

PNP 74/1946

Produktion ohne Genehmigung

Aber Arbeit und Brot für 120 Angestellte — Export nach Holland in Aussicht

Außernzell. „Ach, so ein Kostüm besitzen — ein Gedicht!“ Dieser Ausruf höchstem Entzückens kam aus einem lieblichen roten Mund, der einer kleinen Frau gehörte, die vor dem Ausstellungsstand der Firma „Der Modist“ in der Passauer Nibelungen-Messe-Halle stand. Sie war nicht die einzige, die hier mit verklärten Augen Kostüme, Kleider, Jacken und Mäntel betrachtete, die zum Teil aus handgewebten Stoffen hergestellt waren.

Vor etwa eineinhalb Jahren begann die Firma Eberhard Widemann unter dem Firmennamen „Der Modist“ in Außernzell im Landkreis Deggendorf mit einigen Arbeitskräften einen Konfektionsbetrieb aufzubauen. Nur wenigen gelingt es, bei den derzeitigen Schwierigkeiten, mit denen die Beschaffung all der vielen, unbedingt notwendigen Kleinigkeiten verbunden ist, in so kurzer Zeit wieder auf die Beine zu kommen. Der Inhaber der Firma, Eberhard Widemann, wurde durch die Kriegsergebnisse von Berlin nach Niederbayern verschlagen. Er brachte sein Können als Fachmann, den guten Geschmack und eine reichliche Portion Tatkraft mit. In einem Tanzsaal fand der Betrieb seine erste Wirkungsstätte — mittlerweile sind es vier Säle geworden, in vier verschiedenen Gasthäusern und zu den 20 Angestellten kamen noch 100 hinzu. Meist wurden

verwaltet, hat die Produktionsgenehmigung, mit der auch die Einkaufsgenehmigung für Stoffe verbunden ist, verweigert. Die Begründung war oftmals recht verschieden. Einmal hieß es, es wären so viele „bayerische“ Betriebe da, die zuerst mit Stoffen versorgt werden müßten und dann müßte zur Entschuldigend wieder der Rohstoffmangel herhalten. Nun ist es aber so, daß erstens jeder Mensch ein Recht auf Arbeit hat und zweitens Rohstoffe genügend vorhanden sind. Amerikanische Baumwolle lagert bei den Webereien, da diese nicht in der Lage sind, die laufenden Sendungen zu verarbeiten.

Um aus der unrentablen Lohnarbeit herauszukommen, beabsichtigt „Der Modist“ nun in den Export zu steigen. Durch eine günstige Verbindung gelang es, einen kleinen Posten Baumwolle zu bekommen. Man ließ sich Spinräder und Webstühle im Bayerischen Wald herstellen und ist nun nach einigen Versuchen dabei, tatsächlich selbst zu produzieren. Die Muster dieser Produktion — bei deren Anblick einem erst die Armut unserer Zeit so richtig bewußt wird — sollen einer Firma in Holland geschickt werden, die sich auf der Passauer Messe lebhaft für die Widemannsche Konfektion interessierte. Baumwolle aus Holland wird dann in Außernzell zu geschmackvollen Kostümen, schicken Mänteln und eleganten Herrenanzügen verarbeitet werden. Man wird die 120 Arbeitskräfte nicht auf die Straße setzen brauchen, wenn die Lohnaufträge ein-



Foto (2) Tröger

nicht nur die Näherin, sondern gleich ihre Nähmaschine mit eingestellt. Doch all die zeitbedingten Unzulänglichkeiten, die Unmenge Arbeit, welche die Beschaffung — von der Nähnadel bis zum elektrischen Bügeleisen — bereiteten, waren noch geringfügig gegen den nervenaufreibenden Kampf, der mit den verschiedenen Ämtern, Regierungs- und Landesstellen auszufechten war, um überhaupt arbeiten zu dürfen. Setzte sich der Geschäftsmann über die vielen Anordnungen und Genehmigungen hinweg, dann machte er sich strafbar. Wartete er auf die Hilfe des Staates — er würde heute noch warten, und das Arbeitsamt müßte 120 Arbeitskräfte mehr an berufs-fremden Arbeitsplätzen unterbringen.

Eberhard Widemann bekam die vorläufige Produktionsgenehmigung für Lohnkonfektion. Diese Genehmigung berechtigt ihn, nun wie ein Schneidermeister Kleider, Mäntel usw. herzustellen. Der Unterschied zum Schneidermeister liegt darin, daß der Lohnkonfektion von der auftraggebenden Firma auch die Entlohnung, also der Betrag, den der Auftraggeber bezahlt, vorgeschrieben wird. Eine freie Kalkulation ist nicht möglich, und wenn die Aufträge morgen ausbleiben, dann steht der Betrieb still. 120 Arbeitnehmer sind brotlos. Irgendeine der vielen Stellen, die irgendetwas



mal aufhören und die Auswirkungen der Exportgeschäfte mit dem zahlungskraftigen Ausland auf die Verbesserung und Vergrößerung des Betriebes werden nicht gering sein. Die Produktionsgenehmigung scheint dann ebenfalls gesichert, denn vor dem Wort „Export“ scheut nach den letzten Erfahrungen auch der Amtsschimmel.

Wir deutschen Verbraucher sind in dem Exportgeschäft nur indirekt beteiligt; es bringt Dividenden zur Bezahlung eingeführter Lebensmittel, es gibt Arbeit und Brot für viele. Da wir nach der Höchstausstattungsliste, die bei jedem Wirtschaftsamt aufliegt, nur alle zehn Jahre Anspruch auf einen vollständigen Anzug haben, sind diese handgewebten Exportmodelle für uns unerschwinglich. Gestern traf ich eine Bekannte, die mir auf die Frage nach der Herkunft ihrer netten neuen Bluse antwortete: „Sie war einmal ein — Kopfkissen!“ Die Königin Elisabeth, die vor drei oder vier Jahrhunderten lebte, soll 3000 Kleider hinterlassen haben. Nun, die Sorge, wie man die 3000 Kleider heute in einer Ein- bis Zweizimmerwohnung unterbringt, bleibt den Frauen von heute erspart ... hph

Flüchtlingsbetriebe veranstalten Weihnachtsmarkt

„Frühjahrsmesse Bayerischer Wald“ geplant — Berufsständige Gliederung der Flüchtlingswirtschaft

Der Kreisbeauftragte für das Flüchtlingswesen im Stadtkreis, Ernst Scherzer, hatte die Vertreter der Flüchtlingsindustrie, des Handels und Handwerks und der freien Berufe zu einer Wirtschaftsberatung in den Gasthof Burger geladen. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: die Tagung hatte vollen Erfolg! Schon die Anwesenheit von über 100 Personen bewies, daß das Interesse an der Erörterung des wirtschaftlichen Aufstiegs groß und die zu diesem Behufe notwendige enge Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Flüchtlingsamt der Wunsch aller ist. Flüchtlingskommissar Scherzer verstand es, die Aufmerksamkeit der Anwesenden gleich zu Beginn der Beratung durch eine in- struktive Darstellung der für die Schlagkraft der Flüchtlingswirtschaft notwendigen berufsständischen Gliederung zu fesseln. Die ins Leben zu rufenden Fachverbände sollen in ihren wirtschaftlichen Kompetenzen koordiniert, aber keineswegs in einen Gegensatz zu den bestehenden Organisationen gesetzt werden. Aehnlich wie beim „Hauptausschuß für Flüchtlinge und Ausgewiesene“ in München, müßten auch im Stadtkreis Arbeitsgemeinschaften der einzelnen Berufe geschaffen werden, die die allgemeinen Standesfragen, darunter u. a. das Kreditwesen, Steuerrecht, Planungen zu behandeln hätten. Es sei übrigens auch ein Wunsch des neuen Bundesministers für das Flüchtlingswesen, Dr. Lukaschek, durch derartige Verbände der Unternehmer einen Unterbau für die Interessenwahrung der Flüchtlingswirtschaft herzustellen.

Flüchtlingskommissar Scherzer gab bekannt, daß der Flüchtlingsanteil an der Gesamtzahl der selbständig Tätigen in Bayern 5,3% betrage (Einheimische 21,2%) und daß Bayern bereits 2 000 Flüchtlingsbetriebe mit über 5 Beschäftigten aufzuweisen habe. Von den in der Stadt Deggendorf ansässigen 1127 selbständigen Un-

ternehmern entfallen auf die Altbürger 1076 (86,5%) und auf die Neubürger 151 (13,5%). Dem Wunsche auf Namhaftmachung von Mittelspersonen für die einzelnen Berufsgruppen zum städtischen Flüchtlingsamt wurde unter allgemeiner Zustimmung entsprochen, und zwar für: Rechtsanwälte und Notare (Dr. Kraus, Dr. Langnickl), Apotheker (Latzel), Geldanstalten (Wolfgang Perl), Gewerbe (Ing. Kaiser, Schwager, Langer), Industrie (Perl), Handel (Winkler). Besonders begrüßt wurde die Anregung Scherzers, einen Weihnachtsmarkt zu veranstalten, der als bescheidener Anfang für eine Schau über Erzeugnisse erwerbstätiger Flüchtlinge gedacht sei und auch Betrieben, die keine Läden haben, Gelegenheit zur Ausstellung bieten soll. Der Weihnachtsmarkt wird im Garberedersaal in der Zeit vom 8. bis 11. Dezember veranstaltet werden; als letzte Anmeldefrist wurde der 20. November festgelegt. Anmeldestelle ist das Städtische Flüchtlingsamt.

Im Anschluß wurde die Durchführung einer „Flüchtlings-Messe Bayerischer Wald“ eingehend erörtert und die Vorarbeiten einem engeren Komitee übertragen. Diese für das Frühjahr gedachte Verkaufsmesse soll die Erzeugnisse der Flüchtlingswirtschaft von Passau bis Furth erfassen und unter die Schutzherrschaft der Staatsregierung gestellt werden. Nach Erörterung der Aufwertung der Altgeldguthaben in der Ostzone gab Scherzer Anregungen betreffend die Inanspruchnahme von Flüchtlingsproduktivkrediten.

Die äußerst gediegenen und von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen Scherzers in der Behandlung der Tagesfragen und dessen anerkennenswerte Bemühungen um die zielsichere Organisation der Flüchtlingswirtschaft im Stadtkreis gaben Kreisrat Dorin den Anlaß, im Namen aller Anwesenden dem Einberufer der Tagung zu danken.

DD 33/1949

Weihnachtsbazar 1949

Eine Leistungsschau aufbauender Heimatvertriebener

In knapp 24 Stunden hatte sich der Garbereder-Saal unter den fachkundigen Händen von Dipl.-Ing. Z e l i n s k y in eine übersichtliche und geschmackvoll eingerichtete Leistungsschau der aufbauenden Heimatvertriebenen verwandelt.

Diese kleine Weihnachtsausstellung, so sagte er, soll zur Ermunterung der Eigeninitiative der Heimatvertriebenen aus Handel und Gewerbe dienen. Kein Gemeinwesen kann auf die Dauer gesehen, auf die brachliegenden wirtschaftlichen



Eröffnung durch Bürgermeister Nothhaft und E. Scherzer

Unmittelbar nach dem letzten Hammerschlag trat der Leiter des Flüchtlingsamtes Scherzer vor das Mikrophon und eröffnete den Weihnachtsbazar in Anwesenheit von Vertretern der Stadt, des Handwerks, der Wirtschaft und des Flüchtlingssektors.

und kulturellen Kräfte verzichten, die in den Heimatvertriebenen zum Einsatz bereit stehen. Der ungeheure Zustrom von Menschen aus den Ostgebieten hat fürs erste zweifellos eine starke Belastung der finanziellen Mittel des Staates zur Folge. Arbeitslosigkeit und die Fürsorgebedürftigen auf der einen Seite und ein sehr mühseliges und unzureichendes Sozialprodukt auf der anderen Seite, zeigen die Gegensätze unseres Lebens auf. Dabei wird häufig übersehen, daß die ostdeutsche Industrie nicht nur den Binnenmarkt belebt hat, sondern auch ein Exportfaktor ersten Ranges war.

Ihre Lebensarbeit ist in der verlorenen Heimat vernichtet, was sie schufen, ist verloren. Aber noch haben sie ihre Arbeitskraft.

Wenn schon die Menschen von der furchtbaren Tragik der Geschichte erfaßt wurden, sollte man doch nicht verkennen, daß es in erster Linie ihr Können war, das die ausländischen Märkte zu erobern verstand. In der neuen Heimat sind wir wohl an wirtschaftlichen

Hochbetrieb beim Bazar der Heimatvertriebenen

Eine Ausstellung en miniature — aber ständig überfüllt

Im Garbeneder-Saal wurde am Freitag die Weihnachtsausstellung der aufbauenden Heimatvertriebenen aus Handel und Gewerbe eröffnet. In seiner Ansprache betonte der Leiter des Flüchtlingsamtes, Ernst Scherzer, daß die Heimatvertriebenen an wirtschaftlichen Gütern wohl arm wie Kirchenmäuse seien, aber ihr Leistungsvermögen zum Aufbau ungeschmälert bereitstehe. Wenn das deutsche Volk sich seines ungeteilten Schicksals besinne, werde es eine Brücke in die Zukunft finden. Diese Frage erfordere Maß und Takt, wenn diese sinnvolle Tat gelingen soll. Dazu wollten die Heimatvertriebenen einen kleinen Beitrag leisten, sei es auch nur ein schüchterner Versuch, sich wieder auf die Beine zu stellen. Dieser Weihnachtsbazar sei der ehrliche Ruf aller Bereitwilligen zur Mitarbeit. Für die Stadt sprach der 2. Bürgermeister Alfons Nothhaft. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß viele der Heimatvertriebenen aus dem Nichts etwas geschaffen haben und daß für die Einheimischen auf Grund dieser Intensivität die Verpflichtung bestehe, zu helfen. Wertvollste Mitarbeiter habe die Stadt durch die neuen Industrien erhalten, was auch diese Ausstellung beweise.

Ein Rundgang durch die stets überfüllte Ausstellung beweist, mit welcher Liebe und mit welchem Geschmack die einzelnen Firmen ihre Aufgabe gemeistert haben. Die Beschauer hätten es nicht für möglich gehalten, daß auf kleinstem Raum eine Aus-

stellung mit dieser Fülle möglich ist. Vor allen Dingen gewinnt man nicht den Eindruck, daß hier „arme Kirchenmäuse“ sich ausbreiteten, sondern Menschen, die mit ganzer Kraft den Versuch machen, wieder in die Höhe zu kommen. Eine Ausstellung en miniature, die sich sehen lassen kann und die bestimmt ihre Besucher haben wird. Die Aussteller, Schneidermeister Ferdinand Dörfler, Maß- und Konfektionsarbeit; Buchhändler Wolf, geistige und belletristische Literatur; Firma Temnitz, Holzspielsachen; J. Tauber, Wäsche- und Wollsachen; Ingenieur Dietrich und Gebrüder Beutel, Wolle, Zigaretten und Tabake; Hubert Völkl, Emaillegeschirre; Heimdorfer und Söhne, Herde, Aluminium- und Gummiwaren, Jersey-Bekleidung und Stoff-Meterware; Josef Richter, Goldwaren; Uhrmachermeister B. Langer, Uhren aller Art; Firma IWI-Tuche, Anzug- und Mantelstoffe, Schwarzer-Steppe, Polstermöbel; Karl Hauke, Elektro-Philips, Rundfunkgeräte; Mode-Atelier Elisabeth Peter; Ingenieur Kaiser-Krauß, Rundfunk- und Elektrogeräte, Schallplatten; Diplom-Ingenieur Zelinsky, Ski, Kajak; Müller & Paulus, Thüringer Christbaumschmuck; Vogl & Rösler, Feinkost-Delikatessen und Liköre; Walter Weiß, Spielwaren; Ch. Kindler, Textilien, Krawatten usw.; Bekleidungsfabrik Ernst Andres, Unterwäsche, Schürzen, Oberhemden usw.; Diballa, Wurstwaren; Firma APIA, Damenwäsche aller Art; Josef Bredl, Karlsbader Oblaten.

DZ 143/1949

Großer Erfolg der Industrie-Interessengemeinschaft

Die Ausstellung im „Goldenen Engel“ bis Dienstag verlängert

Die Ausstellung der Industrie-Interessengemeinschaft im „Goldenen Engel“ zu Degendorf, deren Fülle und Güte für die Öffentlichkeit eine besondere Ueberraschung bedeutete und die bewies, daß hier im Gebiete zwischen Donau und Wald eine überaus beachtenswerte Industrie, trotz der Not der Zeit, Wertvolles zu leisten und zu schaffen versteht, konnte am Sonntagmittag ihren 5000. Besucher zählen.

Da der Besucherstrom am Sonntagmittag nicht abriß, da auch eine große Zahl von auswärtigen Interessenten angefragt hat, ob diese Ausstellung — die eigentlich nur rasch für den Besuch des Staatssekretärs Geiger improvisiert worden war — nicht auch noch am Montag und Dienstag zu sehen sei, haben sich die Aussteller entschlossen,



die Schau bis einschließlich Dienstag zu verlängern.

Dieser Erfolg allein spricht für unsere heimische aufstrebende Industrie, der nicht nur durch Kredite und Staatsmittel, sondern vor allem durch die heimischen Konsumenten des ganzen Landkreises geholfen werden sollte, von denen viele bisher vielleicht gar nicht wußten, was hier geschaffen wird.

Unsere Bilder zeigen:

Rechts oben: Staatssekretär Geiger läßt sich von einem Aussteller Erklärungen geben.

Mitte: Oberbürgermeister Leicht und J. Neustifter, der Vorsitzende des Industrie- und Handelsvereins, besichtigen die Ausstellung. Links unten: Ein Blick auf die Ausstellung, über der als Motto steht: „Hier muß geholfen werden!“

DD 27/1949

16. Die Liebe zur alten und neuen Heimat

Die Liebe zur Heimat kann nicht demontiert werden

Die Ostgrenze Deutschlands muß Hauptpunkt der künftigen Friedenskonferenz werden. — Schlesier-Kundgebung in Deggendorf mit Deutschland-Lied

Sonntag Morgen versprach das Heimattreffen der Schlesier des Stadt- und Landkreises Deggendorf noch nicht viel. Es änderte sich rasch. Die Festgottesdienste waren schon sehr gut besucht. In der Stadtpfarrkirche sprach der Franziskanerpater Donatus-Breslau sehr ernste Worte über die Beziehungen zwischen irdischer und seelischer Heimatlosigkeit und über die Sendung der Heimatvertriebenen. In der evangelischen Kirche hielt den Festgottesdienst nach schlesischer Art Pfarrer Hartnik, Namslau (Schlesien), zurzeit Passau, und legte seiner Predigt die Worte aus dem Römerbrief: „Wir wissen aber, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen“ zu Grunde. Die Kirche konnte die Menge der Gläubigen nicht fassen.

Nachmittag trafen dann die Schlesier aus der Umgebung so überraschend zahlreich ein, daß

deutsche Kolonisten aus Mittel- und Süddeutschland, auch aus Niederbayern, auf den Ruf der schlesischen Herzoge und Bischöfe nach Schlesien gekommen seien und das Land in beispiellos friedlicher Siedlungsarbeit erschlossen und nach den Worten der Kaiserin Maria Theresia zum kostbarsten Kleinod ihrer Krone gemacht haben. Nach dem zweiten Weltkrieg sei das nach dem ersten geprochene Wort, es seien 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt, eingelöst worden. 4,8 Millionen Ostdeutsche seien nach einer amerikanischen Feststellung ums Leben gekommen. Die Verantwortung hierfür und die dabei weiter begangenen Greuel treffe jene, die die Unterschrift unter das Dokument von Potsdam gesetzt haben, die Wiedergutmachung müsse durch jene erfolgen, die das Unrecht begangen haben. Die Heimatvertriebenen würden niemals



Von links nach rechts: Landrat Heigl spricht — Blick auf die Versammelten — Rechtsanwalt Dr. Langnickel während seiner Festansprache

sich die Vorbereitungen für den Festplatz als unzureichend erwiesen. In der Kundgebung auf dem Stadtplatz bezeichnete der 1. Vorsitzende des Ortsverbandes heimattreuer Schlesier, Wilke, in seiner Begrüßungsansprache die Kundgebung auch als Brücke, die Heimatvertriebenen mit der neuen Heimat zu verbinden. Als der Schirmherr der Veranstaltung, Oberbürgermeister Dr. Leicht, erklärte, er kenne keine Neubürger und keinen Neubürgerbund, sondern nur noch Mitbürger, dankte ihm starker Beifall. Er sprach weiter die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung instande sein werde, den Vertriebenen die Heimat wiederzugeben. Landrat Heigl gab die Versicherung ab, der Kreistag werde bestrebt sein, das harte Los der Flüchtlinge wenigstens einigermaßen zu erleichtern.

Der Kreisvorsitzende des Schlesierbundes, Chalan, mahnte die Welt, nicht zu glauben, daß das lange Schweigen der Heimatvertriebenen Vergessen bedeute. Er forderte zum Zusammenschluß auf, warnte aber vor parteipolitischer Betätigung. Nur das ganze deutsche Volk könne den Flüchtlingen helfen.

Frau Konrektor Schindler sprach eindringlich von einem selbstverfaßten Prolog zum Preis der Heimat und als Mahnung an die Alten und Jugend.

In der Festansprache wies Rechtsanwalt Dr. Langnickel darauf hin, daß vor 700 Jahren

auf ihr Recht verzichtet, die Liebe zur Heimat könne nicht demontiert werden, die deutsche Ostgrenze müsse ein Hauptpunkt der künftigen Friedenskonferenz werden. Wichtig sei, daß das Flüchtlingsproblem nach dem längsten Totschweigen nun schon auf internationale Ebene gehoben wurde. In aller nächster Zeit sei nach einer Mitteilung des Weltkirchenrates damit zu rechnen, daß ERP-Gelder zur Lösung des Flüchtlingsproblems flüssig gemacht werden, die Dinge gärien immer schneller in Fluß.

Nach dem Choral „Wir treten zum Beten“, der die Kundgebung schließen sollte, klang ganz spontan das Deutschlandlied auf, von dem die erste und dritte Strophe gesungen wurden. Mit der Annahme einer Entschliebung, in der die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung in Bonn gebeten werden, alles daran zu setzen, daß den Heimatvertriebenen ihr Recht werde, schloß die Kundgebung.

In imposantem langen Zuge, angeführt von Rübzahl und seinen Zwergen, ging es dann zur Turnhalle, die aber nur einen kleinen Teil der Festteilnehmer fassen konnte. Rübzahl lockte die Kinder ins Freie, eine Tanzkapelle die Jugend zum Tanz auf dem Rasen, ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm und der Austausch lieber Erinnerungen mit Freunden von einst ließ für einige Stunden manches Härte der Gegenwart vergessen.

DD 12/1949

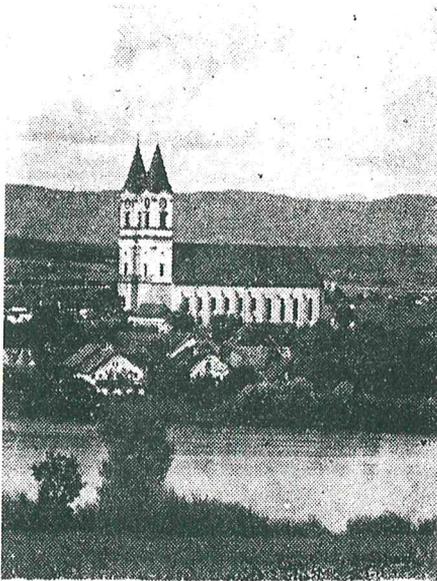
Heimattreffen der Schlesier

Der Bund heimattreuer Schlesier veranstaltet am Sonntag, 25. September, in Deggendorf ein Heimattreffen aller Schlesier des Stadt- und Landkreises Deggendorf mit folgender Festordnung:

- 8.45 Uhr: Eröffnung des Tages auf dem Stadtplatz
9.15 „ Kath. Festgottesdienst in der Pfarrkirche
10.00 „ Evang. Festgottesdienst
13.00 „ Kundgebung auf dem Stadtplatz

Die Festrede hält Rechtsanwalt Dr. Langnickel. Anschließend bunter Nachmittag und Abend mit Tanz in der Turnhalle der Oberschule.

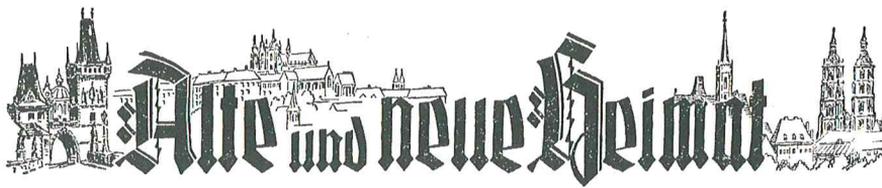
DD 11/1949



Flüchtlingwallfahrt nach Niederalteich

Rund 800 Heimatvertriebene aus allen Orten des Landkreises Deggendorf trafen sich am Tage Mariä Himmelfahrt in Hengersberg zur gemeinsamen Wallfahrt nach Niederalteich. Der Vormittag stand unter dem Zeichen feierlicher Andachten vor dem Gnadenbilde der „Hl. Mutter der Betrübten“ und Festpredigten des bekannten sudetendeutschen Kanzelredners Dr. P. Paulus Sladek (München) in der Klosterbasilika. Am Nachmittag fanden sich die Mitglieder und Freunde der „Ackermannsgemeinde“ und der „Eichendorffgilde“ zu einer Tagung zusammen. Namhafte Vertreter dieser beiden Arbeitskreise der sudetendeutschen und schlesischen Flüchtlinge wandten sich mit der eindringlichen Mahnung an die Zuhörerschaft, nicht dem Banne einer Heimkehrillusion tatenlos zu verfallen, sondern in gegenseitiger Hilfsbereitschaft treu zusammenzustehen und der Not im Vertrauen auf Gottes Hilfe gefaßt ins Auge zu sehen. Mit einer Besichtigung der berühmten Stiftskirche fand das Flüchtlingstreffen einen würdigen Abschluß. ev

PNP 66/1948



Die Zeit heilt die Wunden

Ueberblick zur 1200-Jahrfeier Deggendorfs (von E. Scherzer, Leiter des Flüchtlingsamtes).

Bei der Bevölkerungsbewegung der letzten Jahre, die dem ganzen deutschen Volk zum Schicksal wurde, blieb auch die unmittelbare Stadt Deggendorf nicht verschont. Sie hat daran ihren gemessenen Anteil.

Schon im Kriege hat die Stadt Bombengeschichte aus Berlin, aus der heutigen britischen und französischen Zone und aus der US-Zone aufgenommen. Dazu kommen noch die vielen Obdachlosen von bayerischen Städten, aus München, Nürnberg, Würzburg und anderen. In der ehemaligen Garnisonsstadt Deggendorf war der Wohnraum ohnehin stark in Anspruch genommen. Familien der Wehrmachtangehörigen waren zugezogen und der starke Besucherstrom zu den Eingezogenen riß nicht ab. Obwohl dieser Zustand auch wirtschaftliche Vorteile brachte, der Wohnraum wurde dadurch nicht größer.

Als aber im schlesischen Raum, in Ost- und Westpreußen und später im böhmischen Raum der Krieg zu Ende ging, strömten Millionen unglückliche Menschen, Heimatlos und der häuslichen Habe beraubt, im Treck und mit leichtem Gepäck, dem Westen zu, nicht wissend, wann und wo dieser Eiendenzug ein Ende nehmen wird.

Nach Deggendorf, und in die Gegend des bayerischen Waldes, stießen zuerst die Vertriebenen von jenseits der Oder und Neisse, weil sie durch das Kriegsgeschehen aus ihrer Heimat vertrieben, eine erste Bleibe finden mußten. Später kamen Sudetendeutsche und Südostdeutsche hinzu, die dem wahnwitzig gewordenen Hexenkessel Böhmen und den Balkanstaaten entronnen waren.

Nach Beendigung der Kämpfe im Abschnitt des Bayerischen Waldes zog die Besatzungsmacht in Deggendorf ein. Die Kasernen wurden als DP-Lager zur Verfügung gestellt. Weitere Häuser mußten zur Einquartierung von Besatzungsangehörigen geräumt werden. Es war ein buntes Völkergemisch, das diese Stadt über Nacht aufwies.

Im Laufe des Jahres 1946 rollten neue Züge mit Ausgewiesenen an, die sich in den Stadt- und Landkreis ergossen. Es waren unwillkommene Gäste in einer Zeit, in der man nichts als Schwierigkeiten, Not und Hunger kannte. Es war eine Zeit der Demütigungen, der Schläber und Lichtscheuen Elemente, die ihren Tag lebten; daneben die vielen leiddurchführten Gesichter, denen man eine bürgerliche Vergangenheit anmerkte, und die vielen feiernden Hände von vertriebenen Arbeitern und Bauern, die sich in einem rückwärtsgewandten Leben vereinsamt fühlten, und jedem Morgen mit Angst entgegensehen.

Die Zeit heilt die Wunden und manches, das aus der Erinnerung wie ein schreckhaftes Gespenst auftaucht, ist mittlerweile verfliegen. Die Verhältnisse beginnen sich nach und nach zu stabilisieren. Wenn auch noch viele ungelöste Fragen zu bewältigen sind, vor allem die Frage der Arbeitslosigkeit und des Wohnungselends, so kann man doch im allgemeinen feststellen, daß die ersten Gelversuche gelungen und verschiedene Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die Stadt Deggendorf zählt insgesamt 16 698 Einwohner. Davon entfallen auf die einheimische Bevölkerung 12 207 Personen. Aus dem Gebiete von östlich der Oder und Neisse stammen 1979, aus dem Sudetenlande und dem böhmischen Raume 1229, aus Ungarn 19, aus anderen Ländern 197 und aus Oesterreich 65. Evakuierte befinden sich in Deggendorf noch 623. Davon 60 aus Bayern, 50 aus anderen Ländern der US-Zone, 158 aus Berlin, 136 aus der britischen Zone, 202 aus der russischen und 17 aus der französischen Zone. Außerdem wohnen hier 367 Personen aus IRO-Lagern. Auf 6,65 qm wohnen durchschnittlich 159 Personen.

Die angeführten Zahlen zeigen die Veränderung der Bevölkerungsstruktur an. Neben 12 207

Einwohnern der Kernbevölkerung leben hier 3789 Heimatvertriebene, 623 Evakuierte und 367 ehemals IRO-Betreute u. Ausländer. Unter diesen sind also die Heimatvertriebenen die stärkste Gruppe.

Dieser Zuwachs mochte auf erste hin als große Belastung empfunden werden. Man kann aber nicht übersehen, daß diese Gruppe auch eine wesentliche Konsumkraft darstellt und daß sie, neben den bereits im Arbeitseinsatz stehenden Kontingenten, bedeutende Arbeitsreserven in sich birgt, die bisher leider nicht zum Zuge kamen und der Fürsorge und der Arbeitslosenrente anheimfallen.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Gruppe der Heimatvertriebenen ernste Ansetzungen gemacht hat, um aus sich heraus die Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß mit allen Kräften anzustreben. Es darf heute eine Reihe von Flüchtlingsbetrieben verzeichnet werden, die eine beachtliche Belegschaft aufweisen und Flüchtlingen wie Einheimischen eine Existenz bieten. Durch diese industrielle Initiative wurden neue Erwerbszweige eingeführt u. Deggendorf hat heute schon wesentliche Ansätze in der Textilindustrie aufzuweisen. Daneben gibt es aber auch andere Neugründungen, die von Flüchtlingen und Evakuierten eingeleitet wurden und die Wirtschaft der Stadt wesentlich beleben. Deggendorf ist eine aufstrebende Stadt, die verhältnismäßig kurze Anlaufzeit der neu entstandenen Betriebe kann im Wesentlichen erst seit der Währungsreform gerechnet werden.

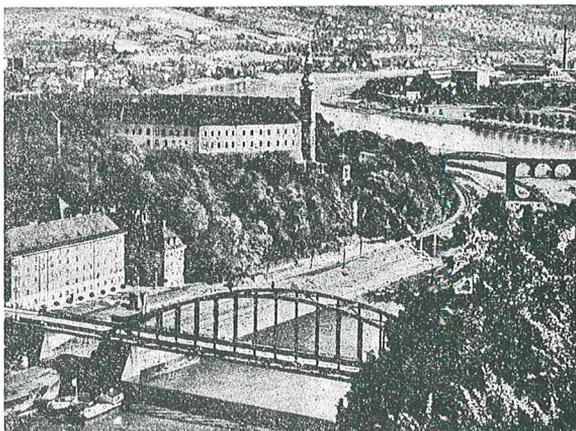
Wenn man die mehr als bescheiden eigenen Mittel und die dünne Kapitaldecke am Geldmarkt berücksichtigt, bekommt man eine Vorstellung von dem Energieaufwand und dem Aufbauwille eines Personenkreises, der sich gestern noch in hoffnungsloser Verzweiflung auf der Landstraße befand, und heute, nach kurzer Besinnung, mit anerkanntem Einsatz der großen Verwandlung zustrebt, die durch diese einmalige Menschenbewegung unausbleiblich ist.

Einen ähnlichen Vorgang können wir auf kulturellem Gebiet beobachten. Die Heimatvertriebenen als Kräfte gestaltender Volksgruppen bringen neue Lebenswerte mit und diese werden im Zusammenleben mit der Kernbevölkerung wirksam. So kommt eine Entwicklung in Fluß, die gegenseitig befruchtend wirkt und neue Werte schafft; ein neues Volk ist in Entstehung begriffen.

Die Volksgruppen der Heimatvertriebenen werden aber auch das Recht auf ihre Heimat nie preisgeben. Diese Forderung kann nicht nur von ihnen allein erhoben werden; sie muß eine Anklage des ganzen deutschen Volkes sein, denn das Recht auf Heimat ist unteilbar. In dem uns verbliebenen und überbesetzten Raum wächst unser Volk heran u. niemand weiß, wann uns Recht widerfahren wird. Es könnte sein, daß wir einmal die verlorenen Gebiete gemeinsam wieder aufbauen müssen. Da kennen wir aber die Kräfte heute noch nicht, die zur Neugründung zur Verfügung stellen werden. Wenn bis dahin noch geraume Zeit verstreichen sollte, werden es jene sein, welche die gemeinsame geschichtliche Aufgabe erkannt haben und wissen, daß das Herz des deutschen Volkes an der Grenze am stärksten schlägt.

Die Heimatvertriebenen in Deggendorf fühlen sich als Bürger der Stadt; sie sind mit ihr in Freud und Leid verbunden. Zur 1200-Jahrfeier wird die Erinnerung an die alten Städte des Ostens lebendig und in Gedanken steigen vor uns die alten Symbole in stummer Größe auf, umgeben von der Dornenkrone eines inerbittlichen Schicksals und grüßen die festliche Stadt. Mit diesen Grüßen verbindet sich aber die erste Mahnung, der hohen Verpflichtung stets eingedenk zu sein, die eine Stadt im deutschen Grenzland vor der Geschichte zu erfüllen hat.

Wenn wir alle vor dieser Gewissensfrage bestehen können, dürfen wir ruhig in die Zukunft schauen.



Tetschen:

Hoch über der Elbe ragen die langgestreckten Trakte des ehem. Fürstlich-Thunshausen Schlosses

„Die Liebe fragt nicht, wo kommst Du her?“

Die radikalste Einbürgerung der Flüchtlinge

Während die Politiker sich noch lange nicht darüber einig sind, ob eine Vermischung der Einheimischen mit den Zugereisten wünschenswert sei oder nicht, schafft das Leben selbst schon vollendete Tatsachen. In den Schulen lernen die Kinder der Vertriebenen, Flüchtlinge und Evakuierten ohne Zwang die Mundart ihrer neuen Heimat, und wenn man sie auf dem Sportplatz bei gemeinsamem Spiel oder auf der Straße bei einer kräftigen Rauferei antrifft, so fällt es einem nicht leicht, die Kinder der Neubürger von den Söhnen und Töchtern der Alteingesessenen, zu trennen. (Die Haarfarbe ist zum Leidwesen einzelner, die in ihrer Suppe gern ein „blondes“ Haar finden möchten, heute auch kein Unterscheidungsmerkmal mehr zwischen Nord und Süd.) Und auch die „Zweisprachigkeit“ der zugereisten Jugend scheint immer mehr zu schwinden. Freundschaften schließen die jungen Menschen enger zusammen, und die „Fremden“ beherrschen heute die landschaftliche Mundart mit ihrem großen Schatz saftiger Kraftausdrücke oft schon so gut, als hätten sie nie im Leben einen anderen Dialekt gesprochen. Nur die landesüblichen Vor- und Zunamen erlauben dem Kenner noch einen Rückschluß auf die „Urheimat“ der Kinder.

Parallel zu diesem sprachlichen Verschmelzungsprozeß läuft eine biologische Vermischung. Sie vollzieht sich still und wenig beachtet, ist aber wohl in allen Gemeinden viel stärker, als man gemeinhin annehmen möchte. Wir haben uns in drei Waldgemeinden die Eintragungen über die Eheschließungen seit der Kapitulation angeschaut und überraschende Feststellungen

machen können. In der Marktgemeinde Kötzing sind seit Mai 1945 im ganzen 113 Ehen geschlossen worden. In 58 Fällen sind beide Ehepartner in Bayern geboren. In 16 Fällen sind beide Ehepartner der Geburt nach Nichtbayern. Bei den restlichen 38 handelt es sich um „Mischehen“ zwischen Bayern und Nichtbayern. Dabei stellen die Nichtbayern 16 weibliche und 22 männliche Ehepartner. In Miltach verteilen sich die 34 registrierten Eheschließungen auf 21 rein bayerische, 4 nichtbayerische und 9 „gemischte“, wobei die Nichtbayern 5 weibliche und 4 männliche Ehepartner stellen. In der Nachbargemeinde Chamerau sind von 49 geschlossenen Ehen 37 rein bayerisch, 3 nichtbayerisch und ebenfalls 9 „gemischt“. Die „Mischehen“ treten häufiger erst seit dem Jahr 1947 auf. Unter den nichtbayerischen Ehepartnern sind am häufigsten Schlesier und Sudeten-deutsche, aber auch Volksdeutsche aus den Balkanländern sowie Nord- und Nordwestdeutsche zu finden. Der Anfang mancher „nordsüdlichen Verbindung“ scheint in den Kriegsjahren zu suchen sein, als die jungen Menschen aus allen Teilen Deutschlands sich in der Fremde kennen lernten. In anderen Gemeinden dürfte der Einblick in die standesamtlichen Eintragungen kaum wesentlich andere Ergebnisse zeitigen. Für die Behörden aber ergibt sich aus diesem biologischen Verschmelzungsprozeß die Frage, ob die Kinder aus diesen „Mischehen“ als Flüchtlingskinder oder als Einheimische zu registrieren sind. Eine Frage, die vielleicht einmal einer Landtagsdebatte zu behandeln vorbehalten bleibt. Denn den Eheleuten selbst ist es egal, sie sind darüber bereits hinaus. om

PNP 67/1949

Deggendorfs Sudetendeutsche

Wer hätte es vor dem Kriege für möglich gehalten, daß sämtliche Bewohner der Gemeinden Winzer, Niederaltlach, Fischenrdorf und Grafing in Deggendorf Unterkunft fänden? Ueber 4000 Menschen in einer Stadt von 11 800 Einwohnern! Und heute: Deggendorf hat über 4000 Flüchtlinge aufgenommen. 51% kommen aus Schlesien, 30% aus dem Sudetenland, der Rest sind Ost- und Westpreußen, Volksdeutsche aus Südosten u. a. Jeder vierte Einwohner Deggendorfs ist ein Heimatvertriebener!

Wenn man die Bevölkerungsgruppe der Sudetendeutschen unter der Lupe betrachtet, ergibt sich allerlei Interessantes. Jeder dritte Heimatvertriebene in Deggendorf ist Sudetendeutscher. Nach den Mundarten aufgegliedert stammen 25% aus Nordböhmen, 22% aus dem Böhmerwald, 21% aus Sudeten-Schlesien, 17% aus dem Egerland und 15% aus Südmähren und Prag. Besonders auffallend ist, daß die Mehrzahl von ihnen aus Städten kommen, die erheblich mehr Einwohner zählen als Deggendorf. Die stärksten Gruppen stellen Troppau, Karlsbad, Aussig, Eger, Brünn, Komotau, Marienbad, Gablonz, Bodenbach.

Diese vorwiegend städtische Herkunft erklärt auch die berufliche Gliederung der Deggendorfer Sudetendeutschen. 30 Akademikern, 84 Lehrern und Beamten und 112 Handwerkern stehen nur 6 Bauern und 24 andere Berufe gegenüber. Nur ein Teil davon ist im früheren Berufe tätig. Der Anteil am Heer der Arbeitslosen ist erschütternd. Wertvolle Fähigkeiten und Erfahrungen liegen brach, gefährliche Verbitterung wächst.

Wie es der „humanen demokratischen Aussiedlung“ gelungen ist, die Familien zu zerreißten, beweist die Tatsache, daß jeder vierte Sudetendeutsche in Deggendorf alleinstehend ist. Ueber 300 Männer und Frauen leben getrennt von ihren Angehörigen. Einige dieser einsamen Heimatlosen haben beruflich oder altershalber Aufnahme in Altersheimen gefunden. Von je 100 Sudetendeutschen in Deggendorf genau eine Person!

Wenn in den letzten 5 Jahren in der Stadt 39 Kinder sudetendeutscher Mütter zur Welt kamen, so bedeutet dies einen Geburtenzuwachs von durchschnittlich 0,65% jährlich. Der erschütternde Unterschied gegenüber dem Geburtenzuwachs der einheimischen Bevölkerung in gleicher Zeit spricht Bände. Weder Ueberalterung noch Männermangel verursachen ihn, denn von je 100 Sudetendeutschen in Deggendorf stehen 66 im Alter zwischen 20—59 Jahren und in dieser Altersklasse entfallen auf 47 Frauen 53 Männer. Auch bei den Kindern und Jugendlichen überwiegen die „Männer“. Erst in der Gruppe derer, die über 60 Jahre alt sind, und das sind 9% der Sudetendeutschen Deggendorfs, zählt man doppelt so viel Frauen wie Männer. Diese Zahlen sprechen eine harte Sprache.

Erfreulich ist, daß nur noch 1,6% in Baracken hausen müssen. Leider sind die Wohnverhältnisse der anderen noch so, daß sie bes. für die 150 schulpflichtigen Kinder sudetendeutscher Eltern vielfach eine gesundheitliche und sittliche Gefährdung bedeuten. Trotzdem, im Vergleich zu anderen Städten kann Deggendorf auf den in den letzten 5 Jahren neuerstandenen Wohnraum stolz sein.

DD 96/1950

Deggendorfer Nachrichten

Kleine Liebeserklärung

eines Flüchtlings

Viele sehr ernste Worte sind zum leidigen Flüchtlingsproblem bereits geschrieben worden, und keines war zu viel. Sehr viele nicht weniger ernste Worte bleiben zu schreiben. Heute aber sollen ein paar fröhliche Worte auf den Weg geschickt werden — hat doch kein Ding nur eine Seite; und gerade heute ist es wichtig für uns, zu lernen, jedem Kümernis das darin verborgene Fünkchen Freude abzugewinnen. So machen wir uns die Schwere der Zeit durch den frechen Gedanken schmackhaft, daß wir, die „Jugend von heute“, in vollem Ausmaß erlangt haben, worum jede frühere Jugend kämpfte: Das Recht, uns unsere Welt von Grund auf selbst zu bauen. Uns steht das fertige Bauwerk unserer Väter nicht mehr im Wege.

Von dieser Seite gesehen, genießen wir Flüchtlinge, wir Ausgestoßenen und Heimatlosen, das Glück, eine neue Heimat zu haben, das heißt: eine Heimat, die wir sehen. — Denn wer sieht schon Altgewohntes!

Ich weiß, wieviel Kraft wir verbrauchen im Tragen der großen Lasten und wieviel mehr noch im Ertragen der kleinen Schwierigkeiten. Ich will nicht versäumen, auch meine seelischen Kraftreserven wieder aufzufüllen. Am Abend oder am Sonntag stelle ich alle Sorgen und Belastungen in unserer Behelfs-Unterkunft ab und wandere als Mensch, nicht als Flüchtling, hinaus in den Sommer. Und der ist kein bißchen behelfsmäßig. Er ist herrlich wie nur eh und je.

In den Blättern der Bäume treibt der Wind sein Spiel (wenn er nicht — wie kürzlich erst

— ein etwas wildes Spiel mit ganzen Bäumen treibt).. Im Grün der Wiesen blüht so mancherlei Bunt. Die Felder vertauschen ihr goldenes Reifekleid gegen warmes Braun und Grau. Durch die weiten Wälder laufen die Wege so still als warteten sie gerade auf mich, und im breiten Strom ist Raum für noch viele Schwimmer. Das Gebirge ist dem Fluß so nah gerückt, daß das Städtchen dazwischen abwechselnd mit dem einen und dem anderen kokettiert. Und über allem ziehen die Wolken in immer neuen Bildern, scheint die Sonne warm wie in den besten, alten Tagen (manchmal kommt es mir vor, als lege sie sogar ein paar Extra-Kalorien als Sonderzuteilung zu), dunkelt die Nacht mit ihrer großen Sternstickerei, verzaubert der Mond die Welt in Silber und Duft.

Als ich kürzlich heimkam und all die Reichtümer, die ich mir in den letzten Wochen nach und nach erwanderte und erschaute, in einen Blick gefaßt in warmen Abendfarben vor mir sah: den breiten Strom, das bunte Städtchen mit seinen Türmen, die Berge vom nahen Grün-Blau ins ferne Silbergrau verblassend, da wurde mir bewußt, was diese Worte gewiß schon verraten haben: Ich bin herzlich verliebt in meine neue Heimat.

Sollte es wirklich nur eine Liebe geben in einem langen Leben? Ich liebe meine alte Heimat aufrichtig und werde sie ganz gewiß nicht vergessen, doch ich glaube, daß aus meiner Verliebtheit in die neue Heimat bei ein klein wenig Pflege auch eine rechtschaffene, tragfähige Liebe werden kann. S. Hacı

Neubürger-Weihnacht in Deggendorf

Die Heimat hat man uns entrissen, die Heimat soll uns niemand nehmen!

Am Sonntag Abend feierte die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre heimatliche Weihnacht im „Goldenen Engel“. Der Leiter des Flüchtlingsamtes, Ernst Scherzer, stellte seiner Festansprache Worte aus dem Vermächtnis des großen Heimatdichters Hans Watzlik voraus, in denen der Dichter seine Landsleute auffordert, nicht zu verzweifeln, sondern durch Fleiß, treue Redlichkeit, Hilfsbereitschaft und würdige Haltung der alteingesessenen Bevölkerung Achtung abzuzeigen und nicht allzu empfindlich gegen das Unverständnis jener Menschen zu sein, die noch nichts erlebt und nichts erlitten haben. Mit den Kindern aber, so fordert der Dichter, sollen die Alten jeden Abend das Lied der Heimat singen, damit der Gedanke daran immer lebendig bleibe. Der Redner schloß an das Vermächtnis des Heimatdichters einen Rückblick auf die Zeit an, in der die Sudetendeutschen noch in der Heimat, mit dem stolzen Bewußtsein des „Zuhause“ Weihnachten feiern konnten. Niemand dachte damals daran, daß Christenmenschen jemals Christenmenschen das Recht auf Heimat streitig machen würden.

Er beschwor seine Landsleute, nie den Respekt vor sich selbst zu verlieren und nie das angebotene Unrecht anzuerkennen, denn „Unrecht anerkennen heißt: daran teilhaben“. Abschließend wies Scherzer auf die wertvollen Anregungen und auf die intensive Steigerung des Lebens hin, die sich aus dem engen Zusammenleben von Alt- und Neustämmen für das ganze deutsche Volk ergeben. Er rief den Mitbürgern die herzlichsten Weihnachtsgrüße zu und bat auch die Abgewandten, die Herzen ebensoweit wie die Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland zu öffnen.

Ein altes Böhmerwälder Weihnachtsspiel, das der Heimatforscher Jos. Blau, aus der Vergessenheit gehoben hat, wirkte besonders durch die heimatlichen Dialekt-Szenen, ausgeglichene gesungene Darbietungen eines gemischten Chores unter Leitung von Dr. Jauernig, ein Theaterstück der Theatergruppe der Neubürger, bei der H. Trieb geschickt Regie zu führen wußte, sowie eine Reihe gemeinsamer Weihnachts- und Heimatlieder ließen bei den Anwesenden viele Gedanken und Erinnerungen an die unvergeßliche Heimat und das versunkene Glück der Weihnacht von Daheim wachwerden.

Nachmittag waren über 160 Kinder bei der Landsmannschaft zu Gast und fühlten sich bei den Nikolo-Bretzeln und den Äpfeln an weihnachtlich geschmückten Tischen sichtlich wohl. Nach 2 lieb und gut klingenden Chören, einem Gedichtchen über'n Knecht Ruprecht und dem Weihnachtsspiel, dessen Wirkung durch eine nicht glückliche Anleihe bei der „Simultanbühne“ leider stark beeinträchtigt wurde, konnten die Kinder ihre Zuckertüte, einiges Spielzeug und

verlorene Heimat, das Frä. Wilke mit feinem Vortragsgedühl vortrug. Auch der heilige Nikolaus erschien und besuchte Heimkehrer und alte Leute. Der Neubürgerchor unter H. Schierer sowie die Theatergruppe des Neubürgerbundes, bei der H. Trieb den Einakter „Heimkehr“ leitete, ließen den offiziellen Teil des Abends für alle Beteiligten zu einem unvergeßlichen Erlebnis werden. Anschließend erntete H. Böhm im zweiten gemütlichen Teil mit seinen geselligen Darbietungen großen Beifall.

Die Ost- und Westpreußen

Auch der Bund heimattreuer Ost- und Westpreußen veranstaltete im „Goldenen Engel“ eine Weihnachtsfeier, die ihren Mitgliedern und den heimatvertriebenen Danzigern, Pommern und Wartheländern für einige Stunden die Heimat nahebrachte.

Am Nachmittag hallte der festlich geschmückte Saal wider im frohen Kinderlachen und hellem Gesang, denn zu den über 150 Kindern kam der Weihnachtsmann aus „Ost- und Westpreußen“ zuerst, nachdem er seinen Gabensack in Schweden und USA gefüllt hatte und dem verständnisvolle Deggendorfer Geschäftsleute schließlich noch einen großen Schlitten vollgepackt hatten, so war der Jubel über die schönen und die „bunten Tüten“ sowie über den Kakao und die vielen bunten Teller groß. Die innig schönen Worte der Weihnachtsgeschichte, Ansprachen, musikalische und Gedichtsvorträge umrahmten den Gesang unserer alten schönen Weihnachtslieder.

Am Abend brannten die Kerzen für die Erwachsenen. Der 2. Vorsitzende Hans Kayko begrüßte die Landsleute, sowie Stadtrat Feige als Fraktionsvertreter des Neubürgerbundes, Abordnungen der schlesischen Landsmannschaft und des Neubürgerbundes Metten. Er hieß auch besonders die Heimkehrer und die alten Landsleute, die mit Geschenken bedacht wurden, willkommen und gedachte der verlorenen Heimat, sowie derer, die dort noch unter den unwürdigsten Verhältnissen leben, und jener, die ihr Leben für die Heimat gaben und sprach die Hoffnung aus, daß auch die Kriegsgefangenen bald heimkehren. — Die Weihnachtsansprache hielt, wie am Nachmittage, Lektor Werner, der selbst als Heimatvertriebener den rechten Ton fand, die Herzen zu rühren, den Glauben an die Zukunft und an die Freude der weihnachtlichen Verkündigung zu schenken. — Der Leiter des städt. Flüchtlingsamtes, Ernst Scherzer, stellte an den Anfang seiner herzlichen Ansprache die Worte aus dem Testament des Böhmerwald-dichters Hans Watzlik; wie bei den Sudetendeutschen war auch hier seine Ansprache von Herz, Geist und Trost erfüllt und dem starken Glauben an die Pflicht, die das Schicksal den Heimatvertriebenen auferlegte, die Heimat im Herzen lebendig zu halten, daß sie nicht verloren gehe. — Nachdem der Chor einige Heimat-

vereinzelt auch Wäsche- und Kleidungsstücke in Empfang nehmen. So bescheiden leider die Gaben bleiben mußten, heiterten sie doch manches verschüchterte und ängstliche Gesichtchen auf.

Bund heimatreuer Schlesier

Auch der Montag stand im Zeichen der Weihnachtsfeier einer Neubürgerorganisation. Bereits Nachmittag, bei der Kinderbescherung des Bundes heimatreuer Schlesier, war der „Goldene Engel“ überfüllt, da mehr als 400

kleine Gäste gekommen waren, um die Gaben des Bundes in Empfang zu nehmen. Ein Weihnachtsspiel, verfaßt von T. Chatan, führte die Kinder zurück in die heimatlichen Wälder und Berge, in denen Rübzahl seit urdenklichen Zeiten die guten Menschen belohnt und die bösen bestraft; Fr. Rother hatte die kleinen Darsteller mit Umsicht und Verständnis in ihre Rollen eingeführt. Auch die gesanglichen Darbietungen des Kinderchores unter der Leitung von H. Schierer paßten gut in das von Tannengrün und brennenden Weihnachtskerzen umrahmte Kinderfest.

Am Abend sprach der Vorsitzende der Ortsgruppe des Bundes, K. Wilke, zu einer nicht minder großen Anzahl von Erwachsenen. Er knüpfte an den friedensbringenden Gedanken der Weihnachtsbotschaft an und forderte seine Landsleute auf, weiterhin mutig im Glauben und im Kampf um die Heimat zu sein und den Menschen guten Willens der Welt die Hand zum Frieden zu reichen. Besondere Erwähnung verdient ein Weihnachts-Erinnerungsgedicht um die

wieder vorgetragen und die Theatergruppe des Neubürgerbundes den Einakter „Heimkehr“ aufgeführt hatte, leitete der 1. Vorsitzende Nosutta zum unterhaltenden Teil über. Im Mittelpunkt dieses Teiles standen neben humoristischen Vorträgen der Herren Trieb und Böhm eine Tombola mit sehr vielen nützlichen und wertvollen Gewinnen.



Aus dem Krippenspiel des Kindergartens
Deggendorf

Man kann auch in Frieden miteinander leben

Ein Bayerwaldorf löst sein Flüchtlingsproblem

Unser Dörfchen lag trotz Krieg und Bomben in tiefem Frieden. Eines Tages rollten Autos an mit alten Leuten, mit Frauen und Kindern, mit Kranken und Invaliden. Sie führten eine Art „Handgepäck“ mit sich und baten um ein Obdach. Aus ihrer Sprache erkannten die Einheimischen, die staunend um die Wagen standen, daß sie aus dem Osten stammten. Man gewährte ihnen ein Zuhause in der Hoffnung, etwas Neues zu erfahren und zu erleben und sie nach einigen Wochen wieder loszuwerden. Da kam der Zusammenbruch. Aus der Nachbarschaft und aus der Ferne hörte man nichts Gutes. Es verging kaum ein Monat, in dem nicht Zuwachs: alte Frauen, junge Frauen, große Kinder, kleine Kinder mit Kisten und Kasten, mit Körben und Säcken, mit Betten und etwas Hausrat Zentings Fluren aufsuchten. Dem Bürgermeister wurde angst und bange! Am besten weiter, weiter! Bei uns ist kein Platz, bei uns gibt es keine Bleibe. Schon in den nächsten Wochen hörte man von überallher das gleiche. Man eilte von Behörde zu Behörde, es half nichts, alles blieb beim alten. Von Haus zu Haus setzte ein Werben ein um Töpfe, Öfen, Bettstellen, Betten, kurzum das, was der Mensch zur Lebensführung braucht. Zuerst ließ man, dann beschlagnahmte man, zuletzt suchte man zu erpressen. Äußerlich schien alles glatt zu gehen. Aufrufe folgten, Caritasstellen schalteten sich ein. Doch die Einsicht fehlte: diese Menschen werden noch recht lange, vielleicht für immer bei uns bleiben. „Bloß nicht daran denken“, meinten die Einheimischen. Wir haben selbst keine Arbeit. Die „Neuen“ essen uns alles weg. Das Geld, das die Fremden mitgebracht hatten, ging zu Ende. Wovon sollten sie weiterleben? Die Kassen wurden belastet. Man schien einem Abgrund entgegenzugehen. Das Bezugscheinsystem tat das Seinige dazu. „Die Flüchtlinge werden benachteiligt“, raunte man

sich zu. Wie können wir mit den paar Pfennigen auskommen? Gebt uns Arbeit! Wir wollen keine Almosen. Zenting schien einem Vulkan zu gleichen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Flüchtlingsbeauftragten und dem Bürgermeister geriet in eine Sackgasse. Bei der Neuwahl und ihrer Vorbereitung ging man mit weitgespannten Zielen vor. Es galt zwei Volksstämme: Sudetendeutsche und Schlesier zufriedenzustellen. Es gelang. Sofort nach der Wahl gelobte der siegreiche Kandidat mit dem neuen Bürgermeister eng zusammenarbeiten zu wollen. Ein Ausschuß wurde bestätigt zur Betreuung der Neubürger und trat bald in Tätigkeit. Die neue Linie setzte ein. An Hand der Kartei des Wirtschaftsamt wurden die Flüchtlingspässe überprüft, ergänzt, Listen für erfüllbare Wünsche entstanden. Nach einigen Tagen heißer Arbeit waren der Flüchtlingsbeauftragte und der Bürgermeister im Bilde. Der Ausschuß hatte vorbildlich gearbeitet. Das neue Jahr kann uns nicht überraschen. Jeder Neubürger wird mit dem Wenigen, das verfügbar ist, gerecht versorgt. Ein großer Erfolg war die Weihnachtsammlung, die durch den Bürgermeister und dem Betreuerausschuß durchgeführt wurde. Die Altbürger spendeten, die Neubürger hielten für beide Teile Feiern, bei denen die Zentinger Schule, Kinder aller Bürger am augenscheinlichsten die Verschmelzung von Einheimischen und Fremden zeigten. Die Kinder der Neubürger spüren die „Heimatlosigkeit“ fast nicht mehr. Sie „kennen“ sich aus und „bayern“ so, daß man sie manchmal von den Eingewohnten kaum unterscheiden kann. Verständige Eltern deuten diese „Sprech- oder Sprachveränderung“ als ein günstiges Zeichen. Mögen andere Gemeinden daraus lernen, wie mans machen kann. Wir „kennen uns“ jetzt aus!“

Fritz Krause

PNP 4/1948

18. Der Neubürgerbund

Neubürgerbund gründete eine Kreisgruppe Deggendorf

Am Sonntag, den 31. Januar, fand in der städtischen Turnhalle eine Gründungsversammlung des Neubürgerbundes der Kreisgruppe Deggendorf statt, nachdem in Niederbayern bereits 9 Kreisgruppen dieses Bundes gegründet worden sind. An der Versammlung nahmen rund 150 Personen teil, auf der Paul Feige (Deggendorf) über die allgemeine Lage der Neubürger kritisierte. Der Redner betonte, daß das Flüchtlingsproblem von der Regierung nur als eine karitative Angelegenheit behandelt wird und auch die Parteien nur wenig helfen könnten. Aus diesem Grunde sei zur gegenseitigen Hilfelösung der Neubürgerbund geschaffen worden. Die Zielsetzungen in wirtschaftlicher und kultureller Natur, die Parteipolitik oder konzessionelle Interessen werden nicht betrieben. Eingehend auf das schwere Schicksal, das die Flüchtlinge auf sich nehmen mußten, erklärte der Referent, daß die Vertriebenen durch den Verlust ihrer Heimat und der von ihnen hinterlassenen Sachwerte bereits eine Milliarde Beträge aus Reparationskonto gezahlt haben. Sie verlangen eine gerechte Verteilung der Lasten. Nachdem die Appelle an die christliche Nächstenliebe vergeblich gewesen sind, appelliere man an die Vernunft. Das Flüchtlingsgesetz sei begrüßenswert. Doch was nütze es, wenn die Paragraphen des Gesetzes keine Anwendung finden. So ist in ihm verankert, daß die Neubürger gleichberechtigte Bürger des bayerischen Staates sind, doch wo ist diese Gleichberechtigung zu finden. „Wir verlangen Vertreter im Landtag, im Gemeinderat und Stadtrat, welche die Interessen der Ärmsten der Armen wahrnehmen“, rief der Redner aus. „Der bayerische Landtag weise von 180 Abgeordneten nur 3 Neubürger auf, eine Zahl, die prozentual gesehen in keinem Verhältnis zu der Zahl der Neubürger stehe“. In diesem Zusammenhang griff der Redner die Politik der Bayern-Partei heftig an und widerlegte die von ihr aufgestellten Behauptungen, daß die Einheimischen von den Neubürgern aus ihren Ämtern vertrieben wurden. Als Beweis führte er dabei die örtlichen Behörden an, wo Neubürger in mittleren und gehobenen Stellungen nicht vorhanden sind. Außerdem dokumentierte er, daß weit mehr Neubürger in niederen Stellungen (Straßenbau usw.) beschäftigt sind, als Einheimische, obwohl ihre Bevölkerungszahl die der Neubürger um 70 Prozent übertrifft. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage gestellt, ob der Neubürgerbund nur vereint Belange vertritt oder ob es das Streben sei, Einflüsse dahin geltend zu machen, bei den nächsten Wahlen parteilose Vertreter der Neubürger aufzustellen, welche nach ihrer Wahl die Interessen des Bundes vertreten. Die Frage wurde nicht positiv beantwortet. Das Amt des ersten Vorsitzenden übernahm der Referent der Versammlung Paul Feige.

Ho.

NN 3.2.1948

Neubürgerbund will eigene Wahllisten aufstellen

Auf einer am vergangenen Sonntag abgehaltenen Landeskonferenz des Neubürgerbundes in Passau wurde als Mitglied des Präsidiums und gleichzeitig als Verbindungsmann für den Bayerischen Wald der Kreisvorsitzende des Landkreises Deggendorf, Paul Feige, gewählt. Aus der Konferenz ging hervor, daß der Bund neue Wege zur Bekämpfung der Flüchtlingsnot in Bayern zeigen wird, wobei die überkonfessionelle sowie unpolitische Haltung gewahrt bleibt. Es wurde der Beschluß gefaßt, bei den kommenden Kreis- und Landtagswahlen eigene unpolitische Listen aufzustellen, womit angestrebt wird, Vertreter aus Neubürgerkreisen in die Parlamente zu schicken, die das volle Vertrauen der Neubürger haben. Es kam weiter zum Ausdruck, daß innerhalb des Bundes jede Landsmannschaft in Bezug auf ihre kulturelle Eigenheiten Berücksichtigung findet. Im Kampf gegen Unterdrückung und Unrecht soll es nur eine geschlossene Mauer der Flüchtlinge geben.

NN 13.2.1948

DEGGENDORF

Neubürger wählen ihre Vertrauensleute

Wahlbeteiligung nur 14,5 Prozent.

Die Wahl der Neubürger-Vertrauensleute für das Stadtgebiet Deggendorf am vergangenen Sonntag stand im Zeichen einer sehr schwachen Wahlbeteiligung. Von einhundert Wahlberechtigten erschienen nur 138 an der Wahlurne im Rathausaal; bis 11,00 Uhr waren erst 87 Stimmen abgegeben. Mit einem Prozentsatz von 14,5 dürfte es die schlechteste Beteiligung gewesen sein, die je eine Wahl zu verzeichnen hatte. Von elf Kandidaten wurden gewählt: Redakteur Dr. Franz Kalner, Tischler Roman Reiter, Klempnermeister Erich Deming und Buchhalterin Magdalena Klümmer. Mit Ausnahme der KPD sind Mitglieder aller Parteien vertreten. Drei der Vertrauensleute stammen aus dem Sudetenland, während die weibliche Kandidatin in Schlesien beheimatet war. Die geringe Wahlbeteiligung wird darauf zurückgeführt, daß in Deggendorf der Zusammenschluß und die Versorgung der Neubürger sehr zu wünschen übrig läßt, so daß sich eine gewisse Apathie breitgemacht hat. Man ist allgemein der Auffassung, daß auch die Vertrauensleute an der großen Not der Ausgewiesenen nichts ändern können und darum der Wahl keine Bedeutung beimessen wurde. Einige Stimmen neigten zu der Ansicht, daß eine schlechte Propaganda den Wahlgang beeinträchtigt habe. Die Aufgabe der gewählten Vertrauensleute wird es sein, die Verbindung vom Neubürgerkreisausschuß zur ihren Schicksalsgenossen wahrzunehmen. Die Zukunft wird zu beweisen haben, inwieweit sich diese Zusammenarbeit zu Gunsten der Neubürger auswirkt und welche Bedeutung ihr zuzusprechen ist.

NN 28.10.1947

Auch der Bayerwald rührt sich

Man will die Flüchtlinge gegen Sommerfrischler austauschen

Zwiesel. Der Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages hat kürzlich einen Antrag auf eine allmählich tragbare Freimachung der Fremdenverkehrsorte zugestimmt, die dem Lande jährlich 400 Millionen Mark Einnahmen brachten und die bei dauernder Zweckentfremdung dem Staate zur Last fallen. Hoffentlich hat man bei Erörterung dieser Frage an die Orte im Bayerischen Walde gedacht, wo in Friedens-Sommern jährlich zehntausende Erholungsuchende Aufnahme fanden. Früher stellten diese Waldorte durch ihren regen Fremdenverkehr eine glückliche Verbindung zwischen Stadt und Land dar. An Stelle der Touristen und Sommerfrischler traten nun sudetendeutsche Auswanderer, die keine Beschäftigung finden können, da Industrien nicht vorhanden sind. Solange nicht der Lebensunterhalt dieser Leute durch eine ausreichende Beschäftigung sichergestellt werden kann, bleibt das Problem der Umsiedelung ungelöst. Die einheimische Be-

völkerung hat aber seit Jahrzehnten fast ausschließlich von den Erträgen gelebt, die sich aus dem Fremdenverkehr ergaben, aus der gleichen Quelle bezogen auch die Gemeinden ihre Einnahmen, deren Einrichtungen auf die Gäste im Sommer und im Winter angewiesen sind. Ohne Fremdenverkehr bleiben die zahlreichen Orte im Herzen des Bayerwaldes trostlos tot.

Diese Darstellungen sind keinesfalls gegen die Flüchtlinge gerichtet. Sie sollen solange in ihren jetzigen Aufenthaltsorten bleiben, bis ihnen eine Heimat zugewiesen werden kann, in der sie auch Beschäftigung finden. Diese „Bevölkerungs-Inventur“ muß kommen, denn nur so kann den Flüchtlingen und den Einheimischen geholfen werden. Auch die einheimische Bevölkerung wird bestrebt sein ihre Heimat wieder dem Fremdenverkehr zu erschließen und es ist Sache der Staatsverwaltung, hier einen gerechten Ausgleich zu finden. hb

PNP 29/1947

Deggendorfer Kulturstätte vor der Eröffnung

Das Gesellenhaus in Deggendorf, die einzige Stätte kultureller Veranstaltungen, wurde bekanntlich nach dem Kriege mit Flüchtlingen belegt. Anfang dieses Jahres gelang es, die „Ärmsten der Armen“ in Privatquartiere umzusiedeln, so daß das Haus für seine eigentlichen Zwecke wieder frei wurde. Seiner Bestuhlung und aller anderen Inneneinrichtungen beraubt, ist in den vergangenen Monaten der Saal wieder renoviert worden. Die neue Bestuhlung umfaßt 600 Sitzplätze. Die Bühne hat zwar keinen Schnürboden mehr, doch in der neu erbauten Größe von 10×8 Metern mit je vier Seitenkulissen wird sie den Ansprüchen genügen. Es ist damit zu rechnen, daß noch Ende dieses Monats die Renovierungsarbeiten vollendet werden und Deggendorf wieder eine Stätte für kulturelle Veranstaltungen besitzt, auf die es mehrere Jahre verzichten mußte.

NN 10.10.1947

„Künstlerpech“ für Deggendorf

Deggendorf hat mit seinen künstlerischen Veranstaltungen neuerdings wieder Pech. Nachdem es in den vergangenen Monaten unter schwierigsten Verhältnissen gelungen war, den kulturellen Veranstaltungen einen Aufstieg zu geben, muß seit Wochen davon abgesehen werden, weil die Bestuhlung fehlt. Die bisher zur Verfügung gestandenen Hocker wurden vom Flüchtlingskommissariat angefordert und an Flüchtlinge vergeben. Trotz eifriger Bemühungen der Veranstalter ist es bis heute nicht gelungen, Sitzmöglichkeiten zu beschaffen, so daß höchstwahrscheinlich auf lange Sicht die kulturellen und auch die sportlichen Veranstaltungen des Boxens ausfallen müssen. Eine betrübliche Feststellung, mit der sich die Deggendorfer abfinden müssen, wenn es nicht bald gelingt, das Gesellenhaus zu eröffnen.

NN 18.11.1947

20. Man konnte darüber auch lachen

Auch eine Lösung!



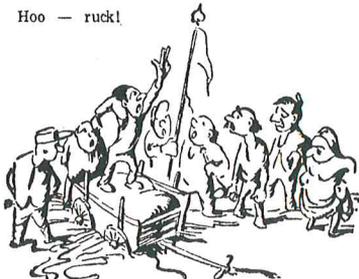
Wer zigt jetzt den Karr'n aus'm Dreck?



Hoo — ruck!



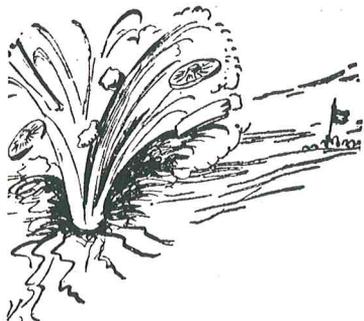
Es wird, scho geh'n!



... hier hilft nur Gewalt!



Da kommt ja a Hilfe!



Wir wär's mit etwas Dynamit?



Wir müssen und werden es schaffen!



Na also — der Karr'n is weg!

Zeichnungen: Dittmar

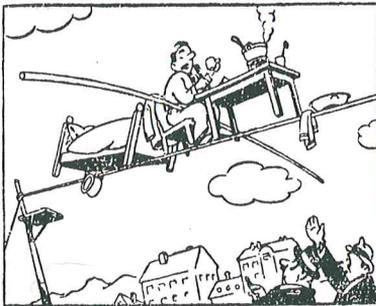
NN 30.12.1947

Er ist nicht betroffen



„Gott sei Dank, meinen Lastenausgleich habe ich bereits!“
(Zeichnung Kollmann)

PNP 102/1948



„Wunderbar, Herr Bürgermeister, das erleichtert das ganze Wohnbauproblem!“ (Der Artist Harry Daues verbrachte bekanntlich in Garmisch ganze 24 Stunden auf dem Drahtseil, schlief, wusch sich, frühstückte, bereitete sein Mittagessen und erledigte seine Korrespondenz zwischen Himmel und Erde.)
Zeichnung „Fränkische Presse“

PNP 92/1948



„Ja, ja, Herr Maler, mein Sohn wird es schon noch erleben, daß man mit einer Rakete auf den Mond fährt!“ — „Schon möglich, aber die Auszahlung der Soforthilfe wird selbst er nicht mehr erleben!“
(Zeichnung Nyarty)

PNP 10/1949